

## **Rechtsschutz und Freiheitsentzug**

**Juristische Studie zuhanden des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal SAZ**

Jörg Künzli

Anja Eugster

Vijitha Veerakatty

Bern, 31. Juli 2014

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)

Swiss Center of Expertise in Human Rights (SCHR)

Themenbereich Polizei und Justiz

Schanzeneckstrasse 1, 3001 Bern

Telefon +41 31 631 48 21, joerg.kuenzli@oefre.unibe.ch



## **AUTORENVERZEICHNIS**

*Jörg Künzli*

Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M., Ordinarius für Staats- und Völkerrecht am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern, Themenbereichsleiter Polizei und Justiz beim Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte SKMR

*Anja Eugster*

Lic. iur., Assistentin am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Themenbereich Polizei und Justiz des SKMR

*Vijitha Veerakatty*

MLaw, Rechtsanwältin, Assistentin am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Themenbereich Polizei und Justiz des SKMR

Diese Studie gibt die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und bindet nur das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte.



# INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis .....	VII
Zusammenfassung .....	1
I. Einleitung.....	2
1. Auftrag.....	2
2. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	2
3. Vorgehen und Methodik .....	4
4. Aufbau.....	4
II. Ausgangspunkt: Grund- und menschenrechtliche Vorgaben zum Rechtsschutz .....	5
1. Allgemeines.....	5
1.1. Prozessgarantien im besonderen Rechtsverhältnis .....	5
1.2. Rechtsquellen.....	6
2. Allgemeine Verfahrensgarantien .....	6
2.1. Recht auf ein gerechtes Verfahren.....	6
2.2. Anspruch auf rechtliches Gehör.....	7
2.3. Anspruch auf rechtlichen Beistand .....	7
3. Recht auf wirksame Beschwerde .....	8
4. Recht auf gerichtliche Überprüfung .....	9
5. Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges Gericht .....	11
6. Untersuchungspflicht des Staates und Beweiserleichterung.....	11
7. Information der inhaftierten Personen.....	13
III. Die Umsetzung der grund- und menschenrechtlichen Vorgaben in der Schweiz: Die zentrale Bedeutung der Verwaltungsrechtspflege .....	14
1. Kantonale Organisation: Zuständige Behörden .....	14
2. Grundlagen der Verwaltungsrechtspflege.....	17
3. Die Umsetzung der grund- und menschenrechtlichen Vorgaben in der Verwaltungsrechtspflege.....	18
3.1. Gewährung des rechtlichen Gehörs.....	18
3.2. Rechtlicher Beistand.....	18
3.3. Untersuchungspflicht.....	19
3.4. Information der inhaftierten Person .....	19
IV. Verwaltungsrechtspflege im Freiheitsentzug: Verfahrensablauf im Allgemeinen.....	20
1. Zuständigkeit der Vollzugsbehörde.....	20
2. Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung.....	22
V. Verwaltungsrechtspflege im Freiheitsentzug: Verfahrensablauf in spezifischen Anwendungsfällen .....	25
1. Bestimmung des Vollzugsortes i.S.v. Art. 76, Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB .....	25
1.1. Einweisung allgemein.....	25
1.2. Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung i.S.v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b sowie Art. 90 Abs. 1 StGB.....	26
1.3. Verlegung im Normalfall .....	29
1.4. Verlegung in dringenden Fällen.....	30
2. Vollzugsöffnungen i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB.....	31
2.1. Geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat.....	31
2.2. Urlaubsgewährung i.S.v. Art. 84 Abs. 6 und Art. 90 Abs. 4 StGB .....	32
2.2.1. Bei fehlender Delegation an die Vollzugseinrichtung .....	32

---

2.2.2.	Bei Delegation an die Vollzugseinrichtung.....	34
2.3.	Bedingte Entlassung i.S.v. Art. 62d und Art. 86 StGB .....	34
3.	Vollzugsverschärfungen .....	36
3.1.	Rückversetzung: Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug.....	36
3.2.	Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung i.S.v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b sowie Art. 90 Abs. 1 StGB während des Vollzuges .....	37
4.	Disziplinarsanktionen .....	38
4.1.	Bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen .....	38
4.2.	Bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion .....	40
5.	Anordnungen und Übergriffe von Mitarbeitenden der Vollzugseinrichtung und Schutz vor Übergriffen Dritter .....	40
6.	Materielle Haftbedingungen .....	41
7.	Weitere Anwendungsfälle in einzelnen Kantonen .....	41
VI.	Hinweis: Die Bedeutung weiterer Verfahren im Strafvollzug.....	42
1.	Aufsichtsanzeige .....	42
1.1.	Grundlagen der Aufsichtsanzeige.....	42
1.2.	Verfahren in den untersuchten Kantonen.....	42
2.	Strafverfahren .....	43
3.	Staatshaftung.....	43
VII.	Fazit.....	44
	Literatur- und Materialienverzeichnis .....	47
	Literatur .....	47
	Verzeichnis der kantonalen und konkordatlichen Rechtsgrundlagen .....	48
	Anhänge .....	53

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AG	Kanton Aargau
Art.	Artikel
BE	Kanton Bern
BGE	Publizierter Bundesgerichtsentscheid
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005, SR 173.110
BGS-ZG	Bereinigte Gesetzessammlung des Kantons Zug
BSG	Bernische systematische Gesetzessammlung
BSK	Basler Strafrechtskommentar
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101
bzw.	beziehungsweise
c.	contre
CIC-VD	Commission interdisciplinaire consultative concernant les délinquants nécessitant une prise en charge psychique des Kantons Waadt
CPT	Europäischer Ausschuss zur Verhütung von Folter
Dep.	Departement
E.	Erwägung(en)
EG	Einführungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten), SR 0.101
EPO	Établissements pénitentiaires de la plaine de l'Orbe
f./ff.	folgende
Fn	Fussnote
GR	Kanton Graubünden
lit.	litera (Buchstabe)
i.d.R.	in der Regel
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JVA	Justizvollzugsanstalt
LS	Loseblattsammlung des Kantons Zürich

---

N	Nummer(n)
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
POM	Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern
RSV	Recueil systématique de la législation vaudoise
S.	Seite(n)
SAR	Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts
SAZ	Schweizerisches Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal
SG	Kanton St. Gallen
sGS	Gesetzessammlung des Kantons St. Gallen
SKMR	Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
sog.	sogenannt(e/r)
SR	Systematische Rechtssammlung
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, SR 311.0
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007, SR 312.0
u.U.	unter Umständen
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte, SR 0.103.2
v.	versus
vgl.	vergleiche
VD	Kanton Waadt
z.B.	zum Beispiel
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich
Ziff.	Ziffer



## ZUSAMMENFASSUNG

Welche prozessualen Möglichkeiten stehen inhaftierten Personen zur Geltendmachung ihrer Ansprüche während eines Freiheitsentzuges offen? Die vorliegende im Auftrag des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal erarbeitete Studie prüft diese Fragestellung vor dem Hintergrund der Garantien der Bundesverfassung und internationaler Menschenrechtsabkommen (insb. EMRK und UNO-Pakt II). Diese Vorgaben verlangen nicht nur generell faire und gerechte Verfahren auf behördlicher und gerichtlicher Ebene, sondern verbiefen auch Ansprüche auf rechtliches Gehör und auf rechtlichen Beistand. Menschenrechtliche Garantien und Empfehlungen verlangen zudem, dass Beschwerden wirksam sind, d.h. dass an eine unabhängige Instanz gelangt werden kann, welche die Kompetenz besitzt, den angefochtenen Entscheid aufzuheben, und dass inhaftierte Personen über die Beschwerdemöglichkeiten informiert werden. Die Bundesverfassung verlangt darüber hinaus die gerichtliche Prüfung derartiger Vorbringen.

Im Fokus der Studie steht konkret die Beantwortung der Frage, welche Beschwerdemöglichkeiten Personen im Freiheitsentzug in der Schweiz besitzen, um etwa ungenügende Haftbedingungen, Disziplinarsanktionen, Vollzugsverschärfungen oder verweigerter Vollzugslockerungen anzuprangern, und ob dabei die Vorgaben des höherrangigen Rechts beachtet werden.

Eine gesamtschweizerische Übersicht zu diesen Fragestellungen kann diese Studie nicht bieten. Denn in der Schweiz stellen nicht nur (weitgehend) das Straf- und Massnahmenvollzugsrecht, sondern auch das Verwaltungsverfahren, als während eines Freiheitsentzuges weitaus wichtigste Verfahrensart, kantonale Kompetenzbereiche dar. Die vorliegende Studie analysiert daher in exemplarischer Weise die Rechtslage in sechs Kantonen und gewisser ihrer Anstalten, welche auch die drei Strafvollzugskonkordate der Schweiz repräsentieren.

In materieller Hinsicht belegt diese Untersuchung, dass in der Schweiz die Beschwerdeverfahren weitestgehend den grund- und menschenrechtlichen Vorgaben entsprechen, dass aber die Informationen darüber zumindest in den Hausordnungen optimiert werden könnten.

Als Reflex des föderalismusbedingten Flickenteppichs ist im Freiheitsentzug zur Beurteilung des anwendbaren Rechts stets vorweg abzuklären, ob das Recht des Standortkantons der Vollzugseinrichtung (bei Verfügungen der Vollzugseinrichtung) oder dasjenige des einweisenden Kantons (bei Verfügungen der Vollzugsbehörde) Anwendung findet. Diese Aufteilung verkompliziert nicht nur die rechtliche Orientierung für Personen im Freiheitsentzug, sie kann in interkantonalen Konstellationen etwa bei Unterschieden in der Kompetenzaufteilung zwischen Vollzugsanstalt und -behörden auch zu Normkonflikten führen. Weiter ist zu konstatieren, dass bereits ein Überblick über wenige Kantone die erhebliche Vielfalt und Komplexität der Rechtsmittelwege in den hier untersuchten Anwendungsfeldern illustriert. Angesichts der Tatsache, dass Personen im Freiheitsentzug sich in einem ausgeprägten Naheverhältnis zum Staat befinden und überdies oft nicht (mehr) rechtlich vertreten sind, ist diese Sachlage zumindest nicht optimal, weswegen langfristig eine bessere Koordination der kantonalen Grundlagen und Verfahrensabläufe angezeigt wäre. Aus einer kurzfristigen Warte zentral erscheint schliesslich eine möglichst allgemein verständliche Information der inhaftierten Personen über die ihnen zustehenden Beschwerdemöglichkeiten.

# I. EINLEITUNG

## 1. Auftrag

Der Themenbereich Polizei und Justiz des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) wurde durch das Schweizerische Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ) beauftragt, eine juristische Studie zum Thema „Rechtsschutz und Freiheitsentzug“ zu verfassen.

Die Studie soll die bestehenden Rechtsschutzmechanismen zur Geltendmachung von landes- und völkerrechtlichen Garantien für Personen im Freiheitsentzug analysieren und vor dem Hintergrund der prozessualen grund- und menschenrechtlichen Vorgaben beurteilen. Als wichtiger Aspekt ist dabei auch zu prüfen, ob und inwiefern eine inhaftierte Person über bestehende Beschwerdemöglichkeiten informiert ist und wie sie zu diesem Wissen gelangen kann.

Es soll insbesondere geklärt werden, welche Beschwerdemechanismen

- zur Geltendmachung von Verletzungen der grund- und menschenrechtlichen Vorgaben für die materiellen Haftbedingungen, insbesondere der Infrastruktur,
- zur Anfechtung von Disziplinarsanktionen,
- zur Anfechtung von Entscheiden über Vollzugsverschärfungen und nicht gewährte Vollzugslockerungen,
- zur Abklärung von Vorwürfen verbaler oder tätlicher Übergriffe durch das Personal einer Institution des Freiheitsentzuges und
- zur Geltendmachung von unterlassenem Handeln seitens des Personals einer Vollzugsanstalt (z.B. Verweigerung einer Medikamentenabgabe oder mangelnde Schutzgewährung vor Übergriffen durch Mitinhaftierte)

inhaftierten Personen zur Verfügung stehen.

## 2. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Nach Art. 123 Abs. 2 BV sind die Kantone zuständig für den Straf- und Massnahmenvollzug, „soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht“. Abs. 3 dieser Bestimmung gewährt dem Bund zudem die Kompetenz, „Vorschriften zum Straf- und Massnahmenvollzug [zu] erlassen“. Der Bund hat bisher von dieser Befugnis nur fragmentarisch Gebrauch gemacht. So finden sich im Schweizerischen Strafgesetzbuch nur fundamentale Vorgaben zum Strafvollzugsrecht. Diese sog. Vollzugsgrundsätze binden alle Kantone. Da der Bund jedoch bisher auf den Erlass eines eidgenössischen Strafvollzugsgesetzes verzichtet hat, regelt weiterhin zu grossen Teilen kantonales Recht den Straf- und Massnahmenvollzug. Die Kantone haben sich aber zu drei Strafvollzugskonkordaten<sup>1</sup> zusammengeschlossen. Deren Konkordatsver-

---

<sup>1</sup> Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz (Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Luzern, Obwalden, Nidwalden, Schwyz, Solothurn, Uri, Zug), Strafvollzugskonkordat der Ostschweiz (Kantone Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zürich) und Strafvollzugskonkordat der lateinischen Schweiz (Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt, Wallis, Tessin).

einbarungen und konkordatlichen Erlasse sind in der Praxis von grosser Relevanz und wirken einer Zersplitterung der Rechtslage entgegen.<sup>2</sup>

Die einer inhaftierten Person zur Verfügung stehenden Beschwerdemechanismen sind ausschliesslich im kantonalen Recht geregelt.<sup>3</sup> Massgebend zur Bestimmung der Verfahrensabläufe und der zuständigen Behörden ist das kantonale öffentliche Prozessrecht,<sup>4</sup> wobei die insbesondere in der Bundesverfassung und in menschenrechtlichen Verträgen enthaltenen rechtsstaatlichen Mindestgarantien und Verfahrensgrundsätze zu beachten sind.<sup>5</sup>

Folglich kommen je nach dem, in welchem Kanton eine Person verurteilt wurde (einweisender Kanton) und in welchem Kanton sich die Einrichtung befindet, in welcher die verhängte Strafe oder Massnahme vollzogen wird (Standortkanton), unterschiedliche Regelungen zur Anwendung. Dies ist insofern von Relevanz, als der einweisende Kanton und der Standortkanton oft nicht identisch sind und deshalb je nach konkretem Anwendungsfall hinsichtlich der gleichen inhaftierten Person das massgebende kantonale Recht variieren kann.

Für diese Studie wurde eine Auswahl von sechs Kantonen getroffen, deren Rechtsgrundlagen (Stand 31. Juli 2014) analysiert wurden. Innerhalb dieser Kantone wurden die spezifischen Regelungen einzelner Vollzugseinrichtungen berücksichtigt.

Namentlich folgende Kantone und Vollzugseinrichtungen wurden ausgewählt:

- Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz
  - Kanton Aargau: JVA Lenzburg
  - Kanton Bern: Anstalten Thorberg und Anstalten Hindelbank
  - Kanton Zug: Strafanstalt Zug und Interkantonale Strafanstalt Bostadel (als Sonderfall)
- Konkordat der Ostschweiz
  - Kanton St. Gallen: Strafanstalt Saxerriet
  - Kanton Zürich: JVA Pöschwies
- Konkordat der lateinischen Schweiz
  - Kanton Waadt: Établissements pénitentiaires de la plaine de l'Orbe (EPO)

Die vorliegende Studie analysiert die Beschwerdemechanismen, welche einer Person nach ihrer Verurteilung während des Freiheitsentzuges im Straf- oder Massnahmenvollzug zur Verfügung stehen. Besondere Regelungen zur Untersuchungs- und Sicherheitshaft, zur Ausschaffungshaft, zum vorzeitigen Straf- oder Massnahmenvollzug sowie zum Jugendstrafvollzug finden daher keine Berücksichtigung. Dies schliesst nicht aus, dass die in dieser Studie identifizierten Verfahrensabläufe und weiteren Erkenntnisse zumindest analog auch im Rahmen dieser Haftregimes Berücksichtigung finden können.

In diesem Sinne betrifft diese Studie auch nicht den Rechtsschutz im Strafverfahren, bei welchem es um die eigentliche Verurteilung der betroffenen Person geht.

---

<sup>2</sup> Diese können je nachdem verbindlicher oder unverbindlicher Natur sein. In jedem Fall verbindlich sind sie, wenn sie in die jeweilige kantonale Rechtsordnung überführt wurden. Siehe zur Rechtsnatur weiterführend BAECHTOLD, II/2 N 5; SCHÄRER.

<sup>3</sup> BAECHTOLD, II/5 N 188.

<sup>4</sup> Im Bereich des Zivil- und Strafrechts bestehen hingegen seit dem 1.1.2011 eidgenössische Prozessordnungen.

<sup>5</sup> Art. 29-32 BV. KIENER/RÜTSCHÉ/KUHN, N 68 ff.

Die Effektivität des Rechtsschutzes im Freiheitsentzug hängt schliesslich ganz wesentlich davon ab, ob Personen im Haftalltag gerade deswegen Nachteilen ausgesetzt sind, als Querulanten eingestuft werden oder zumindest nachteilige Konsequenzen befürchten müssen, weil sie gegen behördliche Anordnungen Beschwerde erheben. Diese in der Praxis zur Beurteilung der Wirksamkeit jedes Verfahrens hochrelevante Frage kann aber in einer juristischen Studie nicht beantwortet werden.

### 3. Vorgehen und Methodik

In einem ersten Schritt eruierte das Autorenteam den rechtlichen Ist-Zustand in den sechs ausgewählten Kantonen. Das Resultat dieser Analyse wurde in sog. Factsheets<sup>6</sup> zusammengefasst: Basierend auf den kantonalen und konkordatlichen Regelungen sowie den Hausordnungen der ausgewählten Vollzugseinrichtungen identifizieren diese die involvierten Stellen und stellen die Verfahrensabläufe systematisch dar. Aufgrund seiner überragenden Bedeutung wurde das Verwaltungsverfahren schwerpunktmässig betrachtet und die Abläufe im Allgemeinen und in spezifischen Anwendungsbereichen – namentlich zur Bestimmung des Vollzugsortes, zu Vollzugsöffnungen und -verschärfungen sowie zu Disziplinarsanktionen – einschliesslich der massgebenden Rechtsgrundlagen zusammengestellt. Ebenfalls Eingang in die Factsheets fanden Hinweise auf öffentlich zugängliche Statistiken und eine Auflistung der Normen im kantonalen Recht, welche ausdrücklich eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme der inhaftierten Personen vorsehen, und solche, welche Hinweise dazu geben, inwiefern die inhaftierte Person über den Rechtsschutz informiert wird.

Die Factsheets wurden den verantwortlichen Amts- und Abteilungsleitenden der kantonalen Vollzugsbehörden zur Gegenprüfung zugestellt und anschliessend basierend auf den schriftlichen oder mündlichen Anregungen, Korrekturen und Ergänzungen angepasst. An dieser Stelle danken wir allen Teilnehmenden an dieser „Vernehmlassung“ herzlich für Ihre Unterstützungsbereitschaft und die sehr hilfreichen Rückmeldungen.

Unter Beachtung der relevanten verfahrensrechtlichen Garantien wurden die Factsheets in einem nächsten Schritt ausgewertet und die kantonalen Regelungen miteinander verglichen, um so kantonale Unterschiede feststellen zu können. Schliesslich hat das Autorenteam diese Regelungen vor dem Hintergrund grund- und menschenrechtlicher Vorgaben analysiert.<sup>7</sup>

Nach Abschluss der Studie im Juli 2014 erhielten die verantwortlichen Amts- und Abteilungsleitenden der kantonalen Vollzugsbehörden die Möglichkeit zur gesamten Studie Stellung zu nehmen. Die in diesem Rahmen erfolgten Rückmeldungen fanden in der Studie nachträglich Berücksichtigung. Inhaltlich hat dies jedoch zu keinen Änderungen geführt. Stand der Studie ist daher weiterhin Juli 2014.

### 4. Aufbau

Die Studie will die bestehenden Rechtsschutzmechanismen für Personen im Freiheitsentzug vor dem Hintergrund der prozessualen grund- und menschenrechtlichen Vorgaben beurteilen.

---

<sup>6</sup> Siehe Anhänge I-VI.

<sup>7</sup> Noch offen ist die Frage, ob zu einem späteren Zeitpunkt basierend auf dieser juristischen Studie Merkblätter erarbeitet werden, um sicherzustellen, dass Personen im Freiheitsentzug über die Beschwerdemöglichkeiten ausreichend informiert sind.

Sie beginnt daher mit einer Zusammenstellung der relevanten grund- und menschenrechtlichen Vorgaben zum Rechtsschutz im Freiheitsentzug (Kapitel II). Anschliessend wird die zentrale Rolle der Verwaltungsrechtspflege bei der Umsetzung dieser Vorgaben im Freiheitsentzug erläutert und auf einzelne Vorgaben näher eingegangen (Kapitel III). In den nachfolgenden Kapiteln werden die Verfahrensabläufe im Rahmen der Verwaltungsrechtspflege bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde bzw. der Vollzugseinrichtung im Allgemeinen (Kapitel IV) sowie in spezifischen Anwendungsfällen (Kapitel V) ausgeführt. Abschliessend wird kurzrissig auf die Bedeutung weiterer Verfahren im Freiheitsentzug hingewiesen (Kapitel VI). Im Fazit werden sodann die Erkenntnisse aus den vorhergehenden Ausführungen zusammengefasst (Kapitel VII). Die Factsheets mit einer detaillierten Darstellung der Verfahrensabläufe in den untersuchten Kantonen und der relevanten Rechtsnormen finden sich in den Anhängen I-VI. Zudem ist der Studie in Anhang VII eine graphische Gesamtübersicht der Verfahrensabläufe im Rahmen der Verwaltungsrechtspflege angefügt.

## II. AUSGANGSPUNKT: GRUND- UND MENSCHENRECHTLICHE VORGABEN ZUM RECHTSSCHUTZ

### 1. Allgemeines

#### 1.1. Prozessgarantien im besonderen Rechtsverhältnis

Grund- und Menschenrechte gelten auch für Personen im Straf- und Massnahmenvollzug, die aufgrund der engen Beziehung zum Staat in einem „*besonderen Rechtsverhältnis*“ (Sonderstatusverhältnis) zu diesem stehen.<sup>8</sup> Zusätzliche Beschränkungen der Grundrechte sind zwar zulässig, jedoch nur soweit sich diese aus der Natur des besonderen Rechtsverhältnisses ergeben.<sup>9</sup> Auch die Anforderungen an die gesetzliche Grundlage (Normstufe und Normdichte) können herabgesetzt sein, aber nur sofern sich eine Rechtsbeschränkung aus dem Zweck des besonderen Rechtsverhältnisses selber ergibt.<sup>10</sup>

Weder aus der Natur des besonderen Rechtsverhältnisses noch aus dessen Zweck ergeben sich im Bereich des Untersuchungsgegenstandes dieser Studie, d.h. bei den prozessualen Grundrechten, Gründe für eine besondere Einschränkung dieser Vorgaben.

Bei Gefängnisreglementen bzw. Hausordnungen gilt umgekehrt gar, dass diese ein Mindestmass an Klarheit und Regelungsdichte aufweisen sowie einfach und verständlich formuliert sein müssen.<sup>11</sup> Dies nicht zuletzt, weil sie von nicht juristisch ausgebildetem Personal angewendet werden.<sup>12</sup>

---

<sup>8</sup> HÄFELIN/HALLER/KELLER, N 328 f.; KIENER/KÄLIN, S. 107. Siehe z.B. Art. 19 SMVG-BE.

<sup>9</sup> HÄFELIN/HALLER/KELLER, N 331.

<sup>10</sup> KIENER/KÄLIN, S. 107. Schwere Eingriffe in die Rechte der Betroffenen bedürfen jedoch immer einer Grundlage in einem formellen Gesetz und können nicht auf Verordnungs- oder Reglementstufe geregelt werden. Siehe dazu BGE 99 Ia 262, E. III.5 (Minelli I).

<sup>11</sup> KIENER/KÄLIN, S. 107 f.; BGE 123 I 221, E. I.4.a (Schällemätteli); BGE 99 Ia 262, E. V.1 (Minelli I).

<sup>12</sup> KIENER/KÄLIN, S. 108.

## 1.2. Rechtsquellen

Massgebende prozessuale grund- und menschenrechtliche Bestimmungen finden sich sowohl auf nationaler Ebene in der BV und den kantonalen Verfassungen, als auch auf internationaler Ebene in der EMRK und im UNO-Pakt II. Ergänzt und konkretisiert wird dieses bindende Recht durch rechtlich nicht direkt verbindliche internationale Vorgaben (sog. „soft law“), welche im Themenbereich dieser Studie insb. Beschlüsse und Empfehlungen von Organen der UNO und des Europarates umfassen. Dazu gehören insbesondere die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze des Ministerkomitees des Europarates,<sup>13</sup> die „CPT Standards“ des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung<sup>14</sup> sowie die „Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners“ der Vereinten Nationen.<sup>15</sup>

Verfahrensgarantien gelten sowohl in einem Verfügungs- als auch in einem Rechtsmittelverfahren. Keine Geltung haben sie dagegen in einem Rechtsbehelfsverfahren, wie etwa beim Aufsichtsbeschwerdeverfahren.<sup>16</sup>

## 2. Allgemeine Verfahrensgarantien

Die Bundesverfassung hält in Art. 29 die allgemeinen Verfahrensgrundrechte fest, welche in allen Rechtsgebieten und für jede Verfahrensart (Verfügungs- und Rechtsmittelverfahren) Geltung haben. Dazu gehören namentlich der Anspruch auf ein gerechtes Verfahren (Abs. 1), auf rechtliches Gehör (Abs. 2) sowie auf unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsbeistand (Abs. 3).

### 2.1. Recht auf ein gerechtes Verfahren

Das Recht auf ein gerechtes Verfahren umfasst eine Vielzahl von Teilgehalten. Insbesondere enthält es das Verbot der Rechtsverweigerung und der Rechtsverzögerung.

Das Verbot der Rechtsverweigerung verpflichtet die Behörde auf formgerecht eingereichte Eingaben einzutreten und ihre Behandlung weder ausdrücklich noch stillschweigend zu verweigern. Eine Rechtsverweigerung liegt nicht nur bei einem Nichteingehen auf eine Eingabe oder einem Nichteintretensentscheid aus unhaltbaren Gründen vor, sondern auch bei einer nach dem einschlägigen Verfahrensrecht und den konkreten Umständen nicht ordnungsgemässen Behandlung der Beschwerde.<sup>17</sup>

Das Verbot der Rechtsverzögerung hält als sog. Beschleunigungsgebot die Behörde an, eine Eingabe innert angemessener Frist zu beurteilen. Die angemessene Frist ist, falls sie verfahrensrechtlich nicht bestimmt ist, für den Einzelfall zu bestimmen. Das Bundesgericht hat

---

<sup>13</sup> Council of Europe, Committee of Ministers, Recommendation Rec(2006)2 on the European Prison Rules, 11. Januar 2006 (Strafvollzugsgrundsätze). Die weiteren Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarates konnten im Rahmen dieser Studie nicht systematisch analysiert werden.

<sup>14</sup> European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT), CPT Standards, CPT/Inf/E (2002) 1 - Rev. 2011.

<sup>15</sup> Adopted by the First United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, held at Geneva in 1955, and approved by the Economic and Social Council by its resolutions 663 C (XXIV) of 31 July 1957 and 2076 (LXII) of 13 May 1977 (Standard Minimum Rules).

<sup>16</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 133.

<sup>17</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 211 ff.; STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 9 f. und 17.

hierfür zahlreiche Beurteilungskriterien entwickelt.<sup>18</sup> Für eine besonders schnelle Abwicklung spricht namentlich die besondere Bedeutung eines Verfahrens für die Betroffenen sowie die Hochrangigkeit der in Frage stehenden Rechtsgüter.<sup>19</sup> Eine solche Betroffenheit und Hochrangigkeit liegen sicherlich bei Einschränkung elementarer Rechte von inhaftierten Personen wie z.B. bei Verweigerung von Vollzugslockerungen vor. Ein Verschulden der Behörde ist nicht notwendig, weshalb auch strukturelle Mängel sowie Überbelastung die Behörde nicht vor dem Vorwurf der Verzögerung bewahren.<sup>20</sup>

Das Bundesgericht leitet in Analogie zu Art. 30 BV aus dem Recht auf ein gerechtes Verfahren auch einen Anspruch auf eine ordnungsgemässe und unparteiische entscheidende Verwaltungsbehörde ab.<sup>21</sup> Danach haben die Parteien im Rahmen der Verwaltungsrechtspflege auch Anspruch auf eine Beurteilung durch eine gesetzlich zuständige und unparteiische Verwaltungsbehörde.<sup>22</sup>

## 2.2. Anspruch auf rechtliches Gehör

Der Anspruch auf rechtliches Gehör stellt einen zentralen Gehalt der prozeduralen Fairness dar und beinhaltet als solcher zahlreiche Teilgehalte. Er umfasst insbesondere das Recht auf Information,<sup>23</sup> vorgängige Äusserung und Stellungnahme, das Recht auf Teilnahme am Beweisverfahren und auf Akteneinsicht. Zudem räumt er auch einen Anspruch auf Eröffnung und Begründung des Entscheids ein,<sup>24</sup> wobei dies nicht auch ein Recht auf Rechtsmittelbelehrung beinhaltet. Die Rechtsmittelbelehrung ist nach Bundesgericht kein verfassungsrechtliches Gebot. Doch dort, wo das einschlägige Verfahrensrecht eine Rechtsmittelbelehrung verlangt, nimmt das Bundesgericht bei fehlender Rechtsmittelbelehrung eine Verletzung des rechtlichen Gehörs an.<sup>25</sup>

## 2.3. Anspruch auf rechtlichen Beistand

Aus dem Recht auf rechtliches Gehör leitet das Bundesgericht den grundrechtlichen Anspruch auf Beizug einer Rechtsvertretung im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren ab.<sup>26</sup> Mit dem Recht auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand nach Art. 29 Abs. 3 BV wird garantiert, dass auch Betroffene ohne genügende finanzielle Mittel eine Rechtsvertretung beziehen können. Die Gewährung des unentgeltlichen Rechtsbeistandes setzt ein Gesuch sowie

---

<sup>18</sup> Statt vieler: BGE 119 Ib 311, E. 5b.

<sup>19</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 215; STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 11 f.

<sup>20</sup> STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 12.

<sup>21</sup> Z.B. BGE 127 I 128, E. 4b.

<sup>22</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 302 ff.; KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 219. Siehe zum Inhalt dieses Anspruchs die Ausführung zu Art. 30 BV in Kapitel II.5.

<sup>23</sup> Siehe dazu Kapitel II.7.

<sup>24</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 227; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 317.

<sup>25</sup> BGE 98 Ib 333, E. 2b; 123 II 231, E. 8a.

<sup>26</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 240. Im Strafverfahren ist dagegen aufgrund von Art. 32 BV der Beizug eines Verteidigers z.B. bei Komplexität des Falles oder wegen des psychischen Zustandes der betroffenen Person nicht nur grundrechtlich erlaubt, sondern zwingend geboten (notwendige Verteidigung); MÜLLER/SCHEFER, S. 996 mit weiteren Hinweisen. Zum Strafcharakter von Disziplinarsanktionen und zur Anwendbarkeit der für das Strafverfahren spezifisch geltenden Verfahrensgarantien siehe Kapitel II.4.

den Nachweis der erforderlichen Voraussetzungen voraus.<sup>27</sup> Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung muss dafür nebst Bedürftigkeit und mangelnder Aussichtslosigkeit des Verfahrens auch dargelegt werden, dass eine Rechtsvertretung für die Wahrung der Rechte notwendig ist. Massgebende Faktoren hierfür sind die Tragweite der Sache, tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten sowie die Fähigkeit der bedürftigen Person, sich über ihre Rechte und Pflichten im Verfahren selbständig zu orientieren.<sup>28</sup> Der Anspruch kann sowohl im erstinstanzlichen sowie im oberinstanzlichen Verfahren geltend gemacht werden.<sup>29</sup> Einen Anspruch auf Zugang zu einer Rechtsvertretung statuieren in detaillierter Form auch die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze.<sup>30</sup> Die Strafvollzugsgrundsätze sehen dabei auch einen Anspruch auf Rechtsberatung im Strafvollzug vor. Die Strafvollzugsbehörden müssen den Zugang hierzu ermöglichen.<sup>31</sup>

### 3. Recht auf wirksame Beschwerde

Das Recht auf eine wirksame Beschwerde gemäss Art. 13 EMRK verlangt, dass die Verletzung einer Garantie der EMRK vor einer innerstaatlichen Instanz geltend gemacht werden kann und dies namentlich auch, wenn die Verletzung durch eine Person in amtlicher Eigenschaft begangen worden ist.<sup>32</sup> Damit wird kein Anspruch auf eine gerichtliche Beurteilung eingeräumt, vielmehr kann auch eine Beschwerdemöglichkeit an eine hinreichend unabhängige Verwaltungsbehörde den Anforderungen von Art. 13 EMRK genügen. Eine Anfechtung muss jedoch unabhängig von der rechtlichen Qualifizierung des staatlichen Aktes möglich sein, also etwa auch bei Realakten. Ausserdem ist sicherzustellen, dass die betroffene Person einen Anspruch auf Prüfung des Vorgebrachten hat und die Beschwerdebehörde die angefochtene Handlung aufheben bzw. deren Auswirkungen beheben kann.<sup>33</sup>

Macht die betroffene Person die Verletzung eines Grundrechtes geltend, lässt sich ein Anspruch auf Einleitung eines Verfahrens darüber hinaus auch aus Art. 29 Abs. 1 BV ableiten.<sup>34</sup>

Spezifisch für den Straf- und Massnahmenvollzug hält das CPT in seinen Standards fest, dass wirksame Beschwerdeverfahren grundlegende Schutzvorkehrungen gegen Misshandlung in Gefängnissen darstellen. Es empfiehlt daher die Bereitstellung von Beschwerdewegen inner- und ausserhalb des Gefängnissystems.<sup>35</sup> In die gleiche Richtung weisen auch die Strafvollzugsgrundsätze des Ministerkomitees des Europarates: Sie fordern, dass „Gefangene (...) sowohl einzeln als auch als Gruppe ausreichend Gelegenheit erhalten [müssen], sich mit Anträgen und Beschwerden an den/die Anstaltsleiter/-in oder an sonstige zuständige

<sup>27</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 372 und 392 ff.; STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 34 und 35.

<sup>28</sup> Statt vieler: BGE 128 I 225, E. 2.4.2.

<sup>29</sup> STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 36.

<sup>30</sup> Ziff. 23.1-23.3, 70.6 und 70.7 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>31</sup> Ziff. 23.1 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>32</sup> Eine ähnliche Bestimmung findet sich in Art. 2 Abs. 3 UNO-Pakt II.

<sup>33</sup> Z.B. BGE 128 I 167, E. 4.5, und BGE 130 I 369, E. 6; vgl. auch KÜNZLI/EUGSTER/KIND/SPRING/STURM, N 144. Die nötige Unparteilichkeit und Unabhängigkeit besteht z.B. nicht, wenn es sich bei der Beschwerdeinstanz um dieselbe Behörde handelt, gegen die das Beschwerdeverfahren geführt wird; vgl. GRABENWARTER/PABEL, § 24, N 179.

<sup>34</sup> MÜLLER/SCHEFER, S. 826, mit weiteren Hinweisen.

<sup>35</sup> CPT Standards, S. 19, Ziff. 54.



Behörden zu wenden“.<sup>36</sup> Wenn es angemessen erscheint, soll in einem solchen Fall zunächst der Versuch einer Mediation unternommen werden.<sup>37</sup> Wird eine inhaftierte Person eines disziplinarischen Pflichtverstosses für schuldig befunden, muss die Möglichkeit eingeräumt werden, „bei einer zuständigen und unabhängigen vorgesetzten Behörde“ Rekurs einzulegen.<sup>38</sup> Werden solche Vorbringen oder Beschwerden abgelehnt, verlangen die Strafvollzugsgrundsätze ferner, dass „den Gefangenen die Gründe hierfür mitzuteilen“ sind und ihnen das Recht eingeräumt wird, bei einer unabhängigen Behörde Rekurs einzulegen.<sup>39</sup> Wichtig erscheint auch, dass „Gefangene (...) wegen der Stellung eines Antrags oder der Einlegung einer Beschwerde“ nicht bestraft werden dürfen.<sup>40</sup> Schliesslich verlangen diese Vorgaben, dass „[d]ie zuständige Behörde (...) schriftlichen Beschwerden von Angehörigen von Gefangenen, die Anlass zu der Annahme haben, dass die Rechte der Gefangenen verletzt worden sind, nachzugehen“ hat.<sup>41</sup>

#### 4. Recht auf gerichtliche Überprüfung

Einen grundrechtlichen Anspruch auf Beurteilung einer Rechtsstreitigkeit durch eine richterliche Behörde räumt die in Art. 29a BV verankerte Rechtsweggarantie ein. Der Einzelne muss demnach auf kantonaler Ebene die Möglichkeit haben, an mindestens eine gerichtliche Instanz zu gelangen, welche eine umfassende Prüfung der Rechts- und Sachfragen vornehmen kann. Unabhängig davon können die Kantone zusätzlich vorsehen, dass vor dieser gerichtlichen Überprüfung eine oder mehrere Verwaltungsbehörden über die Rechtsstreitigkeit entscheiden.<sup>42</sup> Einen Anspruch auf ein Rechtsmittel und auf Zugang zu einem höheren Gericht gewährleistet Art. 29a BV aber nicht.<sup>43</sup>

Hingegen ergibt sich aus dem BGG einerseits eine Pflicht der Kantone, ein oberes Gericht als letzte kantonale Instanz einzusetzen; andererseits gilt für die Kantone ein Obligatorium der Doppelinstanzlichkeit („double instance“), da Entscheide über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vor Bundesgericht mit Beschwerde in Strafsachen<sup>44</sup> anfechtbar sind.<sup>45</sup> Letzteres bedeutet, dass ein Gericht als Rechtsmittelinstanz zu entscheiden hat, als erste Instanz kann dagegen entweder ein unteres Gericht oder aber eine Verwaltungsbehörde eingesetzt werden.<sup>46</sup>

---

<sup>36</sup> Ziff. 70.1 Strafvollzugsgrundsätze. Bezüglich Disziplinar massnahmen auch Ziff. 56.2 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>37</sup> Ziff. 70.2 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>38</sup> Ziff. 61 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>39</sup> Ziff. 70.3 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>40</sup> Ziff. 70.4 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>41</sup> Ziff. 70.5 Strafvollzugsgrundsätze.

<sup>42</sup> Statt vieler RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 430 ff.

<sup>43</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 436. Im Rahmen eines Strafverfahrens hat dagegen eine verurteilte Person nach Art. 32 Abs. 3 BV ein Recht auf Überprüfung des Urteils durch eine zweite richterliche Instanz.

<sup>44</sup> Und nicht etwa mit Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten nach Art. 82 ff. BGG. Siehe Art. 78 Abs. 2 lit. b BGG.

<sup>45</sup> Art. 80 Abs. 2 BGG. Dazu THOMMEN, BSK BGG, Art. 80, N 11.

<sup>46</sup> THOMMEN, BSK BGG, Art. 80, N 11; ERRASS, BSK BGG, Art. 130, N 14. Aus Art. 80 Abs. 2 BGG ergibt sich hingegen keine Pflicht zur Bereitstellung eines doppelten *gerichtlichen* Instanzenzuges.

Die Rechtsweggarantie nach Art. 29a BV findet bei Rechtsstreitigkeiten aus allen Rechtsbereichen Anwendung, also sowohl aus dem Zivil- und Strafrecht als auch aus dem öffentlichen Recht.<sup>47</sup> Eine Rechtsstreitigkeit liegt vor, wenn eine Person in einem Interesse betroffen ist, das vom Recht als schützenswert anerkannt wird, wenn also in eine schützenswerte Rechtsstellung eingegriffen wird.<sup>48</sup> Dies ist z.B. bezüglich der Anordnung einer Disziplinarsanktion<sup>49</sup> oder bei der Verweigerung einer Vollzugslockerung zu bejahen.

Die Frage, ob auch die Anfechtung von Realakten als verfügungsfreies Handeln von der Rechtsweggarantie nach Art. 29a BV erfasst ist, wurde vom Bundesgericht hingegen noch nicht gänzlich geklärt.<sup>50</sup> Dies wird für gewisse Fälle in der Lehre weitgehend befürwortet,<sup>51</sup> in Bezug auf den erforderlichen Betroffenheitsgrad bestehen jedoch Unklarheiten.<sup>52</sup> Auf Bundesebene schafft Art. 25a VwVG Abhilfe, indem er bei Realakten, die gestützt auf öffentliches Recht des Bundes ergehen, ein Recht auf Erlass einer Verfügung einräumt, sofern ein schützenswertes Interesse vorliegt und Rechte und Pflichten der betroffenen Person berührt sind.<sup>53</sup> Offen ist jedoch, ob damit auch Handlungen kantonaler Behörden gestützt auf Bundesrecht umfasst sind.<sup>54</sup> Verschiedene Kantone kennen ähnliche Bestimmungen<sup>55</sup> oder sehen gar vor, dass ein Realakt selbst direkt anfechtbar ist.<sup>56</sup> In anderen Kantonen besteht hingegen keine gesetzliche Grundlage für die Anfechtung von Realakten.<sup>57</sup> Hier erfolgt der Rechtsschutz über den Anspruch auf eine Feststellungsverfügung.<sup>58</sup>

Art. 6 Abs. 1 EMRK gewährt ebenfalls einen Anspruch auf gerichtliche Überprüfung. Er bezieht sich im Gegensatz zu Art. 29a BV aber nur auf Streitigkeiten, welche „civil rights“ („zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen“) oder eine „strafrechtliche Anklage“ betreffen.<sup>59</sup> Diese Begriffe legt der EGMR autonom aus.<sup>60</sup> Als zivilrechtliche Angelegenheiten qualifiziert der EGMR etwa Beschränkungen der Familienkontakte oder von Vermögensrechten in Zusammenhang mit der Unterbringung in einem Hochsicherheitstrakt, da diese in den Bereich der persönlichen Rechte der betroffenen Person fallen.<sup>61</sup> Nicht abschliessend geklärt ist die Frage des Strafcharakters von Disziplinarsanktionen und damit die Anwendbarkeit der in Art. 6 Ziff. 1 EMRK bzw. Art. 32 BV vorgesehenen spezifischen Verfahrensgarantien (insb.

<sup>47</sup> KLEY, St. Galler Kommentar, Art. 29a, N 14.

<sup>48</sup> MÜLLER/SCHEFER, S. 912; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 427.

<sup>49</sup> Vgl. MÜLLER/SCHEFER, S. 133, Fn 179.

<sup>50</sup> KIENER/KÄLIN, S. 515.

<sup>51</sup> KIENER/KÄLIN, S. 515; KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 203; KLEY, St. Galler Kommentar, Art. 29a, N 12; und RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 429.

<sup>52</sup> THURNHERR, S. 222.

<sup>53</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 429.

<sup>54</sup> WEBER-DÜRLER, VwVG-Kommentar, Art. 25a, N 18.

<sup>55</sup> Z.B. § 21a VRPG-ZG; § 10 c VRG-ZH.

<sup>56</sup> GR: Art. 28 Abs. 4 bzw. Art. 49 Abs. 3 Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), BR 370.100.

<sup>57</sup> Z.B. BE, SG und VD. Vgl. KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 68.

<sup>58</sup> KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 68 f. Dies hatte das Bundesgericht vor Erlass von Art. 25a VwVG im Interesse eines genügenden Grundrechtsschutzes aus Art. 13 EMRK abgeleitet; BGE 128 I 167, E. 4.5.

<sup>59</sup> Eine vergleichbare Bestimmung findet sich auch in Art. 14 Abs. 1 UNO-Pakt II.

<sup>60</sup> MÜLLER/SCHEFER, S. 911. So geht der Begriff der zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen nach der autonomen Auslegung des EGMR über die traditionellen zivilrechtlichen Streitigkeiten nach Schweizerischem Recht hinaus; siehe z.B. BGE 132 V 6, E. 2.3.1. Zur Auslegung der „strafrechtlichen Anklage“ siehe z.B. BGE 125 I 104, E. 2a, und BGE 128 I 346, E. 2.1, mit Hinweisen auf die Rechtsprechung des EGMR.

<sup>61</sup> EGMR (Grosse Kammer), Enea v. Italy, 74912/01 (2009), Ziff. 103 ff.

Verteidigungsrechte<sup>62</sup> und Rechtsmittelgarantie). Das Bundesgericht hat bezugnehmend auf die vom EGMR entwickelten Kriterien nicht ausgeschlossen, dass aufgrund der Art und Schwere im Einzelfall eine Einstufung als Strafverfahren i.S.v. Art. 32 BV bzw. Art. 6 Ziff. 1 EMRK angezeigt ist.<sup>63</sup> Unabhängig von dieser Qualifizierung werden Disziplinarsanktionen im Straf- und Massnahmenvollzug vor Bundesgericht im Verfahren der Beschwerde in Strafsachen behandelt.<sup>64</sup>

Die bei einem Freiheitsentzug zu beachtenden Garantien nach Art. 31 BV sind für vorliegende Studie hingegen nicht einschlägig. So verschärft die Unterbringung in Einzelhaft als Disziplinarsanktion zwar die Haftbedingungen, sie stellt aber keinen Freiheitsentzug im eigentlichen Sinne dieses Begriffes dar.<sup>65</sup> Gleiches hat zu gelten, wenn die Unterbringung in Einzelhaft aus Sicherheitsgründen zum Schutz der inhaftierten Person oder Dritter erfolgt.

## 5. Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges Gericht

Art. 30 Abs. 1 BV garantiert für das Gerichtsverfahren einen Anspruch auf Beurteilung durch ein gesetzlich geschaffenes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht.<sup>66</sup> Namentlich fliesst hieraus der grundrechtliche Individualanspruch, dass die Organisation, das Verfahren und insbesondere die Zuständigkeit der Gerichte durch ein formelles Gesetz geregelt werden müssen.<sup>67</sup> Weiter verankert diese Bestimmung auch die Ansprüche auf ein funktionell und organisatorisch unabhängiges und unparteiisches Gericht, sowie auf Ausstand von Justizpersonen, wenn objektiv der Anschein oder die Gefahr einer Befangenheit besteht.<sup>68</sup>

Die gesetzlich vorgesehene Zuständigkeitsordnung hat aufgrund des Legalitätsprinzips zwingenden Charakter,<sup>69</sup> d.h. insbesondere, dass allein durch eine Vereinbarung zwischen Behörden keine Zuständigkeit begründet werden kann. Der Gesetzgeber kann aber von diesem Grundsatz Ausnahmen vorsehen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass eine Delegation von Entscheidungskompetenzen ohne rechtliche Folgen bleibt, wenn alle Beteiligten (Behörden und Parteien) keine Einwände dagegen erheben und keine Nichtigkeitsgründe vorliegen.<sup>70</sup>

## 6. Untersuchungspflicht des Staates und Beweiserleichterung

Aus dem Recht auf Leben (Art. 2 EMRK und Art. 6 UNO-Pakt II) sowie aus dem Verbot der Folter und der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung (Art. 3 EMRK und Art. 7 UNO-Pakt II) leitet sowohl der EGMR als auch der UNO-Menschenrechtsausschuss eine Untersuchungspflicht des Staates ab.<sup>71</sup> Staaten stehen bei Hinweisen einer Verletzung dieser

<sup>62</sup> Wie z.B. die notwendige Verteidigung. Siehe dazu Fn 26.

<sup>63</sup> BGE 118 Ia 64, E. 3s; BGE 125 I 104.

<sup>64</sup> Urteil des Bundesgerichts 6B\_589/2010 vom 28.09.2010, E. 1.2. Dazu THOMMEN, BSK BGG, Art. 78; STEINMANN, St. Galler Kommentar, Art. 29, N 13.

<sup>65</sup> BGE 125 I 104, E. 3c/d.

<sup>66</sup> Für diesen Anspruch in Bezug auf Verwaltungsbehörden siehe Kapitel II.2.1.

<sup>67</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 466; KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 251; vgl. auch Art. 164 Abs. 1 lit. g BV.

<sup>68</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 255 f.

<sup>69</sup> Diese zwingende Natur wird etwa in Art. 2 Abs. 2 VRPG-BE explizit erwähnt.

<sup>70</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 480 ff.

<sup>71</sup> Grundlegend: EGMR, *McCann and Others v. The United Kingdom*, 18984/91 (1995), Ziff. 161; *Labita v. Italy*, 26772/95 (2000), Ziff. 131. Vgl. auch: EGMR, *Shchukin and Others v. Cyprus*, 14030/03 (2010),

Fundamentalgarantien nicht nur in der Pflicht, den Sachverhalt in einem laufenden Verfahren abzuklären, sondern auch bei Verdacht auf entsprechende Verstösse das Verfahren von Amtes wegen einzuleiten (sog. *Offizialmaxime*<sup>72</sup>). Eine Beschwerde oder Anzeige ist damit zur Eröffnung einer Untersuchung nicht notwendig.<sup>73</sup> Im Bereich des Freiheitsentzugs bedeutet das konkret, dass die Behörden Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen sowie Tötungen, die während Inhaftierungen geschehen sind, von Amtes wegen verfolgen und abklären müssen.<sup>74</sup> Zu beachten ist dabei, dass im Freiheitsentzug nicht nur körperliche Übergriffe zur Verletzung von Art. 3 EMRK führen können, sondern auch unverhältnismässige Haftbedingungen. Der EGMR hat in seiner Rechtsprechung insbesondere in der Hochsicherheitshaft sowie bei überbelegten Gefängnissen eine Kumulation von ungenügenden Haftbedingungen und dadurch eine Verletzung von Art. 3 EMRK festgestellt.<sup>75</sup> Die Behörden müssen daher in diesem Bereich besonders auf die Verhältnismässigkeit der Haftbedingungen achten und bei Hinweisen auf eine Verletzung von Art. 3 EMRK eine entsprechende Abklärung vornehmen.

Eine Pflicht zur Untersuchung fliesst auch aus dem Recht auf eine wirksame Beschwerde (Art. 13 EMRK).<sup>76</sup> Die Anforderungen nach Art. 13 EMRK sind dabei gemäss EGMR weiter zu verstehen als jene nach Art. 2 und 3 EMRK.<sup>77</sup> Welchen Anforderungen diese Untersuchung zu genügen hat, wurde vom EGMR bis heute nicht völlig geklärt und das Verhältnis zwischen diesen Bestimmungen bleibt unklar.<sup>78</sup>

Unabhängig davon, aus welcher Norm der Untersuchungsgrundsatz abgeleitet wird, ist eine wirksame Untersuchung durchzuführen. Eine solche liegt nach Praxis des EGMR vor bei Unabhängigkeit, Angemessenheit, Unverzüglichkeit, öffentlicher Überprüfbarkeit sowie Einbezug des Opfers.<sup>79</sup> Ähnliche Voraussetzungen verankern spezifisch für den Freiheitsentzug

---

Ziff. 101 ff.; *Stocia v. Romania*, 42722/02 (2008), Ziff. 67; *Ramsahai and Others v. The Netherlands*, 52391/99 (2007), Ziff. 321 ff.; *Makaratzis v. Greece*, 50385/99 (2004), Ziff. 73. Zu UNO-Pakt II: MRA, *Baboeram and Others v. Suriname*, 146/1983 and 148-154/1983 (1985), Ziff. 16; *Rubio and Parents v. Colombia*, 161/83 (1987), Ziff. 10.3. Das UNO-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 hat diese Pflicht explizit in Art. 12 bzw. i.V.m. Art. 16 verankert.

<sup>72</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 84 f.

<sup>73</sup> EGMR, *Nachova and others v. Bulgaria*, 43577/98 und 43579/98 (2005), Ziff. 111 und grundlegend EGMR (Grosse Kammer), *İlhan v. Turkey*, 22277/93 (2000). Vgl. auch *Jelić v. Croatia*, 57856/11 (2014), Ziff. 61, *El-Masri v. The Former Yugoslav Republic of Macedonia*, 39630/09 (2012), Ziff. 63 und 186; zum Ganzen KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 9 ff.

<sup>74</sup> *Yuriy Illarionovich Shchokin c. Ukraine*, 4299/03 (2013), Ziff. 39 ff. und Ziff. 52 und 54; *Premininy v. Russia*, 44973/04 (2011), Ziff. 108, explizit auch in CPT Standards, S. 96, Ziff. 27.

<sup>75</sup> EGMR, *Canali c. France*, 40119/09 (2013), Ziff. 53: „(...) l'effet cumulé de la promiscuité et des manquements relevés aux règles d'hygiène ont provoqué chez le requérant des sentiments de désespoir et d'infériorité propres à l'humilier et à le rabaisser. Dès lors, la Cour estime que ces conditions de détention s'analysent en un traitement dégradant au sens de l'article 3 de la Convention“. Vgl. auch: EGMR, *Kalashnirov v. Russia* (2002), *Modârca v. Moldova* (2007).

<sup>76</sup> EGMR, *Salman v. Turkey*, 21986/93 (2000), Ziff. 121; *El-Masri v. The Former Yugoslav Republic of Macedonia*, 39630/09 (2012), Ziff. 255; *Kaya v. Turkey*, 22729/93 (1998), Ziff. 107.

<sup>77</sup> Z.B. in EGMR, *Kaya v. Turkey*, 22729/93 (1998), Ziff. 107: „(...) the notion of an effective remedy for the purposes of Article 13 entails (...) a thorough and effective investigation capable of leading to the identification and punishment of those responsible and including effective access for the relatives to the investigatory procedure (...). Seen in these terms the requirements of Article 13 are broader than a Contracting State's procedural obligation under Article 2 to conduct an effective investigation“.

<sup>78</sup> HARRIS/O'BOYLE/BATES/BUCKLEY, S. 573.

<sup>79</sup> Statt vieler: EGMR (Grosse Kammer), *El-Masri v. the Former Yugoslav Republic of Macedonia*, 39630/09 (2012); ausführlich hierzu KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 11 ff.

auch die CPT Standards.<sup>80</sup> Bei Untersuchungen von Behörden gegen Behörden ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit besonders schwierig. Die mit der Untersuchung beauftragte Behörde muss zum einen in rechtlicher wie auch faktischer Hinsicht hierarchisch sowie institutionell unabhängig von der Person sein, die in die Sache involviert ist.<sup>81</sup> Zum anderen darf auch das Verhalten der untersuchenden Behörde nicht den Anschein der Befangenheit erwecken. Der EGMR stellte hierzu fest, dass eine Untersuchung nicht genügend wirksam sei, wenn Aussagen oder Darstellungen der beschuldigten Behörde Glauben geschenkt werde, ohne diese auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.<sup>82</sup>

Grundsätzlich trägt die beschwerdeführende Partei bei Verfahren vor dem EGMR die Beweislast für die von ihr behaupteten Menschenrechtsverletzungen. Wird jedoch ein Übergriff im Freiheitsentzug geltend gemacht, so kommt es nach Praxis des EGMR zu einer Beweiserleichterung. Die beschwerdeführende Person muss die Verletzung einzig *prima facie* belegen, z.B. mittels eines ärztlichen Zeugnisses.<sup>83</sup> Gestützt darauf wird von der Vermutung einer Verantwortlichkeit des Staates ausgegangen und es obliegt diesem nachzuweisen, dass die entstandene Verletzung entweder nicht durch staatliche Behörden oder falls doch, dass sie rechtmässig erfolgt ist.<sup>84</sup>

## 7. Information der inhaftierten Personen

Das Gebot der Rechtssicherheit verlangt allgemein, dass Rechte und Pflichten von Personen in generell-abstrakten Erlassen verankert werden müssen, damit diese ihr Verhalten danach ausrichten können.<sup>85</sup> Während eines Verfahrens kommt einer Person gestützt auf den Anspruch auf rechtliches Gehör<sup>86</sup> nach Art. 29 Abs. 2 BV darüber hinaus das Recht auf Information zu. Die Behörde hat die Pflicht, die betroffene Person über alle entscheiderelevanten Vorgänge und Grundlagen zu orientieren.<sup>87</sup> Ohne ein laufendes Verfahren trifft den Staat keine Pflicht, Personen über ihre Rechte zu belehren. Entsprechend besteht auch im Freiheitsentzug keine mündliche Informationspflicht für Behörden. Einzig die Strafvollzugsgrundsätze des Ministerkomitees des Europarates empfehlen, Gefangene so oft wie nötig schriftlich und mündlich in einer ihnen verständlichen Sprache über ihre Rechte und Pflichten im Justizvollzug zu informieren.<sup>88</sup>

<sup>80</sup> CPT Standards, S. 98, Ziff. 31 ff.

<sup>81</sup> EGMR, Paul and Audrey Edwards v. the United Kingdom, 46477/99 (2002), Ziff. 70; Mastromatteo v. Italy, 37703/97 (2002), Ziff. 91.

<sup>82</sup> EGMR, Dembele v. Switzerland, 74010/11 (2013), Ziff. 67; Durdevic v. Coratia, 52442/09 (2011), Ziff. 89-91.

<sup>83</sup> GRABENWARTER/PABEL, § 20 N 37.

<sup>84</sup> EGMR, Berzins v. Latvia, 25147/07 (2014), Ziff. 92, Mrozowski v. Poland, 9258/04 (2009), Ziff. 26 und 29, Corsacov v. Moldova, 18944/02 (2006) Ziff. 55, Bursuc v. Romania, 42066/98 (2004), Ziff. 80; Mrozowski v. Poland, 9258/04 (2009); vgl. zum Ganzen KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 15 f.; EGLI S. 201 f.; KÜNZLI/EUGSTER/KIND/SPRING/STURM, S. 53 f.

<sup>85</sup> BIAGGINI, Art. 5, N 7.

<sup>86</sup> Siehe dazu vorne Kapitel II.2.2.

<sup>87</sup> Im Strafverfahren hätte die betroffene Person zudem gemäss Art. 31 Abs. 2 sowie Art. 32 Abs. 2 BV konkret einen Anspruch über die Beschuldigung und die ihr zustehenden Rechte explizit unterrichtet zu werden; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 318.

<sup>88</sup> Ziff. 15.2 i.V.m. Ziff. 30.1 Strafvollzugsgrundsätze.

### III. DIE UMSETZUNG DER GRUND- UND MENSCHENRECHTLICHEN VORGABEN IN DER SCHWEIZ: DIE ZENTRALE BEDEUTUNG DER VERWALTUNGSRECHTSPFLEGE

Wie wird in der Schweiz sichergestellt, dass grund- und menschenrechtlich verankerten prozessualen Vorgaben im Freiheitsentzug nachgekommen wird? Das wichtigste Verfahren, mit welchem diesen Anforderungen Genüge getan werden kann, ist dasjenige im Rahmen der Verwaltungsrechtspflege. Kompliziert wird dieses durch die kantonale Zuständigkeit in diesem Regelungsbereich. In diesem Abschnitt werden daher einleitend die zuständigen Behörden in den untersuchten Kantonen aufgeführt (Ziff. 1) und die Grundlagen der Verwaltungsrechtspflege (Ziff. 2) dargelegt. Sodann wird die Umsetzung einzelner grund- und menschenrechtlicher Vorgaben in der Verwaltungsrechtspflege erörtert (Ziff. 3). In den nachfolgenden Kapiteln werden die von Kanton zu Kanton variierenden Verfahrensabläufe bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde bzw. Vollzugseinrichtung als Erstinstanz geklärt (Kapitel IV) und darauf aufbauend wird schliesslich die zentrale Frage nach den Eigenarten des Verfahrens in spezifischen Anwendungsfällen dargestellt (Kapitel V).

#### 1. Kantonale Organisation: Zuständige Behörden

Nach Art. 439 Abs. 1 StPO bestimmen Bund und Kantone „die für den Vollzug von Strafen und Massnahmen zuständigen Behörden sowie das entsprechende Verfahren“ unter Vorbehalt der Regelungen im StGB und in der StPO. Die Kompetenzen des Einweisungs- bzw. Urteilskantons werden jeweils durch eine *Vollzugsbehörde* wahrgenommen. Die untersuchten Kantone haben die Zuständigkeiten wie folgt geregelt:

- Kanton Aargau:
  - Departement/ Direktion: Departement für Volkswirtschaft und Inneres.
  - Vollzugsbehörde: Sektion Vollzugsdienste und Bewährungshilfe des Amtes für Justizvollzug.
  - Rechtsgrundlagen: Es wird gesetzlich nur die Departementszuständigkeit nicht aber die Zuständigkeit des Amtes oder der Sektion definiert.<sup>89</sup> Die einzelnen Kompetenzen der Vollzugsbehörde regelt die Strafvollzugsverordnung.<sup>90</sup>
- Kanton Bern:
  - Departement/ Direktion: Polizei- und Militärdirektion.
  - Vollzugsbehörde: Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung.
  - Rechtsgrundlagen: Die Zuständigkeit der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug als Vollzugsbehörde ist auf Verordnungsstufe klar geregelt.<sup>91</sup> Auf Gesetzesstufe bleibt hingegen unklar, welche Behörde jeweils als „zuständige

<sup>89</sup> § 4 SMV-AG i.V.m. § 13 Abs. 2 und § 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG (implizit).

<sup>90</sup> SMV-AG.

<sup>91</sup> Art. 11a Abs. 1 SMVV-BE. Die Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges ergibt sich für die Polizei- und Militärdirektion aus Art. 30 OrG-BE und für das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung aus Art. 10 OrV POM-BE und Art. 69 EG ZSJ-BE.

Stelle der Polizei- und Militärdirektion“ angesprochen ist.<sup>92</sup> Die Kompetenzen der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug ergeben sich somit nur für diejenigen Bereiche klar, welche auf Verordnungsebene geregelt sind. So obliegt z.B. die Urlaubsgewährung nach Art. 54 SMVG-BE der zuständigen Stelle der POM (mit Delegationsmöglichkeit an die Vollzugseinrichtung). Eine ausdrückliche Regelung, wonach die Vollzugsbehörde und damit die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug hierfür zuständig ist, fehlt jedoch im kantonalen Recht<sup>93</sup> und findet sich nur in der massgebenden konkordatlichen Richtlinie.<sup>94</sup>

– Kanton St. Gallen:

- Departement/ Direktion: Sicherheits- und Justizdepartement.
- Vollzugsbehörde: Sicherheits- und Justizdepartement. Das Departement ermächtigt Mitarbeitende zur Vertretung.<sup>95</sup>
- Rechtsgrundlagen: Die Zuständigkeit des Departements als Vollzugsbehörde<sup>96</sup> sowie die Ermächtigung von Mitarbeitenden zum Handeln im Namen des Departementes<sup>97</sup> sind auf Gesetzes- und Verordnungsebene klar geregelt. Die einzelnen Kompetenzen ergeben sich aus dem kantonalen Einführungsgesetz zur StPO.<sup>98</sup>

– Kanton Waadt:

- Departement/ Direktion: Département des institutions et de la sécurité.
- Vollzugsbehörde: Office d'exécution des peines vom Service pénitentiaire.
- Rechtsgrundlagen: Die Zuständigkeit des Office d'exécution des peines als Vollzugsbehörde ist auf Gesetzes- und Verordnungsebene klar geregelt.<sup>99</sup> Die einzelnen Kompetenzen der Vollzugsbehörde ergeben sich aus denselben Rechtsgrundlagen.<sup>100</sup>

<sup>92</sup> Vgl. Art. 5 SMVG-BE. Dies kann z.B. auch die Abteilung Bewährungshilfe und alternativer Strafvollzug sein, welche als Vollzugsbehörde beim Vollzug von gemeinnütziger Arbeit handelt (Art. 11a Abs. 2 SMVV-BE).

<sup>93</sup> SMVV-BE, EG ZSJ-BE sowie Hausordnungen Anstalten Hindelbank und Thorberg.

<sup>94</sup> Ziff. 4 RL Ausgang und Urlaub-NWI.

<sup>95</sup> Bei Verfügungen gegenüber verwahrten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilten Personen findet keine Vertretung statt. Bei Verfügungen gegenüber Straftätern und Straftäterinnen, bei denen nach den Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gefährlichkeit zu erfolgen hat, ist der Leiter/ die Leiterin des Amtes für Justizvollzug zuständig. In den übrigen Fällen ist der Leiter/ die Leiterin der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug zum Erlass einer Verfügung ermächtigt.

<sup>96</sup> Art. 26 Abs. 1 lit. i GeschR-SG, Art. 19 Abs. 1 und 3 und Art. 59 Abs. 1 EG StPO-SG sowie Art. 16 StPV-SG.

<sup>97</sup> Anhang ErmV-SG SJD.A.07, SJD.A.08 und SJD.A.09 i.V.m. Art. 27 StVG-SG, Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG und Art. 12 StPV-SG. Die Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges ergibt sich für die Sicherheitsdirektion aus Art. 26 Abs. 1 lit. i GeschR-SG, Art. 19 Abs. 1 und 3 und Art. 59 Abs. 1 EG StPO-SG sowie Art. 16 StPV-SG.

<sup>98</sup> Art. 59 EG StPO-SG.

<sup>99</sup> Art. 8 LEP-VD und Art. 5 RSC-VD. Die Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges ergibt sich für das Departement aus Art. 7 RdéA-VD. Die Zuständigkeit des Service pénitentiaire ist in Art. 7 LEP-VD geregelt.

<sup>100</sup> Art. 8 und 19 ff. LEP-VD sowie RSC-VD. Anzumerken ist, dass das RSC-VD zurzeit für den Massnahmenvollzug nur analog zur Anwendung gelangt.

- Kanton Zug:
  - Departement/ Direktion: Sicherheitsdirektion.
  - Vollzugsbehörde: Vollzugs- und Bewährungsdienst.
  - Rechtsgrundlagen: Die Zuständigkeit des Vollzugs- und Bewährungsdienstes als Vollzugsbehörde und die einzelnen Kompetenzen sind zusammengefasst in einer Delegationsverfügung der Sicherheitsdirektion klar geregelt.<sup>101</sup>
- Kanton Zürich:
  - Departement/ Direktion: Direktion der Justiz und des Inneren.
  - Vollzugsbehörde: Bewährungs- und Vollzugsdienste des Amtes für Justizvollzug.
  - Rechtsgrundlagen: Die Zuständigkeit der Bewährungs- und Vollzugsdienste als Vollzugsbehörde und die einzelnen Kompetenzen ergeben sich aus der Justizvollzugsverordnung.<sup>102</sup>

Die untersuchten *Vollzugseinrichtungen* sind folgendermassen in die Organisation des jeweiligen Kantons eingegliedert:

- Kanton Aargau: Die JVA Lenzburg ist Teil des Amtes für Justizvollzug und damit der Sektion Vollzugsdienste und Bewährungshilfe, welche die Kompetenzen der Vollzugsbehörde innehat, hierarchisch gleichgestellt.<sup>103</sup>
- Kanton Bern: Die Anstalten Hindelbank und Thorberg sind der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug hierarchisch gleichgestellte Organisationseinheiten des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung.<sup>104</sup>
- Kanton St. Gallen: Die Strafanstalt Saxerriet ist eine Organisationseinheit des Amtes für Justizvollzug und ist der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug, welche teilweise zum Handeln als Vollzugsbehörde im Namen des Sicherheits- und Justizdepartementes ermächtigt ist, hierarchisch gleichgestellt.<sup>105</sup>
- Kanton Waadt: Die *Établissements pénitentiaires de la plaine de l'Orbe* sind eine Organisationseinheit des *Sérvise pénitentiaire* und dem *Office d'exécution des peines* hierarchisch gleichgestellt.<sup>106</sup>
- Kanton Zug: Die Strafanstalt Zug ist der Sicherheitsdirektion unterstellt und dem Vollzugs- und Bewährungsdienst hierarchisch gleichgestellt.<sup>107</sup> Die Interkantonale Strafan-

<sup>101</sup> Ziff. 1 und Ziff. 3 VBD-ZG i.V.m. § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG sowie § 5 und § 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG. Die Zuständigkeit der Sicherheitsdirektion ergibt sich aus § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. § 5 und § 6 Abs. 2 OrgG-ZG sowie § 115 GOG-ZG.

<sup>102</sup> § 8 Abs. 1 lit. a i.V.m. § 5 lit. a, d und e JVV-ZH. Die Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges ergibt sich für die Direktion der Justiz und des Inneren aus § 58 VOG RR-ZH i.V.m. Anhang 1 lit. a Ziff. 1 VOG RR-ZH und für das Amt für Justizvollzug aus § 2 und § 5 JVV-ZH sowie § 1 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 und Abs. 2 JIOV-ZH i.V.m. Anhang 1 Ziff. 1.1. lit. b JIOV-ZH.

<sup>103</sup> Organigramm Amt für Justizvollzug, Stand 1. August 2013; [https://www.ag.ch/media/kanton\\_aargau/dvi/dokumente\\_5/ajv\\_2/ajv\\_3/Organigramm\\_AJV\\_per\\_01082013.pdf](https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/dvi/dokumente_5/ajv_2/ajv_3/Organigramm_AJV_per_01082013.pdf), zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>104</sup> Organigramm Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Stand Februar 2014; [http://www.pom.be.ch/pom/de/index/direktion/organisation/fb/organigramm.assetref/content/dam/documents/POM/FB/de/FBUntelagenzentral/Organigramm\\_AmtFB\\_10022014.pdf](http://www.pom.be.ch/pom/de/index/direktion/organisation/fb/organigramm.assetref/content/dam/documents/POM/FB/de/FBUntelagenzentral/Organigramm_AmtFB_10022014.pdf), zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>105</sup> Organigramm Amt für Justizvollzug, Stand 28. Februar 2013; [http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt\\_fuer\\_justizvollzug/\\_jcr\\_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Organigramm%20AJUV%202013-04-02.pdf](http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt_fuer_justizvollzug/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Organigramm%20AJUV%202013-04-02.pdf), zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>106</sup> Organigramm Service pénitentiaire; <http://www.vd.ch/autorites/departements/dis/penitentiaire/>, zuletzt besucht am 30.06.2014.



stalt Bostadel ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und wird von den Kantonen Basel-Stadt und Zug gemeinsam betrieben.<sup>108</sup> Sie ist nicht direkt in die Organisation des Kantons Zug eingebunden und untersteht folglich nicht der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug.

- Kanton Zürich: Die JVA Pöschwies ist eine Organisationseinheit des Amtes für Justizvollzug und den Bewährungs- und Vollzugsdiensten hierarchisch gleichgestellt.<sup>109</sup>

## 2. Grundlagen der Verwaltungsrechtspflege

Unter die Verwaltungsrechtspflege fallen alle Verfahren, die eine Rechtsfrage auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts klären. Darunter fällt sowohl das Verfahren auf Erlass einer Verfügung als auch das Rechtsmittelverfahren vor verwaltungsinternen sowie verwaltungsexternen Behörden bzw. Gerichten.<sup>110</sup>

Wenn sie gegenüber einer inhaftierten Person eine Verfügung erlassen, handeln sowohl die Anstaltsdirektionen der Vollzugseinrichtungen als auch die kantonalen Vollzugsbehörden als Verwaltungsbehörden im Rahmen eines erstinstanzlichen Verfahrens.<sup>111</sup>

Das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren wird so bezeichnet, weil es vor einer Rechtsmittelinstanz stattfindet, welche der Verwaltung angehört. Dies ist i.d.R. diejenige Behörde, welche der verfügenden Behörde hierarchisch direkt übergeordnet ist. Im Gegensatz dazu ist beim verwaltungsexternen Beschwerdeweg eine von der Verwaltung unabhängige Behörde zuständig, i.d.R. ein Gericht.<sup>112</sup> Letztinstanzliche kantonale Gerichtsentscheide im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs sind schliesslich beim Bundesgericht mit Beschwerde in Strafsachen anfechtbar.<sup>113</sup>

Die Verwaltungsrechtspflege im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs wird auf kantonalen Ebene meist in einem allgemeinen Verwaltungsrechtspflegeerlass geregelt.<sup>114</sup> In denjenigen Kantonen, in welchen im Rahmen des verwaltungsexternen Beschwerdeweges nicht ein kantonales Verwaltungsgericht sondern ein Gericht mit strafrechtlichen Befugnissen zuständig ist, richtet sich das Verfahren jedoch u.U. (auch) nach der StPO.<sup>115</sup>

<sup>107</sup> Organigramm Kantonsverwaltung Zug, Stand 14. Oktober 2009; <http://www.badac.ch/docs/organigrammes/cantons/ESAC08/Zug/Organigramm%20Kantonsverwaltung%20ZUG.pdf>, zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>108</sup> Siehe <http://www.zg.ch/behoerden/weitere-organisationen/strafanstalt-bostadel/strafanstalt-bostadel>, zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>109</sup> Anhang 1 Ziff. 1.1 JIOV-ZH. Organigramm Amt für Justizvollzug, Stand 1. April 2014; [http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz\\_innere/juv/de/ueber\\_uns/organisation/\\_jcr\\_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/1013\\_1308736528039.spooler.download.1399977262917.pdf/organigramm\\_juv.pdf](http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz_innere/juv/de/ueber_uns/organisation/_jcr_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/1013_1308736528039.spooler.download.1399977262917.pdf/organigramm_juv.pdf), zuletzt besucht am 30.06.2014.

<sup>110</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 15.

<sup>111</sup> Vgl. KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 5. Zur Anfechtbarkeit von Realakten und dem damit verbundenen Anspruch auf Erlass einer Feststellungsverfügung siehe vorne Kapitel II.4 (Recht auf wirksame Beschwerde) und Kapitel II.3 (Recht auf gerichtliche Überprüfung).

<sup>112</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 12.

<sup>113</sup> Art. 78 Abs. 2 lit. b i.V.m. Art. 80 BGG. Und nicht etwa mit Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten nach Art. 82 ff. BGG, obwohl eine das Verwaltungsrecht betreffende Angelegenheit zur Diskussion steht; siehe dazu THOMMEN, BSK BGG, Art. 78, N 38.

<sup>114</sup> KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 68.

<sup>115</sup> Die zulässigen Beschwerdegründe werden i.d.R. durch das einschlägige Verfahrensgesetz bestimmt, sie können sich jedoch auch aus Spezialgesetzen ergeben; KIENER/RÜTSCHKE/KUHN, N 1425.

### 3. Die Umsetzung der grund- und menschenrechtlichen Vorgaben in der Verwaltungsrechtspflege

Die grund- und menschenrechtlichen Verfahrensgarantien werden für die Verwaltungsrechtspflege oft in kantonalen Gesetzen und Verordnungen explizit wiederholt, teilweise inhaltlich näher ausgeführt.

#### 3.1. Gewährung des rechtlichen Gehörs

Alle untersuchten Kantone sehen in ihrem Verwaltungsrechtspflegegesetz einen Anspruch auf vorgängige Äusserung bzw. Stellungnahme vor.<sup>116</sup> Dieser Grundsatz wird teilweise in den vollzugsspezifischen Gesetzen oder Anstaltshausordnungen wiederholt,<sup>117</sup> insbesondere in Zusammenhang mit der Anordnung einer Disziplinar massnahme.<sup>118</sup> Auch das Recht auf Teilnahme am Beweisverfahren<sup>119</sup> und auf Akteneinsicht<sup>120</sup> sind feste Bestandteile der kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetze. Zudem wird nebst der Eröffnung und Begründung einer Verfügung auch die Rechtsmittelbelehrung in allen Kantonen ausdrücklich verlangt.<sup>121</sup> Somit wird der Anspruch auf rechtliches Gehör in den untersuchten Kantonen verletzt, sofern in einer Verfügung die Rechtsmittelbelehrung fehlt.

#### 3.2. Rechtlicher Beistand

Die untersuchten Kantone sehen in ihren Verwaltungsrechtspflegegesetzen das Recht auf einen rechtlichen Beistand<sup>122</sup> und/oder die Möglichkeit einer unentgeltlichen Rechtsvertretung<sup>123</sup> für Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vor. Eine rechtliche Beratung im Freiheitsentzug ist dagegen nur im Kanton Waadt explizit vorgesehen.<sup>124</sup>

Auch wenn die kantonalen Regelungen allein durch die Gewährung eines Anspruchs einer Rechtsvertretung im Verfahren den grundrechtlichen Anforderungen genügen, ist im Hinblick auf die betroffenen Rechtsgüter im Freiheitsentzug die Bereitstellung einer Rechtsvertretung oder einer rechtlichen Beratung oft wünschenswert. Insbesondere im Bereich der Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung könnte dadurch für rechtsunkundige Inhaftierte oder Personen mit psychischen Problemen die Wahrnehmung der Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung der Hochsicherheitshaft garantiert werden.<sup>125</sup>

<sup>116</sup> § 21 VRPG-AG; Art. 21 sowie Art. 24 VRPG-BE; Art. 15, Art. 53 sowie Art. 62 VRPG-SG; Art. 33 LPA-VD; § 15 VRPG-ZG; § 26 b VRG-ZH.

<sup>117</sup> u.a. Art. 19 SMVG-BE, Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg, Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank; Art. 18 RDD-VD; Ziff. 15 HO2011-Bostadel, Art. 21 HOVollzugStrafanstalt-ZG sowie Art. 33 HOVollzugStrafanstalt-ZG.

<sup>118</sup> § 76 SMV-AG, Ziff. 5 Abs. 2 sowie Ziff. 11 Ziff. 20 Abs. 4 und Abs. 20 HO2011-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 sowie Ziff. 20 Abs. 4 und Abs. 21 HO2011-SITRAK-Lenzburg; Art. 126 SMVV-BE, Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg, Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank; Art. 49bis Abs. 3 GVV-SG; ZH: § 164 Abs. 1 JVV-ZH; Ziff. 16 HO2011-Bostadel, Art. 32 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG.

<sup>119</sup> Art. 22 VRPG-BE; Art. 17 VRPG-SG; Art. 34 LPA-VD.

<sup>120</sup> § 22 VRPG-AG; Art. 23 VRPG-BE; Art. 16 VRPG-SG; Art. 35 LPA-VD; § 8 VRG-ZH; § 16 VRPG-ZG.

<sup>121</sup> § 26 VRPG-AG; Art. 44, Art. 52 i.V.m. Art. 72 und Art. 84 VRPG-BE; Art. 24 ff. VRPG-SG; Art. 42 und Art. 44 LPA-VD; § 10 VRG-ZH; ZG: § 19 f. und § 48 VRPG-ZG.

<sup>122</sup> § 14 VRPG-AG; Art. 15 Abs. 1 VRPG-BE; Art. 10 VRPG-SG; Art. 16 Abs. 1 LPA-VD.

<sup>123</sup> § 34 Abs. 2 VRPG-AG; Art. 111 VRPG-BE; Art. 99 VRPG-SG; Art. 18 Abs. 2 LPA-VD; § 16 Abs. 2 VRG-ZH; § 27 VRPG-ZG.

<sup>124</sup> Art. 107 Abs. 1 RSC-VD.

<sup>125</sup> Ausführlich hierzu KÜNZLI/FREI/SPRING, S. 42.

### 3.3. Untersuchungspflicht

Die Untersuchungspflicht wird in den Verwaltungsrechtspflegesetzen der untersuchten Kantone grundsätzlich als Pflicht der Behörde zur Ermittlung des Sachverhaltes vorgesehen.<sup>126</sup> Einige Kantone erwähnen die Möglichkeit, dass ein Verfahren von Amtes wegen eingeleitet werden kann, erläutern dabei jedoch nicht, in welchen konkreten Fällen dies geschehen soll.<sup>127</sup>

### 3.4. Information der inhaftierten Person

In den untersuchten Kantonen werden die Beschwerdemöglichkeiten in allgemeiner Form in den Verwaltungsrechtspflegesetzen erwähnt.<sup>128</sup> Spezifisch im Freiheitsentzug geltende Verfahrensbestimmungen werden in Spezialgesetzen<sup>129</sup> und -verordnungen<sup>130</sup> genannt. Die meisten Anstalten erwähnen solche haftspezifischen Beschwerdebestimmungen auch explizit in ihren Hausordnungen.<sup>131</sup> Den inhaftierten Personen wird in allen untersuchten Kantonen ein Exemplar der Hausordnung entweder zwangsläufig<sup>132</sup> oder auf Wunsch<sup>133</sup> beim Eintritt abgegeben. Auch wenn gesetzlich keine mündliche Aufklärungspflicht besteht, sehen alle untersuchten Kantone zudem vor, dass das Vollzugspersonal inhaftierte Personen bei ihrem Eintritt über ihre Rechte und Pflichten aufklärt.<sup>134</sup> Ob darunter auch eine Aufklärung über die Beschwerdemöglichkeiten fällt, geht daraus nicht hervor.

Die Hausordnung stellt die wichtigste Informationsquelle für inhaftierte Personen dar. Sie erhalten diese beim Eintritt in die Vollzugseinrichtung und es ist für eine inhaftierte Person, die in aller Regel nicht juristisch geschult ist, naheliegender, sich durch die Hausordnung über ihre Rechte zu informieren, als durch Konsultation von kantonalen Gesetzen oder Verordnungen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Hausordnungen klar und verständlich formuliert sind. Die Hausordnungen der untersuchten Vollzugseinrichtungen geben bezüglich der Klarheit der Formulierungen keinen Grund zur Beanstandung.<sup>135</sup> Es wäre wünschenswert, dass alle Anstalten in ihren Hausordnungen die wichtigsten Beschwerden im Freiheitsentzug erwähnen, damit eine umfassende Information gewährleistet ist.

<sup>126</sup> § 17 Abs. 1 VRPG-AG; Art. 18 Abs. 1 VRPG-BE; Art. 12 VRPG-SG; Art. 28 Abs. 1 LPA-VD; § 7 VRG-ZH; § 12 Abs. 2 VRPG-ZG.

<sup>127</sup> Z.B. § 11 Abs. 1 VRPG-AG; Art. 16 Abs. 1 VRPG-BE.

<sup>128</sup> Z.B. § 41 ff. VRPG-AG.

<sup>129</sup> Z.B. AG: § 46 EG-StPO; BE: Art. 80 ff. SMVG-BE.

<sup>130</sup> Z.B. AG: § 76 und § 102 SMV-AG, § 13 f. VOOrg-Lenzburg.

<sup>131</sup> Z.B. AG: Ziff. 5 Abs. 2, Ziff. 20 Abs. 24 und Abs. 26 f. HO2011-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2, Ziff. 20 Abs. 24 und Abs. 26 f. HO2011-SITRAK-Lenzburg; BE: Ziff. 6.3 ff. und Ziff. 17.6 f. HO2006-Thorberg, Ziff. 6.3 ff. und Ziff. 17.3 f. HO2006-Hindelbank; VD: Art. 115 ff. RSC-VD; ZG: Art. 34 HOVollzugStrafanstalt-ZG.

<sup>132</sup> BE: Ziff. 5 HO2006-Thorberg, Ziff. 5 HO2006-Hindelbank; SG: Art. 5 HO-Saxerriet; VD: Art. 107 Abs. 2 RSC-VD; ZG: Ziff. 4 Abs. 2 HO2011-Bostadel; ZH: § 95 JVV-ZH und § 5 HO2009-Pöschwies.

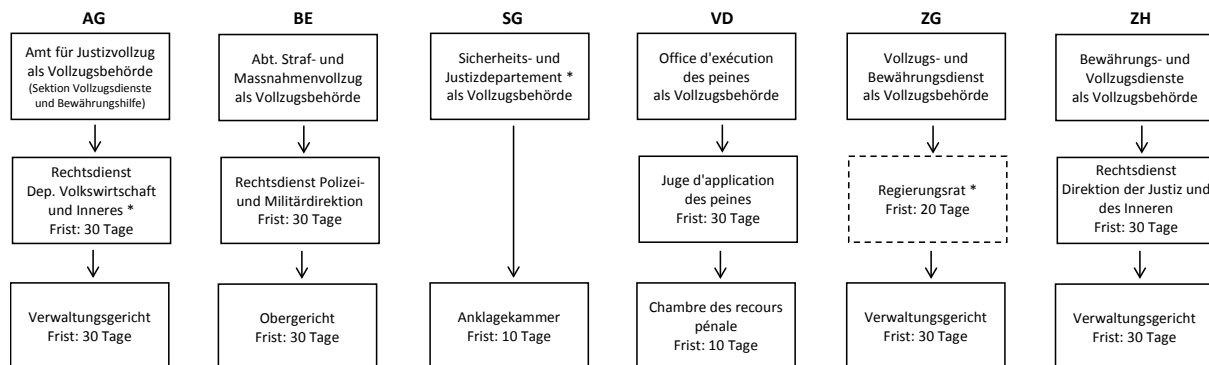
<sup>133</sup> AG: § 64 SMV-AG, Ziff. 6 Abs. 2 HO2011-Lenzburg, Ziff. 6 Abs. 3 HO2011-SITRAK-Lenzburg.

<sup>134</sup> AG: § 64 SMV-AG, Ziff. 6 Abs. 2 HO2011-Lenzburg, Ziff. 6 Abs. 3 HO2011-SITRAK-Lenzburg; BE: Ziff. 5 HO2006-Thorberg, Ziff. 5 HO2006-Hindelbank; SG: Art. 5 HO-Saxerriet; VD: Art. 11 RSC-VD; ZG: Ziff. 4 HO2011-Bostadel; ZH: § 95 JVV-ZH.

<sup>135</sup> Dass Ausführungen in Hausordnungen Defizite aufweisen können, illustriert z.B. ein Bericht der NKVF. In diesem wurde festgestellt, dass die Insassen aufgrund unklarer Formulierung der Hausordnung der Justizvollzugsanstalt Realta (GR) kaum bzw. gar nicht wussten, welche Beschwerdemöglichkeiten zur Verfügung stehen (vgl. NKVF, Bericht 04/2011 zur Justizvollzugsanstalt Realta, Ziff. 60). Ähnliche Mängel äusserte die NKVF dagegen nicht bezüglich Hausordnungen von Vollzugseinrichtungen, welche auch Gegenstand vorliegender Studie sind.

## IV. VERWALTUNGSRECHTSPFLEGE IM FREIHEITSENTZUG: VERFAHRENSABLAUF IM ALLGEMEINEN

### 1. Zuständigkeit der Vollzugsbehörde<sup>136</sup>



Die Kantone Aargau, Bern und Zürich sehen zur Anfechtung von Verfügungen der Vollzugsbehörde sowohl einen *verwaltungsinternen als auch einen verwaltungsexternen* Beschwerdeweg vor. Kein verwaltungsinternes Beschwerdeverfahren kennen hingegen die Kantone Waadt und St. Gallen. Da die Vollzugsbehörde grundsätzlich Verfügungen gestützt auf Bundesrecht erlässt, besteht im Kanton Zug im Regelfall ebenfalls nur eine verwaltungsexterne Beschwerdeinstanz.<sup>137</sup> Der Kanton Aargau sieht die Möglichkeit einer Sprungbeschwerde vor, d.h. der Rechtsdienst des Amtes für Justizvollzug kann als verwaltungsinterne Beschwerdeinstanz bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten und die Sache zur direkten Erledigung an das kantonale Verwaltungsgericht überweisen.<sup>138</sup>

*Verwaltungsinterne Rechtsmittelinstanz* ist in den Kantonen Aargau<sup>139</sup>, Bern<sup>140</sup> und Zürich<sup>141</sup> jeweils das Departement bzw. die Direktion, welcher die Vollzugsbehörde angehört, und nicht etwa das zuständige Amt als direkt übergeordnete Behörde. Bearbeitet werden Beschwerden durch den jeweiligen Rechtsdienst. Bei Vorbefassung des Vorstehers des Departements Volkswirtschaft und Inneres im Kanton Aargau<sup>142</sup> bzw. der Direktion der Justiz und des Inneren im Kanton Zürich<sup>143</sup> ist jeweils der Rechtsdienst des Regierungsrates zuständig.

Der Kanton Waadt sieht nach zurzeit geltendem Recht<sup>144</sup> bereits als erste Rechtsmittelinstanz eine gerichtliche Instanz vor, namentlich den Juge d'application des peines.<sup>145</sup>

<sup>136</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 1.A.

<sup>137</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>138</sup> § 51 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>139</sup> § 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG (sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG) i.V.m. § 13 Abs. 2 und § 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG.

<sup>140</sup> Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE.

<sup>141</sup> § 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1 und Abs. 2 lit. b Ziff. 1 VRG-ZH.

<sup>142</sup> § 9 Abs. 2 DelV-AG.

<sup>143</sup> § 19b Abs. 4 VRG-ZH.

<sup>144</sup> Im Kanton Waadt sind verschiedene Gesetzesänderungen geplant, welche u.a. die Zuständigkeiten der Rekursinstanzen betreffen. Betroffen sind das LEP-VD (Änderungen angenommen am 28. Mai 2014), RSC-VD (Änderungen geplant für Ende 2014; u.a. soll der Anwendungsbereich auch auf den Massnahmenvollzug ausgeweitet werden) und RDD-VD. Die Verfahrensabläufe werden in der Analyse nach dem

Die *Beschwerdefrist an die erste (verwaltunginterne) kantonale Rechtsmittelinstanz* beträgt 30 (AG<sup>146</sup>, BE<sup>147</sup>, VD<sup>148</sup>, ZH<sup>149</sup>) bzw. 20 Tage (ZG<sup>150</sup>).

Alle Kantone sehen im Rahmen des *verwaltungsexternen Verfahrens* obere Gerichte als Rechtsmittelinstanzen vor. Während in den Kantonen Aargau<sup>151</sup>, Zug<sup>152</sup> und Zürich<sup>153</sup> jeweils das kantonale Verwaltungsgericht zuständig ist, sind dies in den Kantonen Bern (Strafkammern des Obergerichtes)<sup>154</sup>, St. Gallen (Anlagekammer)<sup>155</sup> und Waadt (Chambre des recours pénales)<sup>156</sup> jeweils Gerichte mit Befugnissen im Strafverfahren. Dieser Verlagerung in die strafrechtliche Gerichtsbarkeit entsprechend richtet sich das Verfahren in den Kantonen St. Gallen<sup>157</sup> und Waadt<sup>158</sup> nicht nach den kantonalen Verwaltungsrechtspflegesetzen sondern nach Bestimmungen der eidgenössischen StPO. Im Kanton Bern bleiben indes die Regelungen der kantonalen Verwaltungsrechtspflege massgebend.<sup>159</sup>

Die *Beschwerdefrist an die (zweite) verwaltungsexterne kantonale Rechtsmittelinstanz* beträgt 30 (AG<sup>160</sup>, BE<sup>161</sup>, ZG<sup>162</sup>, ZH<sup>163</sup>) bzw. 10 Tage (SG<sup>164</sup>, VD<sup>165</sup>).

---

zurzeit geltenden Recht dargestellt. Im Anhang IV finden sich die Verfahrensabläufe sowohl vor der Gesetzesrevision des LEP-VD als auch nach der Revision dieses Gesetzes. Unberücksichtigt bleiben die Änderungen des RSC-VD und RDD-VD.

<sup>145</sup> Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD. Zukünftig wird bei Verfügungen der Vollzugsbehörde die Chambre des recours pénales des Tribunal Cantonal einzige Rechtsmittelinstanz sein; Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD. Siehe dazu detaillierter Anhang IV, Ablauf 1.A.

<sup>146</sup> § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>147</sup> Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE.

<sup>148</sup> Art. 37 Abs. 1 LEP-VD.

<sup>149</sup> § 22 VRG-ZH.

<sup>150</sup> § 43 VRPG-ZG. Sofern der Regierungsrat als erste Rechtsmittelinstanz überhaupt zum Zuge kommt.

<sup>151</sup> § 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>152</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>153</sup> § 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH.

<sup>154</sup> Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE.

<sup>155</sup> Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>156</sup> Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD.

<sup>157</sup> Art. 379 ff. StPO i.V.m. Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG. Im Kanton St. Gallen hat die Beschwerde aufgrund von Art. 387 StPO keine aufschiebende Wirkung.

<sup>158</sup> Art. 393 ff. StPO i.V.m. Art. 38 Abs. 2 LEP-VD.

<sup>159</sup> Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE.

<sup>160</sup> § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>161</sup> Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE.

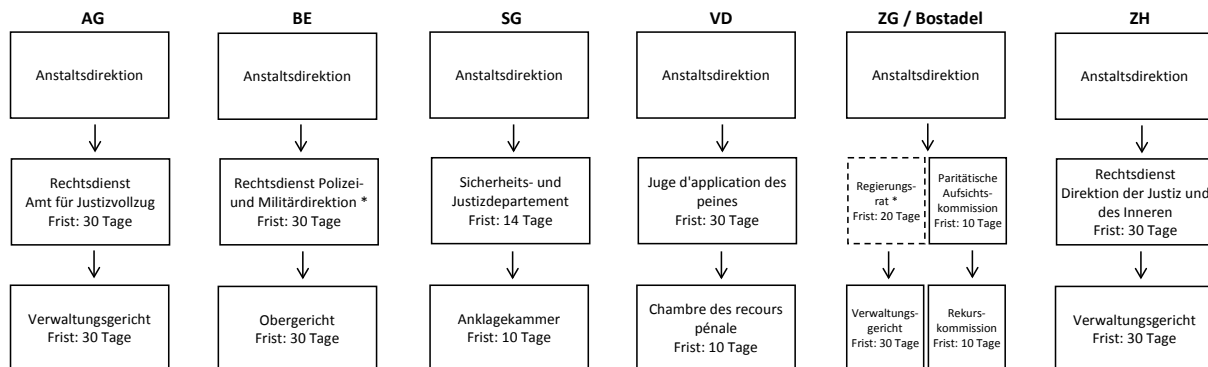
<sup>162</sup> § 64 VRPG-ZG.

<sup>163</sup> § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH.

<sup>164</sup> Art. 396 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>165</sup> Art. 396 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 38 Abs. 2 LEP-VD.

## 2. Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung<sup>166</sup>



Ausser dem Kanton Waadt sehen alle untersuchten Kantone zur Anfechtung von Verfügungen der Anstaltsdirektion grundsätzlich sowohl einen *verwaltungsinternen als auch einen verwaltungsexternen* Beschwerdeweg vor. Im Kanton Zug entscheidet der Regierungsrat jedoch nur als erste kantonale Rechtsmittelinstanz, sofern sich die Verfügung der Strafanstalt Zug auf kantonales Recht stützt oder dies ausdrücklich in einer Gesetzesbestimmung vorgesehen ist; ansonsten ist das Verwaltungsgericht einzige kantonale Rechtsmittelinstanz. Dies ergibt sich aus den relevanten Bestimmungen des VRPG-ZG.<sup>167</sup> In der Hausordnung der Strafanstalt Zug<sup>168</sup> wird hingegen allgemein der Regierungsrat als zuständige Beschwerdeinstanz genannt. Die im Kanton Aargau vorgesehene Sprungbeschwerde ist auch hier möglich.<sup>169</sup>

*Verwaltungsinterne Rechtsmittelinstanz* ist im Kanton Aargau der Rechtsdienst des direkt hierarchisch übergeordneten Amtes für Justizvollzug.<sup>170</sup> In den Kantonen St. Gallen<sup>171</sup> und Zürich<sup>172</sup> ist jeweils die Direktion Beschwerdeinstanz und nicht das direkt übergeordnete Amt. Im Kanton Zug ist in Bezug auf die Strafanstalt Zug – sofern der verwaltungsinterne Rechtsweg überhaupt zum Zuge kommt – der (Gesamt-)Regierungsrat zuständig.<sup>173</sup> Verfügungen der Anstaltsdirektion der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel sind hingegen bei der Paritätischen Aufsichtskommission anzufechten.<sup>174</sup> Diese ist ein Organ der Strafanstalt und setzt sich aus je vier Vertretern und Vertreterinnen der Kantone Zug und Basel-Stadt zusammen.<sup>175</sup> Im Kanton Bern ist der Rechtsdienst der Polizei- und Militärdirektion Rechtsmittelinstanz, die Beschwerde ist jedoch beim Rechtsdienst des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung (als direkt übergeordnete Behörde der Vollzugseinrichtung) zur Triage einzureichen. Dieser versucht in einem kostenlosen Verfahren eine gütliche Einigung herbeizufüh-

<sup>166</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 1.B.

<sup>167</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>168</sup> Art. 34 HOVollzugStrafanstalt-ZG.

<sup>169</sup> § 51 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>170</sup> § 102 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg.

<sup>171</sup> Art. 55 Abs. 1 und 2 EG StPO-SG i.V.m. Art. 45 ff. VRPG-SG.

<sup>172</sup> § 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1 und Abs. 2 lit. b Ziff. 1 VRG-ZH. Es ist der Rechtsdienst zuständig.

<sup>173</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>174</sup> Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel.

<sup>175</sup> Art. 11 Vertrag Bostadel BS/ZG.

ren. Nur wenn dies nicht gelingt, leitet der Rechtsdienst des Amtes die Akten an den Rechtsdienst der Direktion weiter.<sup>176</sup> Damit findet im Kanton Bern in der Praxis standardmässig eine Mediation statt, bei welcher der Rechtsdienst des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung die Rolle des Mediators übernimmt. Dieses Einigungsverfahren ermöglicht auf der einen Seite der Anstaltsdirektion neu zu verfügen und auf der anderen Seite der inhaftierten Person einen Rückzug der Beschwerde ohne Kostenfolge.

Im Kanton Waadt ist auch hier nach zurzeit geltendem Recht der Juge d'application des peines erste Rechtsmittelinstanz.<sup>177</sup>

Die *Beschwerdefrist an die erste (verwaltungsinterne) kantonale Rechtsmittelinstanz* ist einheitlich. Sie beträgt in der Regel 30 Tage (AG<sup>178</sup>, BE<sup>179</sup>, VD<sup>180</sup>, ZH<sup>181</sup>), 20 Tage (Strafanstalt Zug<sup>182</sup>), 14 Tage (SG<sup>183</sup>) oder 10 Tage (Interkantonale Strafanstalt Bostadel<sup>184</sup>).

Alle Kantone sehen im Rahmen des *verwaltungsexternen Verfahrens* obere Gerichte als Rechtsmittelinstanzen vor. Während jedoch in den Kantonen Aargau<sup>185</sup>, Zug (für die Strafanstalt Zug)<sup>186</sup> und Zürich<sup>187</sup> jeweils das kantonale Verwaltungsgericht zuständig ist, sind dies in den Kantonen Bern (Strafkammern des Obergerichtes)<sup>188</sup>, St. Gallen (Anlagekammer)<sup>189</sup> und Waadt (Chambre des recours pénales)<sup>190</sup> jeweils Gerichte mit Befugnissen im Strafverfahren. Dieser Verlagerung in die strafrechtliche Gerichtsbarkeit entsprechend richtet sich das Verfahren in den Kantonen St. Gallen<sup>191</sup> und Waadt<sup>192</sup> auch hier nicht nach den kantonalen VRPG sondern nach Bestimmungen der eidgenössischen StPO. Im Kanton Bern bleiben indes die Regelungen der kantonalen Verwaltungsrechtspflege massgebend.<sup>193</sup> Für die Anfechtung von Rechtsmittelentscheiden der paritätischen Aufsichtskommission der

<sup>176</sup> Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE. Näheres zum Einigungsverfahren unter Anhang II, Ablauf 1.B.

<sup>177</sup> Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD. Zukünftig wird jedoch i.d.R. die Chefin/ der Chef des Service pénitentiaire als Leiter/in der übergeordneten Behörde als erste Rechtsmittelinstanz zuständig sein; Art. 34 Abs. 1 i.V.m. Art. 24 LEP2014-VD.

<sup>178</sup> § 102 Abs. 5 SMV-AG, § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg sowie Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG.

<sup>179</sup> Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank.

<sup>180</sup> Art. 37 Abs. 1 LEP-VD. Nach der Gesetzesrevision wird diese Frist bei Zuständigkeit der Chefin/ des Chef des Service pénitentiaire nur noch drei Tage betragen; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD.

<sup>181</sup> § 22 VRG-ZH.

<sup>182</sup> Art. 34 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG und § 43 Abs. 2 VRPG-ZG.

<sup>183</sup> Art. 396 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>184</sup> Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel.

<sup>185</sup> § 14 Abs. 3 EG StPO-AG und § 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg.

<sup>186</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>187</sup> § 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH.

<sup>188</sup> Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE.

<sup>189</sup> Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>190</sup> Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD. Diese Zuständigkeit bleibt auch nach der Gesetzesrevision unverändert; Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD.

<sup>191</sup> Art. 379 ff. StPO i.V.m. Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>192</sup> Art. 393 ff. StPO i.V.m. Art. 38 Abs. 2 LEP-VD.

<sup>193</sup> Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE.

Interkantonalen Strafanstalt Bostadel ist eine Rekurskommission zuständig, welche sich aus je zwei Vertretern und Vertreterinnen des Kantonsgerichts Zug und des Appellationsgerichts Basel-Stadt zusammensetzt.<sup>194</sup>

Die *Beschwerdefrist an die (zweite) verwaltungsexterne kantonale Rechtsmittelinstanz* beträgt 30 Tage (AG<sup>195</sup>, BE<sup>196</sup>, Strafanstalt Zug<sup>197</sup>, ZH<sup>198</sup>) bzw. 10 Tage (SG<sup>199</sup>, VD<sup>200</sup>, Interkantonale Strafanstalt Bostadel<sup>201</sup>).

---

<sup>194</sup> Art. 17 und 18 Vertrag Bostadel BS/ZG. Das Verfahren wird von der Rekurskommission in einem Reglement festgelegt; Art. 19 Vertrag Bostadel BS/ZG.

<sup>195</sup> § 102 Abs. 5 SMV-AG und § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG.

<sup>196</sup> Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE.

<sup>197</sup> § 64 VRPG-ZG.

<sup>198</sup> § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH.

<sup>199</sup> Art. 396 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG.

<sup>200</sup> Art. 396 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 38 Abs. 2 LEP-VD.

<sup>201</sup> Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel.

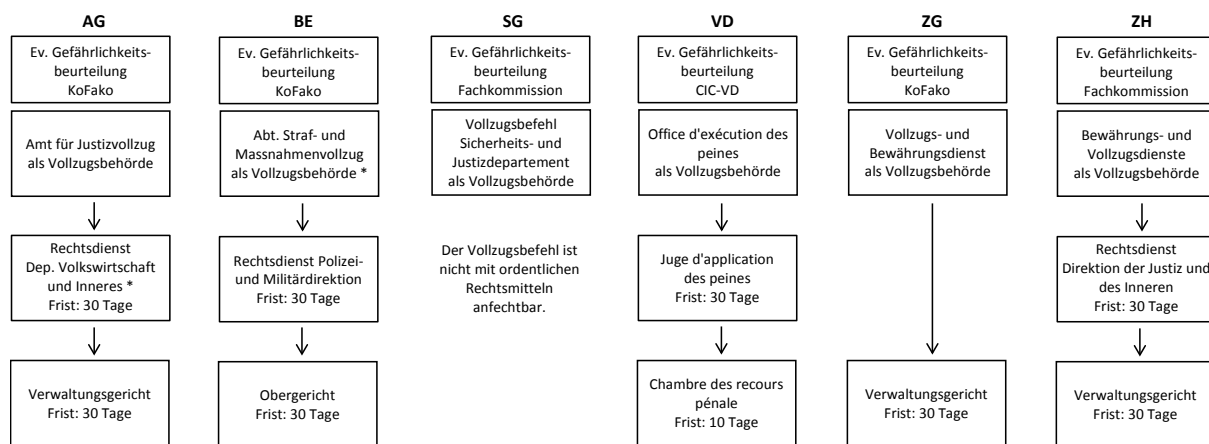


## V. VERWALTUNGSRECHTSPFLEGE IM FREIHEITSENTZUG: VERFAHRENSABLAUF IN SPEZIFISCHEN ANWENDUNGSFÄLLEN

Die im Folgenden beispielhaft dargestellten Anwendungsfälle richten sich grundlegend nach den soeben aufgezeigten Verfahren im Allgemeinen. Wo möglich wird deshalb auf den allgemeinen Beschwerdeweg bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde bzw. der Vollzugseinrichtung verwiesen und ansonsten werden kantonale Besonderheiten hervorgehoben. Auf die Dokumentation der Rechtsgrundlagen wird zudem aufgrund der Leserlichkeit in diesem Kapitel weitgehend verzichtet und erfolgt nur, wenn ein Kanton eine besondere Regelung aufweist. In den Factsheets zu den einzelnen Kantonen (Anhänge I-VI) finden sich jedoch die relevanten Bestimmungen detailliert bei den jeweiligen Verfahrensabläufen.

### 1. Bestimmung des Vollzugsortes i.S.v. Art. 76, Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB

#### 1.1. Einweisung allgemein<sup>202</sup>



Für die Bestimmung des Vollzugsortes i.S.v. Art. 76, Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB bei der (Erst-)Einweisung sind im Normalfall<sup>203</sup> in allen untersuchten Kantonen die Vollzugsbehörden zuständig. Diese erfolgt mittels eines sog. Vollzugsbefehls, in welchem nebst dem Vollzugsort auch der Vollzugszeitpunkt festgelegt wird.<sup>204</sup> Der Vollzugsbefehl stellt eine anfechtbare Vollstreckungsverfügung dar.<sup>205</sup>

Hat die betroffene Person ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen, haben die Vollzugsbehörden beim Erlass der Einweisungsverfügung (bzw. des Vollzugsbefehls) in allen Kantonen u.U. die Gefährlichkeitsbeurteilung einer Fachkommission zu berücksichtigen.

<sup>202</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 2.A.

<sup>203</sup> Siehe als Ausnahmen davon sogleich die Einweisung in eine Hochsicherheitsabteilung in den Kantonen St. Gallen und Zürich, Kapitel V.1.2.

<sup>204</sup> Art. 439 Abs. 2 StPO. Der Vollzugsbefehl wird auch als Strafantrittsbefehl bezeichnet. Er ist nicht mit dem sog. Vollzugauftrag zu verwechseln, der sich an die Anstaltsdirektion richtet und als innerdienstliche Anordnung ohne Verfügungscharakter nicht durch die inhaftierte Person angefochten werden kann; BRÄGGER, BSK StPO, Art. 439, N 22.

<sup>205</sup> BRÄGGER, BSK StPO, Art. 439, N 22; CAVALLO, Art. 439, N 15.

Es kommt in der Mehrheit der Kantone das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>206</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>207</sup>

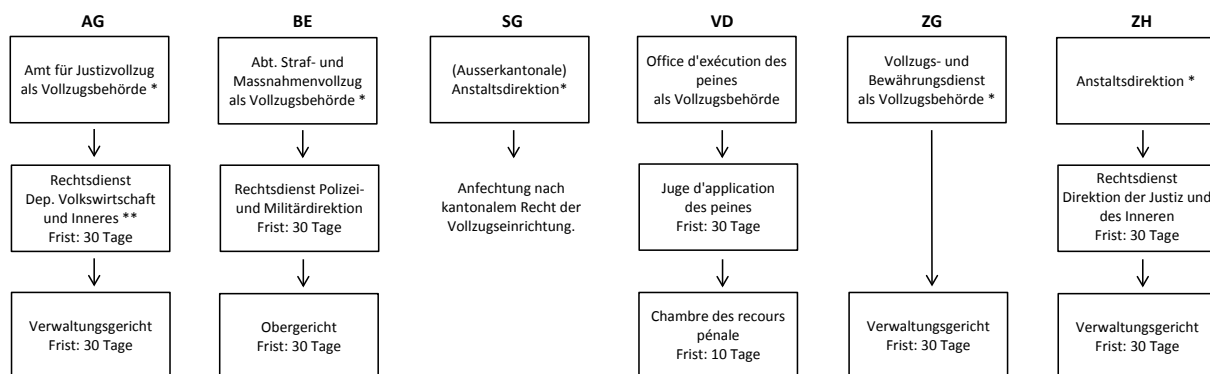
Eine Ausnahmeregelung besteht im Kanton St. Gallen, in welchem die Einweisung mittels eines Vollzugsbefehls erfolgt, der ausdrücklich nicht mit ordentlichen Rechtsmitteln anfechtbar ist.<sup>208</sup>

Im Kanton Aargau ist präzisierend anzuführen, dass i.d.R. bei der Einweisung ein Vollzugsbefehl ohne Begründung erlassen wird, der nicht direkt anfechtbar ist. Innert 10 Tagen kann jedoch eine Begründung verlangt werden und dieser begründete Vollzugsbefehl ist anfechtbar.<sup>209</sup>

Im Kanton Bern wird ausdrücklich festgehalten, dass die Einweisungsverfügung grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung hat.<sup>210</sup>

Es erscheint problematisch, dass im Kanton St. Gallen die Anfechtung des Vollzugsbefehls ausdrücklich ausgeschlossen wird, da durch die Bestimmung des Vollzugsortes auch grund- und menschenrechtliche Ansprüche der inhaftierten Person betroffen sein können.<sup>211</sup> Zumindest sollte die Möglichkeit bestehen, dass auf Gesuch der inhaftierten Person hin eine anfechtbare Verfügung erlassen wird.<sup>212</sup>

## 1.2. Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung i.S.v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b sowie Art. 90 Abs. 1 StGB<sup>213</sup>



Die Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung (i.S.v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b sowie Art. 90 Abs. 1 StGB) anlässlich der Einweisung in eine Vollzugseinrichtung

<sup>206</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>207</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>208</sup> Art. 59 Abs. 1 lit. d zweiter Satz EG StPO-SG.

<sup>209</sup> Vgl. § 26 Abs. 3 VRPG-AG.

<sup>210</sup> Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE.

<sup>211</sup> Etwa das Recht auf Privat- und Familienleben (Art. 14 BV sowie Art. 8 und Art. 13 Abs. 1 EMRK), wenn der Kontakt mit Angehörigen aufgrund des von deren Wohnort weit weg liegenden Vollzugsortes beeinträchtigt wird.

<sup>212</sup> Vgl. BRÄGGER, BSK StPO, Art. 439, N 22.

<sup>213</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 2.B.

tung<sup>214</sup> fällt in den Kantonen des Nordwest- und Innerschweizer Konkordats (AG<sup>215</sup>, BE<sup>216</sup>, ZG<sup>217</sup>) sowie im Konkordat der lateinischen Schweiz (VD<sup>218</sup>) in den Zuständigkeitsbereich der Vollzugsbehörde. Es kommt deshalb das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>219</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>220</sup>

In den Kantonen des Ostschweizer Konkordates liegt die Anordnungskompetenz hingegen bei der Anstaltsdirektion.<sup>221</sup> Es kommt dementsprechend das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung zur Anwendung, d.h. es gilt das Beschwerdeverfahren des Standortkantons.<sup>222</sup> Der Kanton St. Gallen verfügt allerdings über keine Hochsicherheitsabteilung, weshalb die Einweisung in die Hochsicherheitshaft stets in eine ausserkantonale Anstalt – i.d.R. gestützt auf das Ostschweizer Konkordat in die JVA Pöschwies – erfolgt.

Die jeweils zuständige verfügende Behörde kann in den untersuchten Kantonen anordnen, dass einer allfälligen Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zukommt. Dies etwa aus besonderen Gründen<sup>223</sup> oder bei Vorliegen eines überwiegenden Interesses.<sup>224</sup> Bei der Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung hat dies der Regelfall zu sein, da damit auf eine aktuelle Gefährdungssituation reagiert werden soll, der im Moment der Anordnung nicht anders begegnet werden kann. Dies ist denn auch für die Kantone Aargau, Bern und Zug ausdrücklich vorgesehen.<sup>225</sup>

Unklar erscheint, welche Zuständigkeitsregeln zur Anwendung kommen, wenn eine inhaftierte Person in die Hochsicherheitsabteilung einer Anstalt eines anderen Konkordates eingewiesen werden soll. Denn angenommen eine im Kanton Zürich verurteilte Frau (Ostschweizer Konkordat) soll in die Hochsicherheitsabteilung der Anstalten Hindelbank (Nordwest- und Innerschweizer Konkordat) eingewiesen werden, kann die Anstaltsdirektion dies mangels Anordnungskompetenz im Kanton Bern – da nach dessen Recht die Vollzugsbehörde zuständig wäre – nicht verfügen. Zugleich sieht das Recht des Kantons Zürich jedoch die

<sup>214</sup> Zur Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges siehe Kapitel V.3.2.

<sup>215</sup> § 71 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 SMV-AG sowie § 4 Abs. 2 lit. a SMV-AG i.V.m. § 13 Abs. 2 und § 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG (implizit), Ziff. 6 Abs. 1 HO2011-SITRAK-Lenzburg, Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI, Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI.

<sup>216</sup> Art. 5 lit. f und 26 SMVG-BE, Art. 6, 7 und 11a Abs. 1 SMVV-BE sowie Art. 69 EG ZSJ-BE, vgl. Ziff. 5.1 HO2006-Thorberg und Ziff. 2 Konzept HSI-Hindelbank, Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI, Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI.

<sup>217</sup> Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 53 und 56 VBD-ZG i.V.m. § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG sowie § 5 und § 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG, Ziff. 3 Abs. 2 HO2011-Bostadel, Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI, Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI.

<sup>218</sup> Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT sowie Art. 19 Abs. 1 lit. g und 8 Abs. 3 LEP-VD; Art. 134 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 54 R-EPO.

<sup>219</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>220</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>221</sup> Art. 9 Konkordat-OST. ZH: § 6, Abs. 3, § 8 Abs. 1 HO2009-Pöschwies, § 10 Abs.6 und § 92 JVV-ZH.

<sup>222</sup> Siehe vorne Kapitel IV.2.

<sup>223</sup> Z.B. ZH: § 25 Abs. 3 VRG-ZH.

<sup>224</sup> Z.B. VD: Art. 80 Abs. 2 LPA-VD.

<sup>225</sup> Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI. AG: § 46 Abs. 1 VRPG-AG; BE: Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE; ZG: § 45 Abs. 1 VRPG-ZG.

Kompetenz der Anstaltsdirektion vor und nicht diejenige seiner Vollzugsbehörde. In der Praxis wird wohl die Vollzugsbehörde des Kantons Zürich auf Antrag der Direktion der Anstalten Hindelbank und gestützt auf ihre allgemeinen Kompetenzen im Bereich des Freiheitsentzuges verfügen. Aufgrund des Gesetzmässigkeitsprinzips erscheint dies jedoch problematisch, da die Zuständigkeit nicht klar aus den Rechtsgrundlagen hervorgeht und damit die Rechtssicherheit einer inhaftierten Person betroffen sein kann. So gebietet denn auch der Anspruch auf ein gerechtes Verfahren, dass dies durch eine gesetzlich zuständige und unparteiische Verwaltungsbehörde beurteilt wird.<sup>226</sup> Dies gilt im Übrigen auch für den umgekehrten Fall (z.B. Einweisung eines im Kanton Bern Verurteilten in die Hochsicherheitsabteilung der JVA Pöschwies), denn hier könnten sowohl die Anstaltsdirektion der JVA Pöschwies als auch die Vollzugsbehörde des Kantons Bern die Anordnungscompetenz für sich beanspruchen.

Aufgrund des mit der Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung verbundenen schweren Eingriffs in die Rechte der betroffenen Person wäre es angezeigt, dass immer die Vollzugsbehörde über diese Einweisung zu entscheiden hat.<sup>227</sup> Aus verfahrensrechtlicher Sicht ist zu fordern, dass die Kantone zumindest diese Konflikte in ihren gesetzlichen Grundlagen ausdrücklich regeln.

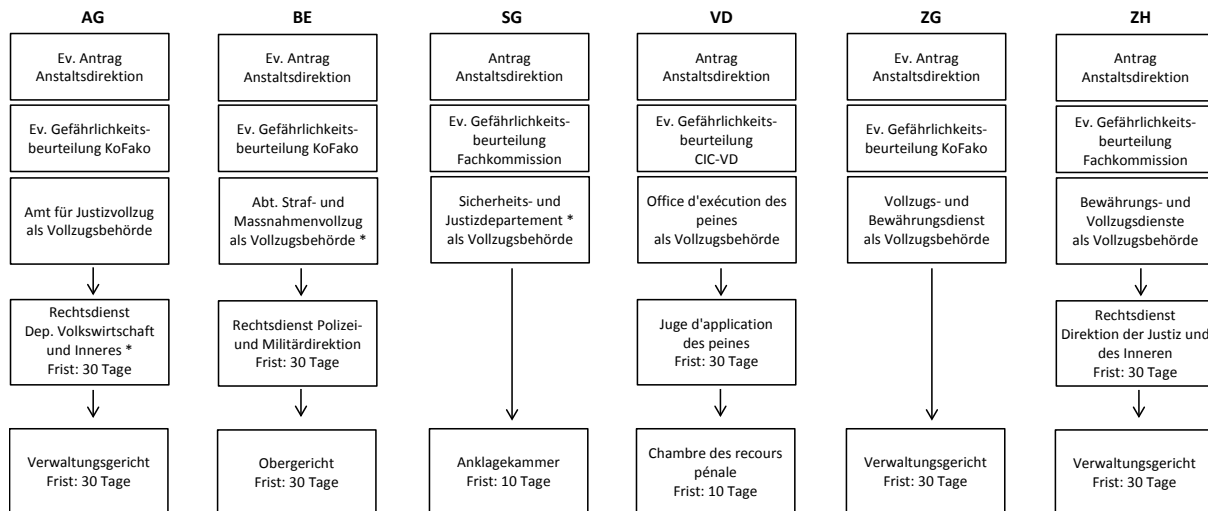
---

<sup>226</sup> Siehe dazu Kapitel II.2.1.

<sup>227</sup> Dazu eingehend KÜNZLI/FREI/SPRING, S. 32 ff.

Das Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich hält in seiner Stellungnahme (16. Oktober 2014) daran fest, „dass der Entscheid über die Einweisung in den Hochsicherheitsbereich zwingend bei der Anstaltsdirektion liegen muss und nicht der einweisenden Behörde überlassen werden darf. Die Einweisungsbehörde hat darüber zu befinden, ob ein Gefangener unter den Aspekten der Flucht- und Rückfallgefahr in eine geschlossene oder in eine offene Vollzugseinrichtung einzuweisen ist. Es steht der Einweisungsbehörde indessen schlicht nicht zu, über die aus Sicherheitsgründen gebotene Platzierung eines Gefangenen innerhalb der Vollzugseinrichtung zu befinden. Für die JVA ist deshalb in § 10 Abs. 6 der Justizvollzugsverordnung (JVV; LS 331.1) ausdrücklich festgehalten, dass sie (also die Vollzugseinrichtung, und nicht die einweisende Behörde) für die Sicherheit im Innern wie gegen aussen zu sorgen hat. Die Einweisungsbehörde kann – zumindest für die JVA Pöschwies – den Entscheid also allein schon mangels entsprechender formeller Kompetenz nicht verfügen, sie wäre unseres Erachtens aber auch materiell und von der Verantwortung her gar nicht in der Lage, dies zu entscheiden. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass für die Sicherheit einer Vollzugseinrichtung (baulich, organisatorisch wie auch personell) ganz allgemein der Standortkanton besorgt sein muss. Aus diesem Grunde muss auch der Rechtsweg über die Instanzen dieses Kantons laufen. Genau das würde aber unterlaufen, wenn die (u.U. ausserkantonale) Einweisungsbehörde für den erstinstanzlichen Entscheid und damit deren Aufsichtsbehörde im Rechtsmittelverfahren zuständig wären. Selbstverständlich ist die Einweisungsbehörde über eine interne Versetzung in den Hochsicherheitsbereich umgehend zu orientieren. (...) Der Rechtsschutz des in den Hochsicherheitsbereich Eingewiesenen ist dadurch, dass die Einweisung sowie auch Aufrechterhaltung stets und ausnahmslos mittels rechtsmittelfähiger Verfügung zu erfolgen hat, sichergestellt. (...)“.

### 1.3. Verlegung im Normalfall<sup>228</sup>



Eine inhaftierte Person kann während des Vollzuges (z.B. aus gesundheitlichen oder Sicherheitsgründen) in eine andere Vollzugseinrichtung verlegt werden, ohne dass damit der Wechsel in eine andere Progressionsstufe (Vollzugsöffnung oder -verschärfung) verbunden ist.

Die Anstaltsdirektionen können diese Verlegung nach dem Recht aller betroffenen Kantone bei der jeweils für die inhaftierte Person zuständigen Vollzugsbehörde beantragen, welche dann mittels Verfügung über die Verlegung entscheidet. Im Kanton Aargau erlässt die Vollzugsbehörde faktisch einen neuen Vollzugauftrag (für die neue Einrichtung), der nicht anfechtbar ist. Die Vollzugsbehörde erlässt aber auf Antrag der betroffenen Person eine anfechtbare Verfügung.<sup>229</sup>

Wenn die betroffene Person ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen hat, haben die Vollzugsbehörden beim Erlass der Verlegungsverfügung in allen Kantonen u.U. die Gefährlichkeitsbeurteilung einer Fachkommission zu berücksichtigen.

Es kommt in allen Kantonen das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>230</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>231</sup>

Im Kanton Bern ist ebenso wie für die Einweisungsverfügung ausdrücklich festgehalten, dass die Verlegungsverfügung grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung hat.<sup>232</sup>

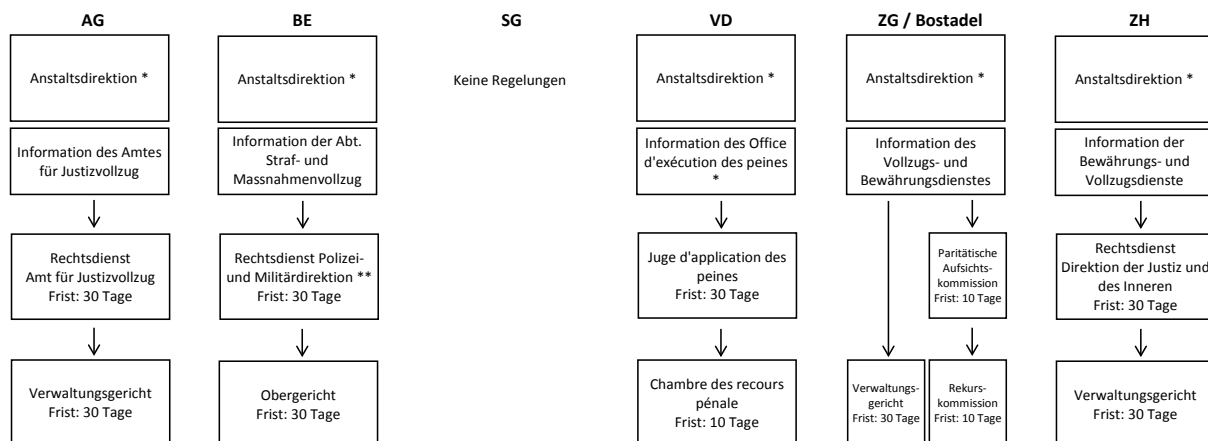
<sup>228</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 2.C.

<sup>229</sup> Vgl. § 26 Abs. 3 VRPG-AG.

<sup>230</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>231</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>232</sup> Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE.

1.4. Verlegung in dringenden Fällen<sup>233</sup>

In Fällen von hoher Dringlichkeit kann in der Mehrheit der untersuchten Kantone auch die Anstaltsdirektion eine (provisorische) Verlegung anordnen, sie hat jedoch die Vollzugsbehörde umgehend darüber zu informieren.<sup>234</sup> Im Kanton Bern ist eine solche Verlegung etwa aus Sicherheits-, Disziplinar- oder Platzgründen für die Dauer von drei Wochen möglich.<sup>235</sup> Der Kanton St. Gallen kennt demgegenüber im Grundsatz keine Regelung zur Verlegung in dringenden Fällen.<sup>236</sup>

Es kommt in allen betroffenen Kantonen das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung zur Anwendung.<sup>237</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug wiederum das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>238</sup>

Aufgrund der Dringlichkeit wird die Anstaltsdirektion die aufschiebende Wirkung einer allfälligen Beschwerde i.d.R. entziehen. Im Kanton Bern ist dies ausdrücklich vorgesehen.<sup>239</sup>

Für eine definitive Verlegung bleibt in allen Kantonen die Vollzugsbehörde zuständig.<sup>240</sup> Im Sinne eines umfassenden Rechtsschutzes ist es jedoch unerlässlich, dass auch der Entscheid einer (provisorischen) Verlegung durch die Anstaltsdirektion Gegenstand eines Beschwerdeverfahrens sein kann.<sup>241</sup>

<sup>233</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 2.D.

<sup>234</sup> Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI; VD: Art. 125 Abs. 2 RSC-VD. In der Praxis erfolgt gemäss Rückmeldung der zuständigen Stellen in der IKS Bostadel keine solche Verlegung in dringenden Fällen. Eine Verlegung erfolgt immer in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Vollzugsbehörde.

<sup>235</sup> Art. 30 Abs. 2 SMVG-BE.

<sup>236</sup> Gemäss Rückmeldung der zuständigen Stellen des Kantons St. Gallen ist jedoch aus medizinischen Gründen eine notfallmässige Einweisung in ein Spital oder in eine psychiatrische Klinik gesetzlich vorgesehen (Art. 43 Abs. 1 HO2007-Saxerriet): In Notfällen kann die Anstaltsleitung auf Antrag des Anstaltsarztes oder -psychiaters über die Einweisung entscheiden, wobei die Vollzugsbehörde sobald als möglich orientiert wird und sodann über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung dieser Anordnung entscheidet.

<sup>237</sup> Siehe vorne Kapitel IV.2.

<sup>238</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>239</sup> BE: Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE.

<sup>240</sup> Siehe dazu die Verlegung im Normalfall, Kapitel V.1.3.

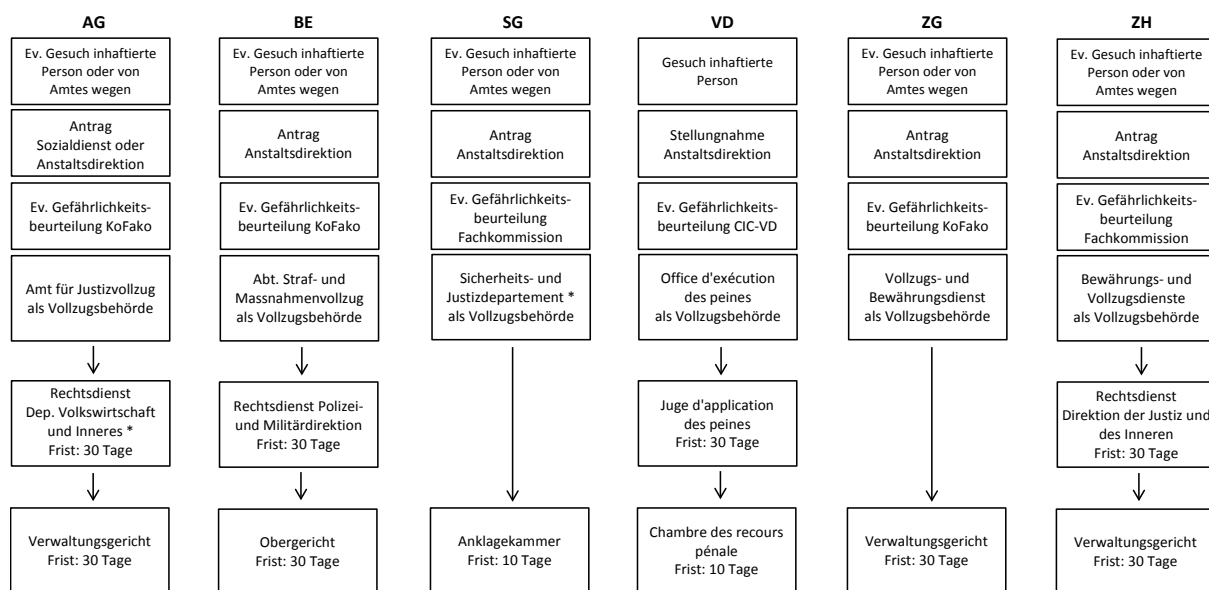
<sup>241</sup> So steht denn auch etwa im Kanton Zürich gemäss Rückmeldung der zuständigen Stellen sowohl gegen eine allfällige verlegungs-auslösende Disziplinierung als auch gegen die vorsorgliche Versetzung sowie auch die definitive Verlegung der Rechtsweg an die Direktion der Justiz und des Innern offen.

## 2. Vollzugsöffnungen i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB

Vollzugsöffnungen sind gemäss Art. 75a Abs. 2 StGB „Lockerungen im Freiheitsentzug, namentlich die Verlegung in eine offene Anstalt, die Gewährung von Urlaub, die Zulassung zum Arbeitsexternat oder zum Wohnexternat und die bedingte Entlassung“.

Die Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug, vom offenen Vollzug in das Arbeitsexternat, sowie vom Arbeitsexternat ins Wohn- und Arbeitsexternat stellen jeweils einen Wechsel in die nächste Vollzugsstufe (Progression) dar. Auch die bedingte Entlassung gilt als Vollzugsstufe, sie wird aufgrund des abweichenden Rechtsmittelverfahrens jedoch separat dargestellt.<sup>242</sup>

### 2.1. Geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat<sup>243</sup>



Für die Verlegung in die nächste Vollzugsstufe ist in allen Kantonen die Vollzugsbehörde zuständig.<sup>244</sup> Die inhaftierte Person kann ein Gesuch stellen, worauf die Anstaltsdirektion einen Antrag an die Vollzugsbehörde stellt, oder aber die Anstaltsdirektion stellt den Antrag von Amtes wegen. Im Kanton Waadt ist für das Arbeitsexternat sowie das Wohn- und Arbeitsexternat ausdrücklich vorgesehen, dass die inhaftierte Person ein Gesuch zu stellen hat und sodann die Anstaltsdirektion eine Stellungnahme abgibt.<sup>245</sup>

<sup>242</sup> Siehe hinten Kapitel V.2.3.

<sup>243</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 3.

<sup>244</sup> Die Möglichkeit der Delegation der Kompetenz für die Verlegung ins Arbeitsexternat sowie ins Wohn- und Arbeitsexternat wäre im Konkordat der lateinischen Schweiz (Art. 2. Abs. 3 i.V.m. Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT) und im Konkordat der Ostschweiz (Ziff. 2 Abs. 1 RL Arbeits- und Wohnexternat-OST) vorgesehen, eine solche ist jedoch in den betroffenen Kantonen nicht ausdrücklich erfolgt.

<sup>245</sup> VD: Art. 152 (für Arbeitsexternat) und Art. 170 (für Wohn- und Arbeitsexternat) i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD (Gesuch), Art. 153 Abs. 1 (für Arbeitsexternat) und Art. 171 Abs. 1 (für Wohn- und Arbeitsexternat) RSC-VD, Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT (nicht bei Verlegung in offenen Vollzug, Art. 21 Abs. 2 e contrario Konkordat-LAT) (Stellungnahme Anstaltsdirektion).

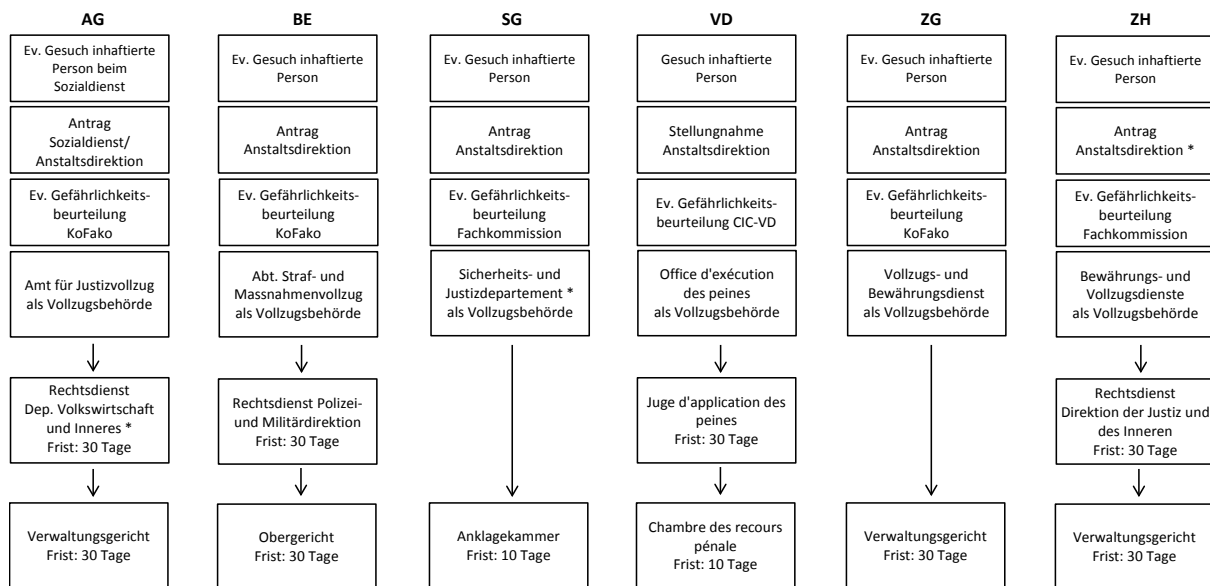
Wenn die betroffene Person ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen hat, haben die Vollzugsbehörden in allen Kantonen u.U. die Gefährlichkeitsbeurteilung einer Fachkommission zu berücksichtigen.

Es kommt in allen Kantonen das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>246</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist auch in diesem Anwendungsfall im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>247</sup>

## 2.2. Urlaubsgewährung i.S.v. Art. 84 Abs. 6 und Art. 90 Abs. 4 StGB

Die Kompetenz zur Urlaubsgewährung liegt in allen Kantonen bei der Vollzugsbehörde. Die Vollzugsbehörde kann diese Kompetenz jedoch für jede einzelne inhaftierte Person an die Vollzugseinrichtung delegieren, was i.d.R. im Vollzugsauftrag erfolgt.<sup>248</sup> Eine Delegation ist insbesondere ausgeschlossen bei Personen, welche ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen haben oder bei denen die Vollzugsbehörde die Frage der Gemeingefährlichkeit nicht eindeutig beantworten kann.<sup>249</sup>

### 2.2.1. Bei fehlender Delegation an die Vollzugseinrichtung<sup>250</sup>



Ebenso wie bei der Gewährung der nächsten Vollzugsstufe<sup>251</sup> kann auch hier die inhaftierte Person ein Gesuch um Urlaub stellen, worauf die Anstaltsdirektion einen Antrag an die Voll-

<sup>246</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>247</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>248</sup> Gemäss Rückmeldung der zuständigen Behörden des Kantons Bern wird bei einer Einweisung für eine Dauer unter sechs Monaten die Urlaubsgewährung im Vollzugsplan geregelt.

<sup>249</sup> Siehe z.B. Ziff. 4 und 5.3 RL Ausgang und Urlaub-NWI, Ziff. 2 Satz 2 und Ziff. 3.3 RL Urlaub-OST und Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST sowie Art. 8 RASAdultes-LAT i.V.m. Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis sowie Art. 62d Abs. 2 StGB.

<sup>250</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 4.A.

<sup>251</sup> Siehe vorne Kapitel V.2.1.



zugsbehörde stellt, oder aber die Anstaltsdirektion stellt den Antrag von Amtes wegen. Im Kanton Waadt ist auch hier ausdrücklich vorgesehen, dass die inhaftierte Person ein Gesuch zu stellen hat und sodann die Anstaltsdirektion eine Stellungnahme abgibt.<sup>252</sup>

Die zuständige Vollzugsbehörde erlässt eine Verfügung, in welcher sie der Urlaubsgewährung zustimmt oder diese ablehnt.

Im Kanton Zürich ist jedoch vorgesehen, dass die Anstaltsdirektion der JVA Pöschwies einen Antrag nur dann stellt, wenn sie ein Urlaubsgesuch befürwortet.<sup>253</sup> Lehnt sie hingegen die Urlaubsgewährung ab, so ist das Verfahren der Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugseinrichtung massgebend.<sup>254</sup> Dies erscheint problematisch, da in den hier betroffenen Fällen gerade keine Delegation der Kompetenz erfolgt ist, die Anstaltsdirektion jedoch gemäss Hausordnung so handeln darf, als hätte sie diese Kompetenz. Dies kann dazu führen, dass die zuständige (inner- oder ausserkantonale) Vollzugsbehörde die ihr eigentlich zustehende Kompetenz nicht wahrnehmen kann, da sie von einem Gesuch gar keine Kenntnis erhält, und somit zumindest bei ausserkantonalen inhaftierten Personen eine gesetzlich nicht zuständige Behörde entscheidet.<sup>255</sup>

Wenn die betroffene Person ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen hat, haben die Vollzugsbehörden in allen Kantonen u.U. die Gefährlichkeitsbeurteilung einer Fachkommission zu berücksichtigen.

Es kommt in allen Kantonen das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung,<sup>256</sup> ausser im Kanton Zürich bei Ablehnung desurlaubes. Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>257</sup>

---

<sup>252</sup> VD: Art. 97 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD, Art. 10 Abs. 1 lit. a und 2 RASAdultes-LAT (Gesuch), Art. 98 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT sowie Art. 7 Abs. 1 und 17 Abs. 1 RASAdultes-LAT (Stellungnahme Anstaltsdirektion).

<sup>253</sup> § 72 Abs. 2 HO2009-Pöschwies.

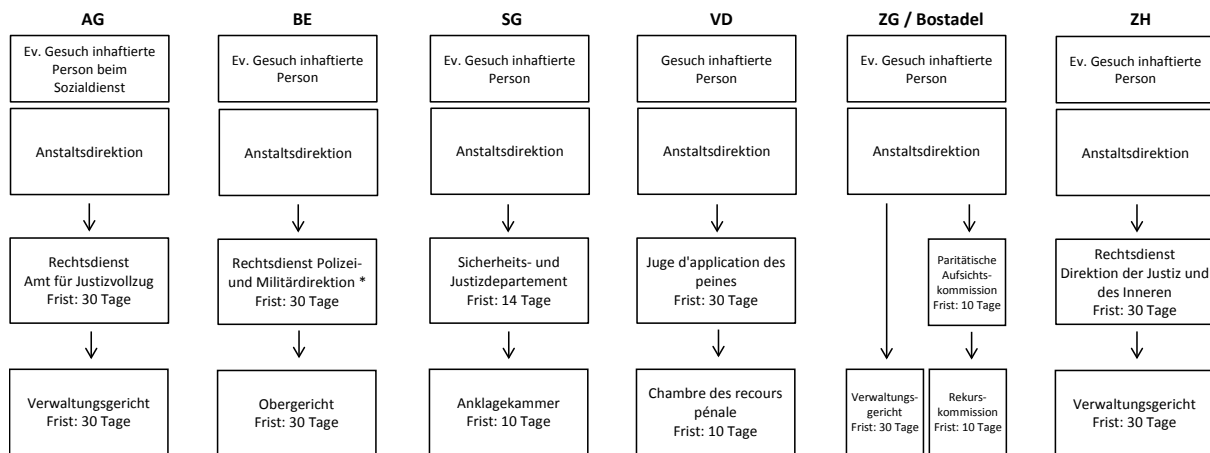
<sup>254</sup> Siehe hinten Kapitel V.2.2.2.

<sup>255</sup> Gemäss Rückmeldung der zuständigen Stellen des Kantons Zürich soll diese Regelung im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Hausordnung überdacht werden.

<sup>256</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>257</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

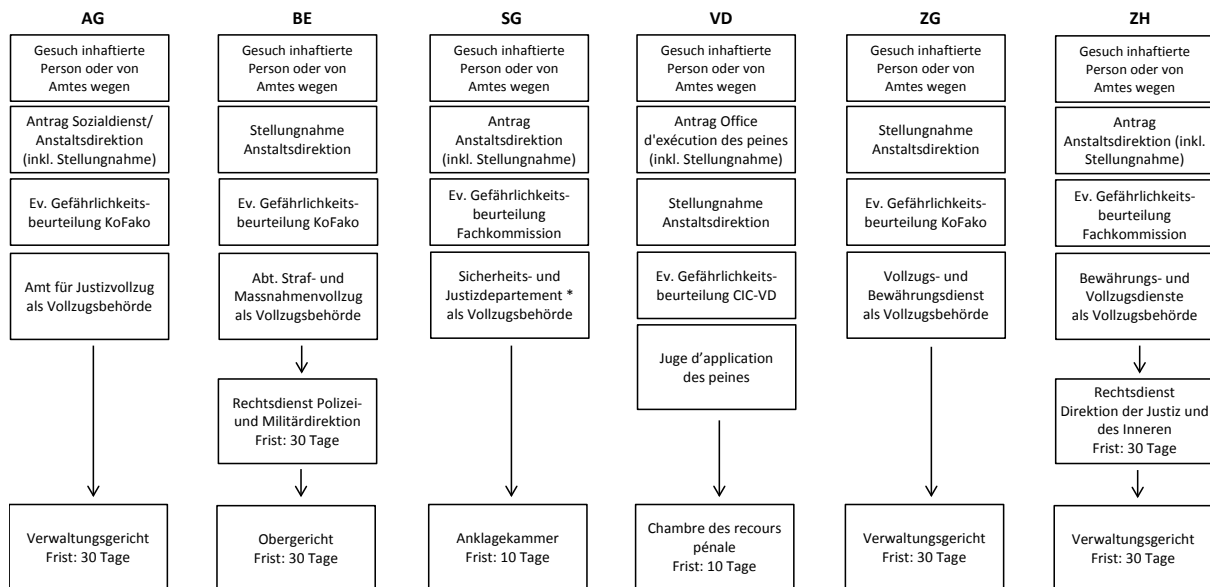
2.2.2. Bei Delegation an die Vollzugseinrichtung<sup>258</sup>



Wenn die Kompetenz an die Vollzugseinrichtung delegiert wurde, kann die inhaftierte Person an diese ein Gesuch um Urlaubsgewährung richten, welche dann mittels Verfügung entscheidet.

Es kommt das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung zur Anwendung.<sup>259</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>260</sup>

2.3. Bedingte Entlassung i.S.v. Art. 62d und Art. 86 StGB<sup>261</sup>



Für die Entscheidung über eine bedingte Entlassung (gemäss Art. 62d und Art. 86 StGB) ist in der Mehrheit der Kantone die Vollzugsbehörde zuständig.

<sup>258</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 4.B.

<sup>259</sup> Siehe vorne Kapitel IV.2.

<sup>260</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>261</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 5.

Im Kanton Waadt stellt das Verfahren zur Gewährung der bedingten Entlassung jedoch kein Verwaltungsrechtspflegeverfahren sondern ein gerichtliches Verfahren dar. Erstinstanzlich zuständig ist hierfür der Juge d'application des peines.<sup>262</sup>

Die Vollzugsbehörde bzw. der Juge d'application des peines (VD) entscheidet auf Gesuch der inhaftierten Person hin oder von Amtes wegen. In den Kantonen Aargau, St. Gallen und Zürich unterbreitet die Anstaltsdirektion der zuständigen Behörde einen Antrag, in welchem sie auch Stellung nimmt. In den Kantonen Bern und Zug nimmt die Anstaltsdirektion zwar Stellung, stellt jedoch keinen Antrag. Im Kanton Waadt stellt die Vollzugsbehörde den Antrag inkl. einer Stellungnahme und auch die Anstaltsdirektion bezieht Stellung.

Wenn die betroffene Person ein Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen hat, haben die zuständigen Behörden in allen Kantonen u.U. die Gefährlichkeitsbeurteilung einer Fachkommission zu berücksichtigen.

In den Kantonen Bern, St. Gallen, Zug und Zürich kommt das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>263</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>264</sup> Im Kanton Aargau ist die Verfügung der Vollzugsbehörde über die bedingte Entlassung ebenfalls nur beim Verwaltungsgericht als einzige Beschwerdeinstanz anfechtbar.<sup>265</sup> Im Kanton Waadt ist die gleiche gerichtliche Rechtsmittelinstanz (Chambre des recours pénales) zuständig, welche auch in einem Verwaltungsrechtspflegeverfahren Beschwerdeinstanz für Entscheide des Juge d'application des peines wäre.<sup>266</sup>

---

<sup>262</sup> Art. 26 Abs. 1 lit. a und 26 Abs. 2 LEP-VD; Art. 26 Abs. 3 LEP-VD i.V.m. Art. 364 f. StPO; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. a Konkordat-LAT.

<sup>263</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

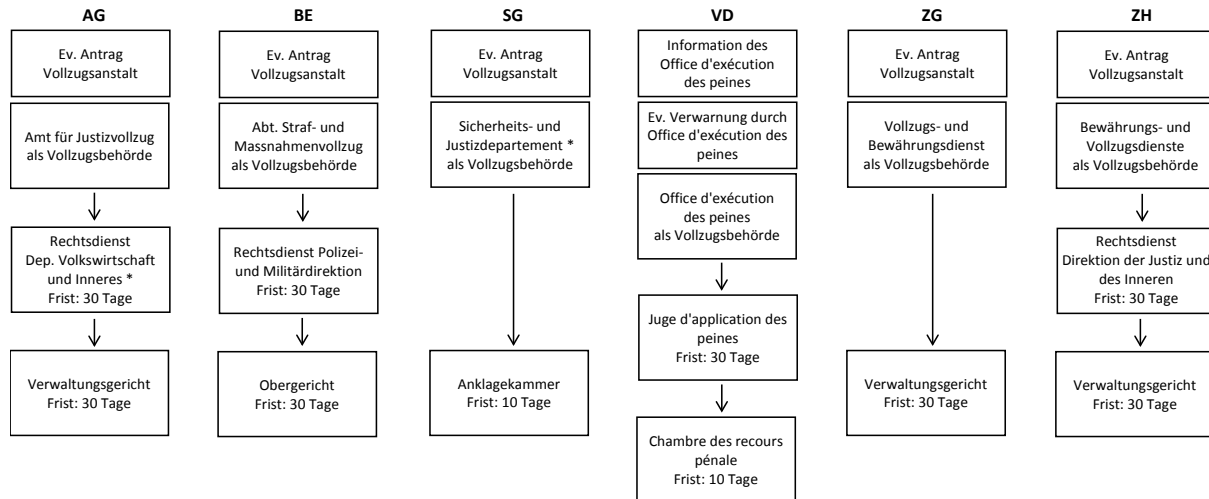
<sup>264</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>265</sup> § 58 Abs. 2 und § 77 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 lit. b SMV-AG und § 43 Abs. 1 EG StPO-AG, Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg, Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI.

<sup>266</sup> Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO.

### 3. Vollzugsverschärfungen

#### 3.1. Rückversetzung: Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug<sup>267</sup>



Die Vollzugsbehörde ist ebenso wie für die Gewährung der nächsten Vollzugsstufe in allen Kantonen auch für die Rückversetzung in eine vorherige Vollzugsstufe zuständig. Die Anstaltsdirektion kann die Rückversetzung bei der Vollzugsbehörde beantragen.

Im Kanton Waadt ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Vollzugsbehörde, nachdem sie allenfalls durch die Anstaltsdirektion informiert wurde, vor Erlass der Rückversetzungsverfügung noch eine formelle Verwarnung an die inhaftierte Person aussprechen kann.<sup>268</sup>

Es kommt in allen Kantonen das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugsbehörde zur Anwendung.<sup>269</sup> Da es sich um eine Verfügung gestützt auf Bundesrecht handelt, ist im Kanton Zug das Verwaltungsgericht einzige Rechtsmittelinstanz.<sup>270</sup>

Im Kanton Waadt besteht darüber hinaus bei schwerwiegenden Gründen ausdrücklich die Möglichkeit einer provisorischen Suspendierung des Arbeitsexternats, wofür die Anstaltsdirektion zuständig ist. Sie hat die Vollzugsbehörde unverzüglich darüber zu informieren.<sup>271</sup> Die Vollzugsbehörde entscheidet dann über die (definitive) Rückversetzung,<sup>272</sup> was im allgemeinen Rechtsmittelverfahren anfechtbar ist. An sich müsste jedoch auch die Verfügung der Anstaltsdirektion direkt anfechtbar sein.

<sup>267</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 6.

<sup>268</sup> Art. 161 Abs. 1 und Art. 163 Abs. 2 RSC-VD (für Arbeitsexternat), Art. 175 Abs. 1 und Art. 176 Abs. 2 RSC-VD (für Wohn- und Arbeitsexternat).

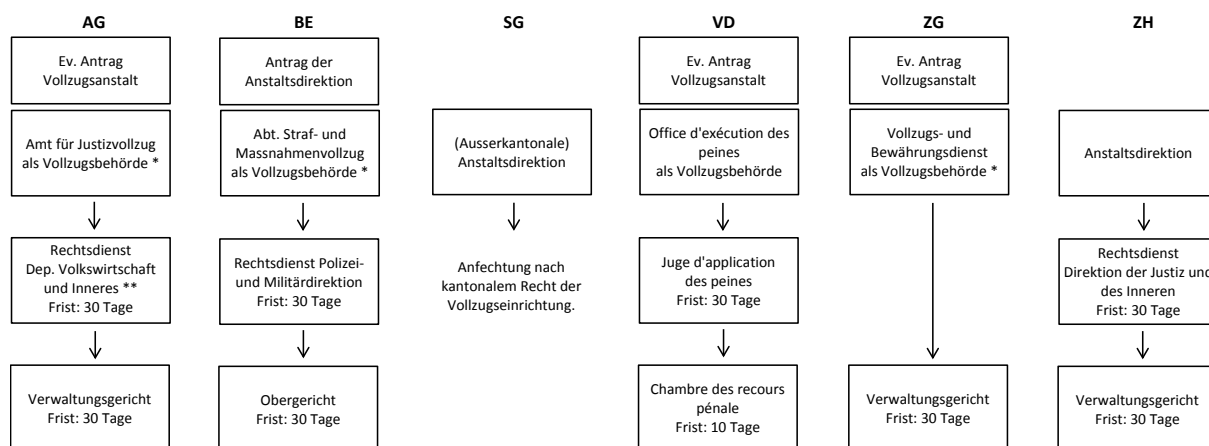
<sup>269</sup> Siehe vorne Kapitel IV.1.

<sup>270</sup> § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG.

<sup>271</sup> Art. 162 RSC-VD.

<sup>272</sup> Art. 8 Abs. 3 LEP-VD.

3.2. Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung i.S.v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b sowie Art. 90 Abs. 1 StGB während des Vollzuges<sup>273</sup>



Es sind in allen Kantonen dieselben Behörden für die Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung *während des Vollzuges* kompetent, welche dafür auch bei der Ersteinweisung zuständig wären. D.h. in den Kantonen der Konkordate der lateinischen Schweiz und der Nordwest- und Innerschweiz entscheidet jeweils die Vollzugsbehörde aufgrund eines allfälligen Antrages der Vollzugseinrichtung, und in den Kantonen des Ostschweizer Konkordats liegt die Anordnungskompetenz bei der Anstaltsdirektion.

Es kommt das für die jeweils zuständige Behörde vorgesehene allgemeine Rechtsmittelverfahren zur Anwendung.

Auch hier kann die verfügende Behörde den Entzug der aufschiebenden Wirkung anordnen, wovon sie i.d.R. Gebrauch machen wird. Für die Kantone Aargau, Bern und Zug ist dies ausdrücklich vorgesehen.<sup>274</sup>

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass diejenige Behörde, welche die Anordnungskompetenz innehat, auch für allfällige Entscheide zur Verlängerung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung zuständig ist. Dementsprechend gelten die hier aufgezeigten Verfahren auch bezüglich Verlängerungsverfügungen.

Die bei den Ausführungen zur Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung aufgeworfenen Bedenken bezüglich des Gesetzmässigkeitsprinzips und des Anspruches auf ein gerechtes Verfahren aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten in den Konkordaten haben auch hier ihre Gültigkeit. Darüber hinaus lässt sich dies hier auch noch aus einem anderen Blickwinkel beleuchten: Sowohl die Rückversetzung in eine vorherige Vollzugsstufe, welche regelmässig aus Sicherheitsgründen erfolgen dürfte, als auch die Anordnung der Hochsicherheitshaft während des Vollzuges haben als Vollzugsverschärfungen zu gelten. Es kann in beiden Fällen faktisch von einer „negativen“ Progression gesprochen werden. Umgekehrt kann die Verlegung aus einem Einzelhaftregime in einer Hochsicherheitsabteilung in den (geschlossenen) Normalvollzug – ebenso wie die Gewährung der nächsten Vollzugsstufe – als Progression bezeichnet werden. Es erscheint deshalb nicht gänzlich nachvollziehbar, weshalb in einzelnen Kantonen für Entscheide bezüglich Vollzugs-

<sup>273</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 7.

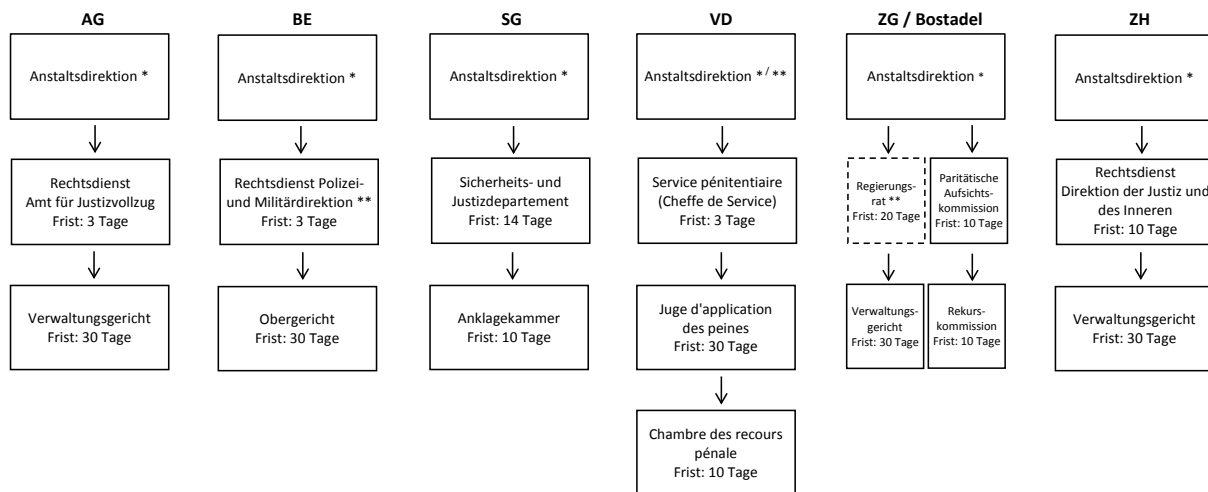
<sup>274</sup> Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI.

stufen zwar die Vollzugsbehörde zuständig ist, für die Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung jedoch die Anstaltsdirektion.<sup>275</sup> Mit dem Argument, dass der Standortkanton für die Sicherheit einer Vollzugseinrichtung besorgt sein muss, lässt sich eine solche Kompetenzverschiebung ebenfalls kaum begründen: Denn ein ähnlicher Problembereich dürfte auch betroffen sein, wenn in einer Vollzugseinrichtung mit einer offenen und einer geschlossenen Abteilung<sup>276</sup> der Wechsel in die jeweils andere Abteilung zur Frage steht, wobei dann in allen untersuchten Kantonen die Vollzugsbehörden zuständig sind.

#### 4. Disziplinarsanktionen

Das StGB sieht in Bezug auf Disziplinarsanktionen ausdrücklich vor, dass die Kantone „für den Straf- und Massnahmenvollzug ein Disziplinarrecht“ erlassen, in welchem sie auch das Verfahren regeln.<sup>277</sup> Dieser Pflicht sind alle untersuchten Kantone nachgekommen.

##### 4.1. Bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen<sup>278</sup>



Bei disziplinarischen Verstössen von inhaftierten Personen ist im Allgemeinen<sup>279</sup> in allen untersuchten Kantonen die Anstaltsdirektion zuständig zur Verfügung einer Disziplinarsanktion.

Es kommt in der Mehrzahl der Kantone das allgemeine Rechtsmittelverfahren bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung zur Anwendung,<sup>280</sup> wobei die Fristen zur Einreichung einer Be-

<sup>275</sup> Als Progressions- bzw. Vollzugsstufe wird der Einzelvollzug in einer Hochsicherheitsabteilung z.B. im Kanton Bern angesehen (Art. 32 SMVG-BE, Ziff. 4.1 HO2006-Thorberg und Ziff. 4 HO2006-Hindelbank). Die zuständigen Stellen im Kanton Zürich halten gemäss Rückmeldung vom 16. Oktober 2014 eine solche Einordnung hingegen für problematisch. Sie sprechen sich für eine Differenzierung zwischen einerseits der Gewährleistung der Sicherheit einer Anstalt nach innen wie gegen aussen bei der Anordnung einer Einzelhaft nach Art. 78 lit. b StGB (Betriebssicherheit und die Sicherheit des Personals sowie der Mitinhaftierten) und andererseits der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit bei der Gewährung einer auf die soziale und/ oder berufliche Wiedereingliederung hinzielenden Progressionsstufe gemäss Art. 76 StGB (Flucht- und/oder Rückfallgefahr) aus.

<sup>276</sup> Z.B. die Anstalten Hindelbank.

<sup>277</sup> Art. 91 Abs. 3 StGB.

<sup>278</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 8.A.

<sup>279</sup> Zu den Besonderheiten der Zuständigkeit bei disziplinarischen Verstössen, die sich gegen die Anstaltsdirektion richten, siehe sogleich Kapitel V.4.2.

<sup>280</sup> Siehe vorne Kapitel IV.2.

schwerde in den meisten Kantonen verkürzt sind: In den Kantonen Aargau<sup>281</sup>, Bern<sup>282</sup> und Waadt<sup>283</sup> von 30 auf 3 Tage sowie im Kanton Zürich<sup>284</sup> von 30 auf 10 Tage.

Im Kanton Waadt ist im Gegensatz zum allgemeinen Verfahren bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung dem externen Beschwerdeweg ein internes Verwaltungsverfahren vorgelagert: Als erste Rechtsmittelinstanz ist der Service pénitentiaire (Cheffe de service) zuständig.<sup>285</sup> Danach ist wiederum eine Beschwerde an den Juge d'application des peines möglich<sup>286</sup> und dessen Entscheid kann an die Chambre des recours pénales weitergezogen werden.<sup>287</sup> Ausdrücklich ist zudem vorgesehen, dass die Anstaltsdirektion vor Erlass der Disziplinarsanktion den zuständigen Mitarbeitenden des Service pénitentiaire um ein freiwilliges Mediationsverfahren ersuchen kann<sup>288</sup> und bei psychisch kranken inhaftierten Personen zusätzlich eine Stellungnahme des Gesundheitsdienstes einzuholen ist.<sup>289</sup>

Die Anstaltsdirektion kann aus wichtigen Gründen den Entzug der aufschiebenden Wirkung anordnen. In den Kantonen Aargau,<sup>290</sup> Bern,<sup>291</sup> Waadt<sup>292</sup> und Zug<sup>293</sup> ist dies für diesen Anwendungsfall ausdrücklich vorgesehen.

<sup>281</sup> § 46 Abs. 1 lit. d EG StPO-AG, § 76 Abs. 2 SMV-AG, § 13 Abs. 1 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-SITRAK-Lenzburg.

<sup>282</sup> Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.4 HO2006-Hindelbank.

<sup>283</sup> Art. 35 Abs. 1 LEP-VD.

<sup>284</sup> § 23d Abs. 1 lit. a und Abs. 3 StJVG-ZH, § 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. c, 167 JVV-ZH i.V.m. § 19b Abs. 1 und Abs. 2 lit. b Ziff. 1 VRG-ZH i.V.m. § 29 Abs. 1 StJVG-ZH.

<sup>285</sup> Art. 34 Abs. 1 LEP-VD.

<sup>286</sup> Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD.

<sup>287</sup> Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD. Nach der Gesetzesänderung wird die Chambre des recours pénales einzige verwaltungsexterne Beschwerdeinstanz sein; Art. 38 LEP2014-VD.

<sup>288</sup> Art. 15 RDD-VD.

<sup>289</sup> Art. 19 RDD-VD.

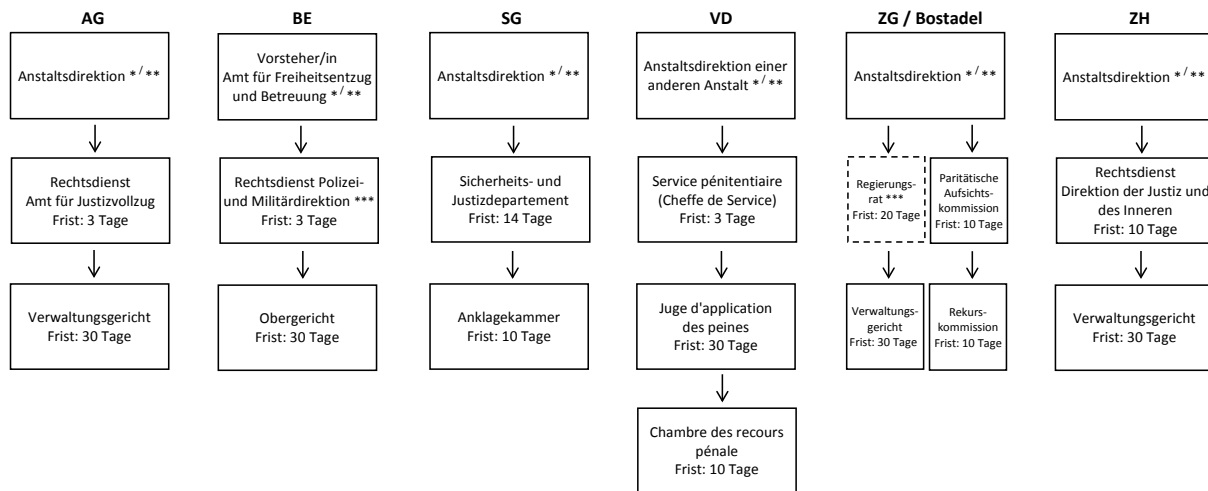
<sup>290</sup> Ziff. 20 Abs. 25 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 25 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 46 Abs. 1 VRPG-AG. Der Entzug der aufschiebenden Wirkung ist „aus wichtigen Gründen wie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung oder eines geordneten Betriebsablaufes sowie aus Sicherheitsgründen“ möglich.

<sup>291</sup> Art. 80 Abs. 5 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE, Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.5 HO2006-Hindelbank. Die Disziplinarbeschwerde hat keine aufschiebende Wirkung ausser die Anstaltsdirektion erteile diese aus wichtigen Gründen auf Antrag der Betroffenen.

<sup>292</sup> Art. 35 Abs. 1 LEP-VD.

<sup>293</sup> Strafanstalt Zug; Art. 32 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG, § 45 Abs. 1 VRPG-ZG. In der interkantonalen Strafanstalt Bostadel wird die aufschiebende Wirkung nur auf ausdrückliche Anordnung des Vizepräsidenten der Paritätischen Aufsichtskommission gewährt; Ziff. 16 Abs. 9 HO2011-Bostadel.

## 4.2. Bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion<sup>294</sup>



Betrifft ein disziplinarischer Verstoss direkt die Anstaltsdirektion – wie etwa bei verbalen oder körperlichen Übergriffen auf Angehörige der Anstaltsdirektion –, ändert in den untersuchten Kantonen die Zuständigkeit zur Anordnung einer Disziplinarsanktion.<sup>295</sup> So ist in solchen Fällen im Kanton Bern der/die Vorsteher/in des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung zuständig, wobei der Rechtsdienst des Amtes den Sachverhalt abklärt,<sup>296</sup> während im Kanton Waadt die Anstaltsdirektion einer anderen kantonalen Vollzugseinrichtung verfügt.<sup>297</sup> Für die Kantone St. Gallen und Zürich ist ausdrücklich vorgesehen, dass die direkt betroffene Person in den Ausstand tritt.<sup>298</sup> In den Kantonen Aargau und Zug wird dies in der Praxis ebenfalls so gehandhabt.

In Bezug auf das Rechtsmittelverfahren und den Entzug der aufschiebenden Wirkung kann auf die Ausführungen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen verwiesen werden.<sup>299</sup>

## 5. Anordnungen und Übergriffe von Mitarbeitenden der Vollzugseinrichtung und Schutz vor Übergriffen Dritter

Mündlichen Anordnungen (z.B. die Aufforderung, in die Zelle zu gehen) und Handlungen (z.B. das Anlegen von Hand- und Fussfesseln bei Transporten auf dem Anstaltsgelände) von Mitarbeitenden der Vollzugseinrichtung und der Anstaltsdirektion sowie allfällige verbale oder tätliche Übergriffe durch das Vollzugspersonal sind als Realakte einzustufen. Grund- und Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit solchen Realakten können ebenfalls im Rahmen der Verwaltungsrechtspflege geltend gemacht werden. Es ist diesbezüglich auf

<sup>294</sup> Siehe Anhänge I-VI, Ablauf 8.B.

<sup>295</sup> Solche Fälle kommen in der Praxis allerdings selten vor.

<sup>296</sup> Art. 78 SMVG-BE i.V.m. Art. 124 Abs. 2 SMVV-BE; Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank.

<sup>297</sup> Diese Delegation erfolgt gemäss geplanter Änderung des RSC-VD und heute schon in der Praxis.

<sup>298</sup> Ziff. 7 Abs. 1 und Ziff. 8 Abs. 1 RL Disziplinarrecht-OST. Für den Kanton St. Gallen zudem Art. 49bis Abs. 1 i.V.m. Art. 49 Abs. 1 lit. d GVV-SG und Art. 58 Abs. 2 HO2007-Saxerriet.

<sup>299</sup> Siehe Kapitel V.4.1.



die Ausführungen zu Realakten beim Recht auf wirksame Beschwerde<sup>300</sup> und beim Recht auf gerichtliche Überprüfung<sup>301</sup> zu verweisen.

Gleiches hat auch bei passivem Verhalten der Anstaltsdirektion und der Mitarbeitenden in Form eines mangelnden Schutzes einer inhaftierten Person vor Übergriffen von Mitinhaftierten zu gelten.

Bei gerügten Übergriffen durch das Vollzugspersonal spielt in der Praxis allerdings regelmässig das Strafverfahren eine weitaus wichtigere Rolle als das Verwaltungsrechtspflegeverfahren.<sup>302</sup>

## 6. Materielle Haftbedingungen

Die soeben erfolgten Ausführungen haben auch Geltung, wenn eine Grund- und Menschenrechtsverletzung in Zusammenhang mit materiellen Haftbedingungen – also mit der konkreten Ausgestaltung des Freiheitsentzuges – zu überprüfen ist. Ein Anwendungsfall hierfür liegt etwa vor, wenn eine inhaftierte Person eine Verletzung ihrer Rechte aufgrund der Unterbringung in einer überbelegten Zelle geltend macht.

## 7. Weitere Anwendungsfälle in einzelnen Kantonen

Einzelne Kantone sehen in ihren Rechtsgrundlagen ausdrücklich spezifische Regelungen zum Verfahrensablauf bei weiteren Anwendungsfällen vor.

Der Kanton Bern hat etwa Regelungen zu den Verfahrensabläufen bei medizinisch indizierten und massnahmenindizierten Zwangsmedikationen<sup>303</sup> sowie bei Besuchssperren.<sup>304</sup> In den Hausordnungen der Anstalten Hindelbank und Thorberg wird zudem der Beschwerdeweg bei Beanstandung der medizinischen Versorgung aufgezeigt.<sup>305</sup>

Im Kanton Aargau ist der Beschwerdeweg bei Anordnungen einer Zwangsbehandlung durch eine Fachärztin oder einen Facharzt im EG StPO festgehalten.<sup>306</sup>

---

<sup>300</sup> Siehe Kapitel II.4.

<sup>301</sup> Siehe Kapitel II.3.

<sup>302</sup> Siehe Kapitel VI.2.

<sup>303</sup> Art. 62 ff. SMVG-BE. Siehe Anhang II, Abläufe 9.A. und 9.B.

<sup>304</sup> Art. 66 Abs. 3 SMVV-BE. Siehe Anhang II, Abläufe 9.D.

<sup>305</sup> Ziff. 6.5 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.5 HO2006-Hindelbank. Siehe Anhang II, Abläufe 9.C.

<sup>306</sup> § 47 EG StPO-AG. Siehe Anhang I, Ablauf 9.

## VI. HINWEIS: DIE BEDEUTUNG WEITERER VERFAHREN IM STRAFVOLLZUG

### 1. Aufsichtsanzeige

#### 1.1. Grundlagen der Aufsichtsanzeige

Mittels Aufsichtsanzeige kann jedes fehlerhafte Handeln oder Unterlassen einer Behörde oder generelle Missstände innerhalb der Verwaltung bei der entsprechenden Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Die Aufsichtsanzeige<sup>307</sup> gewährt als Rechtsbehelf der anzeigenden Person keinen Rechtschutzanspruch. Die angerufene Instanz hat daher keine Pflicht, die Eingabe zu behandeln und darüber zu entscheiden. Der anzeigenden Person kommen auch keine Parteirechte zu. Die Aufsichtsanzeige ermöglicht aber der betroffenen Person, auf ein Fehlverhalten oder einen Missstand aufmerksam zu machen, auch wenn kein Anfechtungsobjekt oder keine Beschwerdelegitimation für eine ordentliche Beschwerde gegeben ist.<sup>308</sup>

Aufsichtsbehörde ist in der Regel die hierarchisch übergeordnete Instanz.<sup>309</sup> Wird eine Anzeige von der Aufsichtsbehörde nicht entgegengenommen oder ist die anzeigende Person mit dem Entscheid nicht zufrieden, so steht der anzeigenden Person grundsätzlich kein Rechtsmittel zur Verfügung. Sie hat einzig die Möglichkeit, ihr Anliegen nochmals der nächst höheren Aufsichtsinstanz zu unterbreiten.<sup>310</sup>

Die Möglichkeit einer Aufsichtsanzeige muss nicht in einem Gesetz verankert sein. Als Rechtsbehelf kann sie auch ohne gesetzliche Grundlage ergriffen werden. Die Einreichung einer Aufsichtsanzeige ist grundsätzlich nicht an Formen oder Fristen gebunden<sup>311</sup> und es können alle Gründe vorgebracht werden, die ein Einschreiten zum Schutz öffentlicher Interessen erfordern. Obschon die Aufsichtsanzeige keine Parteirechte gewährt, kann zu Gunsten des Anzeigers ein Informationsrecht über den Ausgang seiner Anzeige vorgesehen werden.<sup>312</sup>

#### 1.2. Verfahren in den untersuchten Kantonen

Alle untersuchten Kantone sehen entweder allgemein oder spezifisch für inhaftierte Personen die Möglichkeit einer Aufsichtsanzeige in ihrer Rechtsordnung vor. Eine Anzeige gegen ein Fehlverhalten des Anstaltspersonals ist bei der jeweiligen Anstaltsdirektion zu erheben. Aufsichtsanzeigen gegen die Anstaltsdirektion sind in der Regel an die hierarchisch übergeordnete Behörde zu richten.<sup>313</sup> Im Kanton Zug ist nicht die Sicherheitsdirektion als überge-

<sup>307</sup> Diese ist zu unterscheiden von der eigentlichen Aufsichtsbeschwerde, die einen Anspruch auf Behandlung vermittelt. Eine solche kennt etwa der Kanton Luzern gem. § 180 Gesetz über die Verwaltungspflege vom 3. Juli 1972, SRL 40; KIENER/RÜTSCHÉ/KUHN, N 1862.

<sup>308</sup> KIENER/RÜTSCHÉ/KUHN, N 132 und 1861 ff.; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 661 und 1389.

<sup>309</sup> Ausnahmsweise kann das Spezialgesetz eine Justizbehörde vorsehen; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 1388.

<sup>310</sup> KIENER/RÜTSCHÉ/KUHN, N 1869 f.; RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 663 und 1392.

<sup>311</sup> RHINOW/KOLLER/KISS/THURNHERR/BRÜHL-MOSER, N 661.

<sup>312</sup> KIENER/RÜTSCHÉ/KUHN, N 133, 1864 und 1867 f.

<sup>313</sup> Z.B. AG: Amt für Justizvollzug (§ 11 VOOrg-Lenzburg, § 38 VRPG-AG); BE: Amt für Freiheitsentzug und Betreuung (Ziff. 1.3 HO2006-Thorberg und Ziff. 1.3 HO2006-Hindelbank, Art. 101 VRPG-BE). Im

ordnete Behörde zuständig, sondern der Regierungsrat.<sup>314</sup> Anzeigen gegen die Direktion der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel sind an die Paritätische Aufsichtskommission zu richten.<sup>315</sup>

Teilweise sehen die Kantone einen Informationsanspruch für die anzeigende Person vor.<sup>316</sup>

## 2. Strafverfahren

Sofern die inhaftierte Person von einem Handeln betroffen ist, welches als Straftat zu qualifizieren ist, steht ihr nebst der Verwaltungsrechtspflege auch die Möglichkeit offen, eine Strafanzeige einzureichen. Dies ist z.B. bei tätlichen Übergriffen durch das Vollzugspersonal oder bei mangelnder Schutzgewährung regelmässig der Fall.

## 3. Staatshaftung

Auch die Geltendmachung der Staatshaftung steht inhaftierten Personen offen, wenn ihnen im Freiheitsentzug in widerrechtlicher Weise ein Schaden entstanden ist. Ein Verschulden der Behörde ist dabei nicht notwendig. Die Vollzugseinrichtungen und Vollzugsbehörden unterstehen grundsätzlich dem allgemeinen im Kanton geltenden Staatshaftungsrecht,<sup>317</sup> sofern in der kantonalen Strafvollzugsordnung nicht spezifische Regelungen zur Staatshaftung vorgesehen sind.<sup>318</sup>

Die Staatshaftung kann im Freiheitsentzug insbesondere in Zusammenhang mit der Verletzung erhöhter Schutzpflichten entstehen, welche dem Staat aufgrund des besonderen Rechtsverhältnisses zur inhaftierten Person zukommen.<sup>319</sup>

Gegenüber der geschädigten Person haftet das Gemeinwesen und nicht die verantwortliche mitarbeitende Person. Das Gemeinwesen kann aber bei Verschulden des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin auf diesen oder diese Regress nehmen.

Mit dem Staatshaftungsverfahren können Geschädigte oder deren Hinterbliebene einen finanziellen Ausgleich für den erlittenen Schaden verlangen und teilweise auch Genugtuung für seelischen Unbill. Je nach Kanton können diese Ansprüche im Verwaltungsrechtspflegeverfahren, durch zivilrechtliche Klage oder im verwaltungsrechtlichen Vorverfahren mit anschliessendem Zivilprozessverfahren geltend gemacht werden.<sup>320</sup>

---

Kanton Bern nimmt der Rechtsdienst des Amtes eine summarische Prüfung vor und leitet die Anzeige wenn nötig an die Polizei- und Militärdirektion als oberste Aufsichtsbehörde weiter; Art. 4 Abs. 2 lit. a SMVG-BE, Ziff. 1.3 HO2006-Thorberg und Ziff. 1.3 HO2006-Hindelbank, Art. 101 VRPG-BE.

<sup>314</sup> § 1 Abs. 3 und 4 Personalgesetz-ZG i.V.m. § 2 Abs. 3 Bst. e DelegationsVO-ZG. Dies zumindest in Fällen betreffend individuelle Personalgeschäfte der Amtsleitung.

<sup>315</sup> Art. 12 Abs. 2 lit. b Vertrag Bostadel BS/ZG, Ziff. 15 HO2011-Bostadel.

<sup>316</sup> Z.B. § 38 Abs. 2 VRPG-AG; Art. 101 VRPG-BE.

<sup>317</sup> Z.B. Art. 104 PG-BE.

<sup>318</sup> Z.B. Art. 16 Vertrag-Bostadel BS/ZG.

<sup>319</sup> KIENER/KÄLIN, S. 141.

<sup>320</sup> Allgemein zur Staatshaftung in den Kantonen: KÜNZLI/EUGSTER/KIND/SPRING/STURM; KÜNZLI/STURM/VEERAKATTY, S. 70 ff. mit Hinweisen.

## VII. FAZIT

Die Darstellung der kantonalen Rechtsschutzregelungen im Straf- und Massnahmenvollzug hat illustriert, dass unter grund- und menschenrechtlichen Gesichtspunkten kaum Problem-bereiche zu identifizieren sind. Allgemein bewirkt das föderalistische System in diesem Sachbereich jedoch, dass die Zuständigkeiten von grosser Vielfalt und teilweise sehr komplex ausgestaltet sind. Dies ist einerseits deswegen problematisch, weil für die gleiche inhaftierte Person oft zwei Kantone – der einweisende Kanton bei Verfügungen der Vollzugs-behörde und der Standortkanton bei Anordnungen der jeweiligen Vollzugseinrichtung – zu-ständig sind. Besonders problematisch ist dies, wenn aufgrund der unterschiedlichen Zu-ständigkeitsordnungen in einem interkantonalen Anwendungsfall keine abschliessende Klar-heit darüber besteht, welche Behörde für die inhaftierte Person zuständig ist. Dies ist etwa im Bereich der Anordnung der Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabteilung der Fall, wo ent-weder sowohl die Vollzugseinrichtung des Standortkantons als auch die Vollzugsbehörde des Einweisungskantons gestützt auf die jeweiligen kantonalen Rechtsgrundlagen zuständig wären, oder aber keine klare gesetzlich vorgesehene Zuständigkeit besteht.<sup>321</sup>

Andererseits erscheint gerade im Freiheitsentzug eine einfache und möglichst einheitliche Regelung des Verfahrens sinnvoll, weil im Straf- und Massnahmenvollzug inhaftierte Perso-nen in einem ausgeprägten Naheverhältnis zum Staat stehen, weshalb Beschwerden für die – meist nicht professionell vertretenen – betroffenen Personen von grosser Bedeutung sind und daher möglichst einfach auszugestalten wären.

Die Studie konnte kantonale Unterschiede und Besonderheiten etwa in folgenden Punkten feststellen:

- Die Zuständigkeit der Vollzugsbehörde und die einzelnen ihr zustehenden Kompeten-zen ergeben sich nicht in allen Kantonen klar aus den Rechtsgrundlagen.<sup>322</sup>
- Alle Kantone sehen einen doppelten Instanzenzug im Rahmen des Verwaltungsrechts-pflegeverfahrens vor. Nicht alle Kantone kennen jedoch zwei Rechtsmittelinstanzen. Gewisse Kantone kennen i.d.R. zudem nur ein verwaltungsexternes Beschwerdever-fahren, so etwa der Kanton Waadt.<sup>323</sup>
- Die Fristen zur Einreichung einer Beschwerde variieren im Allgemeinen je nach Kanton zwischen 20 und 30 Tagen (Vollzugsbehörde als Erstinstanz) bzw. zwischen 10 und 30 Tagen (Vollzugseinrichtung als Erstinstanz).
- Der Kanton Bern sieht – bei Zuständigkeit der Vollzugseinrichtung – ein kostenloses Einigungsverfahren im Sinne einer Mediation vor.<sup>324</sup>
- Der Kanton St. Gallen sieht keine Möglichkeit zur Anfechtung des Vollzugsbefehls vor. Dies erscheint problematisch, wenn darin der Vollzugsort bestimmt wird.<sup>325</sup>
- In der JVA Pöschwies im Kanton Zürich wird ein Antrag zur Urlaubsgewährung nur an die zuständige Vollzugsbehörde weitergeleitet, wenn ein Urlaubsgesuch befürwortet

<sup>321</sup> Siehe dazu Kapitel V.1.2 und V.3.2.

<sup>322</sup> Siehe dazu Kapitel III.1.

<sup>323</sup> Siehe dazu Kapitel IV.1 und IV.2.

<sup>324</sup> Siehe dazu Kapitel IV.2 sowie Anhang II, Ablauf 1.B.

<sup>325</sup> Siehe dazu Kapitel V.1.1.

wird. Dies auch wenn keine Delegation der Anordnungs-kompetenz von der Vollzugs-behörde erfolgt ist.<sup>326</sup>

- Das Verfahren zur Gewährung der bedingten Entlassung ist im Kanton Waadt ein ge-richtliches Verfahren, d.h. dass auch als Erstinstanz eine gerichtliche Behörde ent-scheidet und nicht eine Verwaltungsbehörde.<sup>327</sup>
- Bei der Anordnung von Disziplinarsanktionen ist im Kanton Waadt ausdrücklich vorge-sehen, dass bei psychisch kranken inhaftierten Personen die Stellungnahme des Ge-sundheitsdienstes einzuholen ist.<sup>328</sup>
- Der Kanton Waadt sieht in den Rechtsgrundlagen zum Straf- und Massnahmenvollzug eine rechtliche Beratung der inhaftierten Personen vor.<sup>329</sup>

Daneben konnten folgende Erkenntnisse gewonnen werden:

- Weder aus der Natur des besonderen Rechtsverhältnisses noch aus dessen Zweck er-geben sich bezüglich der prozessualen Grundrechte Gründe für eine besondere Ein-schränkung dieser Vorgaben in Bezug auf inhaftierte Personen.
- Da alle Kantone in ihren Verwaltungsrechtspflegegesetzen verlangen, dass eine Verfü-gung eine Rechtsmittelbelehrung enthält, kann bei Fehlen einer solchen eine Verlet-zung des Anspruchs auf rechtliches Gehör vorliegen.<sup>330</sup>
- Für die meisten der Anwendungsfälle besteht ein Anspruch auf Beizug eines rechtli-chen Beistandes, jedoch ist ein solcher nicht zwingend vorgeschrieben. Dies wäre je-doch insbesondere bei Anordnungen, welche massiv in die persönlichen Freiheitsrech-te einer inhaftierten Person eingreifen (z.B. Einzelhaft in einer Hochsicherheitsabtei-lung), oft wünschenswert.<sup>331</sup>
- In allen Kantonen erhalten die inhaftierten Personen eine Hausordnung. Diese enthal-ten aber z.T. keine oder nur rudimentäre Hinweise auf die Möglichkeit zur Beschwer-deerhebung.
- Die ausführlichsten Regelungen zum Verfahrensablauf und zu den Rechten der inhaf-tierten Person finden sich in allen Kantonen zu den Disziplinarsanktionen.<sup>332</sup>

Die festgestellten föderalismusbedingten Unterschiede und die damit insbesondere bei inter-kantonalen Konstellationen verbundenen Unsicherheiten bezüglich des anwendbaren Rechts erschweren sowohl den inhaftierten Personen als auch den zuständigen Behörden die recht-liche Orientierung. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die kantonalen Grundlagen und Verfahrensabläufe längerfristig gesehen aufeinander abgestimmt und soweit als möglich vereinheitlicht werden. Um einen möglichst umfassenden Rechtsschutz für Personen im Freiheitsentzug zu garantieren, erscheint zudem eine möglichst allgemein verständliche In-formation der inhaftierten Personen über die ihnen zustehenden Beschwerdemöglichkeiten als wesentlich.

---

<sup>326</sup> Siehe dazu Kapitel V.2.2.1.

<sup>327</sup> Siehe dazu Kapitel V.2.3.

<sup>328</sup> Siehe dazu Kapitel V.4.1.

<sup>329</sup> Siehe dazu Kapitel II.2.2.

<sup>330</sup> Siehe dazu Kapitel II.2.2.

<sup>331</sup> Siehe dazu Kapitel III.3.2.

<sup>332</sup> Siehe dazu Kapitel V.4.



## LITERATUR- UND MATERIALIENVERZEICHNIS

### Literatur

- BAECHTOLD ANDREA, Strafvollzug, Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 2009.
- BIAGGINI GIOVANNI, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Zürich 2007.
- BRÄGGER BENJAMIN F., Art. 439, in: Niggli Marcel Alexander/Heer Marianne/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Schweizerische Strafprozessordnung, Basel 2011, S. 2893-2902.
- CAVALLO ANGELA, Art. 439, in: Donatsch Andreas/Hansjakob Thomas/Lieber Viktor (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), Zürich/Basel/Genf 2010, S. 2105-2110.
- EGLI PATRICIA, Grundrechte, Aktuelle Entwicklungen im Sicherheits- und Polizeirecht, in: Sicherheit & Recht 2012/3, S. 193-214.
- ERRASS CHRISTOPH, Art. 130, in: Niggli Marcel Alexander/Uebersax Peter/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz, 2. Auflage, Basel 2011, S. 1615-1626.
- GRABENWARTER CHRISTOPH/PABEL KATHARINA, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Auflage, München/Basel/Wien 2012.
- HÄFELIN ULRICH/HALLER WALTER/KELLER HELEN, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 8. Auflage, Zürich/Basel/Genf 2012.
- HARRIS DAVID/O'BOYLE MICHAEL/BATES ED/BUCKLEY CARLA, Law of the European Convention on Human Rights, 2. Auflage, Oxford 2009.
- KIENER REGINA/KÄLIN WALTER, Grundrechte, 2. Auflage, Bern 2013.
- KIENER REGINA/RÜTSCHKE BERNHARD/KUHN MATHIAS, Öffentliches Verfahrensrecht, Zürich/St. Gallen 2012.
- KLEY ANDREAS, Art. 29a, in: Ehrenzeller Bernhard/Mastronardi Philippe/Schweizer Rainer/Vallender Klaus (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, 2. Auflage, Zürich 2008, S. 602-618.
- KÜNZLI JÖRG/EUGSTER ANJA/KIND ANDREAS/SPRING ALEXANDER/STURM EVELYNE, Die Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz: Eine Bestandesaufnahme im Bereich Freiheitsentzug, Polizei und Justiz, Schriftenreihe SKMR, Bern 2013.
- KÜNZLI JÖRG/FREI NULA/SPRING ALEXANDER, Einzelhaft in Hochsicherheitsabteilungen, Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, Bern 2014.
- KÜNZLI JÖRG/STURM EVELYNE/VEERAKATTY VIJITHA, Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe, Eine Darstellung der Beschwerdemechanismen in der Schweiz, Bern 2014.
- MÜLLER JÖRG PAUL/SCHEFER MARKUS, Grundrechte in der Schweiz, Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte, 4. Auflage, Bern 2008.
- RHINOW RENÉ/KOLLER HEINRICH/KISS CHRISTINA/THURNHERR DANIELA/BRÜHL-MOSER DENISE, Öffentliches Prozessrecht, Grundlagen und Bundesrechtspflege, 2. Auflage, Basel 2010.
- SCHÄRER DEBORAH VANESSA, Konkordantliche Richtlinien: Blosser Gentlemen's Agreements oder verbindliches Strafvollzugsrecht?, in: Zeitschrift für Kriminologie 2012/2, S. 51-56.

STEINMANN GEROLD, Art. 29, in: Ehrenzeller Bernhard/Mastronardi Philippe/Schweizer Rainer/Vallender Klaus (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, 2. Auflage, Zürich 2008, S. 576-601.

THOMMEN MARC, Art. 78, in: Niggli Marcel Alexander/Uebersax Peter/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz, 2. Auflage, Basel 2011, S. 859-879.

THOMMEN MARC, Art. 80, in: Niggli Marcel Alexander/Uebersax Peter/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz, 2. Auflage, Basel 2011, S. 913-924.

THURNHERR DANIELA, Die Verwaltungsrechtspflege im Spannungsfeld zwischen kantonaler Autonomie und Vereinheitlichung, in: Basler juristische Mitteilungen 2013, S. 217-255.

WEBER-DÜRLER BEATRICE, Art. 25a, in: Auer Christoph/Müller Markus/Schindler Benjamin (Hrsg.), Kommentar zum Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG), Zürich/St. Gallen 2008, S. 354-382.

## Verzeichnis der kantonalen und konkordatlichen Rechtsgrundlagen

### Kanton Aargau

Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz, *OrgG-AG*) vom 26. März 1985, SAR 153.100

Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates (Delegationsverordnung, *De/V-AG*) vom 10. April 2013, SAR 153.113

Verordnung über den Rechtsdienst des Regierungsrates (*VO RD RR-AG*) vom 17. Mai 1972, SAR 153.311

Gerichtsorganisationsgesetz (*GOG-AG*) vom 6. Dezember 2011, SAR 155.200

Geschäftsordnung des Obergerichts des Kantons Aargau (*GoOG-AG*) vom 21. November 2012, GKA 155.200.3.101; Anhang 1: Geschäftsverteilungsordnung

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (*EG StPO-AG*) vom 16. März 2010, SAR 251.200

Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsverordnung, *SMV-AG*) vom 9. Juli 2003, SAR 253.111

Verordnung über die Organisation der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (*VOOrg-Lenzburg*) vom 21. Januar 2004, SAR 253.331

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, *VRPG-AG*) vom 4. Dezember 2007, SAR 271.200

Hausordnung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (inkl. Abteilung 60plus), Ausgabe 2011 (*HO2011-Lenzburg*)

Merkblatt für Urlaub und Ausgang der JVA Lenzburg (gültig ab 1.1.2008)

Hausordnung SITRAK I und II der Justizvollzugsanstalt Lenzburg, Ausgabe 2011 (*HO2011-SITRAK-Lenzburg*)



## Kanton Bern

Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (*Organisationsgesetz, OrG-BE*) vom 20. Juni 1995, BSG 152.01

Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Polizei- und Militärdirektion (Organisationsverordnung POM, *OrV POM-BE*) vom 18. Oktober 1995, BSG 152.221.141

Personalgesetz (PG-BE) vom 16. September 2004, BSG 153.01

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (*VRPG-BE*) vom 23. Mai 1989, BSG 155.21

Organisationsreglement des Obergerichts (*OrR OG-BE*) vom 23. Dezember 2010, BSG 162.11

Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (*EG ZSJ*) vom 11. Juni 2009, BSG 271.1

Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG-BE), BSG 341.1

Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVV-BE), BSG 341.11

Hausordnung Anstalten Thorberg (HO2006-Thorberg) vom 24. April 2006

Reglement für die Sicherheitsabteilung I (Si I) Anstalten Thorberg vom 12. Mai 1998 (*Reglement für die Si I 1998-Thorberg*)

Reglement für die Sicherheitsabteilung II (Si II) Anstalten Thorberg vom 12. Mai 1998 (*Reglement für die Si II 1998-Thorberg*)

Hausordnung Anstalten Hindelbank (HO2006-Hindelbank) vom 1. April 2006

Konzept HSI – (Hoch-)Sicherheit und Integration Anstalten Hindelbank vom 15. November 2008 (*Konzept HSI-Hindelbank*)

## Kanton St. Gallen

Staatsverwaltungsgesetz vom 16. Juni 1994 (*StVG-SG*), sGS 140.1

Geschäftsreglement der Regierung und der Staatskanzlei vom 7. Dezember 1951 (*GeschR-SG*), sGS 141.3

Ermächtigungsverordnung vom 4. Januar 2011 (*ErmV-SG*), sGS 141.41

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965 (*VRPG-SG*), sGS 951.1

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010 (*EG StPO-SG*), sGS 962.1

Strafprozessverordnung vom 23. November 2010 (*StPV-SG*), sGS 962.11

Verordnung über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten vom 13. Juni 2000 (*GVV-SG*), sGS 962.14

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 15. Juni 2010 (*EG ZPO-SG*), sGS 961.2

Hausordnung der Strafanstalt Saxerriet vom 2. Juli 2007/3. Januar 2008 (*HO2007-Saxerriet*)

## Kanton Waadt

Règlement sur les départements de l'administration (*RdéA-VD*) du 2 juillet 2012, RSV 172.215.1

Loi d'organisation judiciaire (*LOJV-VD*) du 12 décembre 1979, RSV 173.01

Règlement organique du Tribunal cantonal (*ROTC-VD*) du 13 novembre 2007, RSV 173.31.1

Loi sur la procédure administrative (*LPA-VD*) du 28 octobre 2008, RSV 173.36

Loi d'introduction du Code de procédure pénale suisse (*LVCPP-VD*) du 19 mai 2009, RSV 312.01

Règlement du Tribunal des mesures de contrainte et d'application des peines (*RTMC-VD*) du 11 octobre 2011, RSV 312.01.5

Loi sur l'exécution des condamnations pénales du 4 juillet 2006 (*LEP-VD*), RSV 340.01

Révision Loi sur l'exécution des condamnations pénales du 4 juillet 2006 (*LEP2014-VD*; angenommen durch den Grand Conseil am 28. Mai 2014)

Règlement sur le statut des condamnés exécutant une peine privative de liberté et les régimes de détention applicables (*RSC-VD*) du 24 janvier 2007, RSV 340.01.1

Règlement sur la Commission interdisciplinaire consultative concernant les délinquants nécessitant une prise en charge psychique (*RCIC-VD*) du 2 avril 2008, RSV 340.01.2

Règlement sur le droit disciplinaire applicable aux détenus avant jugement et aux condamnés (*RDD-VD*) du 26 septembre 2007, RSV 340.07.1

Règlement des Etablissements de la plaine de l'Orbe (*R-EPO*) du 20 janvier 1982, RSV 340.11.1

## Kanton Zug

Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung (*OrgG-ZG*) vom 29. Oktober 1998, BGS 153.1

Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (*DelegationsVO-ZG*), BGS 153.3

Verfügung über die Delegation der Befugnisse der Sicherheitsdirektion im Bereich des strafrechtlichen Justizvollzugs gegenüber Erwachsenen an den Vollzugs- und Bewährungsdienst (*VBD-ZG*) vom 17. Dezember 2010, BGS 153.752

Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (*Personalgesetz-ZG*) vom 1. September 1994, BGS 154.21

Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, *GOG-ZG*) vom 26. August 2010, BGS 161.1

Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, *VRPG-ZG*) vom 1. April 1976, BGS 162.1

Verordnung über die Strafanstalt Zug vom 6. Mai 2003 (*VoStrafanstalt-ZG*), BGS 331.1

Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (*JVV-ZG*), BGS 331.2

Hausordnung für Insassen im geschlossenen Strafvollzug Kantonale Strafanstalt Zug vom 30. April 2004 (*HOVollzugStrafanstalt-ZG*)

Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Kanton Zug) vom 21. Dezember 1972 (*Vertrag Bostadel BS/ZG*)

Hausordnung Interkantonale Strafanstalt Bostadel vom 30. August 2011 (*HO2011-Bostadel*)

## Kanton Zürich

Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007 (*VOG RR-ZH*), LS 172.11

Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (*JIOV-ZH*), LS 172.110.1

Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959 (*VRG-ZH*), LS 175.2

Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 (*GOG-ZH*), LS 211.1

Straf- und Justizvollzugsgesetz vom 19. Juni 2006 (*StJVG-ZH*), LS 331

Justizvollzugsverordnung vom 6. Dezember 2006 (*JVV-ZH*), LS 331.1

Hausordnung JVA Pöschwies, Ausgabe 2009 (*HO2009-Pöschwies*)

## Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz

Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 (01.0) (*Konkordat-NWI*)

Reglement für die konkordatliche Fachkommission (KoFako) vom Dezember 2013 (05.2) (*Reglement KoFako*)

Richtlinien über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 19. November 2012 (09.0) (*RL Ausgang und Urlaub-NWI*; in Kraft seit 1. Oktober 2013)

Richtlinien für die Verlegung in freier geführte Institutionen oder Abteilungen; die externe Beschäftigung; den Vollzug des Wohn- und/oder Arbeitsexternats im Straf- und Massnahmenvollzug; die Anforderungen an durchführende Institutionen vom 3. November 2006 (10.0) (*Externatsrichtlinien-NWI*)

Richtlinien für die Vollzugsplanung vom 22. April 2005 (11.1)

Merkblatt Vorgehen bei Einweisung in die Sicherheitsabteilung vom 29. November 2013 (31.3) (*Merkblatt SA-NWI*)

## Konkordat der Ostschweiz

Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 (*Konkordat-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für die Vollzugsplanung vom 7. April 2006 (*RL Vollzugsplanung-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über den Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen bei potentiell gefährlichen Straftätern und Straftäterinnen vom 26. Oktober 2012 (*RL Gemeingefährlichkeit-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 7. April 2006 (*RL Urlaub-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Gewährung des Arbeitsexternats und des Wohnexternats sowie über die Beschäftigung von eingewiesenen Personen bei einem privaten Arbeitgeber vom 7. April 2006 (*RL Arbeits- und Wohnexternat-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission betreffend die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug vom 7. April 2006 (*RL bedingte Entlassung-OST*)

Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2007 (*RL Disziplinarrecht-OST*)

### **Konkordat der lateinischen Schweiz**

Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen; *Konkordat-LAT*)

Beschluss vom 25. September 2008 über das Arbeitsexternat und das Arbeits- und Wohnexternat (E-6; *Externatsbeschluss-LAT*)

Décision du 10 octobre 1988 concernant la conclusion d'un accord entre les trois concordats pénitentiaires suisses en matière de congés pénitentiaires (E-7; *Beschluss Urlaub-LAT*)

Règlement concernant l'octroi d'autorisations de sortie aux personnes condamnées adultes et jeunes adultes) du 31 octobre 2013 (R-5/2; *RASAdultes-LAT*)

Décision du 10 octobre 1988 concernant la procédure à suivre en cas de plainte d'un détenu ou ancien détenu d'un établissement concordataire lorsque celle-ci a trait au personnel de l'établissement, au régime qui y est appliqué ou à des détenus qui y sont écroués (G-4; *Beschluss Beschwerden-LAT*)

Empfehlung vom 25. September 2008 über die Bedingungen und die Modalitäten des Vollzugsplans für Strafen und Massnahmen im ordentlichen und im vorzeitigen Vollzug (Rec-2; *Empfehlung Vollzugsplan-LAT*)

## **ANHÄNGE**

ANHANG I: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Aargau.

ANHANG II: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Bern.

ANHANG III: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton St. Gallen.

ANHANG IV: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Waadt.

ANHANG V: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Zug.

ANHANG VI: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Zürich.

ANHANG VII: Verfahren der kantonalen Verwaltungsrechtspflege im Überblick.

# ANHANG I: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Aargau

---

## Struktur / Allgemeine Informationen

### Regierungsrat

- Rechtsdienst des Regierungsrates (RD RR)  
(<https://www.ag.ch/de/sk/recht/rechtsdienst/beschwerde/beschwerde.jsp>)
  - Zuständigkeit als Beschwerdeinstanz: § 23 Abs. 3 OrgG-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG  
ABER: Delegation der Zuständigkeit als Beschwerdeinstanz gegen Verfügungen und erstinstanzliche Entscheide des AJV, § 10 lit. g DelV-AG (und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG])

### Departement Volkswirtschaft und Inneres

- Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges: § 4 SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 14 Abs. 1 EG StPO-AG
- Rechtsdienst beim Generalsekretariat (RD DVI)  
([https://www.ag.ch/de/dvi/ueber\\_uns\\_dvi/organisation\\_dvi/generalsekretariat/rechstdienst/rechtsdienst\\_3.jsp](https://www.ag.ch/de/dvi/ueber_uns_dvi/organisation_dvi/generalsekretariat/rechstdienst/rechtsdienst_3.jsp))
  - RD DVI bearbeitet u.a. Beschwerdefälle aus dem Bereich Straf- und Massnahmenvollzug
- Amt für Justizvollzug (AJV)  
([https://www.ag.ch/de/dvi/strafverfolgung\\_strafvollzug/vollzugsbehoerde/vollzugsbehoerde.jsp](https://www.ag.ch/de/dvi/strafverfolgung_strafvollzug/vollzugsbehoerde/vollzugsbehoerde.jsp))  
([https://www.ag.ch/de/dvi/ueber\\_uns\\_dvi/organisation\\_dvi/amt\\_fuer\\_justizvollzug/amt\\_fuer\\_justizvollzug\\_1.jsp](https://www.ag.ch/de/dvi/ueber_uns_dvi/organisation_dvi/amt_fuer_justizvollzug/amt_fuer_justizvollzug_1.jsp))
  - § 10 lit. g DelV-AG implizit (siehe auch § 14 Abs. 3 und § 75 Abs. 1 SMV-AG für die Bezirksgefängnisse)
  - Zuständigkeit als Vollzugsbehörde  
Im AJV werden alle Anstalten, die sich mit dem Straf- und Massnahmenvollzug befassen, zusammengefasst.
    - Stab
      - Fachbereich Rechtsdienst (RD AJV)
    - Sektion Vollzugsdienste und Bewährungshilfe
      - Keine spezifischen Rechtsgrundlagen
      - Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug
      - Fachbereich Sonderdienst
    - Sektion Bezirksgefängnisse [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]
      - § 14 Abs. 3 SMV-AG
    - Justizvollzugsanstalt Lenzburg (Strafanstalt und Zentralgefängnis [ZG])  
([https://www.ag.ch/de/dvi/strafverfolgung\\_strafvollzug/jva\\_lenzburg/jva\\_lenzburg.jsp](https://www.ag.ch/de/dvi/strafverfolgung_strafvollzug/jva_lenzburg/jva_lenzburg.jsp))
    - Jugendheim Aarburg [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]  
([https://www.ag.ch/de/dvi/ueber\\_uns\\_dvi/organisation\\_dvi/amt\\_fuer\\_justizvollzug/jugendheim\\_aarburg\\_2/jugendheim\\_aarburg\\_3.jsp](https://www.ag.ch/de/dvi/ueber_uns_dvi/organisation_dvi/amt_fuer_justizvollzug/jugendheim_aarburg_2/jugendheim_aarburg_3.jsp))

### Obergericht

- Abt. Verwaltungsgericht (2. Kammer)  
<https://www.ag.ch/de/gerichte/obergericht/verwaltungsgericht/verwaltungsgericht.jsp>
  - Ziff. 4 Abs. 2 Anhang 1 GoOG-AG i.V.m. § 37 Abs. 3 GOG-AG sowie § 54 VRPG-AG; § 14 Abs. 3 EG StPO-AG, § 102 Abs. 3 SMV-AG
  - letzte kantonale Rechtsmittelinstanz in Verwaltungssachen; Beschwerdeinstanz gegen letztinstanzliche Entscheide von Verwaltungsbehörden (z.B. Entscheide des Regierungsrats und der Departemente)

## Dokumentation

<b>Öffentlich zugängliche Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine spezifischen Informationen auf Homepage zu Rechtsschutz im Freiheitsentzug.</li> <li>- Informationen zu sonstigen Aufgaben des Amtes für Justizvollzug als Vollzugsbehörde und Organigramm des AJV.</li> <li>- Informationen zur Beschwerde und <a href="#">Merkblatt</a> über das Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat vom Juni 2013 (<a href="https://www.ag.ch/de/sk/recht/rechtsdienst/beschwerde/beschwerde.jsp">https://www.ag.ch/de/sk/recht/rechtsdienst/beschwerde/beschwerde.jsp</a>).</li> </ul>
<b>Rechtsgrundlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz, OrgG-AG) vom 26. März 1985, SAR 153.100</li> <li>- Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates (Delegationsverordnung, DeIV-AG) vom 10. April 2013, SAR 153.113</li> <li>- Verordnung über den Rechtsdienst des Regierungsrates (VO RD RR-AG) vom 17. Mai 1972, SAR 153.311</li> <li>- Gerichtsorganisationsgesetz (GOG-AG) vom 6. Dezember 2011, SAR 155.200</li> <li>- Geschäftsordnung des Obergerichts des Kantons Aargau (GoOG-AG) vom 21. November 2012, GKA 155.200.3.101; Anhang 1: Geschäftsverteilungsordnung</li> <li>- Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO-AG) vom 16. März 2010, SAR 251.200</li> <li>- Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsverordnung, SMV-AG) vom 9. Juli 2003, SAR 253.111</li> <li>- Verordnung über die Organisation der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (VOOrg-Lenzburg) vom 21. Januar 2004, SAR 253.331</li> <li>- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG-AG) vom 4. Dezember 2007, SAR 271.200</li> <li>- Hausordnung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (inkl. Abteilung 60plus), Ausgabe 2011 (HO2011-Lenzburg)</li> <li>- Merkblatt für Urlaub und Ausgang der JVA Lenzburg (gültig ab 1.1.2008)</li> <li>- Hausordnung SITRAK I und II der Justizvollzugsanstalt Lenzburg, Ausgabe 2011 (HO2011-SITRAK-Lenzburg)</li> <li>- Reglement des Sicherheitstraktes I der JVA Lenzburg → nicht zur Verfügung</li> <li>- Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 5. Mai 2006 (Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 [01.0]; Konkordat-NWI), SAR 253.020</li> <li>- REGLEMENT für die konkordatliche Fachkommission (KoFako) vom Dezember 2013 (05.2) (Reglement KoFako)</li> <li>- RICHTLINIEN über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 19. November 2012 (09.0) (RL Ausgang und Urlaub-NWI; in Kraft seit 1. Oktober 2013)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Verlegung in freier geführte Institutionen oder Abteilungen; die externe Beschäftigung; den Vollzug des Wohn- und/oder Arbeitsexternats im Straf- und Massnahmenvollzug; die Anforderungen an durchführenden Institutionen (Externatsrichtlinien-NWI) vom 3. November 2006 (10.0)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Vollzugsplanung vom 22. April 2005 (11.1)</li> <li>- Merkblatt Vorgehen bei Einweisung in die Sicherheitsabteilung (Merkblatt SA-NWI) vom 29. November 2013 (31.3)</li> </ul>
<b>Statistiken</b>	<p>Zahlen und Statistiken der Gerichte 2005-2012: keine Unterteilung in Sachgebiete  <a href="https://www.ag.ch/de/gerichte/ueber_uns_ib/zahlen_fakten_gerichte/zahlen_fakten_gerichte.jsp">https://www.ag.ch/de/gerichte/ueber_uns_ib/zahlen_fakten_gerichte/zahlen_fakten_gerichte.jsp</a></p>

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>§ 21 VRPG-AG</b> <sup>1</sup> Die Behörde <u>hört die Parteien an, bevor sie entscheidet.</u></p> <p><b>§ 76 SMV-AG d) Verfahren und Rechtsmittel</b> <sup>1</sup> Vor der Anordnung einer Disziplinierung ist die betroffene Person <u>anzuhören.</u></p> <p><b>Ziff. 5 Abs. 2 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 5 Abs. 2 Ziff. 11 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b> Die Gefangenen haben insbesondere das Recht auf [...] 10. Anliegen mit Audienzettel oder mündlich der Anstaltsleitung vorzubringen 11. <u>Anhörung bei disziplinarischen Sanktionen</u> [...]</p> <p><b>Ziff. 20 Abs. 4 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 4 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b> Im <u>Zentralgefängnis</u> verfügt der Leiter Zentralgefängnis über die <u>Disziplinarmassnahmen</u> und <u>gewährt dem Gefangenen bei Disziplinarstrafen das rechtliche Gehör.</u></p> <p><b>Ziff. 20 Abs. 20 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 21 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b> Dem Gefangenen wird <u>bei Disziplinarstrafen das rechtliche Gehör</u> durch ein Mitglied der Anstaltsleitung resp. den Leiter ZG <u>gewährt</u>, d. h. er kann zu den ihm gemachten Vorwürfen Stellung nehmen.</p> <p><b>Ziff. 18 Abs. 1 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 18 Abs. 1 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b> Will ein Gefangener mit einer Stelle der JVA Kontakt aufnehmen, hat er dies mit dem <u>Audienzzettel</u> mit Grundangabe zu melden oder in dringenden Fällen mündlich über die vorgesetzte Stelle (Gewerbemeister/Dienstchef) ausrichten zu lassen.</p> <p><b>Ziff. 18 Abs. 8 HO2011-Lenzburg</b> Die Direktionsaudienz findet jeden Mittwoch statt. Der Direktor kann sich durch den Leiter Vollzug oder den Leiter Zentralgefängnis (im ZG) vertreten lassen. Die Anmeldung zur Direktionsaudienz muss am Dienstagmorgen in den Briefkasten geworfen resp. dem Dienstchef abgegeben werden.</p> <p><b>Ziff. 18 Abs. 9 HO2011-Lenzburg</b> Auf der Rückseite des Audienzbegehrens ist der sog. <u>Antrag auf Bewilligung</u>, den der Gefangene für alle Anschaffungen mit Kostenfolge, die er ausserhalb der JVA tätigen will, auszufüllen und in den Briefkasten zu werfen hat. Der Gefangene erhält baldmöglichst eine Antwort auf sein Gesuch.</p> <p><b>§ 47 EG StPO-AG Medizinische Behandlungen</b> <sup>3</sup> Der Entscheid über die Durchführung von Zwangsmassnahmen obliegt ausschliesslich der Fachärztin oder dem Facharzt. Die ermächtigten Personen sind vom zuständigen Departement namentlich zu bezeichnen. <sup>4</sup> Vor dem Entscheid ist die <u>gefangene Person von der ermächtigten Person anzuhören</u>, wenn keine Gefahr im Verzug liegt. Der Entscheid ist der</p>
---	---



	<p>gefangenen Person auch nach mündlicher Mitteilung von der Fachärztin oder vom Facharzt <u>mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung</u> schriftlich zu eröffnen, unter Mitteilung an die einweisende Behörde und an die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt. Die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt führt ein entsprechendes Verzeichnis.</p>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die Inhaftierten z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhalten?)</p>	<p><b>§ 64 SMV-AG 3. Eintritt</b>  <sup>3</sup> Das Vollzugspersonal <u>klärt die Eintretenden über ihre Rechte und Pflichten auf</u> und gibt ihnen <u>auf Wunsch ein Exemplar der Hausordnung ab</u>.</p> <p><b>§ 14 VOOrg-Lenzburg 5. Rechtsschutz</b>  1. Rechtsschutz für Gefangene  <sup>1</sup> <u>Gegen Anordnungen und Verfügungen von Angestellten</u> können die Gefangenen <u>Beschwerde bei der Direktorin</u> oder dem Direktor erheben.  <sup>2</sup> <u>Gegen Verfügungen und Beschwerdeentscheide der Direktorin</u> oder des Direktors kann <u>beim Departement Volkswirtschaft und Inneres Beschwerde</u> erhoben werden. Dessen Entscheide können mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden. *  <sup>3</sup> Es gelten die Vorschriften des <u>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</u>. Vorbehalten bleiben die <u>abweichenden Bestimmungen im Disziplinarwesen</u>.</p> <p><b>Ziff. 6 Abs. 2 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 6 Abs. 3 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b>  Beim Eintritt werden dem Gefangenen Kleider, Wäsche und Schuhe abgegeben. <u>Er erhält auf Wunsch ein Exemplar der Hausordnung. Die Kurzorientierung für Neueingetretene informiert über die wichtigsten Zuständigkeiten und Abläufe.</u> Fragen dazu können bei den Eintrittsgesprächen geklärt werden.</p> <p><b>Ziff. 5 Abs. 2 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 5 Abs. 2 HO2011-SITRAK-Lenzburg und § 14 Abs. 1 VOOrg JVA)</b>  Die Gefangenen haben insbesondere das Recht auf [...]  10. Anliegen mit Audienzettel oder mündlich der Anstaltsleitung vorzubringen  [...]  12. <u>Beschwerde</u> gegen das Verhalten von Mitgefangenen und Beschwerde gegen Anordnungen und Verfügungen der Anstaltsleitung und des Vollzugspersonals.</p> <p><b>Ziff. 20 Abs. 21 HO2011- Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 22 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b>  Die <u>Disziplinarstrafe</u> wird mit einer Verfügung eröffnet. Sie enthält eine Sachverhaltsschilderung, eine Begründung, einen Disziplinarentscheid und eine <u>Rechtsmittelbelehrung</u> (Departement Volkswirtschaft und Inneres, Amt für Justizvollzug, 5001 Aarau).</p> <p><b>Ziff. 20 Abs. 22 HO2011- Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 23 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b>  Die <u>schriftlichen Disziplinarmaßnahmen</u> enthalten eine kurze Begründung und einen <u>Hinweis auf das Einspracherecht</u>. Der Gefangene wird, wenn er es wünscht, zur nächsten Direktionsaudienz gerufen (siehe auch Kap. 18, Audienzen und Bewilligungen).</p> <p><b>Ziff. 20 Abs. 23 HO2011- Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 23 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</b>  <u>Auf Antrag</u> des Gefangenen wird eine <u>schriftliche Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung</u> ausgestellt.</p>

#### **§ 46 EG StPO-AG**

Verordnung über den Vollzug

<sup>1</sup> Im Übrigen regelt der Regierungsrat den Straf- und Massnahmenvollzug durch Verordnung. Er erlässt insbesondere Bestimmungen über die Führung der Anstalten und Einrichtungen sowie über die Rechte und Pflichten der eingewiesenen Personen, unter Beachtung der vom Ministerkomitee des Europarats beschlossenen Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen, sowie folgender Leitsätze:

[...]

d) Schuldhafte Pflichtverletzungen der eingewiesenen Person werden mit Arrest bis zu 20 Tagen oder anderen durch Verordnung festgelegten Disziplinarstrafen oder Disziplinarmaßnahmen geahndet. Die disziplinarische Bestrafung ist auf die Erreichung des Vollzugszwecks auszurichten. Die Frist für Beschwerden gegen Disziplinarscheid beträgt drei Tage.

[...]

#### **SMV-AG § 76 d) Verfahren und Rechtsmittel**

[...]

<sup>2</sup> Disziplinarverfügungen können innert drei Tagen seit deren Eröffnung mit schriftlicher Beschwerde beim Departement Volkswirtschaft und Inneres oder, wenn sie von der Direktorin oder dem Direktor einer anderen anerkannten Einrichtung des Jugendstraf- und -massnahmenvollzugs erlassen werden, beim Departement Bildung, Kultur und Sport angefochten werden. Die Frist ist gewahrt, wenn die Beschwerde innert drei Tagen dem Vollzugspersonal übergeben wird. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

<sup>3</sup> Beschwerdeentscheide des Departements Volkswirtschaft und Inneres können innert 30 Tagen seit Eröffnung mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden.

#### **§ 13 VOOrg-Lenzburg 2. Verfahren und Rechtsmittel**

<sup>1</sup> Die Gefangenen können innert drei Tagen seit Eröffnung der Disziplinarverfügung schriftlich und begründet Beschwerde beim Departement Volkswirtschaft und Inneres erheben. Die Frist ist gewahrt, wenn die Beschwerde innert drei Tagen dem Vollzugspersonal übergeben wird.

<sup>2</sup> Die Direktorin oder der Direktor überweist dem Departement Volkswirtschaft und Inneres Beschwerden der Gefangenen gegen Disziplinarverfügungen umgehend zusammen mit einer Stellungnahme.

<sup>3</sup> Bei Gutheissung der Beschwerde kann das Departement Volkswirtschaft und Inneres eine andere Disziplinarsanktion gemäss § 12 Abs. 2 anordnen.

<sup>4</sup> Beschwerdeentscheide des Departements Volkswirtschaft und Inneres in Disziplinarsachen können innert 30 Tagen seit Eröffnung mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden. \*

<sup>5</sup> Im Übrigen gelten die Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

#### **Ziff. 20 Abs. 24 HO2011- Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-SITRAK-Lenzburg, § 46 Abs. 1 lit. d EG StPO-AG, § 76 SMV-AG, § 13 VOOrg JVA)**

Gegen eine Disziplinarverfügung kann innert einer nicht erstreckbaren Frist von drei Tagen seit Zustellung beim Dep. Volkswirtschaft und Inneres, Amt für Justizvollzug, 5001 Aarau, Beschwerde geführt werden. Die Frist ist gewahrt, wenn die Beschwerdeschrift innert Frist einem Vollzugsangestellten übergeben wird. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Das Beschwerdeverfahren ist mit einem Kostenrisiko verbunden.

### **SMV-AG § 102 Rechtsschutz**

<sup>1</sup> Gegen Verfügungen und Entscheide der Direktionen und Leitungen der Vollzugsanstalten betreffend den Straf- und Massnahmenvollzug kann Beschwerde beim Departement Volkswirtschaft und Inneres erhoben werden. \*

[...]

### **Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg, § 102 Abs. 1 SMV-AG)**

Die Anordnungen und Entscheide des Direktors können innert 30 Tagen beim Dep. Volkswirtschaft und Inneres, Amt für Justizvollzug, 5001 Aarau, angefochten werden. Die Beschwerdeschrift hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten.

### **Ziff. 20 Abs. 27 HO2011-Lenzburg (vgl. auch Ziff. 20 Abs. 27 HO2011-SITRAK-Lenzburg, § 14 Abs. 1 VOOrg JVA)**

Ist ein Gefangener der Ansicht, die von einem Angestellten der JVA erteilte Weisung überschreite dessen Kompetenz oder sein Verhalten sei kritikwürdig, hat er dies mittels schriftlicher Beschwerde an die Anstaltsleitung unmittelbar nach dem Vorfall geltend zu machen. Der Gefangene ist jedoch bis zum Entscheid der Anstaltsleitung gleichwohl zur Befolgung verpflichtet.

### **§ 26 VRPG-AG Eröffnung, Begründung**

<sup>1</sup> Entscheide sind als solche zu bezeichnen und den Parteien mit Rechtsmittelbelehrung schriftlich zu eröffnen; die Eröffnung an betroffene Dritte ist möglich. Eine vorgängige mündliche Entscheideröffnung ist zulässig.

<sup>2</sup> Entscheide sind schriftlich zu begründen. Auf die Begründung kann verzichtet werden, wenn

- a) die Behörde dem Antrag vollumfänglich entsprochen hat und der Entscheid nicht in die Rechte Dritter eingreift,
- b) gegen den Entscheid die Einsprache zulässig ist,
- c) eine Allgemeinverfügung öffentlich bekannt gemacht wird.

<sup>3</sup> Die schriftliche Eröffnung kann auf die Zustellung des Dispositivs beschränkt werden mit dem Hinweis, dass der Entscheid rechtskräftig wird, wenn innert 10 Tagen keine Partei eine schriftlich begründete Ausfertigung verlangt. Verzichten die Parteien auf eine vollständige Ausfertigung, ist eine kurze Begründung in die Akten aufzunehmen. \*

<sup>4</sup> Die Rechtsmittelbelehrung muss die Rechtsmittelinstanz, die Rechtsmittelfrist, die Erfordernisse von Schriftform, Antrag und Begründung der Beschwerdeschrift nennen sowie Auskunft über die Geltung von Rechtsstillstandsfristen geben.

<sup>5</sup> Auf Verlangen bescheinigt die Instanz, die zuletzt entschieden hat, dass die Rechtsmittelfrist abgelaufen und kein die Rechtskraft hemmendes Rechtsmittel eingelegt worden ist.

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde mit Variation</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion mit Variationen</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b></p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Sektion Vollzugsdienste und Bewährungshilfe des AJV des DVI (§ 4 SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI Frist: 30 Tage (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG) <i>Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Verfügung der Anstaltsdirektion (allgemeine Vollzugsbeschwerde)</b></p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD AJV des DVI Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG, § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg sowie Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 14 Abs. 3 EG StPO-AG und § 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG und § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

	<p style="text-align: center;"><b>C. Anordnung oder Verfügung eines Mitarbeitenden (JVA Lenzburg)</b> Anordnung oder Verfügung eines Mitarbeitenden</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde bei der Anstaltsdirektion (§ 14 Abs. 1 VOOrg-Lenzburg i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG; Ziff. 20 Abs. 27 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 27 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD AJV des DVI Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG, § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg sowie Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg i.V.m § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 14 Abs. 3 EG StPO-AG und § 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG und § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg i.V.m § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><i>Alternativ: Sprungbeschwerde</i> Verzicht auf Entscheid durch RD AJV bzw. RD DVI als verwaltungsinterne Beschwerdeinstanz bei Zustimmung der Beschwerdeführenden (§ 51 Abs. 1 VRPG-AG)</p>
<p><b>Ablauf 2</b> <b>Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes</b> (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Einweisung</b> Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i> (Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Anordnung Vollzug und Bestimmung des Vollzugsortes durch AJV des DVI (als Vollzugsbehörde) (§ 64 Abs. 1 SMV-AG und § 4 Abs. 2 lit. a SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Ziff. 6 Abs. 1 HO2011-Lenzburg; Art. 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI Frist: 30 Tage (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p>

Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht

Frist: 30 Tage

(§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anmerkung:** I.d.R. wird bei der Einweisung ein unbegründeter Vollzugsbefehl erlassen. Innert 10 Tagen kann eine Begründung verlangt werden. Der begründete Vollzugsbefehl ist anfechtbar (vgl. § 26 Abs. 3 VRPG-AG).

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung**

Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)



Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)

(§ 71 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 SMV-AG sowie § 4 Abs. 2 lit. a SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Ziff. 6 Abs. 1 HO2011-SITRAK-Lenzburg; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

Entzug der aufschiebenden Wirkung (§ 46 Abs. 1 VRPG-AG; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI

Frist: 30 Tage

(§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)

Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht

Frist: 30 Tage

(§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**C. Verlegung im Normalfall**

Ev. Antrag der Anstaltsdirektion  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
(Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)  
(§ 4 Abs. 2 lit. b SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Art. 14 Abs. 2 und 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI  
Frist: 30 Tage  
(§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)

*Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV*



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anmerkung** zur Verlegung im Normalfall: Faktisch erlässt die Vollzugsbehörde einen neuen Vollzugauftrag (für die neue Einrichtung), der nicht anfechtbar ist. Das AJV des DVI erlässt aber auf Antrag der betroffenen Person eine anfechtbare Verfügung (vgl. § 26 Abs. 3 VRPG-AG).

**D. Verlegung in dringenden Fällen**

Verfügung der Anstaltsdirektion  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung aus wichtigen Gründen möglich (§ 46 Abs. 1 VRPG-AG)*



Information des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)



	<p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD AJV des DVI Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG, § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg sowie Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg i.V.m § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 14 Abs. 3 EG StPO-AG und § 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG und § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg i.V.m § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 3</b> <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB → 1. Bsp.: <b>Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b>, d.h. geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Arbeits- und Wohnexternat ( – bedingte Entlassung [separat])</p> <p>= Ablauf Verfahren bei nicht gewährten Vollzugsöffnungen</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b> Ev. Gesuch der inhaftierten Person oder von Amtes wegen (vgl. Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Schriftlicher Antrag des Sozialdienstes/der Anstaltsdirektion <i>(JVA Lenzburg: Prüfung durch Leiter oder Leiterin Vollzug Strafanstalt)</i> (Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg; vgl. Ziff. 3.6 Externatsrichtlinien-NWI bei Arbeitsexternat; § 6 Abs. 1 lit. c VOOrg-Lenzburg; Ziff. 3 Abs. 2 HO2011-Lenzburg [und Ziff. 3 Abs. 2 HO2011-SITRAK-Lenzburg])</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i> (Ziff. 19 Abs. 9 HO2011-Lenzburg und Ziff. 19 Abs. 10 HO2011-SITRAK-Lenzburg; Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde) (§ 4 SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI i.V.m.: Art. 76 Abs. 2 und Art. 77a Abs. 2 StGB [implizit], § 46 Abs. 2 und § 50 Abs. 1 lit. c SMV-AG [implizit]; Ziff. 1 Externatsrichtlinien-NWI; Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg, Ziff. 19 Abs. 9 HO2011-SITRAK-Lenzburg <b>bei Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug;</b> Art. 77a Abs. 1 und 2 sowie 90 Abs. 2bis StGB, § 50 Abs. 1 SMV-AG; Ziff. 3.6 Externatsrichtlinien-NWI; Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg <b>bei Arbeitsexternat;</b> Art. 77a Abs. 3 und 90 Abs. 2bis StGB, § 50 Abs. 1 SMV-AG; Ziff. 4.5 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Wohn- und Arbeitsexternat)</b></p> <p style="text-align: center;">↓</p>



	<p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI  Frist: 30 Tage  (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)  <i>Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 4</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB  → 2. Bsp.:  <b>Urlaubsgewährung</b> gemäss Art 84 Abs. 6 und 90 Abs. 4 StGB</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt</b></p> <p>Ev. Gesuch der inhaftierten Person beim Sozialdienst  (§ 70 Abs. 1 SMV-AG und Ziff. 16 Abs. 33 und 34 HO211-Lenzburg i.V.m. Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Schriftlicher Antrag (inkl. Stellungnahme) der Vollzugsanstalt  (Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>  (Ziff. 16 Abs. 34 HO211-Lenzburg i.V.m. Ziff. 5.3. RL Ausgang und Urlaub-NWI; Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)  (§ 70 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. Ziff. 4 und 5.4 RL Ausgang und Urlaub-NWI sowie § 4 SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI  Frist: 30 Tage  (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)  <i>Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage</p>

(§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt in Vollzugauftrag**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person beim Sozialdienst

(§ 70 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)



Verfügung der Anstaltsdirektion

(§ 70 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. Ziff. 4, 5.1 und 5.4 RL Ausgang und Urlaub-NWI; vgl. auch Merkblatt für Urlaub und Ausgang der JVA Lenzburg; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD AJV des DVI

Frist: 30 Tage

(§ 102 Abs. 1 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG, § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg sowie Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 26 HO2011-SITRAK-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht

Frist: 30 Tage

(§ 14 Abs. 3 EG StPO-AG und § 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 14 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg; § 102 Abs. 5 SMV-AG und § 14 Abs. 3 VOOrg-Lenzburg i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

<p><b>Ablauf 5</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB  → 3. Bsp.: <b>bedingte Entlassung</b> gemäss Art. 62d bzw. 86 StGB</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung bedingte Entlassung</b></p> <p style="text-align: center;">Überprüfung von Amtes wegen oder auf Gesuch der inhaftierten Person  (Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB; § 43 EG StPO-AG; Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Antrag (inkl. Stellungnahme) des Sozialdienstes/der Anstaltsdirektion  (§ 43 EG StPO-AG; Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>  (Ziff. 19 Abs. 9 HO2011-Lenzburg und Ziff. 19 Abs. 10 HO2011-SITRAK-Lenzburg; Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs  (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB; § 21 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)   (§§ 58 Abs. 2 und 77 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 lit. b SMV-AG und § 43 Abs. 1 EG StPO-AG; Ziff. 19 Abs. 1 HO2011-Lenzburg; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage   (§ 102 Abs. 3 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG sowie § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>, d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b></p> <p style="text-align: center;">Ev. Antrag der Vollzugsanstalt</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde)   (§ 4 Abs. 2 lit. b SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI  i.V.m.:</p> <p style="text-align: center;">Art. 76 Abs. 2 StGB und § 46 Abs. 2 SMV-AG <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>;  § 51 Abs. 1 SMV-AG sowie Ziff. 3.7 Externatsrichtlinien -NWI <b>bei Widerruf Arbeitsexternat</b>;  § 51 Abs. 1 SMV-AG sowie Ziff. 4.5 Externatsrichtlinien -NWI <b>bei Widerruf Wohn- und Arbeitsexternat</b>)</p> <p style="text-align: center;">↓</p>

	<p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI Frist: 30 Tage (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG) <i>Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 7</b> <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfungen</b> → Bsp. Anordnung <b>Hochsicherheitshaft bzw. Einzelhaft</b> (i.S.v. Art. 76 und 78 lit. a und b StGB bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) sowie Verlegung in eine Abteilung mit erhöhter Sicherheit</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges</b></p> <p style="text-align: center;">Ev. Antrag der Vollzugsanstalt</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs (Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des AJV des DVI (als Vollzugsbehörde) (§§ 71 Abs. 1 und 64 Abs. 1 SMV-AG sowie § 4 Abs. 2 lit. a SMV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG, § 14 Abs. 1 EG StPO-AG sowie § 10 lit. g DelV-AG [implizit]; Ziff. 6 Abs. 1 HO2011-SITRAK-Lenzburg; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI) <i>Entzug der aufschiebenden Wirkung (Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; § 46 Abs. 1 VRPG-AG)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD DVI oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DVI Frist: 30 Tage (§ 10 lit. g DelV-AG und § 102 Abs. 2 SMV-AG [sowie § 14 Abs. 3 EG StPO-AG] und § 9 Abs. 2 DelV-AG i.V.m. §§ 13 Abs. 2 und 27 OrgG-AG sowie § 50 Abs. 2 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG) <i>Entscheid nach Stellungnahme durch RD AJV</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 102 Abs. 3 SMV-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG; § 102 Abs. 5 SMV-AG i.V.m. § 44 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

<p><b>Ablauf 8</b>  <b>Verfahren bei</b>  <b>Disziplinarsanktionen</b>  (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c, 91 StGB)</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen</b></p> <p style="text-align: center;">Ev. Antrag Leiter oder Leiterin Vollzug Strafanstalt  (§ 6 Abs. 1 lit. c bzw. § 7a Abs. 1 lit. d VOOrg-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs  (§ 76 Abs. 1 SMV-AG; Ziff. 5 Abs. 2 Ziffer 11, 20 Abs. 4 und 20 Abs. 20 HO2011-Lenzburg; Ziff. 5 Abs. 2 Ziffer 11, 20 Abs. 4 und 20 Abs. 21 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion (Stv.: Leiter oder Leiterin Vollzug Strafanstalt) bzw. Leiter oder Leiterin ZG  (§ 75 Abs. 2 SMV-AG; §§ 6 Abs. 1 lit. c und 12 Abs. 1 VOOrg-Lenzburg; Ziff. 3 Abs. 1 und 2 sowie Ziff. 20 Abs. 3, 4, 21, 22 und 23 HO2011-Lenzburg und Ziff. 3 Abs. 1 und 2 sowie Ziff. 20 Abs. 3, 6, 22 und 23 HO2011-SITRAK-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;"><i>Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich aus wichtigen Gründen (Ziff. 20 Abs. 25 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 25 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 46 Abs. 1 VRPG-AG)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD AJV des DVI  Frist: <u>3 Tage</u>  (§ 76 Abs. 2 und § 102 Abs. 4 SMV-AG i.V.m. § 50 Abs. 2 VRPG-AG, § 13 Abs. 1 und 5 i.V.m. § 14 Abs. 2 und 3 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-Lenzburg und Ziff. 5 Abs. 2 Nr. 12 und Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-SITRAK-Lenzburg; § 46 Abs. 1 lit. d EG StPO-AG, § 76 Abs. 2 SMV-AG, § 13 Abs. 1 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-Lenzburg und Ziff. 20 Abs. 24 HO2011-SITRAK-Lenzburg)  <i>Überweisung mit Stellungnahme der Anstaltsdirektion (§ 13 Abs. 2 VOOrg-Lenzburg)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 76 Abs. 3 i.V.m. § 102 Abs. 4 SMV-AG sowie § 14 Abs. 3 EG-StPO-AG i.V.m. § 54 Abs. 1 VRPG, § 13 Abs. 4 und 5 sowie § 14 Abs. 2 und 3 VOOrg-Lenzburg; § 76 Abs. 3 SMV-AG, § 13 Abs. 4 VOOrg-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Anmerkung:</b> <i>Disziplinarische Verstösse gegen die Anstaltsdirektion/Gefängnisleitung werden wie alle anderen Disziplinarverstösse gehandelt. Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.</i></p>
---	--

<b>Ablauf 9</b> <b>Verfahren</b> <b>WEITERER SPEZIFISCHER ANWENDUNGSFALL</b>	<p style="text-align: center;"><b>A. Medizinische Zwangsbehandlung</b>  (Anm.: Amt für Justizvollzug des Departementes Volkswirtschaft und Inneres nicht involviert)</p> <p style="text-align: center;">Anordnung Zwangsbehandlung durch Fachärztin oder Facharzt unter Mitteilung an die einweisende Behörde und an die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt  (§ 47 Abs. 3 EG StPO-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Schriftliche Beschwerde beim Verwaltungsgericht  Frist: <u>10 Tage</u>  (§ 47 Abs. 5 EG StPO-AG und § 54 Abs. 1 VRPG-AG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<b>Anfechtbarkeit von Realakten</b>	<p>Primär kann der Erlass einer anfechtbaren Verfügung verlangt (vgl. § 26 Abs. 3 VRPG-AG) und bei deren Verweigerung Rechtsverweigerungsbeschwerde (§ 41 Abs. 2 VRPG-AG) geführt werden.</p> <p>Mündlicher Verweis ist als Realakt zu sehen und ausdrücklich als Disziplinarsanktion vorgesehen (§ 74 Abs. 1 lit. a SMV-AG) und als solcher mit Disziplinarbeschwerde (§ 76 SMV-AG) anfechtbar.</p> <p>Beschwerde gegen Anordnungen von Angestellten ist möglich (§ 14 Abs. 1 VOOrg JVA).</p> <p>Ebenso besteht der allgemeine Rechtsbehelf der Aufsichtsanzeige (§ 38 VRPG-AG).</p>

<b>Aufsichtsanzeige</b>	
<b>Verfahren</b>	<p style="text-align: center;"><b>JVA Lenzburg</b>  Verhalten Mitarbeitende</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Anstaltsdirektion  (§ 4 lit. a und i sowie § 14 Abs. 1 VOOrg-Lenzburg, Ziff. 5 Abs. 2 Ziff. 12 HO2011-Lenzburg)</p> <p style="text-align: center;">Bei Verhalten Direktion oder Verhalten Mitarbeitende auf Weisung der Direktion</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">RD AJV  (§ 11 VOOrg-Lenzburg; § 38 VRPG-AG)</p>

## ANHANG II: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Bern

---

### Struktur / Allgemeine Informationen

#### Polizei- und Militärdirektion

- Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges: Art. 30 OrG-BE
- Generalsekretariat (GS POM)
- Amt für Freiheitsentzug und Betreuung (Amt FB)
  - (<http://www.pom.be.ch/pom/de/index/direktion/organisation/fb.html>)
  - (<http://www.pom.be.ch/pom/de/index/freiheitsentzug-betreuung.html>)
  - Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges: Art. 10 OrV POM-BE, Art. 69 EG ZSJ-BE
- Amtsstab / Rechtsdienst (RD Amt FB)
- Abt. Straf- und Massnahmenvollzug (ASMV)
  - ([http://www.pom.be.ch/pom/de/index/freiheitsentzug-betreuung/einweisungsbehoerde/einweisung\\_und\\_vollzug.html](http://www.pom.be.ch/pom/de/index/freiheitsentzug-betreuung/einweisungsbehoerde/einweisung_und_vollzug.html))
  - Art. 11a SMVV
  - Die Abteilung ASMV entscheidet als kantonale Einweisungs- und Vollzugsbehörde über die generelle Ausgestaltung des Vollzugs; Festlegung der Vollzugsform und Vollzugseinrichtung; Verlegungen; Gewährung von Urlauben, was auch an Direktion der Vollzugseinrichtung delegiert werden kann (im offenen Vollzug ist die Delegation der Regelfall); von Amtes wegen Überprüfung einer bedingten Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Strafe; dann jährliche Überprüfung
- Anstalten Thorberg
- Anstalten Hindelbank
- Weitere Organisationseinheiten (nicht Gegenstand der Untersuchung): Anstalten Witzwil, Massnahmезentrum St. Johannsen, Abt. Bewährungshilfe und alternativer Strafvollzug, diverse Jugendheime und Regionalgefängnisse, Bewachungsstation am Inselspital

#### Obergericht

- Erste und zweite Strafkammer
  - Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE
  - Keine Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes: Art. 77 lit. g VRPG-BE (Ausnahme: Verfahren nach AuG, AsylG; bspw. Ausschaffungshaft, da Zuständigkeit beim Amt für Migration und Personenstand liegt)

## Dokumentation

<b>Öffentlich zugängliche Informationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausführliche Gesetzgebung;</li> <li>- Keine spezifischen Informationen zu Rechtsschutz auf Homepage des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung oder der Anstalten</li> </ul>
<b>Rechtsgrundlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG-BE) vom 20. Juni 1995, BSG 152.01</li> <li>- [Verordnung über die Organisation des Regierungsrates (Organisationsverordnung RR; OrV RR-BE) vom 18. Oktober 1995, BSG 152.11]</li> <li>- Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Polizei- und Militärdirektion (Organisationsverordnung POM, OrV POM-BE) vom 18. Oktober 1995, BSG 152.221.141</li> <li>- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG-BE) vom 23. Mai 1989, BSG 155.21</li> <li>- Organisationsreglement des Obergerichts (OrR OG-BE) vom 23. Dezember 2010, BSG 162.11</li> <li>- Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ) vom 11. Juni 2009, BSG 271.1</li> <li>- Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG-BE), BSG 341.1</li> <li>- Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVV-BE), BSG 341.11</li> <li>- Hausordnung Anstalten Thorberg (HO2006-Thorberg) vom 24. April 2006 <i>[Anm.: neue Hausordnung tritt voraussichtlich im 2015 in Kraft]</i></li> <li>- Reglement für die Sicherheitsabteilung I (Si I) Anstalten Thorberg vom 12. Mai 1998 (Reglement für die Si I 1998-Thorberg) <i>[ev. Anpassung aufgrund des neuen Merkblattes SA des Konkordates NWI]</i></li> <li>- Reglement für die Sicherheitsabteilung II (Si II) Anstalten Thorberg vom 12. Mai 1998 (Reglement für die Si II 1998-Thorberg) <i>[ev. Anpassung aufgrund des neuen Merkblattes SA des Konkordates NWI]</i></li> <li>- Hausordnung Anstalten Hindelbank (HO2006-Hindelbank) vom 1. April 2006 <i>[Anm.: neue Hausordnung tritt im November 2014 in Kraft]</i></li> <li>- Konzept HSI — (Hoch-)Sicherheit und Integration Anstalten Hindelbank vom 15. November 2008 (Konzept HSI-Hindelbank) <i>[ev. Anpassung aufgrund des neuen Merkblattes SA des Konkordates NWI]</i></li> <li>- Grossratsbeschluss vom 10. September 2007 betreffend den Beitritt zum Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 [01.0]; Konkordat-NWI), BSG 349.1</li> <li>- REGLEMENT für die konkordatliche Fachkommission (KoFako) vom Dezember 2013 (05.2) (Reglement KoFako-NWI)</li> <li>- RICHTLINIEN über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 19. November 2012 (09.0) (RL Ausgang und Urlaub-NWI; in Kraft seit 1. Oktober 2013)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Verlegung in freier geführte Institutionen oder Abteilungen; die externe Beschäftigung; den Vollzug des Wohn- und/oder Arbeitsexternats im Straf- und Massnahmenvollzug; die Anforderungen an durchführenden Institutionen (Externatsrichtlinien-NWI) vom 3. November 2006 (10.0)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Vollzugsplanung vom 22. April 2005 (11.1)</li> <li>- Merkblatt Vorgehen bei Einweisung in die Sicherheitsabteilung (Merkblatt SA-NWI) vom 29. November 2013 (31.3)</li> </ul>
<b>Materialien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (Straf- und Massnahmenvollzugsgesetz, SMVG) vom 3. Juli 2002 (VortragRR2002-BE)</li> <li>- Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat zur Änderung des Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG) vom 23. September 2009 (VortragRR2009-BE)</li> </ul>



**Statistiken**

**Tätigkeitsbericht 2012 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern:** keine spezifischen Zahlen für Straf- und Massnahmenvollzug

**Jahresbericht 2012 Geschäftsbereich FB (Amt für Freiheitsentzug und Betreuung):** keine Angaben zum Rechtsschutz

**Statistik des Rechtsdienstes der POM (auf Anfrage erhalten)**

Eingegangene Beschwerden und Staatshaftungsfälle

	Strafvollzug	SVSA	ZBD/ZA	Kapo	Personal	Staatshaft	Übrige	TOTAL
2008	36	28	9	35	*	*	15	224
2009	52	11	16	31	13	14	12	304
2010	91	18	16	31	9	8	9	313
2011	100	11	17	45	12	13	6	329
2012	78**	18	9	51***	7****	9	11	336
2013	76**	11	5	53***	6****	16	8	299

\* nicht separat ausgewiesen; in *Übrige* enthalten

\*\* davon 22 (-7 gegenüber Vorjahr) Aufgebots- und Vollzugsverfügungen

\*\*\* davon 18 Fernhaltungen nach PolG und 7 Rayonverbote nach Konkordat

\*\*\*\* davon 3 FB, 3 Kapo

*Anmerkung: Die Statistik betrifft den gesamten Straf- und Massnahmenvollzug und nicht nur Fälle des gewählten Untersuchungsgegenstandes.*

Erledigte Beschwerdeverfahren in der Zeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Vorinstanz	Abweisungen/NE	(tw)Gutheiss.	Abschreibungen	TOTAL
<b>Amt Freiheitsentzug und Betreuung</b>	38	7	29	74
SVSA	4	--	9	13
BSM	--	--	7	7
ZBD / ZA	4	3	3	10
Kapo	29	14	15	58
andere	--	--	1	1
<b>Total</b>	75	24	64	163

Erledigte Staatshaftungsverfahren in der Zeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Vorinstanz	Abweisungen/NE	(tw)Gutheiss.	Abschreibungen	TOTAL
<b>Amt Freiheitsentzug und Betreuung</b>	--	--	1	1
Kapo	1	--	--	1
SVSA	1	--	2	3
BSM	--	--	--	1
<b>Total</b>	2	--	3	6

Oberinstanzliche Entscheide im Jahr 2013 gegen Entscheide der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern

	Abweisungen/NE	(tw)Gutheiss.	Abschreibungen	TOTAL
<b>Obergericht</b>	11	1	2	14

*Anmerkung: Diese Statistik betrifft sämtliche Entscheide der POM, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.*

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>Art. 21 VRPG-BE [i.V.m. Art. 82 SMVG-BE]</b> <u>Anhörung</u> <sup>1</sup> Die <u>Behörde hört die Parteien an, bevor sie verfügt oder entscheidet.</u> <sup>2</sup> Sie kann darauf verzichten: <i>a</i> bei nicht selbständig anfechtbaren Zwischenverfügungen oder Zwischenentscheiden; <i>b</i> wenn Gefahr im Verzuge ist; <i>c</i> soweit den Parteibegehren entsprochen wird; <i>d</i> bei Verfügungen, die mit Einsprache anfechtbar sind; <i>e</i> bei Vollstreckungsverfügungen.</p> <p><b>Art. 22 VRPG-BE [i.V.m. Art. 82 SMVG-BE]</b> <u>Mitwirkungsrechte</u> Die Parteien sind berechtigt, an Instruktionsverhandlungen und amtlichen Augenscheinen teilzunehmen, Personenbefragungen beizuwohnen und um Beantwortung von Ergänzungsfragen zu ersuchen.</p> <p><b>Art. 23 VRPG-BE [i.V.m. Art. 82 SMVG-BE]</b> Akteneinsicht 1 Die Parteien haben Anspruch auf <u>Einsicht in die Verfahrensakten</u>, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen deren Geheimhaltung erfordern. 2 Wird einer Partei die Einsichtnahme in ein Aktenstück verweigert, so darf auf dieses zum Nachteil der Partei nur abgestellt werden, wenn ihr die Behörde von seinem für die Sache wesentlichen Inhalt mündlich oder schriftlich Kenntnis und ihr ausserdem Gelegenheit gegeben hat, sich zu äussern und Gegenbeweismittel zu bezeichnen. 3 Auf Verwaltungsverfahren ist überdies das Datenschutzgesetz vom 19. Februar 1986 (KDSG [BSG 152.04]) anwendbar. [Fassung vom 31. 3. 2008]</p> <p><b>Art. 24 VRPG-BE [i.V.m. Art. 82 SMVG-BE]</b> Recht zur Stellungnahme Die <u>Parteien sind berechtigt, zum Ergebnis eines Beweisverfahrens Stellung zu nehmen.</u></p> <p><b>Art. 19 SMVG-BE</b> Rechte Eingewiesener <sup>5</sup> Eingewiesenen wird das <u>Anhörungsrecht</u> in persönlichen und das Vorschlagsrecht in betrieblichen Angelegenheiten eingeräumt.</p> <p><b>Art. 126 SMVV-BE</b> Disziplinaentscheid, Abklärung und Eröffnung <sup>2</sup> Den Eingewiesenen ist <u>vor Eröffnung des Disziplinaentscheids das rechtliche Gehör zu gewähren.</u></p>
---	--

	<p><b>Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg</b> Eingewiesenen wird das <u>Anhörungsrecht in persönlichen</u> und das Vorschlagsrecht (Petitionsrecht) in betrieblichen Angelegenheiten eingeräumt.</p> <p><b>Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank</b> Eingewiesenen wird das <u>Anhörungsrecht in persönlichen</u> und das Vorschlagsrecht in betrieblichen Angelegenheiten eingeräumt.</p> <p><b>Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg</b> Die Direktion verfügt disziplinarische Sanktionen oder sichernde Massnahmen. Der Vorsteher des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung verfügt disziplinarische Sanktionen bei Widerhandlungen, die sich gegen die Direktion richten. Der Sachverhalt ist abzuklären und schriftlich festzuhalten. <u>Dem Eingewiesenen wird vor der Fällung des Disziplinaentscheides das rechtliche Gehör gewährt.</u> Dem Eingewiesenen wird die Verfügung mit einer kurzen Begründung schriftlich eröffnet. Er wird auf die Beschwerdemöglichkeit hingewiesen.</p> <p><b>Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank</b> Die Anstaltsleitung ist für den Erlass disziplinarischer Sanktionen zuständig. Der Vorsteher des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung verfügt disziplinarische Sanktionen bei Widerhandlungen, die sich gegen die Anstaltsdirektorin richten. Der Sachverhalt ist abzuklären und schriftlich festzuhalten. <u>Den Eingewiesenen wird vor der Eröffnung der Disziplinarverfügung das rechtliche Gehör gewährt.</u> Den Eingewiesenen wird die Verfügung mit einer kurzen Begründung schriftlich eröffnet und sie werden auf ihre Beschwerdemöglichkeit hingewiesen.</p>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die Inhaftierten z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhalten?)</p>	<p><b>Art. 52 VRPG-BE</b> Inhalt der Verfügung  <sup>1</sup> Eine Verfügung muss enthalten  <i>a</i> die Bezeichnung der verfügenden Behörde,  <i>b</i> die Tatsachen, Rechtssätze und Gründe, auf die sie sich stützt,  <i>c</i> die Verfügungsformel und die Kostenregelung,  <u>d den Hinweis auf das zulässige ordentliche Rechtsmittel mit Angabe von Frist und Instanz (Rechtsmittelbelehrung),</u>  <i>e</i> die Adressatinnen oder Adressaten,  <i>f</i> das Datum und  <i>g</i> die Unterschrift; bei Massenverfügungen kann darauf verzichtet werden.  <sup>2</sup> Die Verwaltungsbehörden können eine Verfügung ohne Begründung eröffnen, wenn  <i>a</i> unbestrittenen Begehren voll entsprochen wird;  <i>b</i> die Eröffnung durch amtliche Publikation erfolgt;  <i>c</i> sich diese ohne weiteres aus den Begleitumständen des Verfahrens ergibt.</p> <p><b>12. Rechtsschutz</b>  <b>Art. 80 SMVG-BE</b>  Verfügung, aufschiebende Wirkung  <sup>1</sup> Im besonderen Rechtsverhältnis <u>kann mündlich verfügt werden. Die Betroffenen können eine schriftliche Verfügung verlangen.</u>  <sup>2</sup> Gegen Verfügungen der zuständigen Stelle der Polizei- und Militärdirektion und der Leitung der Vollzugsinstitution können die Betroffenen in <u>persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten innert 30 Tagen nach Eröffnung und gegen disziplinarische Sanktionen innert drei Tagen bei</u></p>

der Polizei- und Militärdirektion Beschwerde führen. *[Fassung vom 15. 3. 2010]*

<sup>3</sup> Die Beschwerde gegen Einweisungs- und Verlegungsverfügungen gemäss Artikel 26 und 30 hat keine aufschiebende Wirkung, es sei denn, die verfügende oder instruierende Stelle der Polizei- und Militärdirektion erteile diese aus wichtigen Gründen auf Antrag der Betroffenen. *[Fassung vom 15. 3. 2010]*

<sup>4</sup> Die Beschwerde in den übrigen persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten hat aufschiebende Wirkung, sofern die verfügende oder instruierende Stelle der Polizei- und Militärdirektion aus wichtigen Gründen nichts Gegenteiliges anordnet. *[Fassung vom 15. 3. 2010]*

<sup>5</sup> Die Disziplinarbeschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, es sei denn, die verfügende oder instruierende Stelle der Polizei- und Militärdirektion erteile diese aus wichtigen Gründen auf Antrag der Betroffenen. *[Fassung vom 15. 3. 2010]*

#### **Art. 81 SMVG-BE**

##### Durchführung des Beschwerdeverfahrens

<sup>1</sup> Beschwerden gegen Verfügungen der Leitung der Vollzugseinrichtung sind innert der Beschwerdefrist bei der zuständigen Stelle der Polizei- und Militärdirektion einzureichen. Diese versucht nach Durchführung eines einfachen Schriftenwechsels eine gütliche Einigung herbeizuführen. Gelingt ihr dies nicht innerhalb von 30 Tagen seit Beschwerdeeinreichung, leitet sie die Akten zur weiteren Behandlung an die Polizei- und Militärdirektion weiter.

<sup>2</sup> Das Einigungsverfahren findet nicht statt, wenn sich Beschwerden gegen den Entzug oder die Verweigerung der aufschiebenden Wirkung richten.

#### **Art. 81a [Eingefügt am 10. 4. 2008] SMVG-BE**

Beschwerde an das Obergericht

Gegen Verfügungen und Beschwerdeentscheide der Polizei- und Militärdirektion kann beim Obergericht *[Fassung vom 11. 6. 2009]* Beschwerde geführt werden.

#### **Art. 82 SMVG-BE**

Ergänzende Bestimmungen

Das Verfahren richtet sich nach dem VRPG *[BSG 155.21]*.

#### **Ziff. 5 HO2006-Thorberg** Eintritt

**5.5** Der Eingewiesene wird von der Betreuung über seine Rechte und Pflichten unterrichtet und bekommt eine Hausordnung ausgehändigt; fremdsprachige Eingewiesene erhalten ein Merkblatt, in dem nach Möglichkeit in der jeweiligen Landessprache auf die wichtigsten Rechte und Pflichten hingewiesen wird.

#### **Ziff. 5 HO2006-Hindelbank** Eintritt

**5.5** Die Eingewiesene wird von der Betreuung über ihre Rechte und Pflichten unterrichtet und bekommt eine Hausordnung ausgehändigt; fremdsprachige Eingewiesene erhalten ein Merkblatt, in dem nach Möglichkeit in der jeweiligen Landessprache auf die wichtigsten Rechte und Pflichten hingewiesen wird.

**Ziff. 6.3 HO2006-Thorberg** Beschwerden und Beanstandungen gegen Anordnungen der Mitarbeitenden sind innert 10 Tagen bei der Direktion einzureichen.

**Ziff. 6.3 HO2006-Hindelbank** Beanstandungen im Zusammenhang mit Anordnungen und Verfügungen von MitarbeiterInnen der Anstalt sind durch die unmittelbar betroffenen Eingewiesenen schriftlich an die zuständige AbteilungsleiterInnen (1. Instanz) bzw. an die Direktorin (2. Instanz) zu richten.

**Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg** Gegen Anordnungen und Verfügungen der Anstaltsleitung in persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten können die Betroffenen innert 30 Tagen nach der Eröffnung Beschwerde erheben bei der Polizei- und Militärdirektion, Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Postfach 5076, 3001 Bern.

**Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank** Gegen Anordnungen und Verfügungen der Anstaltsleitung können die Betroffenen in persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten innert 30 Tagen nach der Eröffnung Beschwerde erheben bei der Polizeidirektion des Kantons Bern, Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Postfach 5076, 3001 Bern.

**Ziff. 6.5 HO2006-Thorberg** Beanstandungen betreffend die medizinische Versorgung sind an die Anstaltsärztin oder den Anstaltsarzt (1. Instanz) bzw. an die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt (2. Instanz) einzureichen.

**Ziff. 6.5 HO2006-Hindelbank** Für Beanstandungen, welche die medizinische Versorgung betreffen, sind der ärztliche Dienst (1. Instanz) bzw. der Kantonsarzt (2. Instanz) zuständig.

**Art. 126 SMVV-BE**

Disziplinaentscheid, Abklärung und Eröffnung

<sup>4</sup> Der Entscheid wird den Eingewiesenen mit einer kurzen Begründung schriftlich eröffnet. Der Disziplinaentscheid hat eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

**Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg** Die Direktion verfügt disziplinarische Sanktionen oder sichernde Massnahmen. Der Vorsteher des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung verfügt disziplinarische Sanktionen bei Widerhandlungen, die sich gegen die Direktion richten. Der Sachverhalt ist abzuklären und schriftlich festzuhalten. Dem Eingewiesenen wird vor der Fällung des Disziplinaentscheides das rechtliche Gehör gewährt. Dem Eingewiesenen wird die Verfügung mit einer kurzen Begründung schriftlich eröffnet. Er wird auf die Beschwerdemöglichkeit hingewiesen.

**Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank** Die Anstaltsleitung ist für den Erlass disziplinarischer Sanktionen zuständig. Der Vorsteher des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung verfügt disziplinarische Sanktionen bei Widerhandlungen, die sich gegen die Anstaltsdirektorin richten. Der Sachverhalt ist abzuklären und schriftlich festzuhalten. Den Eingewiesenen wird vor der Eröffnung der Disziplinarverfügung das rechtliche Gehör gewährt. Den Eingewiesenen wird die Verfügung mit einer kurzen Begründung schriftlich eröffnet und sie werden auf ihre Beschwerdemöglichkeit hingewiesen.

**Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg** Gegen die Disziplinarverfügung kann die eingewiesene Person innert drei Tagen seit Eröffnung bei der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern Beschwerde erheben. Gegen Vollzugsmassnahmen in persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten beträgt die Beschwerdefrist 30 Tage.

Die Beschwerde ist in Deutsch oder Französisch abzufassen und sie muss einen Antrag und eine Begründung sowie die Unterschrift enthalten. Die

angefochtene Verfügung und die greifbaren Beweismittel sind beizulegen. Die Beschwerde ist in zwei Exemplaren einzureichen an das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Schermenweg 5, Postfach 5076, 3001 Bern.

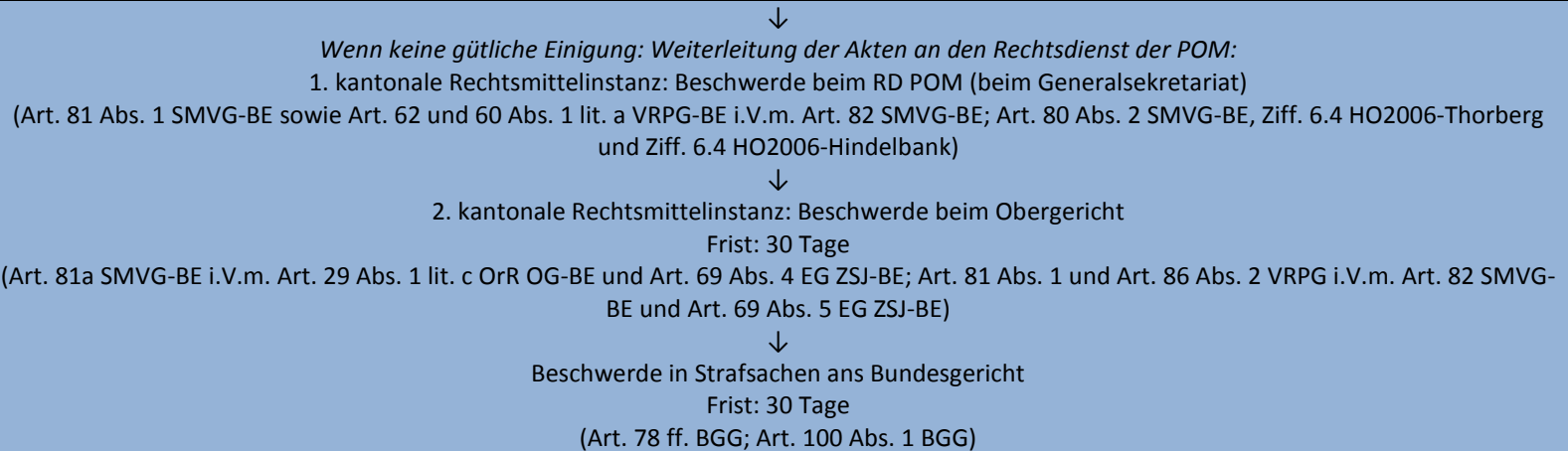
Die Disziplinarbeschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, es sei denn, die Anstaltsleitung oder auf Antrag der Beschwerdedienst der Polizei- und Militärdirektion ordne diese ausdrücklich an.

Die Direktion entscheidet über die Kostenbeteiligung aus dem Pekulienguthaben zur Deckung allfälliger Verfahrenskosten aus Beschwerdeverfahren.

**Ziff. 17.4 HO2006-Hindelbank** Gegen die Disziplinarverfügung kann die betroffene Person innert drei Tagen nach der Eröffnung bei der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern Beschwerde führen, gegen eine begleitende Vollzugsanordnung (in persönlichen vollzugsrechtlichen Angelegenheiten) innert 30 Tagen. Die Beschwerde ist in Deutsch oder Französisch abzufassen, und sie muss einen Antrag, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten; die angefochtene Verfügung und die greifbaren Beweismittel sind beizulegen. Die Beschwerde ist in zwei Exemplaren einzureichen an das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Postfach 5076, 3001 Bern.

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion mit Variationen</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b> <b>(betreffend persönlicher vollzugsrechtlicher Angelegenheiten)</b></p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs (Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der ASMV (i.d.R. zuständige Stelle der POM; als Vollzugsbehörde) (Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM Frist: 30 Tage (Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht Frist: 30 Tage (Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Verfügung der Anstaltsdirektion</b> <b>(betreffend persönlicher vollzugsrechtlicher Angelegenheiten)</b></p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs (Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Mündliche Verfügung der Anstaltsdirektion – auf Verlangen schriftliche Verfügung (Art. 80 Abs. 1 SMVG-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Einreichung der Beschwerde zur Triage beim RD Amt FB (= zuständige Stelle der POM) Frist: 30 Tage</p> <p style="text-align: center;"><i>Durchführung einfacher Schriftenwechsel und Versuch einer gütlichen Einigung (kostenloses Einigungsverfahren)</i> (Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)</p>



**Zum Einigungsverfahren:**

→ *Triage; Versuch, eine gütliche Einigung zu finden; Überprüfung des Sachverhaltes und der Verhältnismässigkeit; bietet inhaftierter Person Möglichkeit gehört zu werden.*

1. *Einholung einer schriftlichen Stellungnahme der Vollzugseinrichtung; Kopie der Stellungnahme geht an inhaftierte Person.*

2. *Einschätzung durch RD Amt FB:*

- *Einschätzung zu Ungunsten der Vollzugseinrichtung: Information der Vollzugseinrichtung, evtl. Einigungsmöglichkeiten mit Beschwerdeführer aufzeigen.*

- *Gütliche Einigung mit der Vollzugseinrichtung mit integralem Rückzug der Beschwerde: Verfahren wird als gegenstandslos beschrieben.*
- *Keine gütliche Einigung mit der Vollzugseinrichtung und kein Rückzug der Beschwerde innert angesetzter Frist: Weiterleitung der Akten an RD POM mit Einschätzung des RD Amt FB.*

- *Einschätzung zu Ungunsten des Beschwerdeführers: Information des Beschwerdeführers und Möglichkeit eines Beschwerderückzuges aufzeigen mit Hinweis, dass dies dann ohne Kostenfolgen bleibt; Ordnungsfrist von ca. 10 Tagen für Entscheidung Rückzug.*

- *Entscheid Rückzug: schriftlich an den RD Amt FB zu richten; dieser bestätigt den Erhalt; Verfahren wird als gegenstandslos beschrieben.*
- *Entscheid Weiterzug bzw. kein Rückzug innert der angesetzten Frist: Weiterleitung der Akten an RD POM mit Einschätzung des RD Amt FB.*

**C. Anordnungen der Mitarbeitenden (Thorberg)**

Anordnung Mitarbeitende

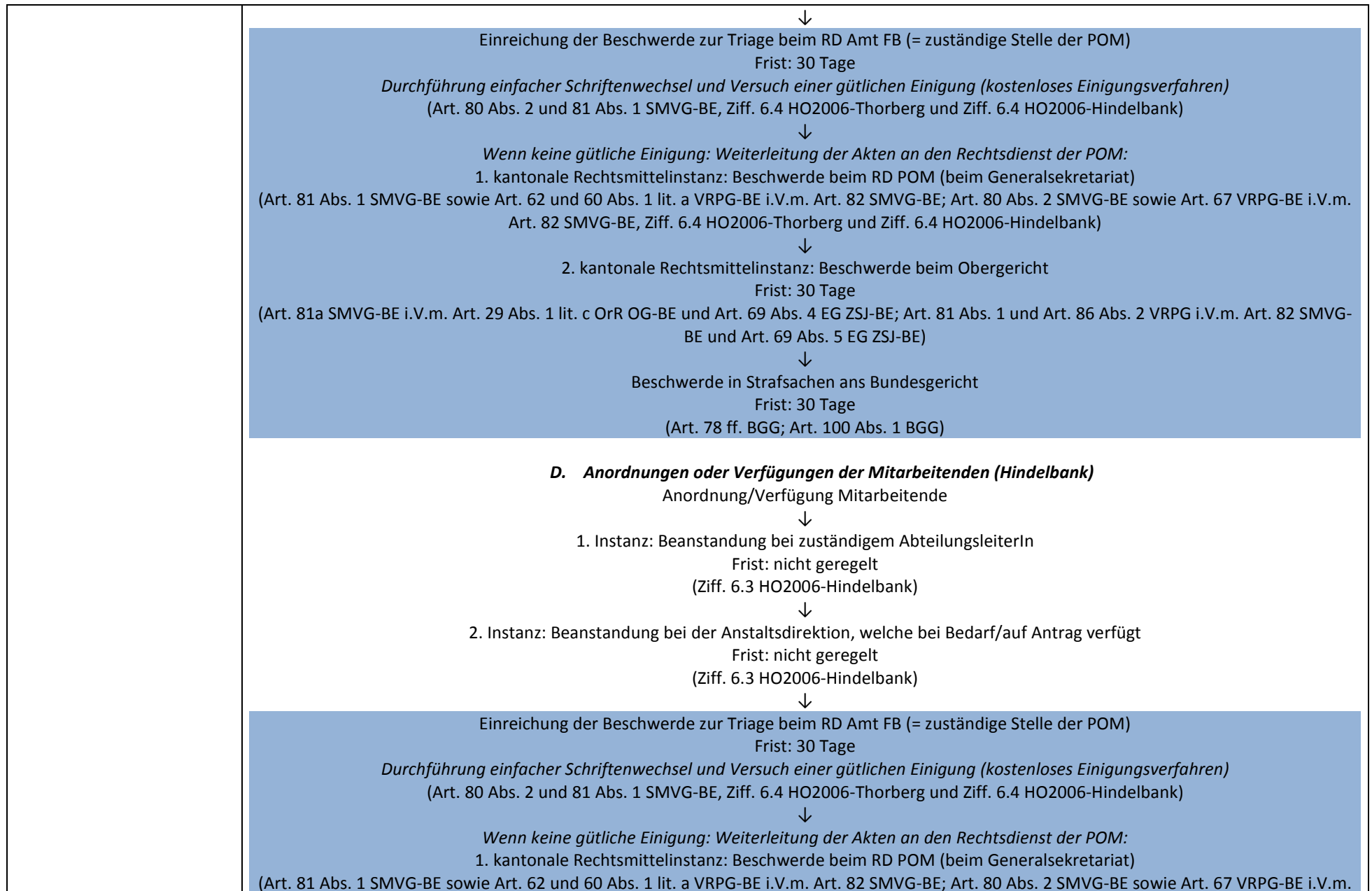


Beanstandung bei der Anstaltsdirektion, welche bei Bedarf/auf Antrag verfügt

Frist: 10 Tage

(Ziff. 6.3 HO2006-Thorberg)





	<p>Art. 82 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)</p> <p>↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht Frist: 30 Tage (Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
--	--

**Ablauf 2**  
**Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes** (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)

**A. Einweisung**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde

(Art. 115 SMVV-BE; Reglement KoFako-NWI i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Anordnung Vollzug und Bestimmung des Vollzugsortes durch ASMV (= zuständige Stelle der POM als Vollzugsbehörde) mit Vollzugauftrag  
(Art. 26 Abs. 1 SMVG-BE i.V.m. Art. 5 lit. f SMVG-BE, Art. 6, 7 und 11a Abs. 1 SMVV-BE sowie Art. 69 EG ZSJ-BE; auch Ziff. 5.1 HO2006-Thorberg und Ziff. 5.1 HO2006-Hindelbank; Art. 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

*Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung (Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM

Frist: 30 Tage

(Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung**

Gewährung des rechtlichen Gehörs durch ASMV

(Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank; Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)



Verfügung der ASMV (als Vollzugsbehörde)

(Art. 5 lit. f und 26 SMVG-BE, Art. 6, 7 und 11a Abs. 1 SMVV-BE sowie Art. 69 EG ZSJ-BE; vgl. Ziff. 5.1 HO2006-Thorberg und Ziff. 2 Konzept HSI-Hindelbank; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung (Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM

Frist: 30 Tage

(Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE i.V.m. Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**C. Verlegung im Normalfall**

**(aus Gründen des Zustandes, Verhaltens oder der Sicherheit, wegen einer erforderlichen Behandlung oder besseren Eingliederungsmöglichkeit)**

Ev. Antrag der Anstaltsdirektion

(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission

*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*

(Art. 115 SMVV-BE; Reglement KoFako-NWI i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)



Verfügung durch ASMV (= zuständige Stelle der POM als Vollzugsbehörde)

(Art. 30 Abs. 1 SMVG-BE und Art. 8 SMVV-BE i.V.m. Art. 5 lit. f SMVG-BE, Art. 6 und 11a Abs. 1 SMVV-BE und Art. 69 EG ZSJ-BE; Art. 14 Abs. 2 und 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

*Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung (Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM

Frist: 30 Tage

(Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**D. Verlegung in dringenden Fällen**  
**(in ein Gefängnis für höchstens drei Wochen durch die Vollzugsanstalt aus Sicherheits-, Disziplinar- oder Platzgründen)**

Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)



Verfügung der Anstaltsdirektion

(Art. 30 Abs. 2 SMVG-BE)

*Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung (Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE)*



Information der ASMV (als Vollzugsbehörde)

(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)



Einreichung der Beschwerde zur Triage beim RD Amt FB (= zuständige Stelle der POM)

Frist: 30 Tage

*Durchführung einfacher Schriftenwechsel und Versuch einer gütlichen Einigung (kostenloses Einigungsverfahren)*

(Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



*Wenn keine gütliche Einigung: Weiterleitung der Akten an den Rechtsdienst der POM:*

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM (beim Generalsekretariat)

(Art. 81 Abs. 1 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 3**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
 Art. 75a Abs. 2 StGB  
 → 1. Bsp.: **Gewährung der nächsten Vollzugsstufe**,  
 d.h. geschlossener Vollzug –  
 offener Vollzug –  
 Arbeitsexternat – Arbeits-  
 und Wohnexternat ( –  
 bedingte Entlassung  
 [separat])

= Ablauf Verfahren bei nicht  
 gewährten  
 Vollzugsöffnungen



**Ablauf 4**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
Art. 75a Abs. 2 StGB  
→ 2. Bsp.:  
**Urlaubsgewährung** gemäss  
Art 84 Abs. 6 und  
90 Abs. 4 StGB

**A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt**



**B. Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt in Vollzugsauftrag**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
(Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)



Gewährung des rechtlichen Gehörs  
(Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)



Verfügung der Anstaltsdirektion  
(Art. 54 Abs. 2 SMVG-BE; Ziff. 11.7 HO2006-Thorberg und Ziff. 11.9 HO2006-Hindelbank i.V.m. Ziff. 4, 5.1 und 5.4 RL Ausgang und Urlaub-NWI;  
Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



Einreichung der Beschwerde zur Triage beim RD Amt FB (= zuständige Stelle der POM)  
Frist: 30 Tage

*Durchführung einfacher Schriftenwechsel und Versuch einer gütlichen Einigung (kostenloses Einigungsverfahren)*  
(Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



*Wenn keine gütliche Einigung: Weiterleitung der Akten an den Rechtsdienst der POM:*  
1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM (beim Generalsekretariat)  
(Art. 81 Abs. 1 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m.  
Art. 82 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anmerkung:** In der Praxis wird – sofern die Kompetenz an die Anstaltsdirektion delegiert wurde – bei Einweisungen > 6 Monate die Urlaubsgewährung im Vollzugsplan geregelt.



**Ablauf 5**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
 Art. 75a Abs. 2 StGB  
 → 3. Bsp.: **bedingte**  
**Entlassung** gemäss Art. 62d  
 bzw. 86 StGB

**A. Gewährung bedingte Entlassung**

Überprüfung von Amtes wegen oder auf Gesuch der inhaftierten Person

(Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB)



Stellungnahme der Anstaltsdirektion

(Ziff. 4.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 4.1 HO2006-Hindelbank; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission

*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*

(Art. 115 SMVV-BE; Reglement KoFako-NWI i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



Verfügung der ASMV (= zuständige Stelle der POM als Vollzugsbehörde)

(Art. 86 bzw. 62d StGB und Art. 76 Abs. 1 SMVV-BE i.V.m. Art. 5 lit. f SMVG-BE, Art. 69 EG ZSJ-BE sowie Art. 11a Abs. 1 SMVV-BE; vgl. auch Ziff. 4.2 und 18.1 HO2006-Thorberg; Ziff. 4.1 und 18.1 HO2006-Hindelbank; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM

Frist: 30 Tage

(Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m.

Art. 82 SMVG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



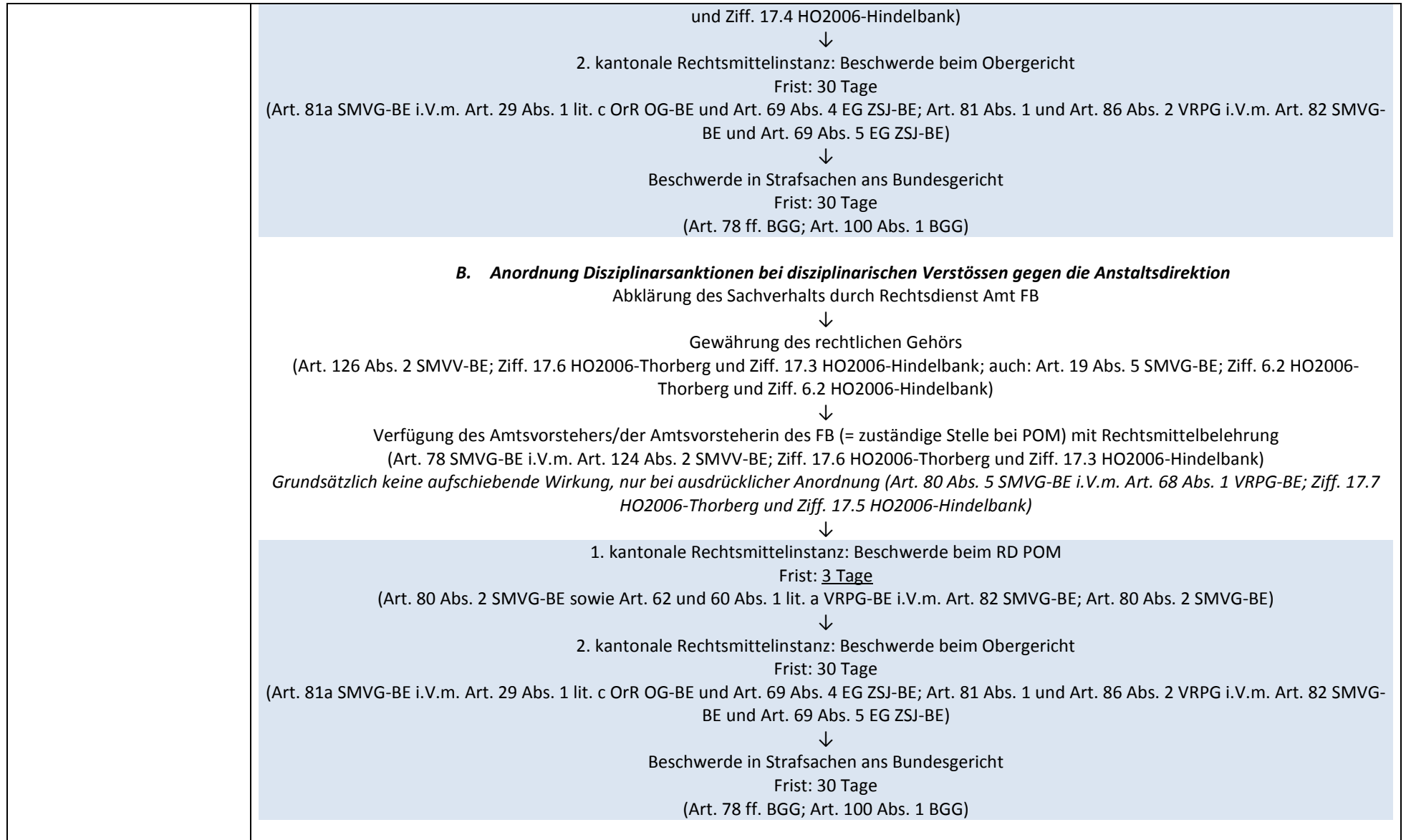
Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>,  d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b>  Ev. schriftlicher Antrag der Vollzugsanstalt  (Ziff. 4.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 4.1 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs  (Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung durch ASMV (= zuständige Stelle der POM als Vollzugsbehörde)  (Art. 5 lit. f und 30 SMVG-BE, Art. 6, 8 und 11a Abs. 1 SMVV-BE sowie Art. 69 EG ZSJ-BE; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI i.V.m.  Art. 76 Abs. 2 StGB <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>;  Art. 35 Abs. 4 SMVG-BE, Art. 75 SMVV-BE und Ziff. 3.7 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Widerruf Arbeitsexternat</b>;  Art. 35 Abs. 4 SMVG-BE, Art. 75 SMVV-BE und Ziff. 4.5 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Widerruf Wohn- und Arbeitsexternat</b>)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM  Frist: 30 Tage  (Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht  Frist: 30 Tage  (Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 7</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfungen</b>  → Bsp. Anordnung <b>Hochsicherheitshaft bzw. Einzelhaft</b> (i.S.v. Art. 76 und 78 lit. a und b StGB bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB)</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges</b>  Antrag der Anstaltsdirektion  (vgl. Merkblatt SA-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs  (Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank; Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der ASMV (als Vollzugsbehörde)  (Art. 123 BV und Art. 78 StGB; Art. 5 lit. f, 30 und 33 SMVG-BE, Art. 6, 8 und 11a Abs. 1 SMVV-BE sowie Art. 69 EG ZSJ-BE; Ziff. 3 Reglement für die Si I 1998-Thorberg und Ziff. 2 Konzept HSI-Hindelbank; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p>

	<p style="text-align: center;"><i>Entzug der aufschiebenden Wirkung (Art. 80 Abs. 3 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM Frist: 30 Tage (Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI, Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht Frist: 30 Tage (Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 8</b> <b>Verfahren bei Disziplinarsanktionen</b> (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c, 91 StGB)</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen</b> Abklärung Sachverhalt durch Anstaltsdirektion (126 Abs. 1 SMVV-BE und Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs (Art. 126 Abs. 2 SMVV-BE; Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank; auch: Art. 19 Abs. 5 SMVG-BE; Ziff. 6.2 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.2 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion mit Rechtsmittelbelehrung (Art. 78 und 80 SMVG-BE sowie Art. 124 Abs. 1 und 126 Abs. 3 und 4 SMVV-BE; Ziff. 17.6 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.3 HO2006-Hindelbank; bei Verlegung in eine Arrestzelle zudem Art. 30 SMVG-BE und Art. 8 SMVV-BE) <i>Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung, nur bei ausdrücklicher Anordnung (Art. 80 Abs. 5 SMVG-BE i.V.m. Art. 68 Abs. 1 VRPG-BE, Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.5 HO2006-Hindelbank)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Einreichung der Beschwerde zur Triage beim RD Amt FB (= zuständige Stelle der POM) Frist: <u>3 Tage</u> <i>Durchführung einfacher Schriftenwechsel und Versuch einer gütlichen Einigung (Einigungsverfahren)</i> (Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg und Ziff. 17.4 HO2006-Hindelbank)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;"><i>Wenn keine gütliche Einigung: Weiterleitung der Akten an den Rechtsdienst der POM:</i> 1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM (beim Generalsekretariat) (Art. 81 Abs. 1 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE, Ziff. 17.7 HO2006-Thorberg)</p>



**Ablauf 9**  
**Verfahren**  
**WEITERE SPEZIFISCHE**  
**ANWENDUNGSFÄLLE**

**A. Medizinisch indizierte Zwangsmedikation**

Anordnung Zwangsmedikation durch zuständige Ärztin/zuständigen Arzt der Vollzugsanstalt auf Vorschlag des medizinischen Fachpersonals des Gesundheitsdienstes

(Art. 62 und 64 Abs. 1 SMVG-BE)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Schriftliche Beschwerde beim RD POM

Frist: 10 Tage

(Art. 66 Abs. 1 SMVG-BE i.V.m. Art. 80 ff. SMVG-BE und Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 66 Abs. 2 SMVG-BE; Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

(Art. 78 ff. BGG)

**B. Massnahmenindizierte Zwangsmedikation**

Schriftliche Verfügung Zwangsmedikation durch ASMV (= zuständige Stelle POM als Vollzugsbehörde) auf Empfehlung einer forensisch-psychiatrische Ärztin oder eines forensisch-psychiatrischen Arztes

(Art. 66a SMVG-BE)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM

Frist: 30 Tage

(Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE sowie Art. 67 VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

### **C. Beanstandung medizinische Versorgung**

1. Instanz: Anstaltsärztin oder Anstaltsarzt (Thorberg) bzw. ärztlicher Dienst (Hindelbank)  
(Ziff. 6.5 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.5 HO2006-Hindelbank)



2. Instanz: Kantonsärztin oder Kantonsarzt  
(Ziff. 6.5 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.5 HO2006-Hindelbank)



Rechtsweg nach den für die Gesundheits- und Fürsorgedirektion geltenden Regelungen (i.d.R. ist der Direktor des GEF zuständig)

### **D. Besuchssperre**

Feststellen von Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit einem Besuch durch die Anstaltsdirektion



Gewährung des rechtlichen Gehörs durch Einholung einer Stellungnahme der betroffenen Personen (= BesucherIn und inhaftierte Person)



Schriftliche Verfügung der Anstaltsdirektion an die betroffenen Personen (= BesucherIn und inhaftierte Person)  
(Art. 66 Abs. 3 SMVV-BE)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung i.S.v. Art. 80 Abs. 4 SMVG*



Einreichung der Beschwerde zur Triage beim RD Amt FB (= zuständige Stelle der POM)

Frist: 30 Tage

*Durchführung einfacher Schriftenwechsel und Versuch einer gütlichen Einigung (kostenloses Einigungsverfahren)*

(Art. 80 Abs. 2 und 81 Abs. 1 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



*Wenn keine gütliche Einigung: Weiterleitung der Akten an den Rechtsdienst der POM:*

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim RD POM (beim Generalsekretariat)

(Art. 81 Abs. 1 SMVG-BE sowie Art. 62 und 60 Abs. 1 lit. a VRPG-BE i.V.m. Art. 82 SMVG-BE; Art. 80 Abs. 2 SMVG-BE, Ziff. 6.4 HO2006-Thorberg und Ziff. 6.4 HO2006-Hindelbank)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Obergericht

Frist: 30 Tage

(Art. 81a SMVG-BE i.V.m. Art. 29 Abs. 1 lit. c OrR OG-BE und Art. 69 Abs. 4 EG ZSJ-BE; Art. 81 Abs. 1 und Art. 86 Abs. 2 VRPG i.V.m. Art. 82 SMVG-BE und Art. 69 Abs. 5 EG ZSJ-BE)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

<b>Anfechtbarkeit von Realakten</b>	<p><b>VortragRR2002-BE</b>  Ziff. 5.11 Rechtsschutz  <b>Artikel 80:</b> (Verfügung aufschiebende Wirkung)  „Im Prinzip handeln Organe der Verwaltung und damit alle Vollzugsinstanzen im besonderen Rechtsverhältnis immer mittels Verfügung, auch wenn sie dies nicht stets so deklarieren. Dies entspricht einem allgemeinen Grundsatz des VRPG. Ebenfalls nach VRPG ist grundsätzlich jede Verfügung anfechtbar, sofern die Legitimation und die Beschwer gegeben sind. Von solchen Verfügungen (Regelungsakten) zu unterscheiden sind Verwaltungshandlungen ohne Verfügungscharakter (sog. Realakte). Solche Verhaltensweisen der Verwaltungsorgane sind unmittelbar nur auf einen tatsächlichen Erfolg ausgerichtet und wollen nicht bestimmte Rechtsfolgen bewirken. [...]“</p> <p>Das VRPG sieht die Anfechtung von Realakten nicht vor (in Revision 2008 ausdrücklich Regelung abgelehnt). Stattdessen kommt in erster Linie das Staatshaftungsverfahren in Betracht (siehe Urteil Verwaltungsgericht, BVR 2007, S. 441, E. 4.1.; das Feststellungsverfahren gilt nur subsidiär zur Staatshaftung). Auch hier keine analoge Bestimmung zu Art. 25 Abs. 2 VwVG; <u>die Rechtsprechung anerkennt jedoch einen Feststellungsanspruch</u> (siehe Verwaltungsgerichtsurteil a.a.O.).</p>
-------------------------------------	---

<b>Aufsichtsanzeige</b>	
Verfahren	<p style="text-align: center;"> Inhaftierte Person gegen Anstalt  ↓  Summarische Prüfung durch RD Amt FB  (Ziff. 1.3 HO2006-Thorberg und Ziff. 1.3 HO2006-Hindelbank; Art. 101 VRPG-BE)  <i>wenn nötig: Weiterleitung</i>  ↓  Oberste Aufsichtsbehörde: POM  (Art. 4 Abs. 2 lit. a SMVG-BE; Ziff. 1.3 HO2006-Thorberg und Ziff. 1.3 HO2006-Hindelbank; Art. 101 VRPG-BE) </p>

## ANHANG III: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton St. Gallen

---

### Struktur / Allgemeine Informationen

#### Sicherheits- und Justizdepartement

→ Zuständigkeit im Bereich Freiheitsentzug als Vollzugsbehörde: Art. 26 Abs. 1 lit. i GeschR-SG, Art. 19 Abs. 1 und 3 und 59 Abs. 1 EG StPO-SG, Art. 16 StPV-SG

- Amt für Justizvollzug (JuV)

([http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt\\_fuer\\_justizvollzug.html](http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt_fuer_justizvollzug.html))

([http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt\\_fuer\\_justizvollzug/\\_jcr\\_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Organigramm%20AJUV%202013-04-02.pdf](http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/amt_fuer_justizvollzug/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Organigramm%20AJUV%202013-04-02.pdf))

→ Der Leiter des Amtes für Justizvollzug ist ermächtigt, im Namen des Sicherheits- und Justizdepartements Verfügungen betreffend Straf- und Massnahmenvollzug gegenüber Straftätern zu erlassen, bei denen nach den Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat (ausgenommen gegenüber verwahrten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilten Straftätern, hierfür bleibt das Departement zuständig): Art. 12 StPV-SG, Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07 i.V.m. Ziff. 2.1 bis 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST

• Abt. Straf- und Massnahmenvollzug

[http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/strafen\\_massnahmen/einweisende\\_stelle.html](http://www.sg.ch/home/sicherheit/justizvollzug/strafen_massnahmen/einweisende_stelle.html)

→ Der Leiter der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug ist ermächtigt, im Namen des Sicherheits- und Justizdepartements die übrigen Verfügungen betreffend Straf- und Massnahmenvollzug zu erlassen (ausgenommen davon ist die Gutheissung von Begehren um Bewilligung besonderer Vollzugsformen, hierfür sind Sachbearbeiter des Straf- und Massnahmenvollzugs zuständig): Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.08 und 09.

• Strafanstalt Saxerriet

(<http://www.saxerriet.sg.ch>)

• Massnahmenzentrum Bitzi [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

(<http://www.bitzi.sg.ch>)

• Jugendheim Platanenhof [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

• Bewährungshilfe [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

• Regionalgefängnis Altstätten [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

#### Anklagekammer

([http://www.gerichte.sg.ch/home/gericht/Kantonsgericht\\_SG/aufgaben/anklagekammer.html](http://www.gerichte.sg.ch/home/gericht/Kantonsgericht_SG/aufgaben/anklagekammer.html))

→ Zuständig für Beschwerden gegen Entscheide des Departements betreffend Vollzug (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG).



## Dokumentation

<b>Öffentlich zugängliche Informationen</b>	Keine spezifischen Informationen auf der Homepage des Amtes für Justizvollzug zum Rechtsschutz im Freiheitsentzug.
<b>Rechtsgrundlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Staatsverwaltungsgesetz vom 16. Juni 1994 (StVG-SG), sGS 140.1</li> <li>- Geschäftsreglement der Regierung und der Staatskanzlei vom 7. Dezember 1951 (GeschR-SG), sGS 141.3</li> <li>- Ermächtigungsverordnung vom 4. Januar 2011 (ErmV-SG), sGS 141.41</li>   <li>- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965 (VRPG-SG), sGS 951.1</li> <li>- Einführungsgesetz zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010 (EG StPO-SG), sGS 962.1</li> <li>- Strafprozessverordnung vom 23. November 2010 (StPV-SG), sGS 962.11</li> <li>- Verordnung über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten vom 13. Juni 2000 (GVV-SG), sGS 962.14</li> <li>- Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 15. Juni 2010 (EG ZPO-SG), sGS 961.2</li>   <li>- Hausordnung der Strafanstalt Saxerriet vom 2. Juli 2007/ 3. Januar 2008 (HO2007-Saxerriet)</li>   <li>- Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahme vom 29. Oktober 2004 (Konkordat-OST), sGS 962.51</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für die Vollzugsplanung vom 7. April 2006 (RL Vollzugsplanung-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über den Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen bei potentiell gefährlichen Straftätern und Straftäterinnen vom 26. Oktober 2012 (RL Gemeingefährlichkeit-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 7. April 2006 (RL Urlaub-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Gewährung des Arbeitsexternats und des Wohnexternats sowie über die Beschäftigung von eingewiesenen Personen bei einem privaten Arbeitgeber vom 7. April 2006 (RL Arbeits- und Wohnexternat-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission betreffend die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug vom 7. April 2006 (RL bedingte Entlassung-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2007 (RL Disziplinarrecht-OST)</li> </ul>
<b>Statistiken</b>	<p><b>Jahresbericht des Amtes für Justizvollzug</b></p> <p>Gesuche um bedingte Entlassung 2013: 118 ganz oder teilweise bewilligt, 10 abgewiesen.</p> <p>Gesuche um bedingte Entlassung 2012: 126 ganz oder teilweise bewilligt, 9 abgewiesen.</p> <p>Gesuche um bedingte Entlassung 2011: 125 ganz oder teilweise bewilligt, 8 abgewiesen.</p> <p>Gesuche um bedingte Entlassung 2010: 138 ganz oder teilweise bewilligt, 12 abgewiesen.</p>

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>Art. 15 VRPG-SG</b> Rechtliches Gehör  <sup>1</sup> Personen und Behörden, gegen die sich eine Eingabe richtet, ist <u>Gelegenheit zur Stellungnahme</u> zu geben, wenn die Eingabe nicht offensichtlich unzulässig oder unbegründet ist.  <sup>2</sup> Verfügungen, die erheblich belasten, sind nur zulässig, wenn die Betroffenen den wesentlichen Sachverhalt kennen und Gelegenheit zur Stellungnahme hatten. Ausgenommen ist die Veranlagung von Steuern, Taxen und Gebühren.  <sup>3</sup> Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn wegen Gefahr sofort verfügt werden muss.</p> <p><b>Art. 49<sup>bis</sup> Abs. 3 GVV-SG</b> Disziplinarverfahren a) allgemein / <b>8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST</b> Verfahren  Der Insasse erhält vor Erlass der Disziplinarverfügung <u>Gelegenheit zur Stellungnahme</u>.</p> <p><b>Bst. B Ziff. 2 RL bedingte Entlassung-OST</b> Anhörung  Vor dem Entscheid der zuständigen Vollzugsbehörde betreffend</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ordentliche bedingte Entlassung auf den 2/3-Termin,</li> <li>- ausserordentliche bedingte Entlassung bei oder nach der Strafhälfte</li> <li>- jährliche Neuprüfung der bedingten Entlassung nach einer Abweisung der ordentlichen bedingten Entlassung</li> </ul> <p>ist die verurteilte Person <u>anzuhören</u>, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die bedingte Entlassung nicht ohne weiteres bewilligt werden kann,</li> <li>- die verurteilte Person im Gesuch um bedingte Entlassung eine Anhörung ausdrücklich (...) verlangt.</li> </ul>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die inhaftierte Person z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhält?)</p>	<p><b>Art. 24 VRPG-SG</b> Verfügungen a) Inhalt  <sup>1</sup> Die Verfügung soll enthalten:  (...) <p>d) die <u>Belehrung über das zulässige ordentliche Rechtsmittel, die Frist und die Instanz</u> (...).</p> <p><b>Art. 50 Abs. 3 GVV-SG</b> Disziplinarverfügung / <b>8 Abs. 4 RL Disziplinarrecht-OST</b> Verfahren  (...)  <sup>3</sup> Die Disziplinarverfügung wird dem Insassen mit <u>kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung</u> schriftlich gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt und wenn nötig erläutert. Bei zeitlicher Dringlichkeit wird die Verfügung mündlich eröffnet und so bald als möglich schriftlich bestätigt. Die einweisende Stelle erhält eine Abschrift der Verfügung</p> <p><b>Art. 5 HO-Saxerriet</b> Eintritt, Einführung  Die zuständigen Mitarbeitenden führen mit dem Insassen ein Einführungsgespräch. Der Insasse (...) wird über <u>seine Rechte und Pflichten</u> (...) <u>orientiert</u> (...). Er hat die Hausordnung und die abgegebenen Merkblätter zu lesen.</p> </p>

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung durch die Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b> Verfügung Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug, je nach Verfügung Leiter des Amtes für Justizvollzug oder Leiter Straf- und Massnahmenvollzug (Art. 19 Abs. 3 EG StPO-SG; Art. 12 und 16 Abs. 1 StPV-SG, Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer Frist: 10 Tage (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO) <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Verfügung der Anstaltsdirektion</b> Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an Sicherheits- und Justizdepartement Frist: 14 Tage (Art. 55 Abs. 1 und 2 EG StPO-SG i.V.m. Art. 45 ff. VRPG-SG; Art. 47 VRPG-SG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer Frist: 10 Tage (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**Ablauf 2**  
**Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes** (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)

**A. Einweisung**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
(Ziff. 2.1 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Vollzugsbefehl durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 59 Abs. 1 lit. c und d EG StPO-SG; Art. 17 StPV-SG, Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09, Ziff. 10 lit. a Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 1 RL Vollzugsplanung-OST)



Vollzugsbefehl ist mit ordentlichen Rechtsmitteln nicht anfechtbar (Art. 59 Abs. 1 lit. d zweiter Satz EG StPO-SG)

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung \***

Verfügung der (ausserkantonalen) Anstaltsdirektion  
allenfalls auf Empfehlung durch Sicherheits- und Justizdepartement, vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.08, Art. 9 Konkordat-OST)



Anfechtung nach kantonalem Recht der Anstaltseinrichtung

*\*Anmerkung: Weil der Kanton St. Gallen über keine Hochsicherheitsabteilung verfügt, erfolgt eine Einweisung in die Hochsicherheitshaft stets in eine ausserkantonale Anstalt. Die Einweisung erfolgt dabei in der Regel in die JVA Pöschwies gestützt auf das Konkordat-OST, nach welchem die Verfügung über die Anordnung der Hochsicherheit von der Anstaltsdirektion erfolgen muss. Ein St. Galler Häftling kann aber auch in eine Anstalt in der Nordwest- und Innerschweiz eingewiesen wird. Da nach Art. 16 des Konkordats Nordwest-Innerschweiz die Vollzugsbehörde für die Anordnung der Hochsicherheitshaft zuständig ist, kann in einem solchen Fall auf Wunsch der Anstalt das Sicherheits- und Justizdepartement, vertreten durch das Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde) die Anordnung der Hochsicherheitshaft verfügen.*

**C. Verlegung im Normalfall**

**(aus Gründen des Zustandes, Verhaltens oder der Sicherheit, wegen einer erforderlichen Behandlung oder besseren Eingliederungsmöglichkeit)**

Antrag der Anstaltsdirektion

(Art. 59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 67 HO2007-Saxerriet, Art. 12 Konkordat-OST, Ziff. 6 RL Disziplinrecht-OST)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission

(Ziff. 2.1 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)

Verfügung durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 12 StPV-SG; Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09, Art. 10 lit. a und 12 Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 1 RL Vollzugsplanung-OST)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer

Frist: 10 Tage

(Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)

*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)*

	<p style="text-align: center;">↓ Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>D. Verlegung in dringenden Fällen</b> Keine explizite Regelung hierzu.</p> <p><b>Anmerkung:</b> Die Anstaltsdirektion kann im Rahmen der Unterbringung eines Inhaftierten in einer besonderen Zelle als besondere Sicherungsmassnahme gemäss Art. 46 Abs. 1 lit. d i.V.m. Art. 47 Abs. 1 lit. d GVV-SG ihn auch in eine Zelle in einer anderen Anstalt unterbringen. Falls sich die Umstände, die eine solche besondere Sicherungsmassnahme erforderten, sich nicht ändern sollten, kann nach den allgemeinen Bestimmungen der Verlegung auf Antrag der Anstaltsdirektion das Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch das Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde) die bereits faktisch bestehende Verlegung rechtlich anordnen (Verfahren nach Verlegung im Normalfall). Zudem ist aus medizinischen Gründen eine notfallmässige Einweisung in ein Spital oder in eine psychiatrische Klinik gesetzlich vorgesehen (Art. 43 Abs. 1 HO2007-Saxerriet): In Notfällen kann die Anstaltsleitung auf Antrag des Anstaltsarztes oder -psychiaters über die Einweisung entscheiden, wobei die Vollzugsbehörde sobald als möglich orientiert wird und sodann über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung dieser Anordnung entscheidet.</p>
<p><b>Ablauf 3</b> <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB → 1. Bsp.: <b>Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b>, d.h. geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Arbeits- und Wohnexternat ( – bedingte Entlassung [separat])</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b> Ev. Gesuch der inhaftierten Person ↓ Antrag der Anstaltsdirektion ↓ Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission (Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB) ↓ Verfügung durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde) (Ziff. 10 lit. Art. 59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 12 und Art. 19 StPV-SG; Art. 27 StVG-SG, Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09, Art. 10 lit. c Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST i.V.m.: Art. 62 HO2007-Saxerriet <b>bei Verlegung vom geschlossenen in offenen Vollzug</b>; Art. 63 HO2007-Saxerriet i.V.m. Ziff. 2 Abs. 1 RL Arbeits- und Wohnexternat-OST <b>bei Arbeitsexternat sowie Arbeits- und Wohnexternat</b>) ↓ Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer Frist: 10 Tage (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO, Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO) <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)</i> ↓ Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**Ablauf 4**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen**  
 → 2. Bsp.:  
**Urlaubsgewährung** gemäss  
 Art 84 Abs. 6 und  
 90 Abs. 4 StGB

**A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
 (Art. 43 GVV)  
 ↓  
 Antrag der Anstaltsdirektion  
 (Art. 43 GVV, Ziff. 3.2 RL Urlaub-OST)  
 ↓  
 Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
 (Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)  
 ↓  
 Verfügung durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 12 und 19 StPV-SG; Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09,  
 Art. 10 lit. c Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST; Ziff. 2 Satz 1 RL Urlaub-OST)

Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  
*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)*  
 ↓  
 Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt in Vollzugauftrag**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
 ↓  
 Verfügung der Anstaltsdirektion  
 (59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 19 StPV-SG; Art. 27 HO2007-Saxerriet, Art. 10 lit. c letzter Satz Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 letzter Satz RL  
 Vollzugsplanung-OST, Ziff. 2 Satz 2 RL Urlaub-OST)

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an Sicherheits- und Justizdepartement  
 Frist: 14 Tage  
 (Art. 55 Abs. 1 und 2 EG StPO-SG i.V.m. Art. 45 ff. VRPG-SG; Art. 47 VRPG-SG)  
 ↓  
 2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  
 ↓

	Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)
<b>Ablauf 5</b> <b>Verfahren bei</b> <b>Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB → 3. Bsp.: <b>bedingte</b> <b>Entlassung</b> gemäss Art. 62d bzw. 86 StGB	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung bedingte Entlassung</b></p> <p style="text-align: center;">Gesuch der inhaftierten Person (an Sozialdienst, drei Monate im Voraus) oder Überprüfung von Amtes wegen          (Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB, Bst. B Ziff. 1 RL bedingte Entlassung-OST, Art. 68 HO2007-Saxerriet,)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Antrag (inkl. Stellungnahme) der Vollzugsanstalt          (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB, Bst. B Ziff. 1 RL bedingte Entlassung-OST, Art. 68 HO2007-Saxerriet)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission          (Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs          (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB, Bst. B Ziff. 2 RL bedingte Entlassung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)          (Art. 59 Abs. 1 lit. g Ziff. 3 EG StPO-SG, Art. 12 StPV-SG, Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A.07, 08 und 09,          Art. 10 lit. c Konkordat-OST, Ziff. 1.1 Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <div style="background-color: #c0e080; padding: 10px; text-align: center;"> <p>Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer            Frist: 10 Tage            (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)</i></p> <p>↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht            Frist: 30 Tage            (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> </div>

<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>, d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b>  Ev. Antrag der Vollzugseinrichtung</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung durch Sicherheits- und Justizdepartement, ev. vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde)  (Art. 59 Abs. 1 lit. g EG StPO-SG; Art. 12 StPV-SG; Art. 27 StVG-SG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ErmV-SG sowie Anhang ErmV-SG SJD.A. 07, 08 und 09; Art. 60, Art. 10 lit. c Konkordat-OST [implizit] und Ziff. 1.1 Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST [implizit] i.V.m. HO2007-Saxerriet <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>  Ziff. 5.3 Abs. 2 RL Arbeits- und Wohnexternat-OST, Ziff. 6 RL Disziplinarrecht-OST <b>bei Arbeitsexternat sowie Arbeits- und Wohnexternat</b></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer  Frist: 10 Tage  (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 387 StPO)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 7</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfungen</b>  → Bsp. Anordnung <b>Hochsicherheitshaft bzw. Einzelhaft</b> (i.S.v. Art. 76 und 78 lit. a und b bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) sowie Verlegung in eine Abteilung mit erhöhter Sicherheit</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges*</b>  Verfügung der (ausserkantonalen) Anstaltsdirektion  (Art. 9 Konkordat-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Anfechtung nach kantonalem Recht der Anstaltseinrichtung</p> <p><i>*Anmerkung: Weil der Kanton St. Gallen über keine Hochsicherheitsabteilung verfügt, erfolgt eine Einweisung in die Hochsicherheitshaft stets in eine ausserkantonale Anstalt. Die Einweisung erfolgt dabei in der Regel in die JVA Pöschwies gestützt auf das Konkordat-OST, nach welchem die Verfügung über die Anordnung der Hochsicherheit von der Anstaltsdirektion erfolgen muss. Ein St. Galler Häftling kann aber auch in eine Anstalt in der Nordwest- und Innerschweiz eingewiesen werden. Da nach Art. 16 des Konkordats Nordwest-Innerschweiz die Vollzugsbehörde für die Anordnung der Hochsicherheitshaft zuständig ist, kann in einem solchen Fall auf Wunsch der Anstalt das Sicherheits- und Justizdepartement, vertreten durch das Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde) die Anordnung der Hochsicherheitshaft verfügen.</i></p>



**Ablauf 8**  
**Verfahren bei**  
**Disziplinarsanktionen**  
 (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c,  
 91 StGB)



	<p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an Sicherheits- und Justizdepartement Frist: 14 Tage (Art. 55 Abs. 1 und 2 EG StPO-SG i.V.m. Art. 45 ff. VRPG-SG; Art. 47 VRPG-SG)</p> <p>↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde an Anklagekammer Frist: 10 Tage (Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 379 ff. StPO; Art. 55 Abs. 3 EG StPO-SG i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<b>Anfechtbarkeit von Realakten</b>	Keine einschlägige Norm.

<b>Aufsichtsanzeige</b>	
Verfahren	<p>Verhalten Anstaltspersonal</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde (aufsichtsrechtliche Anzeige) an die Gefängnisleitung/Anstaltsdirektion (Art. 5 Abs. 2 GVV-SG; Art. 48 HO2007-Saxerriet; Art. 54 HO2008-Bitzi)</p> <p>Verhalten Gefängnisleitung/Anstaltsdirektion</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde (aufsichtsrechtliche Anzeige) an das Amt für Justizvollzug (Art. 6 GVV-SG; Art. 48 HO2007-Saxerriet; Art. 54 HO2008-Bitzi)</p>

# ANHANG IV: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Waadt

---

## Struktur / Allgemeine Informationen

### Département des institutions et de la sécurité (DIS)

→ Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges: Art. 7 RdéA-VD

- Service pénitentiaire (SPEN)

(<http://www.vd.ch/autorites/departements/dis/penitentiaire/>)

*Zuständigkeiten vor Gesetzesrevision:*

→ Art. 7 LEP-VD; Art. 34 Abs. 1 LEP-VD (Beschwerdeinstanz bei Disziplinarsanktionen)

→ Il gère et supervise l'OEP et les établissements d'exécution de peines et de mesures placés sous son autorité. Il est l'instance de recours contre les décisions des établissements pénitentiaires ordonnant une sanction disciplinaire. Sous l'autorité du Grand Conseil (l'autorité suprême du Canton) et du Conseil d'Etat.

*Zuständigkeiten nach Gesetzesrevision:*

→ Art. 7 LEP-VD; Art. 34 Abs. 1 LEP-VD (Beschwerdeinstanz bei Disziplinarsanktionen)

→ Il gère et supervise l'OEP et les établissements d'exécution de peines et de mesures placés sous son autorité. Il est l'instance de recours contre les décisions des établissements pénitentiaires ordonnant une sanction disciplinaire et les décisions au sens de l'article 24 LEP-VD.

Sous l'autorité du Grand Conseil (l'autorité suprême du Canton) et du Conseil d'Etat.

• Direction du service

(<http://www.vd.ch/autorites/departements/dis/penitentiaire/organisation/direction-du-service/>)

• Office d'exécution des peines (OEP)

(<http://www.vd.ch/autorites/departements/dis/penitentiaire/organisation/office-dexecution-des-peines/>)

→ Art. 8 LEP-VD; Art. 5 RSC-VD (im Strafvollzug; Massnahmenvollzug analog)

→ Il met en œuvre l'exécution des condamnations pénales prononcées par toutes les autorités judiciaires et administratives du canton de Vaud ou dont l'exécution lui a été déléguée par d'autres cantons.

Il organise tous les placements durant la détention et valide le plan d'exécution de sanction et décide de tous les élargissements à l'exception de la libération conditionnelle prononcée par le JAP.

• Les Établissements pénitentiaires de la plaine de l'Orbe (EPO; le Pénitencier de Bochuz et la Colonie)

(<http://www.vd.ch/themes/securete/penitentiaire/etablissements-penitentiaires/>)

(<http://www.vd.ch/themes/securete/penitentiaire/etablissements-penitentiaires/etablissements-de-la-plaine-de-lorbe/>)

• Weitere Établissements pénitentiaires [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

### Tribunal cantonal

- Chambre des recours pénale (CREP)

(<http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/tribunal-cantonal/chambre-des-recours-penale/>)

*Zuständigkeiten vor Gesetzesrevision:*

→ Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD

→ Elle est l'instance de recours contre toutes les décisions prises par le juge d'application des peines et le Collège des juges d'application des peines. Elle statue en collège de trois juges.

Elle statue en outre sur tout recours au Tribunal cantonal en matière pénale qui ne relève pas de la compétence d'une autre section.

*Zuständigkeiten nach Gesetzesrevision:*

→ Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD

→ Elle est l'instance de recours contre toutes les décisions prises par l'OEP, les décisions rendues sur recours par le SPEN et les décisions prises par le JAP.

### Tribunal des mesures de contrainte et d'application des peines

- (Chambre du) Juge d'application des peines (JAP)

(<http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/mesures-de-contrainte-application-des-peines/>)

(<http://www.vd.ch/themes/securete/penitentiaire/etablissements-penitentiaires/partenaires-et-interlocuteurs/juges-dapplication-des-peines-jap/>)

*Zuständigkeiten vor Gesetzesrevision:*

→ Art. 11 (insb. Abs. 4) und 36 Abs. 1 LEP-VD

Organisation: Art. 11 Abs. 7 LEP-VD und Art. 3 Abs. 1 LOJV-VD i.V.m. RTMC-VD (vgl. auch: Art. 2 Ziff. 1 lit. g LOJV-VD)

→ Il prend les décisions postérieures à l'entrée en force du jugement pénal, sous réserve des compétences que le droit fédéral attribue au juge qui a rendu le jugement ou qui connaît de la commission d'une nouvelle infraction, ainsi que des compétences qui relèvent, au sens de la LEP, de l'Office d'exécution des peines.

Il est l'autorité de recours contre les décisions rendues par les autorités administratives dans le cadre de l'exécution des peines et des mesures; notamment les décisions du Service pénitentiaire en matière de sanctions disciplinaires, ainsi que contre les décisions de l'Office d'exécution des peines et des établissements pénitentiaires, notamment en matière de régimes d'exécution, de placements ou d'autorisations de sortie.

Il examine d'office ou sur requête les conditions d'octroi de la libération conditionnelle des peines privatives de liberté, de l'internement et des mesures thérapeutiques institutionnelles, ainsi que de sa révocation.

Il ne statue qu'en collège de trois juges lorsqu'il prend une décision relative à la libération conditionnelle concernant un condamné avec une peine privative de liberté supérieure à six ans ou lorsqu'un internement a été ordonné à l'endroit.

*Zuständigkeiten nach Gesetzesrevision:*

→ Art. 26 LEP2014-VD

Organisation: Art. 11 Abs. 7 LEP-VD und Art. 3 Abs. 1 LOJV-VD i.V.m. RTMC-VD (vgl. auch: Art. 2 Ziff. 1 lit. g LOJV-VD)

Il prend les décisions relatives à la libération conditionnelle.

## Dokumentation

<p><b>Öffentlich zugängliche Informationen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Allgemeine Informationen zum Strafvollzug: <a href="http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/">http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/</a></li> <li>- Informationen zur bedingten Entlassung (inkl. Hinweise auf Zuständigkeiten): <a href="http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/etre-detenu-e/liberation/">http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/etre-detenu-e/liberation/</a></li> <li>- Informationen zur Zuständigkeit des Juge d'application des peines: <a href="http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/mesures-de-contrainte-application-des-peines/">http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/mesures-de-contrainte-application-des-peines/</a> und <a href="http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/etablissements-penitentiaires/partenaires-et-interlocuteurs/juges-dapplication-des-peines-jap/">http://www.vd.ch/themes/securite/penitentiaire/etablissements-penitentiaires/partenaires-et-interlocuteurs/juges-dapplication-des-peines-jap/</a></li> <li>- Informationen zur Zuständigkeit der Chambre des recours pénales: <a href="http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/tribunal-cantonal/chambre-des-recours-penale/">http://www.vd.ch/autorites/ordre-judiciaire/tribunal-cantonal/chambre-des-recours-penale/</a></li> </ul>
<p><b>Rechtsgrundlagen</b></p>	<p><i>Vorbemerkung: Zurzeit sind im Kanton Waadt verschiedene Gesetzesänderungen geplant, welche u.a. die Zuständigkeit des JAP als Rekursinstanz betreffen. Betroffen sind das LEP-VD (Änderungen angenommen am 28. Mai 2014), RSC-VD (Änderungen Ende 2014; u.a. soll der Anwendungsbereich auch auf den Massnahmenvollzug ausgeweitet werden) und RDD-VD. Die Verfahrensabläufe werden vor der Gesetzesrevision des LEP-VD und nach der Revision dieses Gesetzes dargestellt. Unberücksichtigt bleiben die Änderungen des RSC-VD und RDD-VD.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Règlement sur les départements de l'administration (RdÉA-VD) du 2 juillet 2012, RSV 172.215.1</li> <li>- [Arrêté sur la composition des départements et les noms des services de l'administration (AdésA-VD) du 2 juillet 2012, RSV 172.215.1.1]</li> <li>- Loi d'organisation judiciaire (LOJV-VD) du 12 décembre 1979, RSV 173.01</li> <li>- Règlement organique du Tribunal cantonal (ROTC-VD) du 13 novembre 2007, RSV 173.31.1</li> <li>- Loi sur la procédure administrative (LPA-VD) du 28 octobre 2008, RSV 173.36</li> <li>- Loi d'introduction du Code de procédure pénale suisse (LVCPP-VD) du 19 mai 2009, RSV 312.01</li> <li>- [Règlement du Tribunal des mesures de contrainte et d'application des peines (RTMC-VD) du 11 octobre 2011, RSV 312.01.5]</li> <li>- Loi sur l'exécution des condamnations pénales du 4 juillet 2006 (LEP-VD), RSV 340.01</li> <li>- <i>Révision</i> Loi sur l'exécution des condamnations pénales du 4 juillet 2006 (LEP2014-VD), angenommen durch den Grand Conseil am 28. Mai 2014</li> <li>- Règlement sur le statut des condamnés exécutant une peine privative de liberté et les régimes de détention applicables (RSC-VD) du 24 janvier 2007, RSV 340.01.1 [Anm.: Gilt nur im Strafvollzug, wird jedoch nach der Praxis des JAP analog auch auf den Massnahmenvollzug angewandt.]</li> <li>- Règlement sur la Commission interdisciplinaire consultative concernant les délinquants nécessitant une prise en charge psychique (RCIC-VD) du 2 avril 2008, RSV 340.01.2</li> <li>- Règlement sur le droit disciplinaire applicable aux détenus avant jugement et aux condamnés (RDD-VD) du 26 septembre 2007, RSV 340.07.1</li> <li>- Règlement des Etablissements de la plaine de l'Orbe (R-EPO) du 20 janvier 1982, RSV 340.11.1</li> <li>- [Code éthique et déontologique; wurde noch nicht erlassen; geplant für 2015/2016]</li> <li>- Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen; Konkordat-LAT), RSV 340.93</li> <li>- Beschluss vom 25. September 2008 über das Arbeitsexternat und das Arbeits- und Wohnexternat (E-6; 340.030; Externatsbeschluss-LAT)</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Décision du 10 octobre 1988 concernant la conclusion d'un accord entre les trois concordats pénitentiaires suisses en matière de congés pénitentiaires (E-7; Beschluss Urlaub-LAT)</li> <li>- Règlement concernant l'octroi d'autorisations de sortie aux personnes condamnées adultes et jeunes adultes (RASAdultes-LAT) du 31 octobre 2013 (R-5/2; RSV 340.93.1) [Anm: sofern der betroffene Kanton dies bereits angenommen hat, ersetzt das RASAdultes vom 31. Oktober 2013 das Reglement vom 25. September 2008 über die Gewährung von Ausgangsbewilligungen für erwachsene und junge erwachsene Verurteilte (R-5/1; 822.010)]</li> <li>- [Décision du 10 octobre 1988 concernant la procédure à suivre en cas de plainte d'un détenu ou ancien détenu d'un établissement concordataire lorsque celle-ci a trait au personnel de l'établissement, au régime qui y est appliqué ou à des détenus qui y sont écroués (G-4; Beschluss Beschwerden-LAT)]</li> <li>- Empfehlung vom 25. September 2008 über die Bedingungen und die Modalitäten des Vollzugsplans für Strafen und Massnahmen im ordentlichen und im vorzeitigen Vollzug (Rec-2; 340.010; Empfehlung Vollzugsplan-LAT)</li> </ul>																																																																																				
<b>Statistiken</b>	<p><b>RECOURS</b> (juin 2009 – 15 mai 2014) (auf Anfrage erhalten)</p> <table border="1" data-bbox="506 579 2033 852"> <thead> <tr> <th></th> <th>Nombre total de recours *</th> <th>Recours admis ou partiellement admis</th> <th>Recours rejetés</th> <th>Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)</th> <th>Procédure en cours ou suspendue</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2009</td> <td>2</td> <td>1</td> <td>-</td> <td>1</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2010</td> <td>24</td> <td>3</td> <td>17</td> <td>3</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>2011</td> <td>8</td> <td>3</td> <td>3</td> <td>2</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2012</td> <td>20</td> <td>4</td> <td>14</td> <td>2</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2013</td> <td>38</td> <td>6</td> <td>27</td> <td>5</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2014</td> <td>8</td> <td>1</td> <td>1</td> <td>1</td> <td>5</td> </tr> </tbody> </table> <p><b>PLAINTES</b> (juin 2009 – 15 mai 2014) (auf Anfrage erhalten)</p> <table border="1" data-bbox="506 919 2033 1190"> <thead> <tr> <th></th> <th>Nombre total de plaintes*</th> <th>Plaintes admises ou partiellement admises</th> <th>Plaintes rejetées</th> <th>Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)</th> <th>Procédure en cours ou suspendue</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2009</td> <td>2</td> <td>-</td> <td>-</td> <td>2</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2010</td> <td>8</td> <td>3</td> <td>3</td> <td>2</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2011</td> <td>4</td> <td>1</td> <td>-</td> <td>3</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2012</td> <td>3</td> <td>-</td> <td>3</td> <td>-</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>2013</td> <td>6</td> <td>-</td> <td>3</td> <td>2</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>2014</td> <td>1</td> <td>-</td> <td>-</td> <td>-</td> <td>1</td> </tr> </tbody> </table>		Nombre total de recours *	Recours admis ou partiellement admis	Recours rejetés	Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)	Procédure en cours ou suspendue	2009	2	1	-	1	-	2010	24	3	17	3	1	2011	8	3	3	2	-	2012	20	4	14	2	-	2013	38	6	27	5	-	2014	8	1	1	1	5		Nombre total de plaintes*	Plaintes admises ou partiellement admises	Plaintes rejetées	Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)	Procédure en cours ou suspendue	2009	2	-	-	2	-	2010	8	3	3	2	-	2011	4	1	-	3	-	2012	3	-	3	-	-	2013	6	-	3	2	1	2014	1	-	-	-	1
	Nombre total de recours *	Recours admis ou partiellement admis	Recours rejetés	Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)	Procédure en cours ou suspendue																																																																																
2009	2	1	-	1	-																																																																																
2010	24	3	17	3	1																																																																																
2011	8	3	3	2	-																																																																																
2012	20	4	14	2	-																																																																																
2013	38	6	27	5	-																																																																																
2014	8	1	1	1	5																																																																																
	Nombre total de plaintes*	Plaintes admises ou partiellement admises	Plaintes rejetées	Autre issue (irrecevabilité, accord entre les parties, retrait)	Procédure en cours ou suspendue																																																																																
2009	2	-	-	2	-																																																																																
2010	8	3	3	2	-																																																																																
2011	4	1	-	3	-																																																																																
2012	3	-	3	-	-																																																																																
2013	6	-	3	2	1																																																																																
2014	1	-	-	-	1																																																																																

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>Art. 33 LPA-VD</b> Droit d'être entendu  <sup>1</sup> Hormis lorsqu'il y a péril en la demeure, <u>les parties ont le droit d'être entendues avant toute décision les concernant.</u>  <sup>2</sup> Sauf disposition expresse contraire, elles ne peuvent prétendre être auditionnées par l'autorité.</p> <p><b>Art. 138 RSC-VD</b> <u>Audition des condamnés</u>  <sup>1</sup> Les condamnés doivent être entendus par l'autorité dont ils dépendent ou, par délégation, par un membre de la direction de l'établissement avant un placement en isolement cellulaire à titre de sûreté.  <sup>2</sup> Le placement d'urgence est réservé.  <sup>3</sup> Toutefois, l'autorité dont les condamnés dépendent ou, en cas de délégation, le membre de la direction de l'établissement doit entendre les condamnés avant de confirmer la décision relative au placement d'urgence.</p> <p><b>Art. 18 RDD-VD</b> <u>Audition</u>  <sup>1</sup> Le détenu est entendu par le directeur de l'établissement ou, en cas de délégation, par un cadre désigné par ledit directeur, dans les 48 heures ou, le cas échéant, le premier jour ouvrable suivant le moment où le détenu a été informé de la nature des accusations portées contre lui.  <sup>2</sup> Le détenu présente ses explications écrites ou orales.  <sup>3</sup> S'il ne comprend pas la langue dans laquelle se déroule l'audition, n'est pas en mesure de s'exprimer dans cette langue ou s'il est physiquement incapable de s'exprimer, ses explications sont présentées par l'intermédiaire d'un interprète désigné par la direction de l'établissement.  <sup>4</sup> Il est dressé un procès-verbal de l'audition.</p>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die Inhaftierten z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhalten?)</p>	<p><b>Art. 11 RSC-VD</b> <u>Information [Admission]</u>  <sup>1</sup> Sont portés à la connaissance des condamnés, dans une langue qu'ils comprennent, le présent règlement, celui relatif au droit disciplinaire, de même que toutes les informations qui concernent le fonctionnement de l'établissement dans lequel ils sont placés et les services que ce dernier propose.</p> <p><b>Art. 107 RSC-VD</b> <u>Accès</u>  <sup>1</sup> Les établissements fournissent aux condamnés l'aide nécessaire afin que ces derniers puissent avoir accès à des conseils juridiques.  <sup>2</sup> Ils tiennent à la disposition des condamnés les textes de loi qui concernent l'exécution des peines et les procédures y relatives.</p> <p><b>Art. 18 LPA-VD</b> <u>Assistance judiciaire</u>  <sup>1</sup> L'assistance judiciaire est accordée, sur requête, à toute partie à la procédure :  – dont les ressources ne suffisent pas à subvenir aux frais de procédure sans la priver du nécessaire, elle et sa famille ;  – dont les prétentions ou les moyens de défense ne sont pas manifestement mal fondés.  <sup>2</sup> Si les circonstances de la cause le justifient, l'autorité peut désigner un avocat d'office pour assister la partie au bénéfice de l'assistance judiciaire.  <sup>3</sup> Les autorités administratives sont compétentes pour octroyer l'assistance judiciaire pour les procédures qu'elles mènent.  <sup>4</sup> Le Tribunal cantonal est compétent pour octroyer l'assistance judiciaire pour les procédures ouvertes devant lui.  <sup>5</sup> Pour le surplus, les dispositions régissant l'assistance judiciaire en matière civile sont applicables par analogie.</p>

**Art. 108 RSC-VD** Assistance judiciaire

<sup>1</sup> Les condamnés sont informés par les établissements pénitentiaires de la possibilité de bénéficier de l'assistance judiciaire ou d'une défense d'office dans un procès pénal.

**SECTION XVII** PLAINTES

**Art. 115 RSC-VD** Principe

<sup>1</sup> Tout condamné qui estime avoir à se plaindre d'un autre détenu ou d'un membre du personnel peut présenter, par écrit, une réclamation à la direction de l'établissement dans lequel il est placé.

**Art. 116 RSC-VD** Enquête

<sup>1</sup> Le directeur diligente une enquête. Dans le cadre de celle-ci, le directeur procède à toute mesure d'instruction utile. Il est dressé un procès-verbal de tous les actes d'instruction auxquels il est procédé.

<sup>2</sup> Au terme de l'enquête, le condamné est informé par écrit de la suite donnée à sa plainte.

<sup>3</sup> Le directeur peut refuser d'ouvrir une enquête si la plainte est manifestement mal fondée. Il en informe le condamné.

**Art. 117 RSC-VD** Plaintes concernant la direction

<sup>1</sup> Si la plainte est formulée contre la direction de l'établissement dans lequel il est placé, le condamné l'adresse au Service pénitentiaire, sous pli fermé, avec la mention « plainte ».

<sup>2</sup> Le Service pénitentiaire examine la plainte et la soumet à la direction en cause pour détermination.

<sup>3</sup> Il peut procéder à toute mesure d'instruction utile. Il est dressé un procès-verbal de tous les actes d'instruction auxquels il est procédé.

<sup>4</sup> Il informe le condamné par écrit de la suite donnée à sa plainte.

<sup>5</sup> Le Service pénitentiaire peut refuser d'ouvrir une enquête si la plainte est manifestement mal fondée. Il en informe le condamné.

**Art. 118 RSC-VD** Plainte abusive

<sup>1</sup> Le condamné auteur d'une plainte manifestement abusive encourt des sanctions disciplinaires.

**Art. 119 RSC-VD** Médiation

<sup>1</sup> L'autorité à laquelle la plainte a été adressée peut requérir une médiation en faisant appel au collaborateur du Service pénitentiaire spécialement désigné à cet effet par la direction dudit service.

<sup>2</sup> Le médiateur convoque les personnes en litige, en rappelant le caractère volontaire de leur participation.

<sup>3</sup> Lorsqu'il estime sa mission achevée, le médiateur porte à la connaissance de l'autorité à laquelle la plainte a été adressée le résultat de la médiation. Si celle-ci a abouti, il lui communique les termes de l'accord intervenu entre les personnes en litige. Dans le cas contraire, il se borne à en constater l'échec.

**Art. 20 RDD-VD** Décision

<sup>1</sup> La décision ordonnant une sanction disciplinaire est communiquée au détenu par écrit.

<sup>2</sup> Elle doit, au minimum, contenir :

a. un exposé des faits ;

b. les dispositions légales et réglementaires sur lesquelles elle se fonde ;



- |  |   |
|--|---|
|  | <ul style="list-style-type: none"><li>c. une brève motivation ;</li><li>d. l'indication de la nature de la sanction prononcée ;</li><li>e. pour les sanctions visées aux articles 22 à 24, l'indication de l'étendue de la sanction ;</li><li>f. hors le cas de l'avertissement, l'indication de la durée de la sanction prononcée ;</li><li>g. le cas échéant, l'indication du sursis ;</li><li>h. <u>l'indication des voie et délai de recours.</u></li></ul> <p><sup>3</sup> L'établissement pénitentiaire adresse sans délai une copie de la décision au service médical ainsi qu'à l'autorité dont le détenu dépend.</p> |
|--|---|

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion mit Variationen</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b> Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde) (Art. 8 LEP-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines Frist: 30 Tage (Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales Frist: 10 Tage (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>Verfügung der Vollzugsbehörde (nach Gesetzesrevision)</b> Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde) (Art. 8 LEP-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales) Frist: 10 Tage (Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**B. Verfügung der Anstaltsdirektion**

Verfügung der Anstaltsdirektion



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines  
Frist: 30 Tage  
(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; vgl. Ziff. 1 Beschluss Beschwerden-LAT; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
Frist: 10 Tage  
(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Verfügung der Anstaltsdirektion (nach Gesetzesrevision)**

Verfügung der Anstaltsdirektion

*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service)  
Frist: 3 Tage  
(Art. 34 Abs. 1 i.V.m. Art. 24 LEP2014-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)  
Frist: 10 Tage  
(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 2**  
**Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes** (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)

**A. Einweisung**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
 (Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB; Art. 16 Abs. 2 Konkordat-LAT analog und Art. 2 Abs. 4 Empfehlung Vollzugsplan-LAT)



Anordnung Vollzug und Bestimmung des Vollzugsortes durch OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 19 Abs. 1 lit. c, 21 Abs. 2 lit. a und Abs. 3 lit. a sowie 8 Abs. 3 LEP-VD; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 2 lit. a Empfehlung Vollzugsplan-LAT)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)

↓

2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)

↓

Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Einweisung (nach Gesetzesrevision)**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
 (Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP2014-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP2014-VD; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB; Art. 16 Abs. 2 Konkordat-LAT analog, Art. 2 Abs. 4 Empfehlung Vollzugsplan-LAT)



Anordnung Vollzug und Bestimmung des Vollzugsortes durch OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 19 Abs. 1 lit. c, 21 Abs. 2 lit. a und Abs. 3 lit. a sowie 8 Abs. 3 LEP2014-VD; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-LAT, Art. 2 Abs. 2 lit. a Empfehlung Vollzugsplan-LAT)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)

↓

Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung**

Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 19 Abs. 1 lit. g und 8 Abs. 3 LEP-VD, Art. 134 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD, Art. 54 R-EPO, Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT)  
*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines

Frist: 30 Tage

(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung (nach Gesetzesrevision)**

Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 19 Abs. 1 lit. g und 8 Abs. 3 LEP2014-VD; Art. 134 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 54 R-EPO, Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT)  
*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**C. Verlegung im Normalfall**

Antrag der Anstaltsdirektion

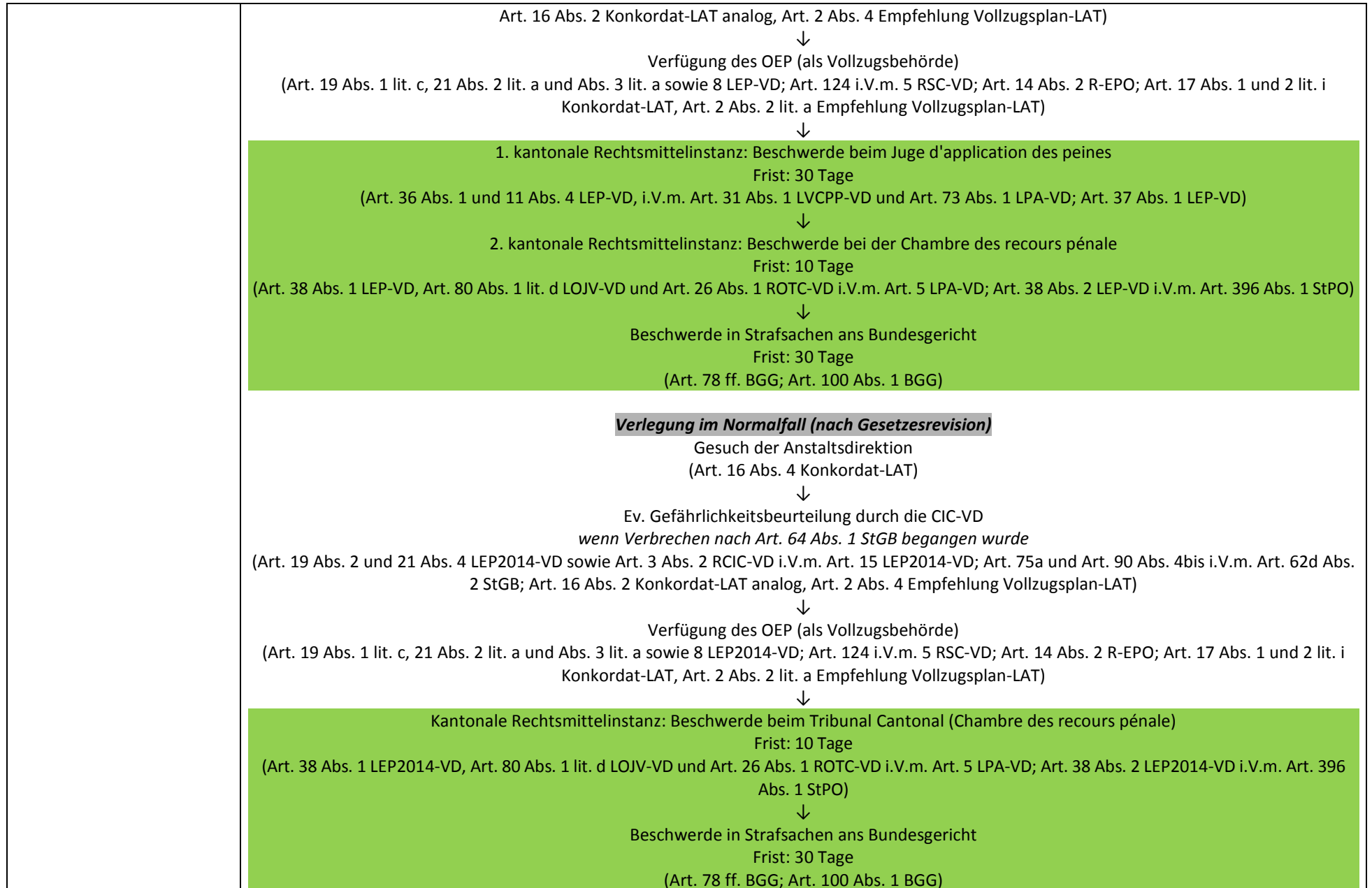
(Art. 16 Abs. 4 Konkordat-LAT)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD

wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde

(Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB;)



**D. Verlegung in dringenden Fällen**

Verfügung der Anstaltsdirektion

(Art. 125 Abs. 1 RSC-VD)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*



Information des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 125 Abs. 2 RSC-VD)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines  
Frist: 30 Tage  
(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; vgl. Ziff. 1 Beschluss Beschwerden-LAT; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
Frist: 10 Tage  
(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Verlegung in dringenden Fällen (nach Gesetzesrevision)**

Verfügung der Anstaltsdirektion

(Art. 125 Abs. 1 RSC-VD)

*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)*



Information des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 125 Abs. 2 RSC-VD)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service)  
Frist: 3 Tage  
(Art. 34 Abs. 1 i.V.m. Art. 24 LEP2014-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)  
Frist: 10 Tage  
(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)

	↓ Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)
<p><b>Ablauf 3</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB          → 1. Bsp.: <b>Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b>, d.h. geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Arbeits- und Wohnexternat ( – bedingte Entlassung [separat])</p> <p>= Ablauf Verfahren bei nicht gewährten Vollzugsöffnungen</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b></p> <p style="text-align: center;">Gesuch der inhaftierten Person an OEP (als Vollzugsbehörde)          (Art. 152 [für Arbeitsexternat], 170 [für Wohn- und Arbeitsexternat] i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Schriftliche Stellungnahme der Anstaltsdirektion          (Art. 153 Abs. 1 [für Arbeitsexternat] und 171 Abs. 1 [für Wohn- und Arbeitsexternat] RSC-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT [nicht bei Verlegung in offenen Vollzug Art. 21 Abs. 2 e contrario Konkordat-LAT])</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>          (Art. 19 Abs. 2 LEP-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD, Art. 2 Abs. 4 Empfehlung Vollzugsplan-LAT; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)          (Art 8 Abs. 3 LEP-VD und Art. 2 Abs. 2 lit. e Empfehlung Vollzugsplan-LAT          i.V.m.:</p> <p style="text-align: center;">Art. 76 Abs. 2 und Art. 77a Abs. 2 StGB [implizit], Art. 19 Abs. 1 lit. h LEP-VD; Art. 1 Abs. 2 Externatsbeschluss-LAT [implizit] <b>bei Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug;</b></p> <p style="text-align: center;">Art. 77a Abs. 1 und 2 sowie 90 Abs. 2bis StGB, Art. 19 Abs. 1 lit. i und 21 Abs. 2 lit. d LEP-VD sowie Art. 151 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. b Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT <b>bei Arbeitsexternat;</b></p> <p style="text-align: center;">Art. 77a Abs. 3 und 90 Abs. 2bis StGB, Art. 19 Abs. 1 lit. i und 21 Abs. 2 lit. d LEP-VD sowie Art. 169 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. b Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT <b>bei Wohn- und Arbeitsexternat)</b></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines          Frist: 30 Tage          (Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales          Frist: 10 Tage          (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht          Frist: 30 Tage          (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>



**Gewährung der nächsten Vollzugsstufe (nach Gesetzesrevision)**

Gesuch der inhaftierten Person an OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 152 [für Arbeitsexternat], 170 [für Wohn- und Arbeitsexternat] i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD)



Schriftliche Stellungnahme der Anstaltsdirektion

(Art. 153 Abs. 1 [für Arbeitsexternat] und 171 Abs. 1 [für Wohn- und Arbeitsexternat] RSC-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT [nicht bei Verlegung in offenen Vollzug Art. 21 Abs. 2 e contrario Konkordat-LAT])



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD

wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde

(Art. 19 Abs. 2 LEP2014-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP2014-VD, Art. 2 Abs. 4 Empfehlung Vollzugsplan-LAT; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)



Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art 8 Abs. 3 LEP2014-VD und , Art. 2 Abs. 2 lit. e Empfehlung Vollzugsplan-LAT

i.V.m.:

Art. 76 Abs. 2 und Art. 77a Abs. 2 StGB [implizit], Art. 19 Abs. 1 lit. h LEP2014-VD; Art. 1 Abs. 2 Externatsbeschluss-LAT [implizit] **bei Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug;**

Art. 77a Abs. 1 und 2 sowie 90 Abs. 2bis StGB, Art. 19 Abs. 1 lit. i und 21 Abs. 2 lit. d LEP2014-VD sowie Art. 151 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. b Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT **bei Arbeitsexternat;**

Art. 77a Abs. 3 und 90 Abs. 2bis StGB, Art. 19 Abs. 1 lit. i und 21 Abs. 2 lit. d LEP2014-VD sowie Art. 169 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. b Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT **bei Wohn- und Arbeitsexternat)**



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 4**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
Art. 75a Abs. 2 StGB  
→ 2. Bsp.:  
**Urlaubsgewährung** gemäss  
Art. 84 Abs. 6 und  
90 Abs. 4 StGB

**A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt**

Gesuch der inhaftierten Person an OEP (als Vollzugsbehörde) vier bzw. fünf Wochen im Voraus  
(Art. 97 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 10 Abs. 1 lit. a und 2 RASAdultes-LAT)



Schriftliche Stellungnahme der Anstaltsdirektion (u.U. Weiterleitung des Gesuches)  
(Art. 98 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT sowie Art. 7 Abs. 1 und 17 Abs. 1 RASAdultes-LAT)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
(Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD; Art. 22 RASAdultes-LAT und Art. 2 Abs. 4 Empfehlung  
Vollzugsplan-LAT; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 19 Abs. 1 lit. f, 21 Abs. 2 lit. c und Abs. 3 lit. c sowie Art. 8 Abs. 3 LEP-VD; Art. 101 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. c  
Konkordat-LAT, Art. 2 Abs. 2 lit. e Empfehlung Vollzugsplan-LAT und Art. 6 RASAdultes-LAT)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines  
Frist: 30 Tage  
(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCPP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
Frist: 10 Tage  
(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt (nach Gesetzesrevision)**

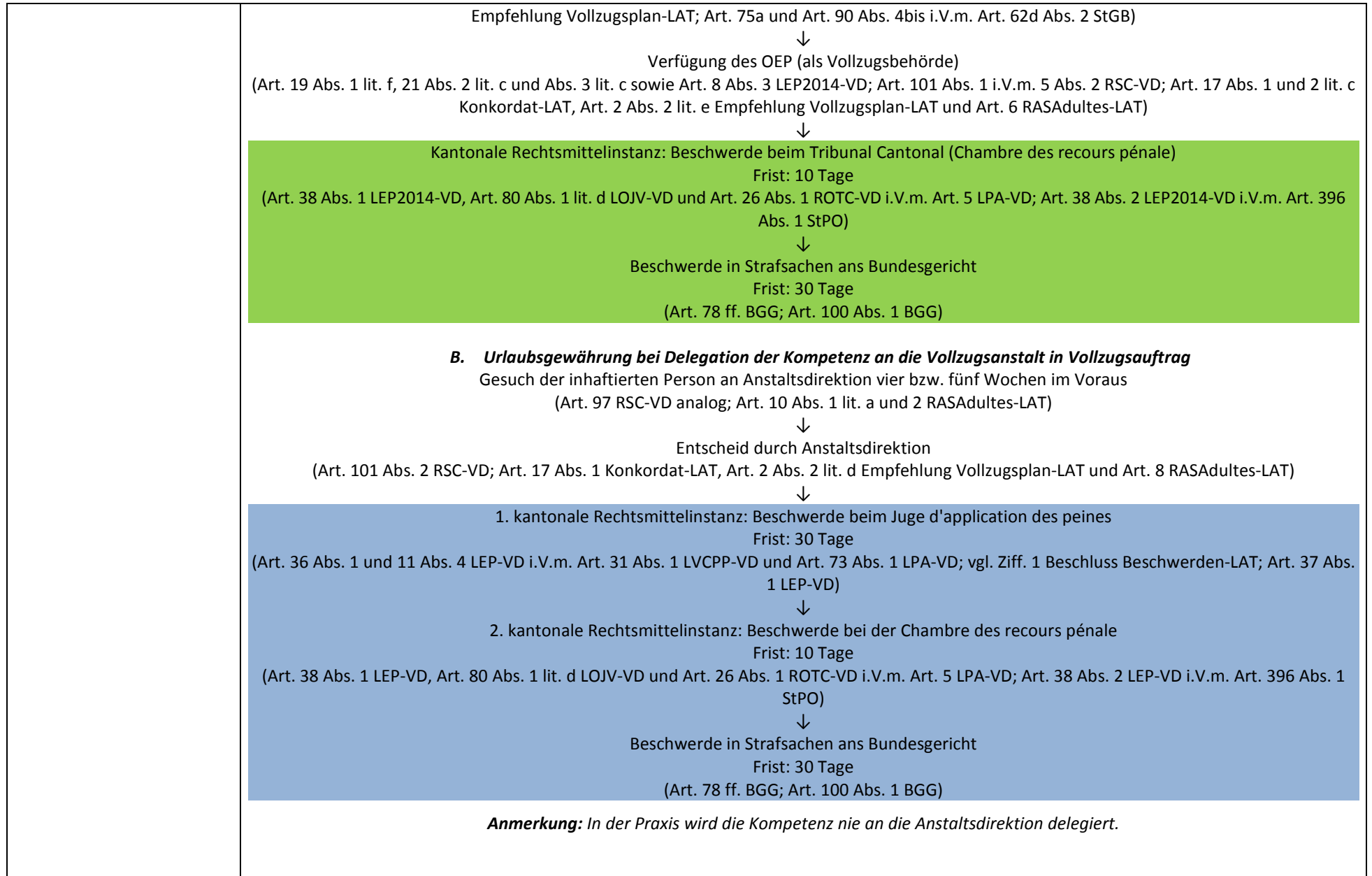
Gesuch der inhaftierten Person an OEP (als Vollzugsbehörde) vier bzw. fünf Wochen im Voraus  
(Art. 97 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 10 Abs. 1 lit. a und 2 RASAdultes-LAT)



Schriftliche Stellungnahme der Anstaltsdirektion (u.U. Weiterleitung des Gesuches)  
(Art. 98 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT sowie Art. 7 Abs. 1 und 17 Abs. 1 RASAdultes-LAT)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
(Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP2014-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP2014-VD; Art. 22 RASAdultes-LAT und Art. 2 Abs. 4



**Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt im Vollzugauftrag (nach Gesetzesrevision)**

Gesuch der inhaftierten Person an Anstaltsdirektion vier bzw. fünf Wochen im Voraus

(Art. 97 RSC-VD analog; Art. 10 Abs. 1 lit. a und 2 RASAdultes-LAT)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD

wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde

(Art. 19 Abs. 2 und 21 Abs. 4 LEP2014-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD; Art. 22 RASAdultes-LAT und )



Entscheid durch Anstaltsdirektion

(Art. 101 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 Konkordat-LAT, Art. 2 Abs. 2 lit. d Empfehlung Vollzugsplan-LAT und Art. 8 RASAdultes-LAT)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service)

Frist: 3 Tage

(Art. 34 Abs. 1 i.V.m. Art. 24 LEP2014-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)

Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)

Aufschiebende Wirkung (Art. 80 LPA-VD)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anmerkung:** In der Praxis wird die Kompetenz nie an die Anstaltsdirektion delegiert.

**C. Widerruf einer Bewilligung**

Suspension der Bewilligung durch Anstaltsdirektion des OEP

(Art. 9 Abs. 1 und 15 Abs. 1 RASAdultes-LAT)



Information des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 9 Abs. 2 und 15 Abs. 2 RASAdultes-LAT)

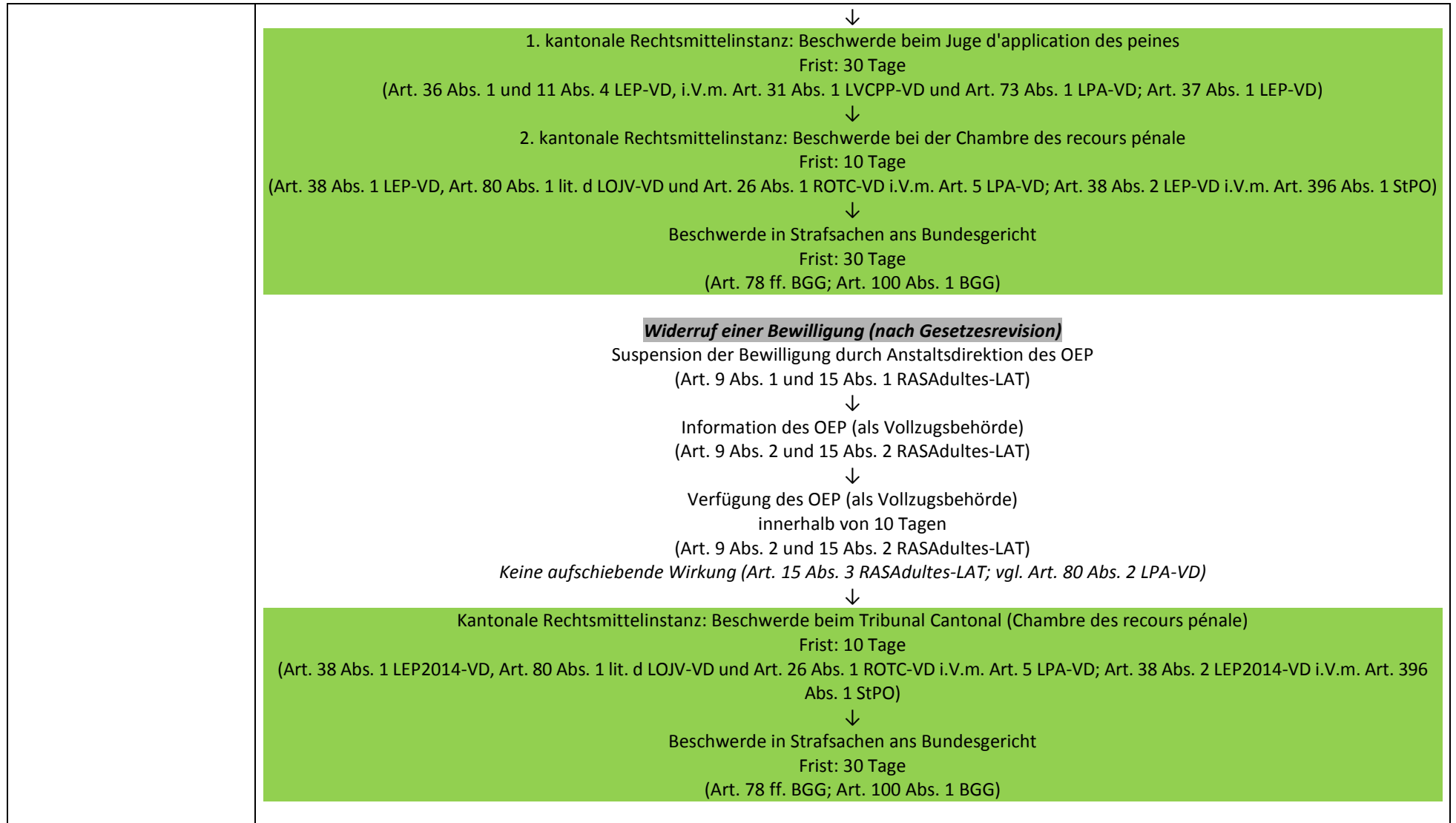


Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)

innerhalb von 10 Tagen

(Art. 9 Abs. 2 und 15 Abs. 2 RASAdultes-LAT)

Keine aufschiebende Wirkung (Art. 15 Abs. 3 RASAdultes-LAT; Art. 37 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)



**Ablauf 5**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
 Art. 75a Abs. 2 StGB  
 → 3. Bsp.: **bedingte**  
**Entlassung** gemäss Art. 62d  
 bzw. 86 StGB

**ACHTUNG: Das Verfahren**  
**zur Gewährung einer**  
**bedingten Entlassung ist im**  
**Kanton Waadt kein**  
**Verwaltungsrechtspflege-**  
**verfahren, sondern ein**  
**gerichtliches Verfahren.**

**A. Gewährung bedingte Entlassung**

Überprüfung von Amtes wegen oder auf Gesuch der inhaftierten Person  
 (Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB)



Antrag (inkl. Stellungnahme) des OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 22 Abs. 1 lit. a und d, 22 Abs. 2 lit. a und d sowie 22 Abs. 3 LEP-VD; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



Stellungnahme Anstaltsdirektion  
 (Art. 22 Abs. 1 lit. b, 22 Abs. 2 lit. b und 25 LEP-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
 (Art. 22 Abs. 1 lit. c und 22 Abs. 2 lit. c LEP-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP-VD; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)



Gewährung des rechtlichen Gehörs  
 (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



Entscheid des Juge d'application des peines (als Behörde des Urteilkantons; u.U. als Kollegialgericht)  
 (Art. 26 Abs. 1 lit. a und 26 Abs. 2 LEP-VD; Art. 26 Abs. 3 LEP-VD i.V.m. Art. 364 f. StPO; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. a Konkordat-LAT)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Gewährung bedingte Entlassung (nach Gesetzesrevision)**

Überprüfung von Amtes wegen oder auf Gesuch der inhaftierten Person  
 (Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB)



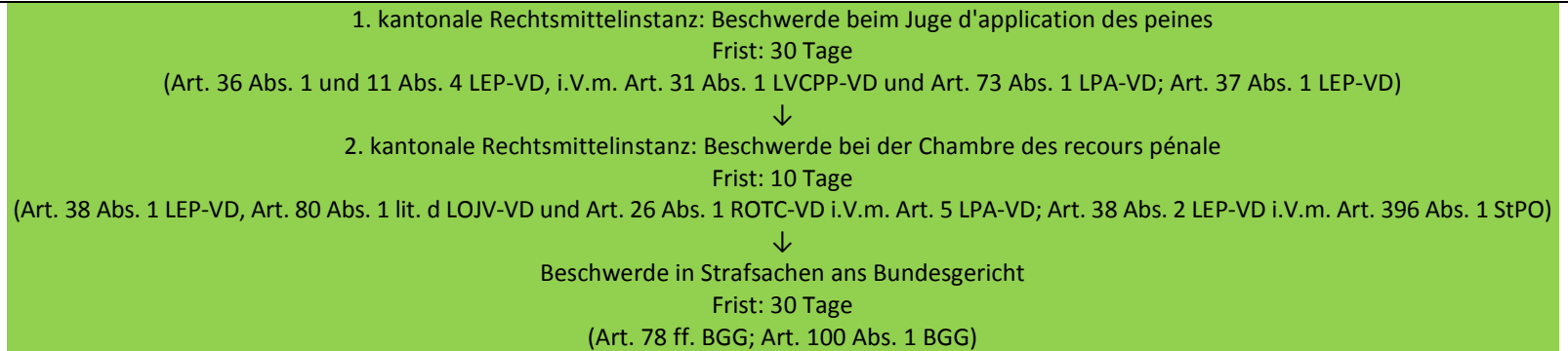
Antrag (inkl. Stellungnahme) des OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 22 Abs. 1 lit. a und d, 22 Abs. 2 lit. a und d sowie 22 Abs. 3 LEP2014-VD; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



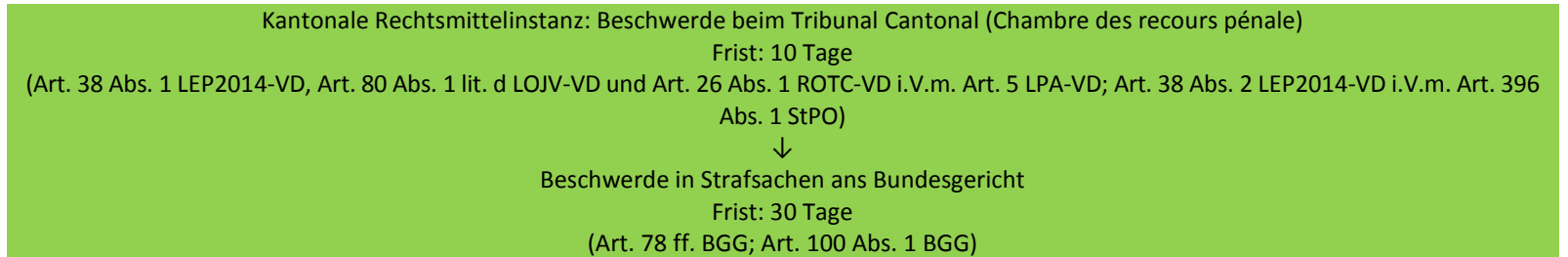
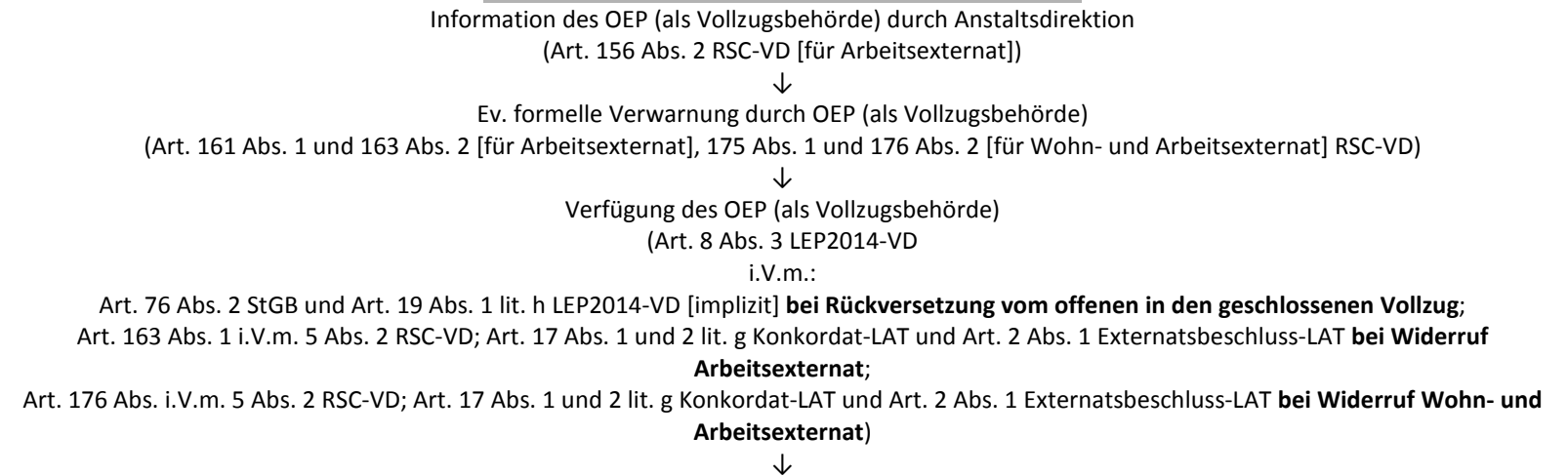
Stellungnahme Anstaltsdirektion  
 (Art. 22 Abs. 1 lit. b, 22 Abs. 2 lit. b und 25 LEP2014-VD; Art. 21 Abs. 2 Konkordat-LAT; Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)



	<p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch die CIC-VD  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>  (Art. 22 Abs. 1 lit. c und 22 Abs. 2 lit. c LEP2014-VD sowie Art. 3 Abs. 2 RCIC-VD i.V.m. Art. 15 LEP2014-VD; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs  (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Entscheid des Juge d'application des peines (als Behörde des Urteilkantons; u.U. als Kollegialgericht)  (Art. 26 Abs. 1 lit. a und 26 Abs. 2 LEP2014-VD; Art. 28a Abs. 1 LEP2014-VD i.V.m. Art. 364 f. StPO; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. a Konkordat-LAT)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)  Frist: 10 Tage  (Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>,  d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b></p> <p style="text-align: center;">Information des OEP (als Vollzugsbehörde) durch Anstaltsdirektion  (Art. 156 Abs. 2 RSC-VD [für Arbeitsexternat])</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. formelle Verwarnung durch OEP (als Vollzugsbehörde)  (Art. 161 Abs. 1 und 163 Abs. 2 [für Arbeitsexternat], 175 Abs. 1 und 176 Abs. 2 [für Wohn- und Arbeitsexternat] RSC-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)  (Art. 8 Abs. 3 LEP-VD  i.V.m.:  Art. 76 Abs. 2 StGB und Art. 19 Abs. 1 lit. h LEP-VD [implizit] <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>;  Art. 163 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. g Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT <b>bei Widerruf Arbeitsexternat</b>;  Art. 176 Abs. i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD; Art. 17 Abs. 1 und 2 lit. g Konkordat-LAT und Art. 2 Abs. 1 Externatsbeschluss-LAT <b>bei Widerruf Wohn- und Arbeitsexternat</b>)</p> <p style="text-align: center;">↓</p>



**Anordnung der Rückversetzung (nach Gesetzesrevision)**





**B. Provisorische Suspendierung bei schwerwiegenden Gründen**

Verfügung der Anstaltsdirektion und Information der OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 162 RSC-VD [für Arbeitsexternat])



Entscheid des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 8 Abs. 3 LEP-VD)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines

Frist: 30 Tage

(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCPP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Provisorische Rückversetzung bei schwerwiegenden Gründen (nach Gesetzesrevision)**

Verfügung der Anstaltsdirektion und Information der OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 162 RSC-VD [für Arbeitsexternat])



Entscheid des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 8 Abs. 3 LEP2014-VD)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 7**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsverschärfungen**  
 → Bsp. Anordnung  
**Hochsicherheitshaft bzw.**  
**Einzelhaft** (i.S.v. Art. 76 und  
 78 lit. a und b StGB bzw.  
 Art. 90 Abs. 1 StGB) sowie  
 Verlegung in eine Abteilung  
 mit erhöhter Sicherheit

**A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges**

Ev. Antrag der Anstaltsdirektion  
 ↓  
 Gewährung des rechtlichen Gehörs  
 (Art. 138 Abs. 1 RSC-VD)  
 ↓  
 Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 19 Abs. 1 lit. g und Art. 8 Abs. 3 LEP-VD; Art. 134 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD, Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT)  
*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)  
 ↓  
 2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  
 ↓  
 Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges (nach Gesetzesrevision)**

Ev. Antrag der Anstaltsdirektion  
 ↓  
 Gewährung des rechtlichen Gehörs  
 (Art. 138 Abs. 1 RSC-VD)  
 ↓  
 Verfügung des OEP (als Vollzugsbehörde)  
 (Art. 19 Abs. 1 lit. g und Art. 8 Abs. 3 LEP2014-VD; Art. 134 Abs. 1 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD, Art. 2 Abs. 2 lit. d Empfehlung Vollzugsplan-LAT)  
*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*

Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)  
 ↓  
 Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Während des Vollzuges in dringenden Fällen**

Verfügung der Anstaltsdirektion und Information des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 137 Abs. 1 und 2 RSC-VD, Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 138 Abs. 3 RSC-VD)



Bestätigung durch OEP (als Vollzugsbehörde)

Frist: 10 Tage

(Art. 137 Abs. 2 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Juge d'application des peines

Frist: 30 Tage

(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD, i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCPP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Während des Vollzuges in dringenden Fällen (nach Gesetzesrevision)**

Verfügung der Anstaltsdirektion und Information des OEP (als Vollzugsbehörde)

(Art. 137 Abs. 1 und 2 RSC-VD, Art. 2 Abs. 2 lit. f Empfehlung Vollzugsplan-LAT)

*Entzug der aufschiebenden Wirkung möglich „si un intérêt public prépondérant le commande“ (vgl. Art. 80 Abs. 2 LPA-VD)*



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 138 Abs. 3 RSC-VD)



Bestätigung durch OEP (als Vollzugsbehörde)

Frist: 10 Tage

(Art. 137 Abs. 2 i.V.m. 5 Abs. 2 RSC-VD)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

	<p>(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 8</b> <b>Verfahren bei Disziplinarsanktionen</b> (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c, 91 StGB)</p>	<p><b>A. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstößen im Allgemeinen</b> Ev. Gesuch für freiwilliges Mediationsverfahren an dafür zuständigen Mitarbeitenden des SPEN (Art. 15 RDD-VD)</p> <p>↓</p> <p>Gewährung des rechtlichen Gehörs (Art. 18 RDD-VD)</p> <p>↓</p> <p><i>Bei psychisch kranken Inhaftierten:</i> Stellungnahme durch Gesundheitsdienst (Art. 19 RDD-VD)</p> <p>↓</p> <p>Verfügung der Anstaltsdirektion (Art. 12 Abs.1 RDD-VD und Art. 24 Abs. 1 lit. c und d LEP-VD; Art. 19 Konkordat-LAT) <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP-VD)</i></p> <p>↓</p> <p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service) Frist: 3 Tage (Art. 34 Abs. 1 LEP-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP-VD)</p> <p>↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Juge d’application des peines Frist: 30 Tage (Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)</p> <p>↓</p> <p>3. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales Frist: 10 Tage (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 3 LEP-VD i.V.m. Art. 95 und 97 BGG; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p>↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen (nach Gesetzesrevision)**

Ev. Gesuch für freiwilliges Mediationsverfahren an dafür zuständigen Mitarbeitenden des SPEN

(Art. 15 RDD-VD)



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 18 RDD-VD)



*Bei psychisch kranken Inhaftierten:* Stellungnahme durch Gesundheitsdienst

(Art. 19 RDD-VD)



Verfügung der Anstaltsdirektion

(Art. 12 Abs.1 RDD-VD und Art. 24 Abs. 1 lit. c und d LEP2014-VD; Art. 19 Konkordat-LAT)

*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service)

Frist: 3 Tage

(Art. 34 Abs. 1 LEP2014-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales)

Frist: 10 Tage

(Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 3 LEP2014-VD i.V.m. Art. 95 und 97 BGG; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion**

Verfügung durch Anstaltsdirektion einer anderen Anstalt

(Delegation gemäss geplanter Gesetzesänderung und heute schon in der Praxis)

*Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP-VD)*



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service)

Frist: 3 Tage

(Art. 34 Abs. 1 LEP-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP-VD)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Juge d'application des peines

Frist: 30 Tage

	<p>(Art. 36 Abs. 1 und 11 Abs. 4 LEP-VD i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LVCP-VD und Art. 73 Abs. 1 LPA-VD; Art. 37 Abs. 1 LEP-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>3. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde bei der Chambre des recours pénales Frist: 10 Tage (Art. 38 Abs. 1 LEP-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 3 LEP-VD i.V.m. Art. 95 und 97 BGG; Art. 38 Abs. 2 LEP-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion (nach Gesetzesrevision)</b></p> <p style="text-align: center;">Verfügung durch Anstaltsdirektion einer anderen Anstalt (Delegation gemäss geplanter Gesetzesänderung und heute schon in der Praxis) <i>Keine aufschiebende Wirkung (Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Service pénitentiaire (Cheffe de Service) Frist: 3 Tage (Art. 34 Abs. 1 LEP2014-VD; Art. 35 Abs. 1 LEP2014-VD)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Tribunal Cantonal (Chambre des recours pénales) Frist: 10 Tage (Art. 38 Abs. 1 LEP2014-VD, Art. 80 Abs. 1 lit. d LOJV-VD und Art. 26 Abs. 1 ROTC-VD i.V.m. Art. 5 LPA-VD; Art. 38 Abs. 3 LEP2014-VD i.V.m. Art. 95 und 97 BGG; Art. 38 Abs. 2 LEP2014-VD i.V.m. Art. 396 Abs. 1 StPO)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<b>Anfechtbarkeit von Realakten</b>	Keine einschlägige Norm.

Aufsichtsanzeige	(dénonciation à l'autorité de surveillance)
Verfahren	<p style="text-align: center;"><b>Beanstandung gegen das Verhalten eines Mitarbeitenden</b>  Verhalten eines Mitarbeitenden  ↓  Beschwerde bei der Anstaltsdirektion  (Art. 115 Abs. 1 RSC-VD; vgl. Ziff. 2 Beschluss Beschwerden-LAT)  <i>Einleitung einer Untersuchung</i>  (Art. 116 Abs. 1 RSC-VD)  ↓  Ev. Gesuch für freiwilliges Mediationsverfahren an dafür zuständigen Mitarbeitenden des SPEN  (Art. 119 Abs. 1 RSC-VD)</p> <p style="text-align: center;"><b>Beanstandung gegen das Verhalten der Anstaltsdirektion</b>  Verhalten der Anstaltsdirektion  ↓  Beschwerde beim SPEN  (Art. 7 LEP-VD; Art. 117 Abs. 1 RSC-VD; Art. 2 und 6 R-EPO; vgl. Ziff. 3 Beschluss Beschwerden-LAT)  ↓  Ev. Gesuch für freiwilliges Mediationsverfahren an dafür zuständigen Mitarbeitenden des SPEN  (Art. 119 Abs. 1 RSC-VD)</p> <p style="text-align: center;"><b>Beanstandung gegen das Verhalten von Mitgefangenen</b>  Verhalten eines Mitgefangenen  ↓  Beschwerde bei der Anstaltsdirektion  (Art. 115 Abs. 1 RSC-VD; vgl. Ziff. 2 Beschluss Beschwerden-LAT)  <i>Einleitung einer Untersuchung</i>  (Art. 116 Abs. 1 RSC-VD)  ↓  Ev. Gesuch für freiwilliges Mediationsverfahren an dafür zuständigen Mitarbeitenden des SPEN  (Art. 119 Abs. 1 RSC-VD)</p> <p style="text-align: center;">Office d'exécution des peines  ↓  Beschwerde beim SPEN  (Art. 7 LEP-VD)</p>

# ANHANG V: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Zug (Sonderfall interkantonale Strafanstalt)

---

## Struktur / Allgemeine Informationen

### Regierungsrat

- Zuständigkeit als 1. kantonale Beschwerdeinstanz, wenn sich die Verfügung auf kantonales Recht stützt oder eine Gesetzesbestimmung dies vorsieht (vgl. § 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG)

### Sicherheitsdirektion

(<http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion>)

- Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzuges: § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG
- Rechtsdienst beim Direktionssekretariat (RD SD)  
(<http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/direktionssekretariat>)
- Vollzugs- und Bewährungsdienst (ehem. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug)  
(<http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst>)
  - Zuständigkeiten im Bereich des Freiheitsentzuges: Ziff. 1 und Ziff. 3 VBD-ZG i.V.m. § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG
- Kantonale Strafanstalt Zug  
(<http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/strafanstalt>)

### Kantonales Verwaltungsgericht

- Zuständigkeit als einzige kantonale Rechtsmittelinstanz (bei Verfügungen, die sich auf Bundesrecht stützen) oder 2. kantonale Beschwerdeinstanz (gegen Beschwerdeentscheide des Regierungsrats) (vgl. § 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG)
- Verwaltungsrechtliche Kammer
  - Zuständige Instanz für Verwaltungsgerichtsbeschwerden: § 5 Abs. 1 Ziff. 1 OG VWGer-ZG

### Interkantonale Strafanstalt Bostadel (ZG und BS)

(<http://www.zg.ch/behoerden/weitere-organisationen/strafanstalt-bostadel>)

- Direktion
- Paritätische Aufsichtskommission  
Organ der Strafanstalt; zusammengesetzt aus je vier Vertretern und Vertreterinnen der Kantone Zug und Basel-Stadt (Art. 11 Vertrag Bostadel BS/ZG)
  - Art. 12 Abs. 1 (insb. lit. b, g und h) Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 HO2011-Bostadel
  - Rekursinstanz gegen Verfügungen der Direktion; Aufsicht über die Führung und die Verwaltung der Anstalt; Erledigung von Disziplinarfällen gemäss den Vorschriften der Personalverordnung (Art. 15) und der Hausordnung.

### Rekurskommission

Zusammengesetzt aus je zwei Vertretern des Appellationsgerichts Basel-Stadt bzw. des Kantonsgerichts Zug (Art. 17 Vertrag Bostadel BS/ZG und gemäss Rückmeldung der zuständigen Stellen)

- Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel
- Rekursinstanz gegen Verfügungen der Paritätischen Aufsichtskommission



## Dokumentation

<b>Öffentlich zugängliche Informationen</b>	<p>Informationen zum Rechtsschutz auf Internetauftritt, jedoch verteilt auf verschiedene Themenbereiche, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedingte Entlassung: <a href="http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/bedingte-entlassung">http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/bedingte-entlassung</a></li> <li>- Freiheitsstrafe: <a href="http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/freiheitsstrafe/downloads/detaillierte-beschreibung-der-freiheitsstrafe-nach-1/download">http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/freiheitsstrafe/downloads/detaillierte-beschreibung-der-freiheitsstrafe-nach-1/download</a></li> <li>- Verwahrung: <a href="http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/verwahrung/downloads/detaillierte-beschreibung-zur-verwahrung-nach-srt./download">http://www.zg.ch/behoerden/sicherheitsdirektion/vollzugs-und-bewaehrungsdienst/verwahrung/downloads/detaillierte-beschreibung-zur-verwahrung-nach-srt./download</a></li> </ul>
<b>Rechtsgrundlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung (OrgG-ZG) vom 29. Oktober 1998, BGS 153.1</li> <li>- Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (DelegationsVO-ZG), BGS 153.3</li> <li>- Verfügung über die Delegation der Befugnisse der Sicherheitsdirektion im Bereich des strafrechtlichen Justizvollzugs gegenüber Erwachsenen an den Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD-ZG) vom 17. Dezember 2010, BGS 153.752</li> <li>- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz-ZG) vom 1. September 1994, BGS 154.21</li> <li>- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG-ZG) vom 26. August 2010, BGS 161.1</li> <li>- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG-ZG) vom 1. April 1976, BGS 162.1</li> <li>- [Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtes vom 14. Januar 1977 (GO VWGer-ZG), BGS 162.11]</li> <li>- Verordnung über die Strafanstalt Zug vom 6. Mai 2003 (VoStrafanstalt-ZG), BGS 331.1 <i>[Anm.: wird derzeit überarbeitet]</i></li> <li>- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (JVV-ZG), BGS 331.2</li> <li>- Hausordnung für Insassen im geschlossenen Strafvollzug Kantonale Strafanstalt Zug vom 30. April 2004 (HOVollzugStrafanstalt-ZG) <i>[Anm.: insgesamt 4 Hausordnungen (Strafvollzug, Halbgefangenschaft, Untersuchungs- und Sicherheitshaft, Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft werden derzeit überarbeitet. Die Hausordnungen stehen allen Gefangenen zur Verfügung, da sie zum Zelleninventar gehören.]</i></li> <li>- Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Kanton Zug) vom 21. Dezember 1972 (Vertrag Bostadel BS/ZG)</li> <li>- Hausordnung Interkantonale Strafanstalt Bostadel vom 30. August 2011 (HO2011-Bostadel)</li> <li>- Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 5. Mai 2006 (Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 [01.0]; Konkordat-NWI), BGS 332.33</li> <li>- REGLEMENT für die konkordatliche Fachkommission (KoFako) vom Dezember 2013 (05.2) (Reglement KoFako)</li> <li>- RICHTLINIEN über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 19. November 2012 (09.0) (RL Ausgang und Urlaub-NWI; in Kraft seit 1. Oktober 2013)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Verlegung in freier geführte Institutionen oder Abteilungen; die externe Beschäftigung; den Vollzug des Wohn- und/oder Arbeitsexternats im Straf- und Massnahmenvollzug; die Anforderungen an durchführenden Institutionen (Externatsrichtlinien-NWI) vom 3. November 2006 (10.0)</li> <li>- RICHTLINIEN für die Vollzugsplanung vom 22. April 2005 (11.1)</li> <li>- Merkblatt Vorgehen bei Einweisung in die Sicherheitsabteilung (Merkblatt SA-NWI) vom 29. November 2013 (31.3)</li> </ul>

<b>Statistiken</b>	<p><b>Rechenschaftsbericht Verwaltungsgericht 2011/2012, Tabelle 3</b>  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2011: 0  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2012: 3</p> <p><b>Rechenschaftsbericht Verwaltungsgericht 2009/2010, Tabelle 3</b>  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2009: 0  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2010: 2</p> <p><b>Rechenschaftsbericht Verwaltungsgericht 2007/2008, Tabelle 3</b>  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2007: 3  Neueingänge Fälle Straf- und Massnahmenvollzug 2008: 3</p> <p><b>Interkantonale Strafanstalt Bostadel Jahresbericht 2012, S. 3:</b> Es mussten 153 Disziplinierungen ausgesprochen werden, davon waren 23 Fälle mit Einschluss auf eigener Zelle von total 59 Tagen und 8 Fälle von Arrest mit total 34 Tagen.</p> <p><b>Interkantonale Strafanstalt Bostadel Jahresbericht 2011, S. 4:</b> Aufgrund von Verstössen gegen die Hausordnung wurden 172 Disziplinierungen ausgesprochen, davon 85 als Bussen zugunsten des Gefangenenfonds. Total wurden 67 Arresttage und 183 Tage Einzelhaft auf der eigenen Zelle verhängt.</p>
--------------------	---

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>§ 15 VRPG-ZG</b> Rechtliches Gehör  <sup>1</sup> Die Behörde gewährt den Parteien das rechtliche Gehör, bevor sie entscheidet.  <sup>2</sup> Bei Dringlichkeit können vor der Anhörung einstweilige Verfügungen getroffen werden.</p> <p><b>Ziff. 15 HO2011-Bostadel</b> Beschwerdeverfahren  <sup>1</sup> Jeder Gefangene hat das Recht, <u>angehört</u> zu werden.</p> <p><b>Ziff. 16 HO2011-Bostadel</b> Disziplinarrecht  <sup>2</sup> Die Grundlage des Disziplinarverfahrens bildet der Rapport eines oder mehrerer Mitarbeitenden der Strafanstalt. <u>Der Gefangene wird angehört.</u> Er bleibt bis zur erstinstanzlichen Erledigung des Disziplinarverfahrens in seiner Zelle.</p> <p><b>Art. 21 HOVollzugStrafanstalt-ZG</b> Leitung  [...]  <sup>3</sup> Die Leitung und deren Stellvertretung ist überdies zuständig für alle Entscheide, die in die Rechte und Pflichten der Insassen eingreifen. Vor Erlass eines Entscheids wird dem Betroffenen bzw. der Betroffenen das <u>rechtliche Gehör gewährt</u>. Einer Beschwerde gegen einen Entscheid wird die aufschiebende Wirkung entzogen.</p> <p><b>Art. 32 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG</b> Zuständigkeit  <sup>1</sup> Disziplinar massnahmen sind von der Anstaltsleitung nach Gewährung des rechtlichen Gehörs schriftlich und begründet zu verfügen.</p> <p><b>Art. 33 HOVollzugStrafanstalt-ZG</b> Anhörungsrecht  Der Insasse hat das Recht, angehört zu werden. Er kann bei der Leitung der Strafanstalt jederzeit um ein Gespräch nachsuchen.</p> <p><b>Art. 33 HOVollzugStrafanstalt-ZG</b> Anhörungsrecht (<i>neue Version, Stand April 2014</i>)  Alle Gefangenen haben das Recht angehört zu werden. Sie können bei der Leitung der Strafanstalt um ein Gespräch nachsuchen.</p>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die Inhaftierten z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhalten?)</p>	<p><b>Ziff. 4 HO2011-Bostadel</b> Eintritt  <sup>2</sup> Dem Gefangenen werden die Hausordnung, die dazugehörigen Merkblätter sowie die notwendigen Weisungen abgegeben. Analphabeten und Fremdsprachigen sind sie in verständlicher Form zur Kenntnis zu bringen.</p> <p><b>§ 11 VoStrafanstalt-ZG</b>  <sup>2</sup> Die Rechte und Pflichten der Insassinnen und Insassen richten sich im Übrigen nach der für die einzelne Haftart geltenden Hausordnung.</p> <p><b>Art. 34 HOVollzugStrafanstalt-ZG</b> Beschwerderecht  <sup>1</sup> Beschwerden gegen das Personal bzw. einzelne Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Strafanstalt sind schriftlich an die Leitung der Strafanstalt zu richten. Beschwerden gegen die Leitung der Strafanstalt an den Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug.  <sup>2</sup> Gegen Entscheide der Leitung der Strafanstalt kann innert 20 Tagen nach Erhalt der formellen Verfügung beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich und begründet unter Beilage des angefochtenen Entscheids Beschwerde erhoben werden.</p>

**§ 19 VRPG-ZG \* Eröffnung**

<sup>1</sup> Der Entscheid wird schriftlich eröffnet und muss enthalten:

1. den Rechtsspruch;
2. den Kostenspruch;
3. die Rechtsmittelbelehrung;
4. die Daten der Entscheidung und des Versandes.

<sup>2</sup> In Briefform ausgefertigte Entscheide sind als solche zu bezeichnen.

**§ 20 VRPG-ZG Schriftliche Begründung**

<sup>1</sup> Der Entscheid ist in der Regel schriftlich zu begründen.

<sup>2</sup> Bei einseitigen Verwaltungsentscheiden kann auf eine schriftliche Begründung verzichtet werden, wenn sie dem Begehren des Antragstellers voll entsprechen und keine Rechte Dritter betreffen. \*

<sup>3</sup> Rechtsmittelentscheide können im Dispositiv ohne Begründung oder mit einer Kurzbegründung mitgeteilt werden, worauf jede Partei innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich einen vollständig begründeten Entscheid verlangen kann. Andernfalls erwächst er in Rechtskraft. \*

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion mit Variationen</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der interkantonalen Strafanstalt Bostadel</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b> Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde) (vgl. Ziff. 1 VBD-ZG und § 2 Abs. 1 JVV i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;"><i>Sofern sich Verfügung auf <u>kantonales Recht</u> stützt oder Gesetzesbestimmung dies vorsieht</i></p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Regierungsrat Frist: 20 Tage (§ 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 43 VRPG-ZG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht → als 2. kantonale Rechtsmittelinstanz gegen Beschwerdeentscheide des Regierungsrats → als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, <i>wenn sich Verfügung auf <u>Bundesrecht</u> stützt (REGELFALL)</i> Frist: 30 Tage (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**B.1. Verfügung in der Strafanstalt Zug**

Verfügung der Anstaltsdirektion  
(vgl. Art. 21 HOVollzugStrafanstalt-ZG)



Sofern sich Verfügung auf kantonales Recht stützt oder Gesetzesbestimmung dies vorsieht

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Regierungsrat

Frist: 20 Tage

(Art. 34 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG, § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; Art. 34 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG und § 43 Abs. 2 VRPG-ZG)



Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht

→ als 2. kantonale Rechtsmittelinstanz gegen Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

→ als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, wenn sich Verfügung auf Bundesrecht stützt

Frist: 30 Tage

(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B.2. Verfügung in der interkantonalen Strafanstalt Bostadel**

Verfügung der Anstaltsdirektion



Rekurs an paritätische Aufsichtskommission (als Organ der Strafanstalt)

Frist: 10 Tage

(Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)



Anfechtung bei der Rekurskommission

Frist: 10 Tage

(Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

### **C. Anordnung oder Weisung eines Mitarbeitenden**

Anordnung oder Weisung eines Mitarbeitenden



Schriftliche Beschwerde beim Direktor

(Art. 34 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG; Ziff. 15 Abs. 2 HO2011-Bostadel)



*Sofern sich Verfügung auf kantonales Recht stützt oder  
Gesetzesbestimmung dies vorsieht*

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Regierungsrat

Frist: 20 Tage

(Art. 34 Abs. 2 HOVollzugStrafanstalt-ZG; § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG;  
Art. 34 Abs. 2 HOVollzugStrafanstalt-ZG und § 43 Abs. 1 VRPG-ZG)



Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht

→ als 2. kantonale Rechtsmittelinstanz gegen Beschwerdeentscheide  
des Regierungsrats

→ als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, wenn sich Verfügung auf  
Bundesrecht stützt

Frist: 30 Tage

(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

Rekurs an paritätische Aufsichtskommission (als Organ der  
Strafanstalt)

Frist: 10 Tage

(Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3  
HO2011-Bostadel)



Anfechtung bei der Rekurskommission

Frist: 10 Tage

(Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel;  
Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

### **D. Verfügung paritätische Aufsichtskommission**

Verfügung paritätische Aufsichtskommission



Anfechtung bei der Rekurskommission

(zusammengesetzt aus je zwei Vertretern des Disziplinargerichtes Basel-Stadt bzw. des Kantonsgerichts Zug)

(Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 2**  
**Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes** (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)

**A. Einweisung (Entscheid gestützt auf Bundesrecht)**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde  
(Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Anordnung Vollzug und Bestimmung des Vollzugsortes durch Vollzugs- und Bewährungsdienst (als Vollzugsbehörde)  
(Ziff. 1 Nr. 53 VBD-ZG und § 2 Abs. 1 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 14 Abs. 1 Konkordat-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung**

Gewährung des rechtlichen Gehörs  
(Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)



Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  
(Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 53 und 56 VBD-ZG i.V.m. § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG sowie § 5 und § 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Ziff. 3 Abs. 2 HO2011-Bostadel; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)  
Entzug der aufschiebenden Wirkung (§ 45 Abs. 1 VRPG-ZG, Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 VRPG-ZG i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**C. Verlegung im Normalfall (Entscheid gestützt auf Bundesrecht)**

Ev. Antrag der Anstaltsdirektion  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)





Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde  
(Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  
(Ziff. 1 Nr. 53 VBD-ZG und § 2 Abs. 1 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 14 Abs. 2 und Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**D. Verlegung in dringenden Fällen (Entscheid gestützt auf Bundesrecht)**

Verfügung der Anstaltsdirektion  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)

Entzug der aufschiebenden Wirkung aus zwingenden Gründen möglich (Strafanstalt Zug: vgl. § 45 Abs. 1 VRPG-ZG)



Information des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  
(Art. 14 Abs. 2 Konkordat-NWI)



Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim  
Verwaltungsgericht  
(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)  
Frist: 30 Tage  
↓  
Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

Rekurs an paritätische Aufsichtskommission (als Organ der Strafanstalt)  
Frist: 10 Tage  
(Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)  
↓  
Anfechtung bei der Rekurskommission  
Frist: 10 Tage  
(Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)  
↓  
Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Anmerkung:** In der Praxis erfolgt in der IKS Bostadel keine solche Verlegung in dringenden Fällen. Eine Verlegung erfolgt immer in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Vollzugsbehörde.

<p><b>Ablauf 3</b>  <b>Verfahren bei</b>  <b>Vollzugsöffnungen</b> i.S.v.  Art. 75a Abs. 2 StGB  → 1. Bsp.: <b>Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b>,  d.h. geschlossener Vollzug –  offener Vollzug –  Arbeitsexternat – Arbeits-  und Wohnexternat ( –  bedingte Entlassung  [separat])</p> <p>= Ablauf Verfahren bei nicht  gewährten  Vollzugsöffnungen</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung der nächsten Vollzugsstufe</b>  Ev. Gesuch der inhaftierten Person  ↓  Schriftlicher Antrag der Vollzugsanstalt  (vgl. Ziff. 3.6 Externatsrichtlinien-NWI bei Arbeitsexternat)  ↓  Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>  (Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)  ↓  Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  (§ 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI  i.V.m.:  Art. 76 Abs. 2 und Art. 77a Abs. 2 StGB [implizit], Ziff. 1 Nr. 9, 53 und 71 VBD-ZG sowie Ziff. 1 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug;</b>  Art. 77a Abs. 1 und 2 sowie 90 Abs. 2bis StGB, Ziff. 1 Nr. 54 und 71 VBD-ZG sowie Ziff. 3.6 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Arbeitsexternat;</b>  Art. 77a Abs. 3 und 90 Abs. 2bis StGB, Ziff. 1 Nr. 54, 69 und 71 VBD-ZG sowie Ziff. 4.5 Externatsrichtlinien-NWI <b>bei Wohn- und Arbeitsexternat)</b>  ↓  Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)  ↓  Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
--	--

**Ablauf 4**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
 Art. 75a Abs. 2 StGB  
 → 2. Bsp.:  
**Urlaubsgewährung** gemäss  
 Art. 84 Abs. 6 und  
 90 Abs. 4 StGB

**A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
 (§ 23 VoStrafanstalt-ZG und Art. 26 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG bzw. Ziff. 10 Abs. 8 HO2011-Bostadel i.V.m. Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)

↓

Schriftlicher Antrag (inkl. Stellungnahme) der Vollzugsanstalt  
 (§ 23 VoStrafanstalt-ZG bzw. Ziff. 10 Abs. 8 HO2011-Bostadel i.V.m. Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)

↓

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
*wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde*  
 (Ziff. 5.3. RL Ausgang und Urlaub-NWI; Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)

↓

Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  
 (Ziffer 1 Nr. 61 und 70 VBD-ZG und § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; § 23 VoStrafanstalt-ZG bzw. Ziff. 10 Abs. 8 HO2011-Bostadel i.V.m. Ziff. 4 und 5.4 RL Ausgang und Urlaub-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)

↓

Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt in Vollzugauftrag**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
 (§ 23 VoStrafanstalt-ZG und Art. 26 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG bzw. Ziff. 10 Abs. 8 HO2011-Bostadel i.V.m. Ziff. 5.2. RL Ausgang und Urlaub-NWI)

↓

Verfügung der Anstaltsdirektion  
 (§ 23 VoStrafanstalt-ZG und Art. 26 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG bzw. Ziff. 10 Abs. 8 HO2011-Bostadel i.V.m. Ziff. 4, 5.1 und 5.4 RL Ausgang und Urlaub-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)

Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde beim Verwaltungsgericht  
 (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)  
 Frist: 30 Tage

↓

Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  
 Frist: 30 Tage  
 (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

Rekurs an paritätische Aufsichtskommission (als Organ der Strafanstalt)  
 Frist: 10 Tage  
 (Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)

↓

Anfechtung bei der Rekurskommission

		<p style="text-align: center;">Frist: 10 Tage          (Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel;          Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)          ↓          Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht          Frist: 30 Tage          (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 5</b>  <b>Verfahren bei</b>  <b>Vollzugsöffnungen</b> i.S.v.          Art. 75a Abs. 2 StGB          → 3. Bsp.: <b>bedingte</b>  <b>Entlassung</b> gemäss Art. 62d          bzw. 86 StGB</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung bedingte Entlassung</b></p> <p style="text-align: center;">Überprüfung von Amtes wegen oder auf Gesuch der inhaftierten Person          (Art. 62d Abs. 1 und 86 StGB)          ↓          Stellungnahme der Anstaltsdirektion          (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)          ↓          Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  <i>wenn Verbrechen nach Art. 64 Abs. 1 StGB begangen wurde</i>          (Reglement KoFako i.V.m. Art. 10 Konkordat-NWI; Art. 62d Abs. 2 und 75a StGB)          ↓          Gewährung des rechtlichen Gehörs          (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB)          ↓          Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)          (Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 15, 30, 46 und 62 VBD-ZG und § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 16 Abs. 1          Konkordat-NWI)          ↓          Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht          Frist: 30 Tage          (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)          ↓          Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht          Frist: 30 Tage          (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>	

<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>, d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b>  Ev. Antrag der Vollzugsanstalt  ↓  Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  (§ 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG i.V.m. §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI i.V.m.:  Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 53 VBD-ZG i.V.m. Art. 76 Abs. 2 StGB <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>;  Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 54 VBD-ZG sowie Ziff. 3.7 Externatsrichtlinien -NWI <b>bei Widerruf Arbeitsexternat</b>;  Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 54 und 69 VBD-ZG sowie Ziff. 4.5 Externatsrichtlinien -NWI <b>bei Widerruf Wohn- und Arbeitsexternat</b>)  ↓  Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)  ↓  Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 7</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfungen</b>  → Bsp. Anordnung <b>Hochsicherheitshaft bzw. Einzelhaft</b> (i.S.v. Art. 76 und 78 lit. a und b StGB bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) sowie Verlegung in eine Abteilung mit erhöhter Sicherheit</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges</b>  Ev. Antrag der Vollzugsanstalt  ↓  Gewährung des rechtlichen Gehörs  (Ziff. 2 Merkblatt SA-NWI)  ↓  Verfügung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (als Vollzugsbehörde)  (Art. 123 BV und Art. 76 Abs. 2 und 78 lit. a und b StGB [für Einzelhaft]; Ziffer 1 Abs. 1 Ziff. 53 und 56 VBD-ZG i.V.m. § 2 Abs. 1 und 2 JVV-ZG sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 OrgG-ZG und § 115 GOG-ZG; Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI; Art. 16 Abs. 1 Konkordat-NWI)  <i>Entzug der aufschiebenden Wirkung (Ziff. 3 Merkblatt SA-NWI)</i>  ↓  Kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)  ↓  Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**Ablauf 8**  
**Verfahren bei**  
**Disziplinarsanktionen**  
(Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c,  
91 StGB)

**A.1. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen in der kantonalen Strafanstalt Zug**

Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Art. 32 Abs. 1 und 33 HOVollzugStrafanstalt-ZG; vgl. auch § 15 VRPG-ZG)



Verfügung Anstaltsdirektion bzw. Anordnung durch Personal und nachträgliche formelle Verfügung durch Anstaltsdirektion innert 3 Tagen

(§ 26 VoStrafanstalt-ZG sowie Art. 22 Abs. 2 und 32 HOVollzugStrafanstalt-ZG)

Entzug der aufschiebenden Wirkung (Art. 32 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG, § 45 Abs. 1 VRPG-ZG)



Sofern sich Verfügung auf kantonales Recht stützt oder Gesetzesbestimmung dies vorsieht

1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Regierungsrat

Frist: 20 Tage

(Art. 34 Abs. 1 HOVollzugStrafanstalt-ZG, § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; Art. 34 Abs. 2 HOVollzugStrafanstalt-ZG und § 43 Abs. 1 VRPG-ZG )



Beschwerde ans kantonale Verwaltungsgericht

→ als 2. kantonale Rechtsmittelinstanz gegen Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

→ als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, wenn sich Verfügung auf Bundesrecht stützt

Frist: 30 Tage

(§ 61 Abs. 1 Ziff. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 und 3 VRPG-ZG; § 64 VRPG-ZG)



Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**A.2. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen in der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel**

Rapport eines oder mehrerer Mitarbeitenden der Strafanstalt

(Ziff. 16 Abs. 2 HO2011-Bostadel)



Gewährung des rechtlichen Gehörs

(Ziff. 16 Abs. 2 HO2011-Bostadel)



Schriftliche Verfügung der Anstaltsdirektion mit Rechtsmittelbelehrung (mündliche Eröffnung)

(Ziff. 16 Abs. 8 HO2011-Bostadel)

Aufschiebende Wirkung nur auf ausdrückliche Anordnung des Vizepräsidenten der Paritätischen Aufsichtskommission (Ziff. 16 Abs. 9 HO2011-Bostadel)



Rekurs an paritätische Aufsichtskommission (als Organ der Strafanstalt)

Frist: 10 Tage

(Art. 12 Abs. 1 lit. g Vertrag Bostadel BS/ZG Ziff. 15 Abs. 3 und HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)

	<p style="text-align: center;">↓  Anfechtung bei der Rekurskommission  Frist: 10 Tage  (Art. 18 Vertrag Bostadel BS/ZG und Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel; Ziff. 15 Abs. 3 HO2011-Bostadel)</p> <p style="text-align: center;">↓  Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion</b>  <i>Anmerkung: Disziplinarische Verstösse gegen die Anstaltsdirektion/Gefängnisleitung werden wie alle anderen Disziplinarverstösse geahndet. Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.</i></p>
<p><b>Anfechtbarkeit von Realakten</b></p>	<p><b>VRPG-ZG § 21a</b> * Entscheid über Realakte</p> <p><sup>1</sup> Wer ein schutzwürdiges Interesse hat, kann von der Behörde, die für Handlungen zuständig ist, welche sich auf öffentliches Recht des Bundes oder des Kantons stützen und Rechte und Pflichten berühren, verlangen, dass sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) widerrechtliche Handlungen unterlässt, einstellt oder widerruft;</li> <li>b) die Folgen widerrechtlicher Handlungen beseitigt;</li> <li>c) die Widerrechtlichkeit von Handlungen feststellt.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Ihre Anordnungen und Feststellungen sind Entscheide.</p>

Aufsichtsanzeige	
Verfahren	<p style="text-align: center;"><b>Kantonale Strafanstalt Zug</b>  <b>Mitarbeitende</b>  ↓  Anstaltsdirektion  (§ 1 Abs. 3 und 4 Personalgesetz-ZG i.V.m. § 2 Abs. 2 DelegationsVO-ZG; § 3 VoStrafanstalt-ZG; § 52 VRPG-ZG)</p> <p style="text-align: center;"><b>Anstaltsdirektion</b>  ↓  Regierungsrat</p> <p>→ Anstaltsdirektion entscheidet bei Aufsichtsbeschwerden gegen Mitarbeitende der Anstalt (§ 1 Abs. 3 und 4 Personalgesetz-ZG i.V.m. § 2 Abs. 2 DelegationsVO-ZG; Verfügung über die Zuständigkeit betreffend individuelle Personalgeschäfte bei der Sicherheitsdirektion)  → Aufsichtsbeschwerde gegen das Amt selber oder die Anstaltsleitung (z.B. auch "Aufsichtsbeschwerde" gegen Aufsichtsbeschwerdeentscheid): Regierungsrat entscheidet über individuelle Personalgeschäfte der Amtsleiter (§ 1 Abs. 3 und 4 Personalgesetz-ZG i.V.m. § 2 Abs. 3 Bst. e DelegationsVO-ZG)</p> <p style="text-align: center;"><b>Interkantonale Strafanstalt Bostadel</b>  Mitarbeitende  ↓  Anstaltsdirektion  (Ziff. 15 HO2011-Bostadel)  ↓  Paritätische Aufsichtskommission  (Art. 12 Abs. 1 lit. b Vertrag Bostadel BS/ZG; Ziff. 15 HO2011-Bostadel)</p> <p style="text-align: center;"><b>Vollzugsbehörde</b>  Vollzugs- und Bewährungsdienst  ↓  Regierungsrat</p>



# ANHANG VI: Factsheet Rechtsschutz und Freiheitsentzug Kanton Zürich

---

## Struktur / Allgemeine Informationen

### Regierungsrat

- Rechtsdienst des Regierungsrates  
([http://www.sk.zh.ch/internet/staatskanzlei/de/die\\_staaatskanzlei/organisation/rechtsdienst.html](http://www.sk.zh.ch/internet/staatskanzlei/de/die_staaatskanzlei/organisation/rechtsdienst.html))
  - Zuständig für Rekurs gegen Anordnung einer Direktion (Art. 26 Abs. 2 VRG-ZH)
  - Zuständig bei Vorbefassung des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Inneren (Art. 19b Abs. 4 VRG-ZH)

### Direktion der Justiz und des Inneren

- Zuständigkeit im Bereich Freiheitsentzugs: § 58 VOG RR-ZH i.V.m. Anhang 1 lit. A Ziff. 1 VOG RR-ZH
- Rechtsmitteldienst beim Generalsekretariat (RD DJI)  
([http://www.ji.zh.ch/internet/justiz\\_innere/de/unsere\\_direktion/generalsekretariat/rechtsmitteldienst.html](http://www.ji.zh.ch/internet/justiz_innere/de/unsere_direktion/generalsekretariat/rechtsmitteldienst.html))
  - Zuständig für Beschwerden an die Direktion: § 29 Abs. 1 StJVG-ZH, § 19b Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 lit. b Ziffer 1 VRG-ZH sowie für Aufsichtsbeschwerden § 30 StJVG-ZH.
- Amt für Justizvollzug (JuV)  
([http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz\\_innere/juv/de/home.html](http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz_innere/juv/de/home.html))  
([http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz\\_innere/juv/de/ueber\\_uns/organisation.html](http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz_innere/juv/de/ueber_uns/organisation.html))
  - Zuständigkeit im Bereich des Freiheitsentzugs: § 1 Abs. 1 lit. a Ziff. 1, Abs. 2 i.V.m. Anhang 1 Ziff. 1.1 lit. b JIOV-ZH und § 2 i.V.m. § 5 JVV-ZH
  - Amtsleitung (Stabsdienst)
    - Stabsbereich Rechtsdienst: u.a. zuständig für Beschwerden an das Amt: § 30 StJVG-ZH.
  - Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD)
    - Zuständig als Vollzugsbehörde und für den Vollzug von gerichtlich angeordneten Freiheitsstrafen und strafrechtlichen Massnahmen: § 8 Abs. 1 lit. a i.V.m. § 5 lit. a, d und e JVV-ZH
  - Justizvollzugsanstalt Pöschwies  
([http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz\\_innere/juv/de/ueber\\_uns/organisation/jva.html](http://www.justizvollzug.zh.ch/internet/justiz_innere/juv/de/ueber_uns/organisation/jva.html))
  - Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]
  - Psychiatrisch-Psychologischer Dienst (PPD) [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]
  - Untersuchungsgefängnisse Zürich (UGZ) [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]
  - Vollzugseinrichtungen Zürich (VEZ) [Anm.: nicht Gegenstand der Untersuchung]

### Verwaltungsgericht

- Zuständig für Beschwerden gegen Entscheide der Direktion der Justiz und des Inneren betreffend Vollzug: § 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH

## Dokumentation

<b>Öffentlich zugängliche Informationen</b>	Keine spezifischen Informationen auf der Homepage des Amtes für Justizvollzug zu Rechtsschutz im Freiheitsentzug.
<b>Rechtsgrundlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007 (VOG RR-ZH), LS 172.11</li> <li>- Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (JIOV-ZH) LS 172.110.1</li> <li>- Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mail 1959 (VRG-ZH), LS 175.2</li> <li>- Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 (GOG-ZH), LS 211.1</li> <li>- Straf- und Justizvollzugsgesetz vom 19. Juni 2006 (StJVG-ZH), LS 331</li> <li>- Justizvollzugsverordnung vom 6. Dezember 2006 (JVV-ZH), LS 331.1</li> <li>- Hausordnung JVA Pöschwies, Ausgabe 2009 (HO2009-Pöschwies)</li> <li>- Beschluss des Regierungsrates vom 13. Dezember 2006 betreffend Zustimmung zum Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 (Konkordat-OST), LS 334</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für die Vollzugsplanung vom 7. April 2006 (RL Vollzugsplanung-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über den Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen bei potentiell gefährlichen Straftätern und Straftäterinnen vom 26. Oktober 2012 (RL Gemeingefährlichkeit-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 7. April 2006 (RL Urlaub-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über die Gewährung des Arbeitsexternats und des Wohnexternats sowie über die Beschäftigung von eingewiesenen Personen bei einem privaten Arbeitgeber vom 7. April 2006 (RL Arbeits- und Wohnexternat-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission betreffend die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug vom 7. April 2006 (RL bedingte Entlassung-OST)</li> <li>- Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2007 (RL Disziplinarrecht-OST)</li> </ul>
<b>Statistiken</b>	<p><b>JuV Zahlenspiegel 2012, Rechtsmittel</b>                  Neueingänge Rekurs- und Beschwerden 2008: 133; 2009: 185; 2010: 205; 2011: 164; 2012: 166</p> <p><b>Justizvollzugsanstalt Pöschwies Jahresbericht 2012, S. 14 f.</b>                  Entweichungen Haus Lägern 2012: 2, 2011: 3                  Disziplinarvergehen 2012: 327; 2011: 346</p>

## Verfahrensrechtliche Garantien

<p><b>Rechtliches Gehör</b> (Wo wird in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich der Anspruch auf eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme erwähnt?)</p>	<p><b>§ 18 JVV-ZH Vorprüfung</b> <sup>2</sup> Ist die Verbüssung in verschiedenen Vollzugsformen möglich, orientiert das Amt die verurteilte Person und setzt ihr Frist zur Stellungnahme.</p> <p><b>164 JVV-ZH Disziplinarverfahren</b> <sup>1</sup> Nach Abklärung des Sachverhalts wird der inhaftierten Person Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben (...).</p> <p><b>§ 26 b VRG-ZH Rekursverfahren</b> <sup>1</sup> (...) die am vorinstanzlichen Verfahren Beteiligten erhalten Gelegenheit zur schriftlichen Vernehmlassung (...).</p> <p><b>Ziff. 8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST Verfahren</b> (...) Die betroffene Person erhält vor Erlass der Disziplinarverfügung Gelegenheit zur Stellungnahme.</p> <p><b>§ 8 Abs. 2 HO2009-Pöschwies Unterbringung auf der Sicherheitsabteilung</b> <sup>2</sup> Dem Gefangenen ist umgehend Gelegenheit zu geben, sich zur Einweisung in die Sicherheitsabteilung zu äussern.</p> <p><b>Bst. B Ziff. 2 RL bedingte Entlassung-OST Anhörung</b> Vor dem Entscheid der zuständigen Vollzugsbehörde betreffend</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ordentliche bedingte Entlassung auf den 2/3-Termin,</li> <li>- ausserordentliche bedingte Entlassung bei oder nach der Strafhälfte</li> <li>- jährliche Neuprüfung der bedingten Entlassung nach einer Abweisung der ordentlichen bedingten Entlassung</li> </ul> <p>ist die verurteilte Person anzuhören, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die bedingte Entlassung nicht ohne weiteres bewilligt werden kann,</li> <li>- die verurteilte Person im Gesuch um bedingte Entlassung eine Anhörung ausdrücklich (...) verlangt.</li> </ul>
<p><b>Information der inhaftierten Person</b> (Wo finden sich in den Rechtsgrundlagen Hinweise dazu, wann und in welcher Form die inhaftierte Person z.B. zu Beschwerdewegen Informationen erhält?)</p>	<p><b>§ 67 JVV-ZH Bedingte Entlassung</b> <sup>1</sup> Die Vollzugseinrichtung macht die verurteilte Person rechtzeitig auf die Möglichkeit der bedingten Entlassung aufmerksam</p> <p><b>§ 95 JVV-ZH Aufklärung über Rechte und Pflichten</b> <sup>1</sup> Beim Eintritt in eine Vollzugseinrichtung werden die verurteilten Personen in einer ihnen verständlichen Sprache über ihre Rechte und Pflichten informiert. Die massgeblichen Vollzugsbestimmungen der Vollzugseinrichtung werden ihnen abgegeben (...).</p> <p><b>§ 10 VRG-ZH Erledigung (ähnlich § 164 Abs. 3 JVV-ZH Disziplinarverfahren, § 8 HO2009-Pöschwies Unterbringung auf der Sicherheitsabteilung)</b> <sup>1</sup> Schriftliche Anordnungen sind zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen, die das zulässige ordentliche Rechtsmittel, die Rechtsmittelinstanz und die Rechtsmittelfrist bezeichnet.</p> <p><b>§ 5 HO2009-Pöschwies/ Erweiterungsbau</b> Beim Eintritt (...) erhält [der Gefangene] ein Exemplar der Justizvollzugsverordnung und der Hausordnung.</p>

## Verfahrensabläufe

Verwaltungsrechtspflege	
<p><b>Ablauf 1</b> <b>Verfahren im Allgemeinen</b></p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung durch die Einweisungs- und Vollzugsbehörde</p> <p>= normales Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p>= Verfahren bei Verfügung der Anstaltsdirektion mit Variationen</p> <p><i>Anmerkung zu Verfahren bei Verfügung der Einweisungs- und Vollzugsbehörde: Annahme, dass es sich um eine kantonsinterne inhaftierte Person handelt.</i></p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Verfügung der Vollzugsbehörde</b> Verfügung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (§ 8 Abs. 1 lit. a i.V.m. § 5 lit. a, d und e JVV-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI Frist: 30 Tage (§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Verfügung der Anstaltsdirektion</b> Verfügung der Anstaltsdirektion</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI Frist: 30 Tage (§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art.78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

**Ablauf 2**  
**Verfahren bei Bestimmung des Vollzugsortes** (i.S.v. Art. 76 bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie 64 StGB)

**A. Einweisung**

Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
(Ziff. 2.1 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Anordnung des Vollzugsortes durch die Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde)  
(§ 51 i.V.m. § 8 Abs. 1 und § 5 lit. a, d und e JVV-ZH, Art. 10 lit. a Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 1 RL Vollzugsplanung-OST)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  
Frist 30 Tage  
(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung bei der Einweisung**

Verfügung der Anstaltsdirektion  
(§ 6, Abs. 3, § 8 Abs. 1 HO2009-Pöschwies, § 10 Abs.6 und § 92 JVV-ZH, Art. 9 Konkordat-OST)  
*Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen möglich (§ 25 Abs. 3 VRG-ZH)*



kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  
Frist: 30 Tage  
(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**C. Verlegung im Normalfall**  
**(aus Gründen des Zustandes, Verhaltens oder der Sicherheit, wegen einer erforderlichen Behandlung oder besseren Eingliederungsmöglichkeit)**

Antrag der Anstaltsdirektion auf Verlegung

(JuV-Interne Organisationsregelung, Art. 12 Konkordat-OST, Ziff. 6 RL Disziplinarrecht-OST)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission

(Ziff. 2.1 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde)

(§ 58 Abs. 1 und 3 i.V.m. § 8 Abs. 1 und § 5 lit. a, d und e JVV-ZH, Art. 10 lit. a Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 1 RL Vollzugsplanung-OST)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI

Frist: 30 Tage

(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht

Frist: 30 Tage

(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, § 19a Abs. 1, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; §53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)

**D. Verlegung in dringenden Fällen (aus Gründen der Sicherheit)**

Verfügung der Anstaltsdirektion

(§ 58 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 6 JVV-ZH; vgl. auch § 110 JVV-ZH)

Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen (§ 25 Abs. 3 VRG-ZH)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI

Frist: 30 Tage

(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht

Frist: 30 Tage

(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH, § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht

Frist: 30 Tage

(Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 3**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen** i.S.v.  
Art. 75a Abs. 2 StGB  
→ 1. Bsp.: **Gewährung der**  
**nächsten Vollzugsstufe**,  
d.h. geschlossener Vollzug –  
offener Vollzug –  
Arbeitsexternat – Arbeits-  
und Wohnexternat ( –  
bedingte Entlassung  
[separat])

**A. Gewährung der nächsten Vollzugsstufe**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person



Antrag (inkl. Stellungnahme) der Anstaltsdirektion  
(§ 69 Abs. 1 JVV-ZH)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
(Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST, Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde)  
(§ 8 Abs. 1 und § 5 lit. a, d und e JVV-ZH, Art. 10 lit. c Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST i.V.m.:  
§ 60 JVV-ZH **bei Verlegung vom geschlossenen in offenen Vollzug;**  
§ 64 Abs. 1 JVV-ZH, Ziff. 2 RL Arbeits- und Wohnexternat-OST **bei Arbeitsexternat sowie Arbeits- und Wohnexternat**)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  
Frist: 30 Tage  
(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, § 19a Abs. 1, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)

**Ablauf 4**  
**Verfahren bei**  
**Vollzugsöffnungen**  
→ 2. Bsp.:  
**Urlaubsgewährung** gemäss  
Art. 84 Abs. 6 und  
90 Abs. 4 StGB

**A. Urlaubsgewährung bei fehlender Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
(§ 71 HO2009-Pöschwies)



Antrag (inkl. Stellungnahme) der Anstaltsdirektion *nur bei Befürwortung*  
(§ 72 Abs. 2 HO2009-Pöschwies, Ziff. 3.2 RL Urlaub-OST)



Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission  
(Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)



Verfügung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde)  
(§ 72 Abs. 1 HO2009-Pöschwies, § 8 Abs. 1 i.V.m. § 5 a,d und e, § 61 Abs. 1 JVV-ZH i.V.m. Art. 10 lit. c, Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST; Ziff. 2 Satz 1 RL Urlaub-OST)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  
Frist: 30 Tage  
(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  
Frist: 30 Tage  
(§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, § 19a Abs. 1, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)



Beschwerde ans Bundesgericht  
Frist: 30 Tage  
(Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)

**B. Urlaubsgewährung bei Delegation der Kompetenz an die Vollzugsanstalt in Vollzugauftrag oder wenn Urlaubsablehnung (Verfahren bei Ablehnung gilt nur für die JVA Pöschwies)**

Ev. Gesuch der inhaftierten Person  
(§ 71 HO2009-Pöschwies)



Verfügung der Anstaltsdirektion  
(§ 72 Satz 2 HO2009-Pöschwies, § 92 JVV-ZH und e contrario § 72 Satz 1 HO2009-Pöschwies und § 61 Abs. 1 JVV-ZH, Art. 10 lit. c letzter Satz Konkordat-OST, Ziff. 1.1. Abs. 2 letzter Satz RL Vollzugsplanung-OST, Ziff. 2 Satz 2 RL Urlaub-OST)



1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  
Frist: 30 Tage  
(§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)



	<p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 5</b> <b>Verfahren bei Vollzugsöffnungen</b> i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB → 3. Bsp.: <b>bedingte Entlassung</b> gemäss Art. 62d bzw. 86 StGB</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Gewährung bedingte Entlassung</b></p> <p style="text-align: center;">Gesuch der inhaftierten Person oder Überprüfung von Amtes wegen (Art. 62d und 86 StGB, Bst. B Ziff. 1 RL bedingte Entlassung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Antrag (inkl. Stellungnahme) der Vollzugsanstalt (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB, § 69 Abs. 1 JVV-ZH, Bst. B Ziff. 1 RL bedingte Entlassung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Ev. Gefährlichkeitsbeurteilung durch Fachkommission (Ziff. 2.3 RL Gemeingefährlichkeit-OST; Art. 75a und Art. 90 Abs. 4bis i.V.m. Art. 62d Abs. 2 StGB)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs (Art. 62d Abs. 1 und 86 Abs. 2 StGB, Bst. B Ziff. 2 RL bedingte Entlassung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde) (§ 8 Abs. 1 i.V.m. § 5 a, d und e, § 67 JVV-ZH, Art. 10 lit. c Konkordat-OST, Ziff. 1.1 Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI Frist: 30 Tage (§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht Frist: 30 Tage (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, § 19a Abs. 1, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>

<p><b>Ablauf 6</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfung</b>  → Bsp. <b>Rückversetzung</b>,  d.h. Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Rückversetzung</b>  Ev. Antrag der Vollzugsanstalt  (§ 69 Abs. 1 JVV-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Entscheidung der Bewährungs- und Vollzugsdienste (als Vollzugsbehörde)  (§ 8 Abs. 1 und § 5 lit. a, d und e JVV-ZH, Art. 10 lit. c Konkordat-OST [implizit] und Ziff. 1.1 Abs. 2 RL Vollzugsplanung-OST [implizit] i.V.m.)</p> <p style="text-align: center;">Art. 76 Abs. 2 StGB, § 59 JVV-ZH <b>bei Rückversetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug</b>  § 64 Abs. 1, 65 JVV-ZH i.V.m. Ziff. 2 RL Arbeits- und Wohnexternats-OST <b>bei Widerruf Arbeitsexternat oder Arbeits- und Wohnexternat</b>)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJJ  Frist: 30 Tage  (§2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, § 19a Abs. 1, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH; § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde ans Bundesgericht  Frist: 30 Tage  (Art. 78 ff. BGG, Art. 100 Abs. 1 BGG)</p>
<p><b>Ablauf 7</b>  <b>Verfahren bei Vollzugsverschärfungen</b>  → Bsp. Anordnung <b>Hochsicherheitshaft bzw. Einzelhaft</b> (i.S.v. Art. 76 und 78 lit. a und b bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) sowie Verlegung in eine Abteilung mit erhöhter Sicherheit</p>	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung während des Vollzuges</b>  Gewährung des rechtlichen Gehörs  (§ 8 Abs. 2 HO2009-Pöschwies)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion mit Rechtsmittelbelehrung  (§ 6, Abs. 3, § 8 Abs. 1 HO2009-Pöschwies, § 92 JVV-ZH, Art. 9 Konkordat Ost)  Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen (§ 25 Abs. 3 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJJ  Frist: 30 Tage  (§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, § 167 JVV-ZH i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a, § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH; § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht  Frist: 30 Tage  (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. 19 Abs. 1 lit. a, 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH, § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p>

	Beschwerde ans Bundesgericht Frist: 30 Tage (Art. 78 ff. BGG; Art. 100 Abs. 1 BGG)
<b>Ablauf 8</b> <b>Verfahren bei</b> <b>Disziplinarsanktionen</b> (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c, 91 StGB)	<p style="text-align: center;"><b>A. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen</b></p> <p style="text-align: center;">Abklärung SV durch Leitung der Vollzugseinrichtung (Anstaltsdirektion)          (§§ 163 Abs. 1, 164 Abs. 1, 165 Abs. 2 JVV-ZH, § 74 Abs. 2 HO2009-Pöschwies, i.V.m. Ziff. 8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs          (§ 164 Abs. 1 JVV-ZH, § 74 HO2009-Pöschwies, Ziff. 8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion mit Rechtsmittelbelehrung          (§ 23b StJVG-ZH, § 164 Abs. 3 JVV-ZH, § 74 HO2009-Pöschwies, Ziff. 8 RL Disziplinarrecht-OST)  <i>Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen möglich (§ 25 Abs. 3 VRG-ZH)</i></p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  <u>Frist: 10 Tage</u>          (§ 23d Abs. 1 lit. a und Abs. 3 StJVG-ZH, §2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, 167 JVV-ZH i.V.m. § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH i.V.m. § 29 Abs. 1 StJVG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht          Frist: 30 Tage          (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a VRG-ZH, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH, § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht          (Art. 80 BGG)</p> <p style="text-align: center;"><b>B. Anordnung Disziplinarsanktionen bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion</b></p> <p style="text-align: center;">Abklärung SV durch Leitung der Vollzugseinrichtung (Anstaltsdirektion)          (§§ 163 Abs. 1, 164 Abs. 1, 165 Abs. 2 JVV-ZH, § 74 Abs. 2 HO2009-Pöschwies i.V.m. Ziff. 8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Gewährung des rechtlichen Gehörs          (§ 164 Abs. 1 JVV-ZH, § 74 HO2009-Pöschwies, Ziff. 8 Abs. 2 RL Disziplinarrecht-OST)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Verfügung der Anstaltsdirektion mit Rechtsmittelbelehrung          (§ 23b StJVG-ZH, § 164 Abs. 3 JVV-ZH, § 74 HO2009-Pöschwies, Ziff. 8 Disziplinarrecht-OST)  <i>Direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand (Ziff. 7 Abs. 1, Ziff. 8 Abs. 1 RL Disziplinarrecht-OST)</i>  <i>Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen möglich (§ 25 Abs. 3 VRG-ZH)</i></p>

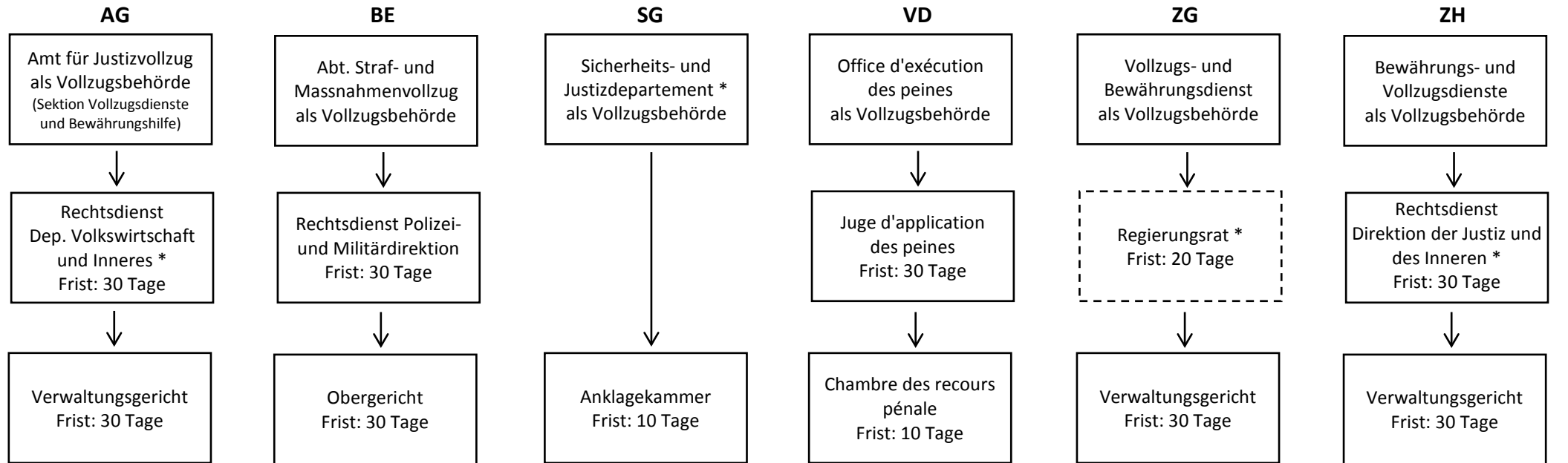
	<p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">1. kantonale Rechtsmittelinstanz: Rekurs an RD Direktion der Justiz und des Inneren oder RD RR bei Vorbefassung des Vorstehers DJI  <u>Frist: 10 Tage</u>          (§ 23d Abs. 1 lit. a und Abs. 3 StJVG-ZH, § 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit.c, 167 JVV-ZH i.V.m. § 19b Abs. 1, Abs. 2 lit. b Ziff. 1 und Abs. 4 VRG-ZH i.V.m. § 29 Abs. 1 StJVG-ZH</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">2. kantonale Rechtsmittelinstanz: Beschwerde ans Verwaltungsgericht          Frist: 30 Tage          (§ 41 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 lit. a VRG-ZH, § 38b Abs. 1 lit. d Ziff. 2 VRG-ZH, § 53 i.V.m. § 22 VRG-ZH)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht          (Art. 80 BGG)</p>
<p><b>Anfechtbarkeit von Realakten</b></p>	<p><b>§ 10 c. VRG Realakte</b>  <sup>1</sup> Wer ein schutzwürdiges Interesse hat, kann von der Behörde, die für Handlungen zuständig ist, welche sich auf öffentliches Recht stützen und Rechte oder Pflichten berühren, verlangen, dass sie:          a. widerrechtliche Handlungen unterlässt, einstellt oder widerruft,          b. die Folgen widerrechtlicher Handlungen beseitigt,          c. die Widerrechtlichkeit von Handlungen feststellt.  <sup>2</sup> Die Behörde erlässt eine Anordnung</p>

<p><b>Aufsichtsanzeige</b> Verfahren</p>	<p style="text-align: center;">Verhalten Anstaltspersonal          ↓          Beschwerde an die Anstaltdirektion          (§ 30 StJVG-ZH, § 4 JVV-ZH und § 76 HO2009-Pöschwies)</p> <p style="text-align: center;">Verhalten Anstaltdirektion          ↓          Beschwerde an RD der Amtsleitung des Amtes für Justizvollzug          (§ 30 StJVG-ZH i.V.m. § 2 JVV-ZH)</p>
--	---

# ANHANG VII: Verfahren der kantonalen Verwaltungsrechtspflege im Überblick

## Kantonale Verwaltungsrechtspflege im Allgemeinen (Anhänge I-VI, Ablauf 1.A.)

### Zuständigkeit Vollzugsbehörde



#### Besonderheiten

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

#### Besonderheiten

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verurteilten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

#### Besonderheiten

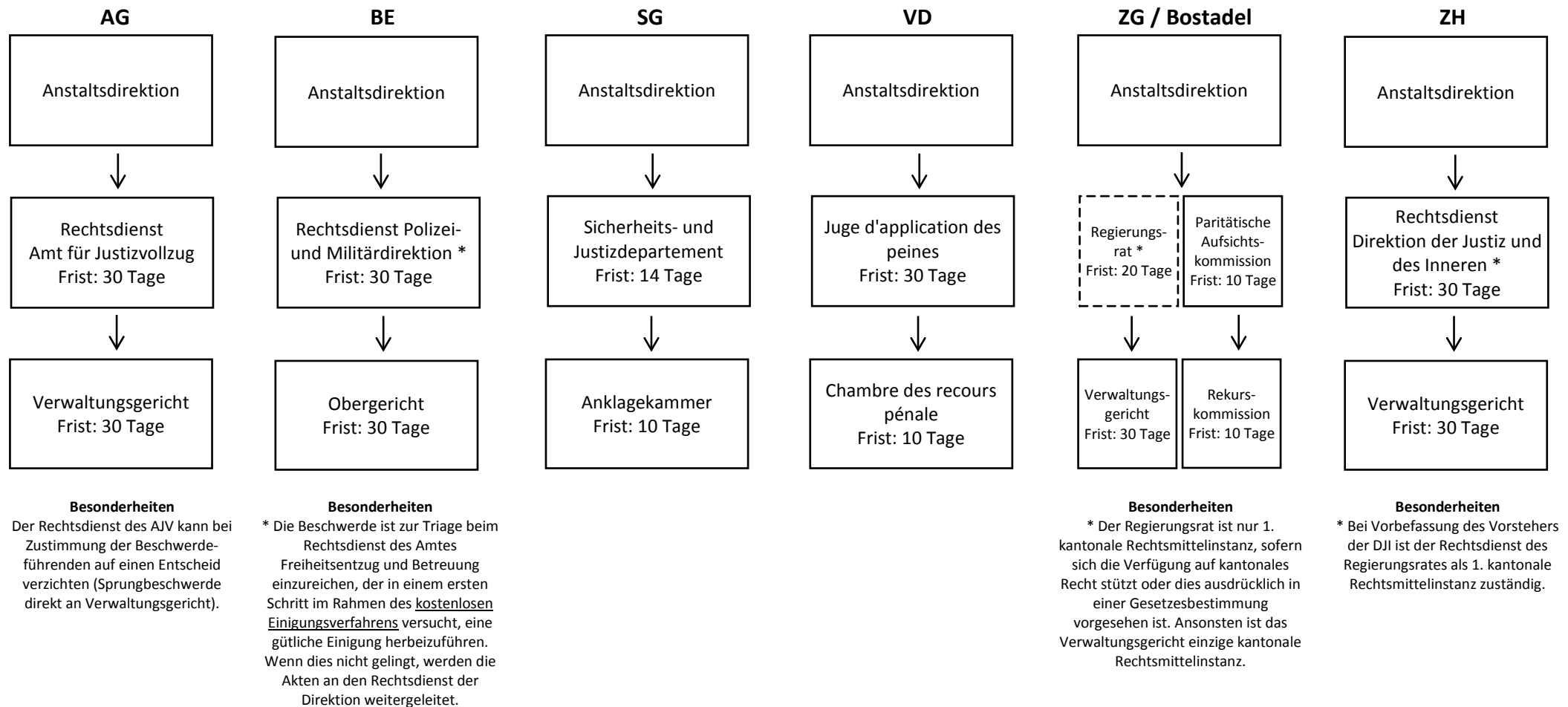
\* Der Regierungsrat ist nur 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, sofern sich die Verfügung auf kantonales Recht stützt oder dies ausdrücklich in einer Gesetzesbestimmung vorgesehen ist. Ansonsten ist das Verwaltungsgericht einzige kantonale Rechtsmittelinstanz (REGELFALL).

#### Besonderheiten

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

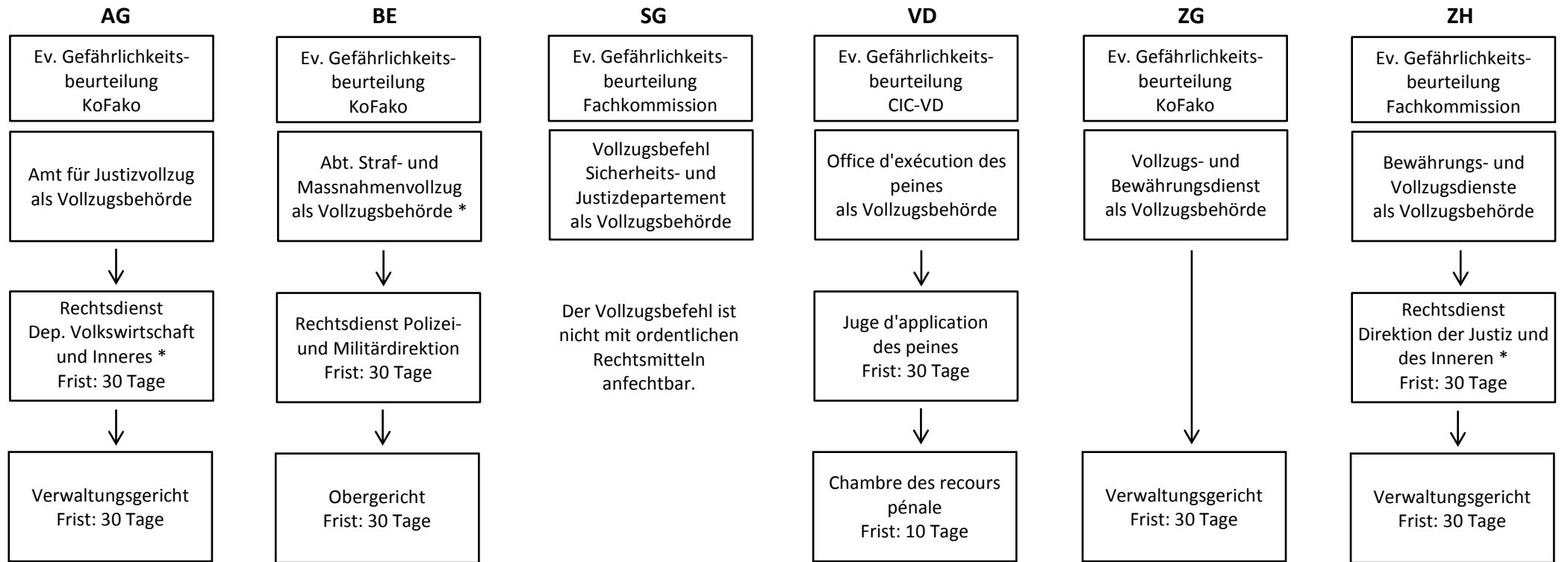
## Kantonale Verwaltungsrechtspflege im Allgemeinen (Anhänge I-VI, Ablauf 1.B.)

### Zuständigkeit Vollzugseinrichtung



**Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Bestimmung des Vollzugsortes (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 2.A.)**

**Einweisung**



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Besonderheiten**

\* Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.

**Besonderheiten**

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

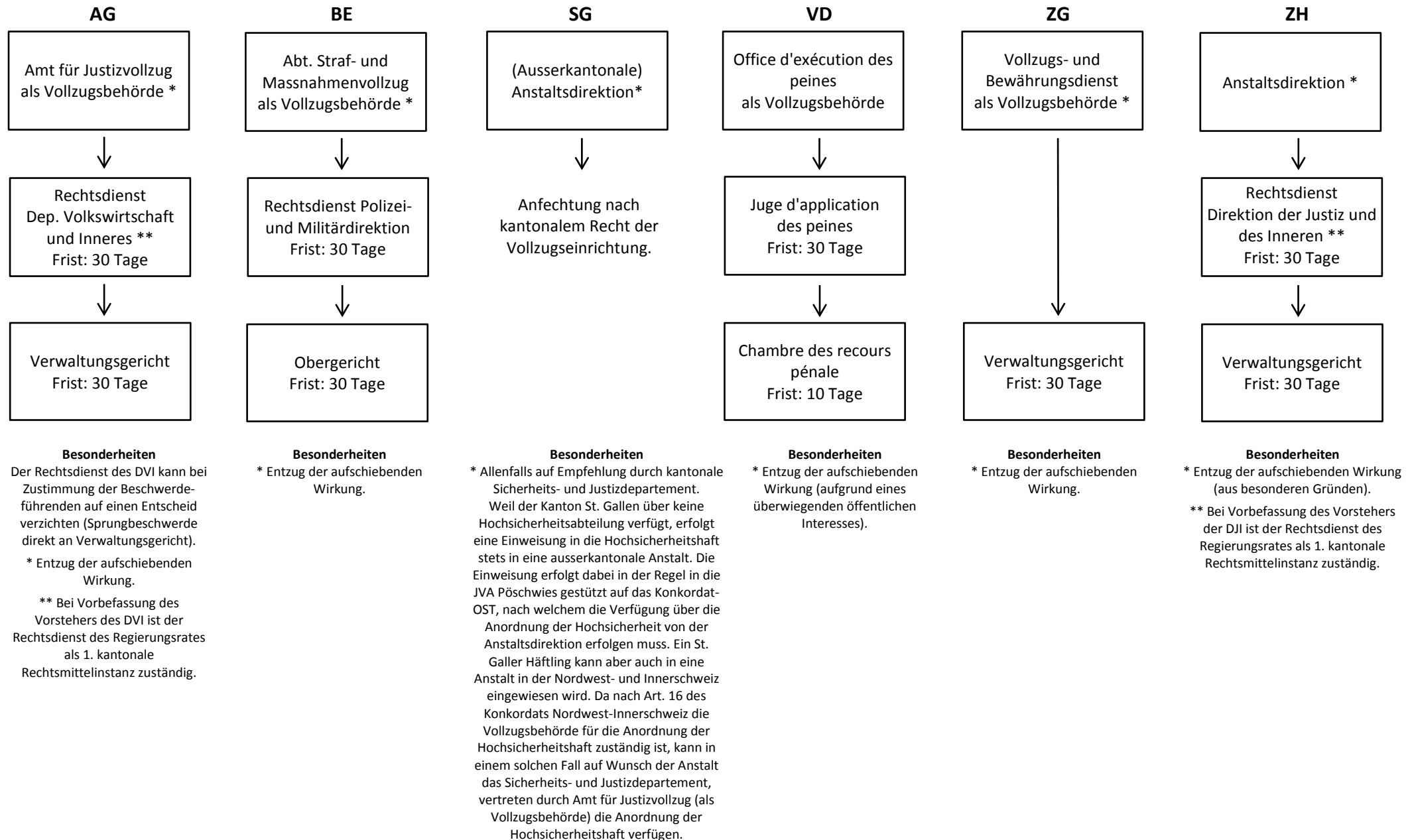
- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verwahrten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

**Besonderheiten**

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Bestimmung des Vollzugsortes (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 2.B.)**

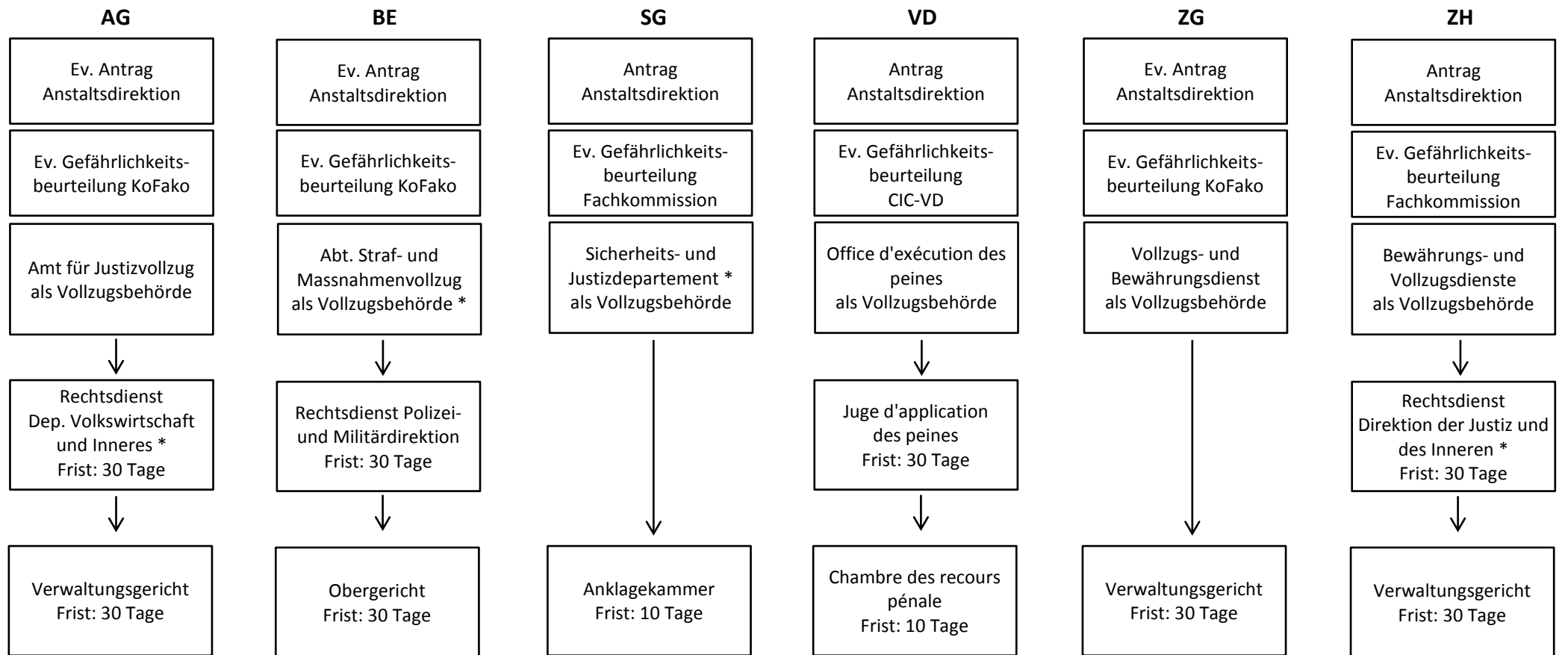
**Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung (i.S. v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b StGB bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) bei der Einweisung**





Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Bestimmung des Vollzugsortes (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 2.C.)

Verlegung im Normalfall



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Besonderheiten**

\* Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.

**Besonderheiten**

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

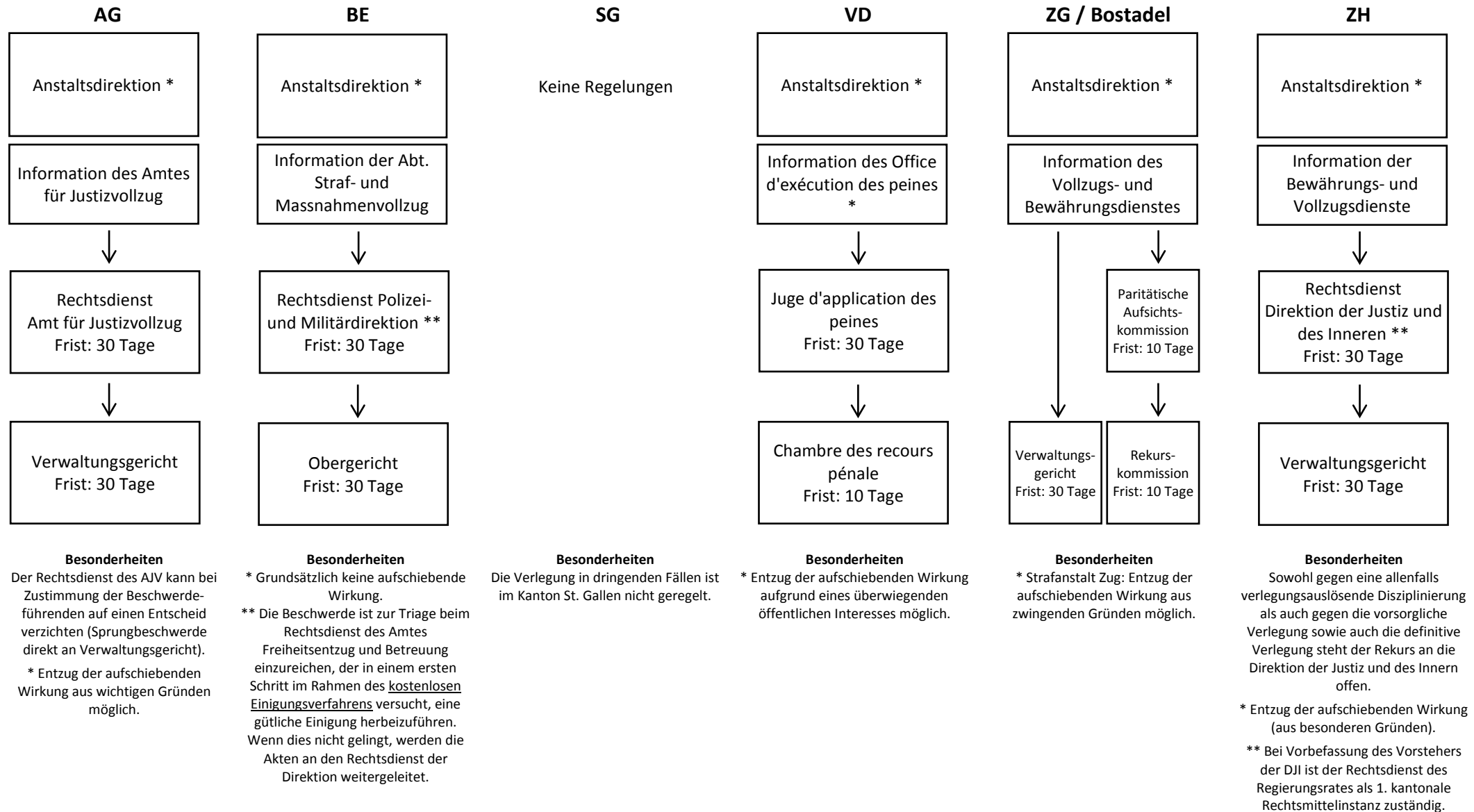
- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verurteilten und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

**Besonderheiten**

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

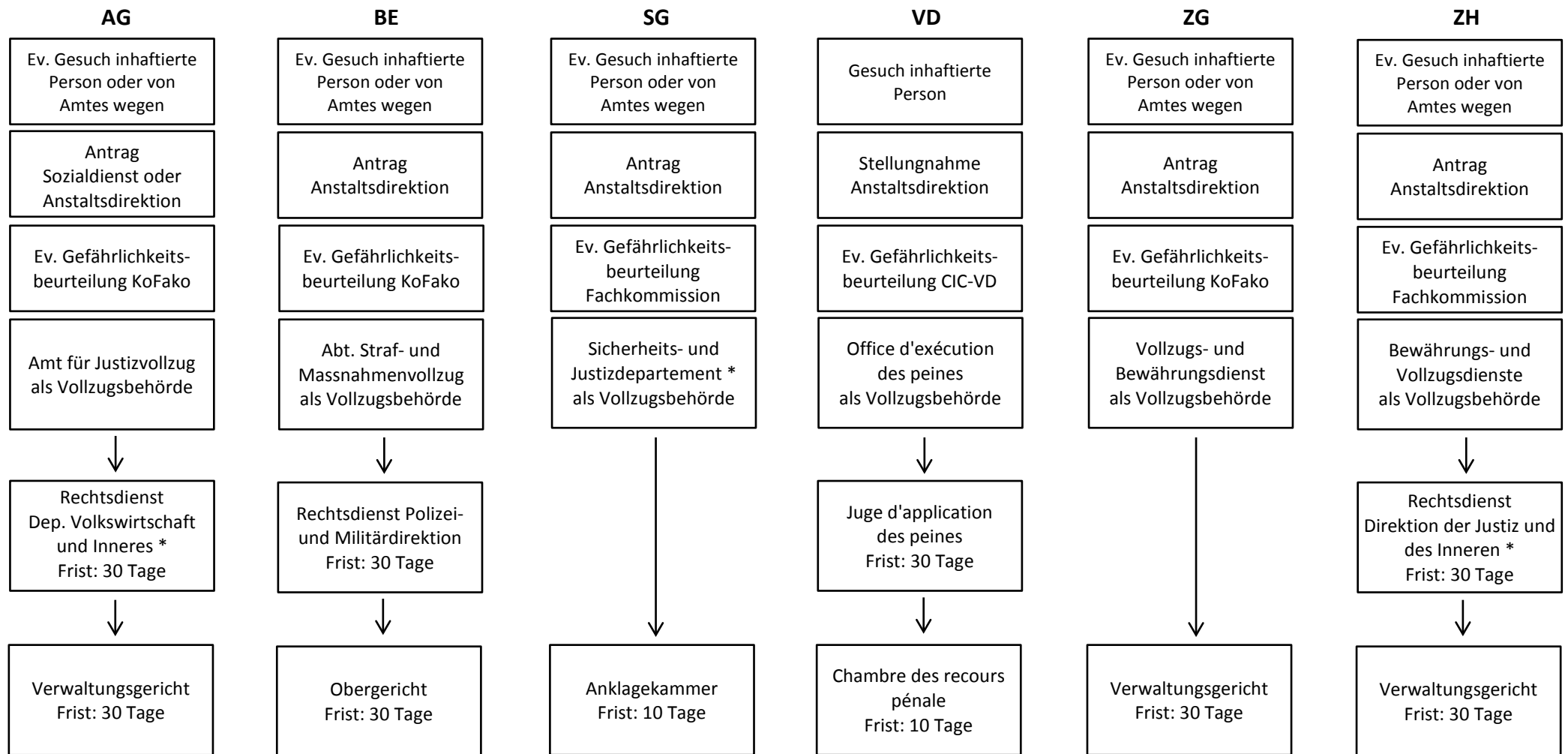
Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Bestimmung des Vollzugsortes (i.S.v. Art. 76 StGB bzw. Art. 59 Abs. 2 und 3 sowie Art. 64 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 2.D.)

Verlegung in dringenden Fällen



## Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Vollzugsöffnungen (i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 3.A.)

### Geschlossener Vollzug – offener Vollzug – Arbeitsexternat – Arbeits- und Wohnexternat



#### Besonderheiten

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

#### Besonderheiten

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

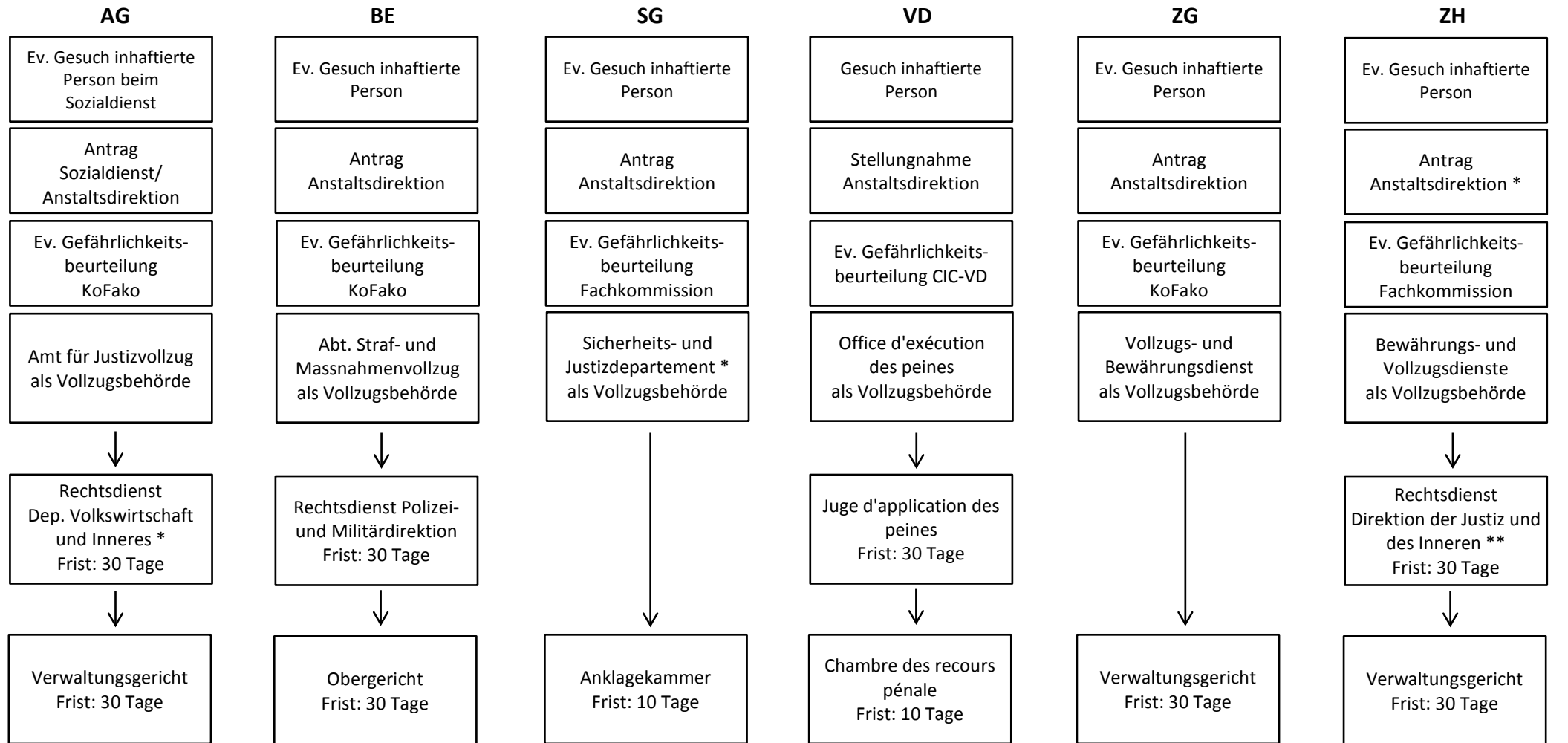
- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verurteilten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugs-kommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

#### Besonderheiten

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Vollzugsöffnungen (i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 4.A.)**

**Urlaubsgewährung gemäss Art. 84 Abs. 6 und Art. 90 Abs. 4 StGB wenn keine Delegation der Kompetenz an Vollzugseinrichtung**



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Besonderheiten**

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verwarnten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugs-kommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

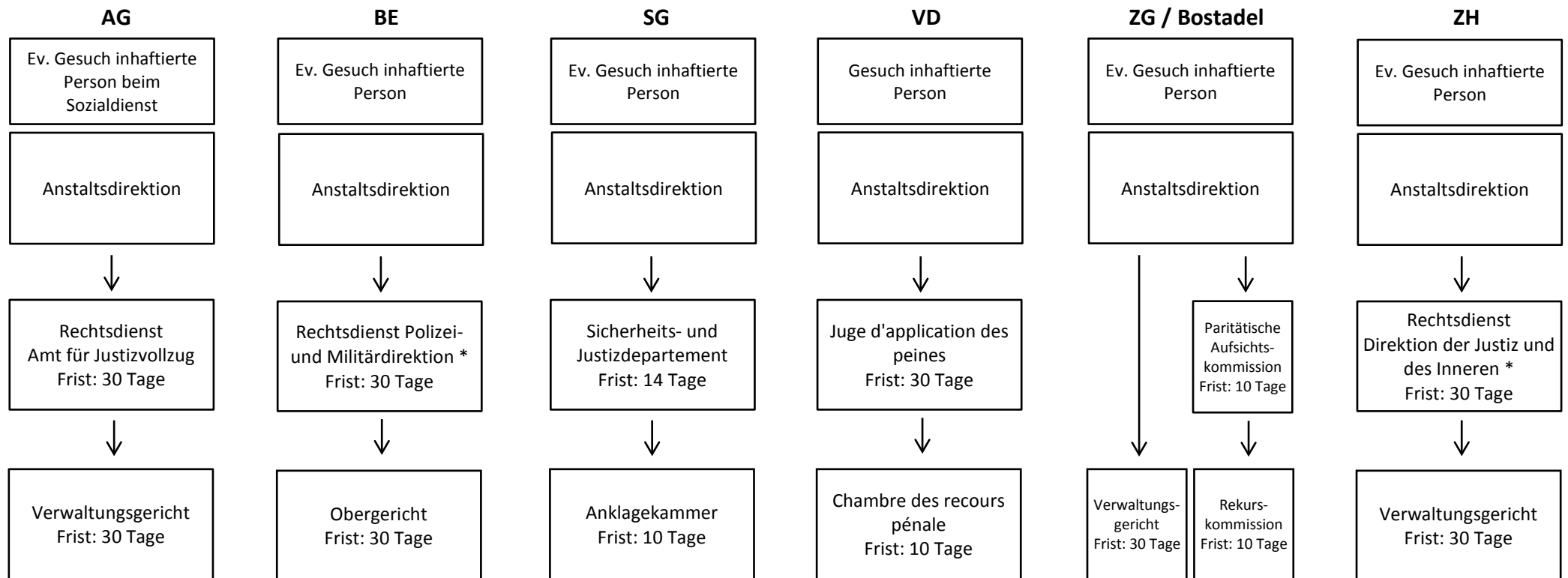
**Besonderheiten**

\* Die Anstaltsdirektion der JVA Pöschwies stellt nur bei Befürwortung des Urlaubs einen Antrag an die Vollzugsbehörde. Bei Ablehnung siehe Verfahren „Urlaubsgewährung wenn Delegation der Kompetenz an Vollzugseinrichtung“.

\*\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Vollzugsöffnungen (i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 4.B.)**

**Urlaubsgewährung gemäss Art. 84 Abs. 6 und Art. 90 Abs. 4 StGB wenn Delegation der Kompetenz in Vollzugsauftrag an Vollzugseinrichtung**



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

**Besonderheiten**

Handhabung in der Praxis: Bei Einweisungen > 6 Monate wird die Urlaubsgewährung im Vollzugsplan geregelt. In anderen Fällen (Bsp. Strafvollzug wg. illegalem Aufenthalt) wird via Formular mit kurzer Begründung und Verweis auf die Richtlinien der Urlaub nicht gewährt.

\* Die Beschwerde ist zur Triage beim Rechtsdienst des Amtes Freiheitsentzug und Betreuung einzureichen, der in einem ersten Schritt im Rahmen des kostenlosen Einigungsverfahrens versucht, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Wenn dies nicht gelingt, werden die Akten an den Rechtsdienst der Direktion weitergeleitet.

**Besonderheiten**

In der Praxis wird die Kompetenz nie an die Anstaltsdirektion delegiert.

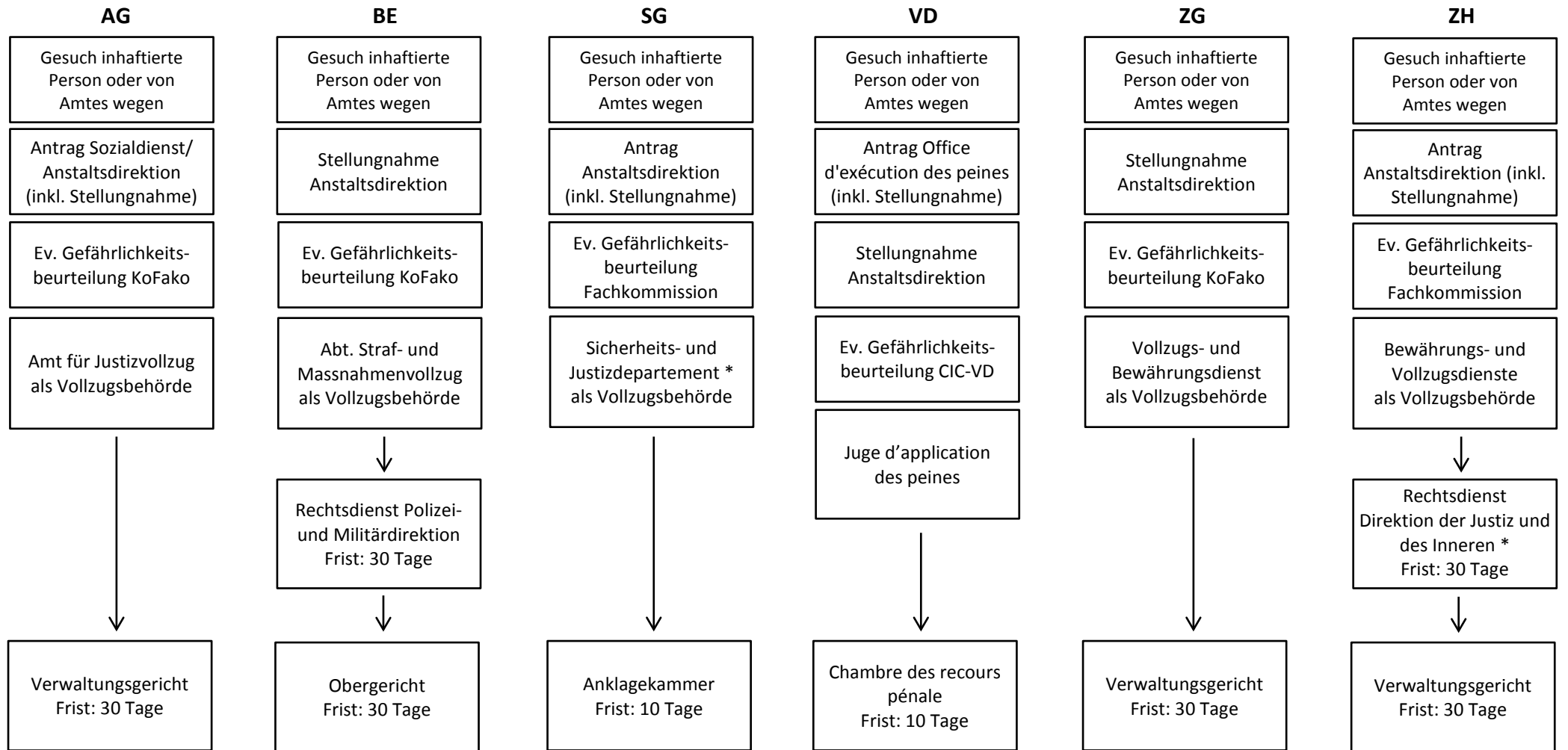
**Besonderheiten**

Dieses Verfahren kommt auch bei Ablehnung des Gesuches durch die Direktion der JVA Pöschwies zum Zuge, wenn keine Delegation an die Vollzugseinrichtung erfolgt ist.

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

**Kantonales (Verwaltungs-)verfahren bei Vollzugsöffnungen (i.S.v. Art. 75a Abs. 2 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 5.A.)**

**Bedingte Entlassung gemäss Art. 62d bzw. Art. 86 StGB**



**Besonderheiten**

- \* Das Departement wird wie folgt vertreten:
- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verurteilten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

**Besonderheiten**

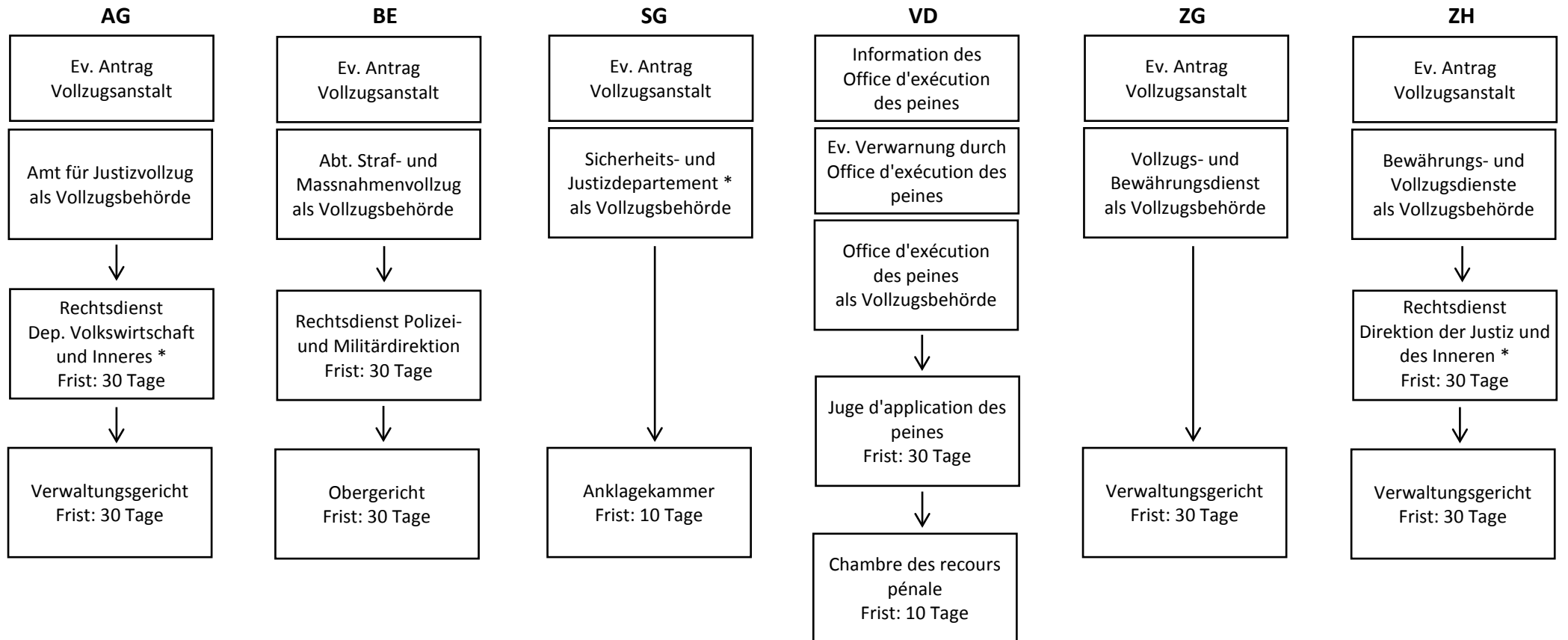
Wichtig: Das Verfahren zur Gewährung einer bedingten Entlassung ist im Kanton Waadt kein Verfahren der Verwaltungsrechtspflege, sondern ein gerichtliches Verfahren.

**Besonderheiten**

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

## Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Vollzugsverschärfungen (Anhänge I-VI, Ablauf 6.A.)

### Wohn- und Arbeitsexternat – Arbeitsexternat – offener Vollzug – geschlossener Vollzug



#### Besonderheiten

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

#### Besonderheiten

\* Das Departement wird wie folgt vertreten:

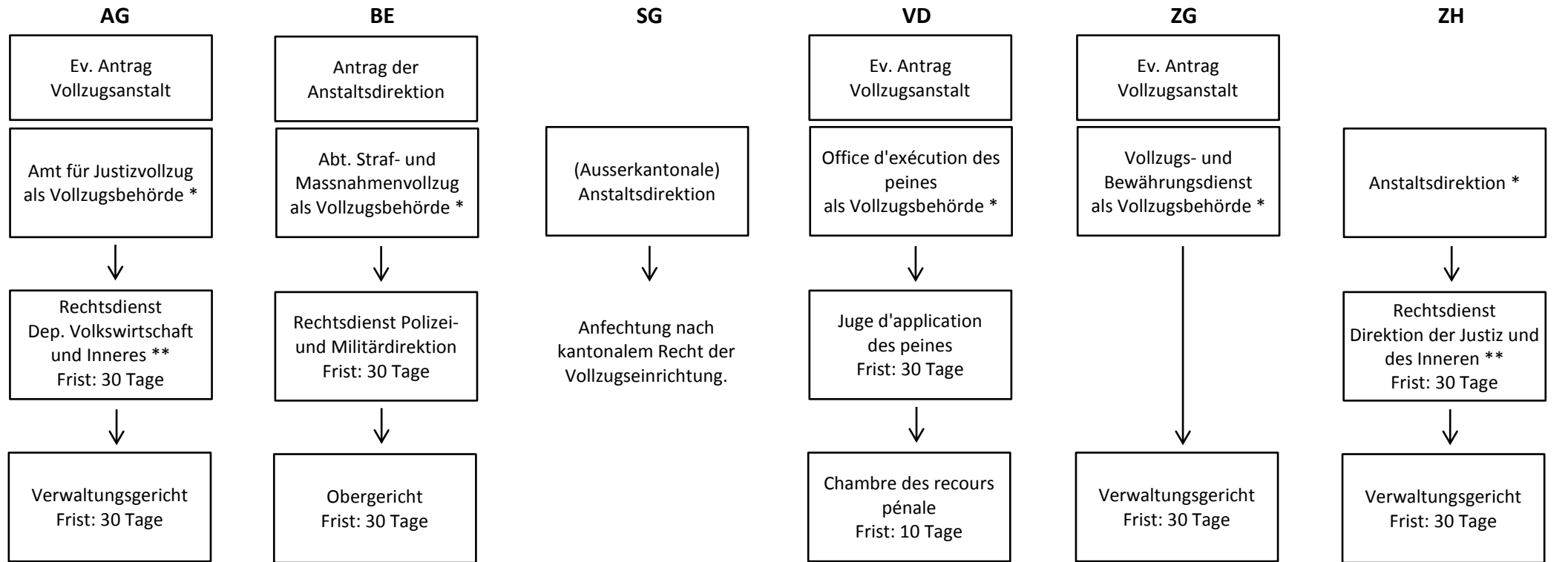
- Keine Vertretung bei Verfügung ggü. Verwarnten und zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe Verurteilten;
- LeiterIn Amt für Justizvollzug bei Verfügungen ggü. Straftätern, bei denen nach den RL der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission eine Beurteilung der Gemeingefährlichkeit zu erfolgen hat;
- LeiterIn Abt. Straf- und Massnahmenvollzug bei Verfügung in den übrigen Fällen.

#### Besonderheiten

\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

## Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Vollzugsverschärfungen (Anhänge I-VI, Ablauf 7.A.)

Anordnung der Einzelhaft in eine Hochsicherheitsabteilung (i.S. v. Art. 76 und Art. 78 lit. a und b StGB bzw. Art. 90 Abs. 1 StGB) während des Vollzuges



### Besonderheiten

Der Rechtsdienst des DVI kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung.

\*\* Bei Vorbefassung des Vorstehers des DVI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

### Besonderheiten

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung.

### Besonderheiten

Weil der Kanton St. Gallen über keine Hochsicherheitsabteilung verfügt, erfolgt eine Einweisung in die Hochsicherheitshaft stets in eine ausserkantonale Anstalt. Die Einweisung erfolgt dabei in der Regel in die JVA Pöschwies gestützt auf das Konkordat-OST, nach welchem die Verfügung über die Anordnung der Hochsicherheit von der Anstaltsdirektion erfolgen muss. Ein St. Galler Häftling kann aber auch in eine Anstalt in der Nordwest- und Innerschweiz eingewiesen wird. Da nach Art. 16 des Konkordats Nordwest-Innerschweiz die Vollzugsbehörde für die Anordnung der Hochsicherheitshaft zuständig ist, kann in einem solchen Fall auf Wunsch der Anstalt das Sicherheits- und Justizdepartement, vertreten durch Amt für Justizvollzug (als Vollzugsbehörde) die Anordnung der Hochsicherheitshaft verfügen.

### Besonderheiten

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung (aufgrund eines überwiegenden öffentlichen Interesses).

### Besonderheiten

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung.

### Besonderheiten

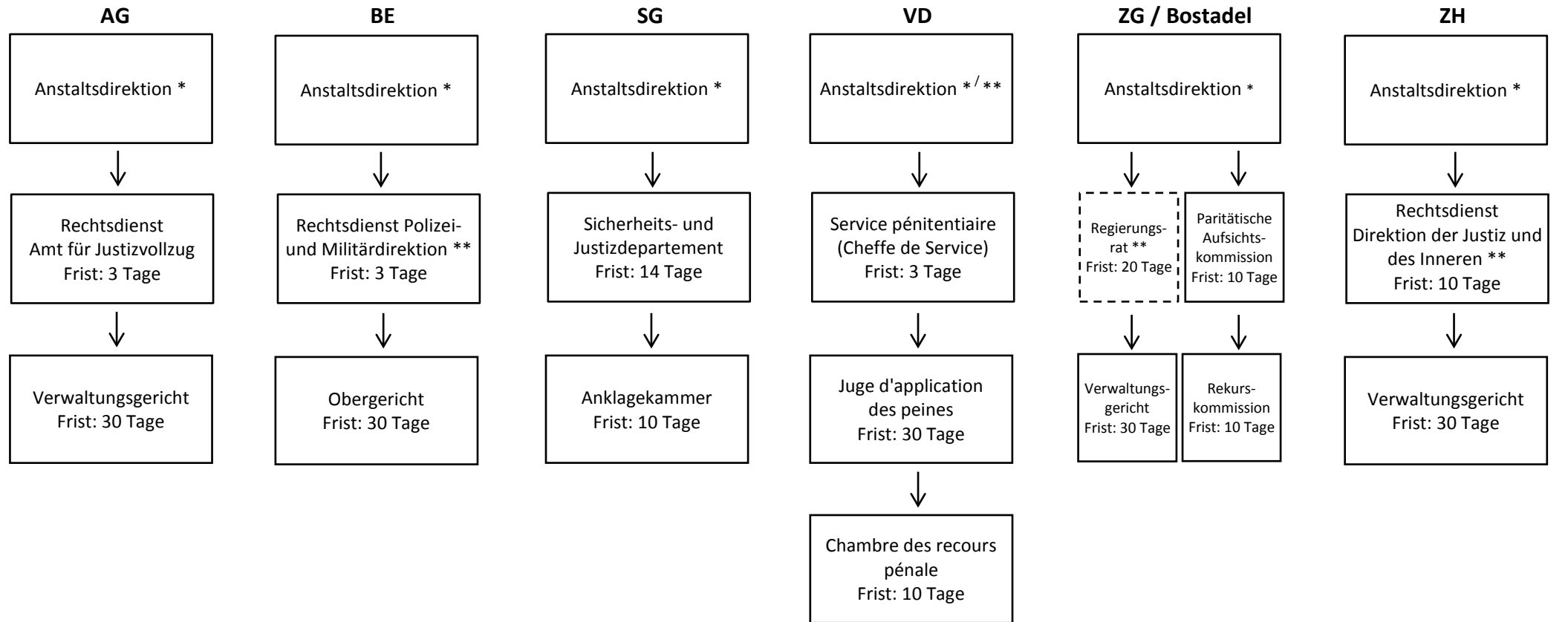
\* Entzug der aufschiebenden Wirkung (aus besonderen Gründen).

\*\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.



Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Disziplinarsanktionen (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c und 91 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 8.A.)

Bei disziplinarischen Verstössen im Allgemeinen



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des AJV kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

JVA Lenzburg: ev. Antrag Leiter oder Leiterin Vollzug Strafanstalt (vorgelagert)

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus wichtigen Gründen möglich.

**Besonderheiten**

\* Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.

\*\* Die Beschwerde ist zur Triage beim Rechtsdienst des Amtes Freiheitsentzug und Betreuung einzureichen, der in einem ersten Schritt im Rahmen des kostenlosen Einigungsverfahrens versucht, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Wenn dies nicht gelingt, werden die Akten an den Rechtsdienst der Direktion weitergeleitet.

**Besonderheiten**

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus wichtigen Gründen möglich.

**Besonderheiten**

\* Davor kann die Anstaltsdirektion beim zuständigen Mitarbeitenden des Service pénitentiaire um ein freiwilliges Mediationsverfahren ersuchen. Bei psychisch kranken Inhaftierten wird zudem eine Stellungnahme des Gesundheitsdienstes eingeholt.

\*\* Entzug der aufschiebenden Wirkung.

**Besonderheiten**

\* Strafanstalt Zug: Entzug der aufschiebenden Wirkung. Interkantonale Strafanstalt Bostadel: Aufschiebende Wirkung nur auf ausdrückliche Anordnung des Vizepräsidenten der Paritätischen Aufsichtskommission.

\*\* Der Regierungsrat ist nur 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, sofern sich die Verfügung auf kantonales Recht stützt oder dies ausdrücklich in einer Gesetzesbestimmung vorgesehen ist. Ansonsten ist das Verwaltungsgericht einzige kantonale Rechtsmittelinstanz.

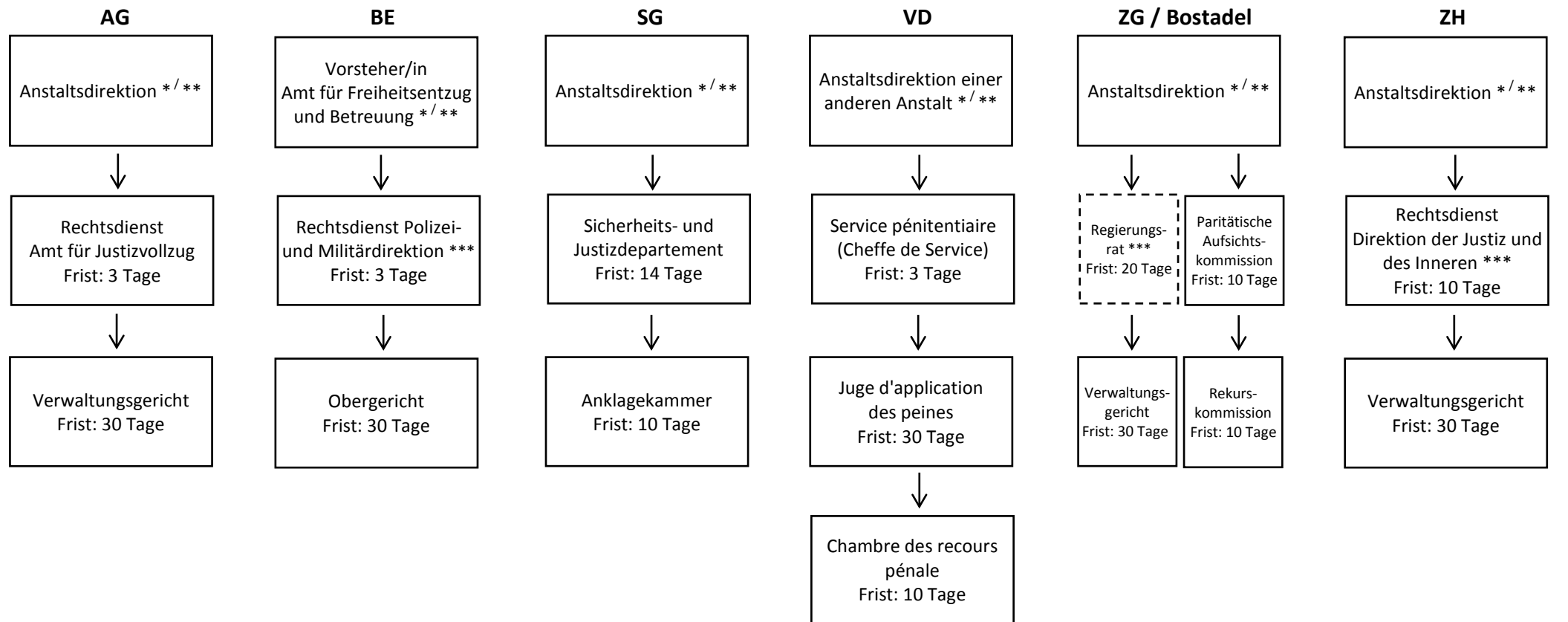
**Besonderheiten**

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen möglich.

\*\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.

Kantonale Verwaltungsrechtspflege bei Disziplinarsanktionen (Art. 78 lit. c, 90 Abs. 1 lit. c und 91 StGB) (Anhänge I-VI, Ablauf 8.B.)

Bei disziplinarischen Verstössen gegen die Anstaltsdirektion



**Besonderheiten**

Der Rechtsdienst des AJV kann bei Zustimmung der Beschwerdeführenden auf einen Entscheid verzichten (Sprungbeschwerde direkt an Verwaltungsgericht).

JVA Lenzburg: ev. Antrag Leiter oder Leiterin Vollzug Strafanstalt (vorgelagert)

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus wichtigen Gründen möglich.

\*\* Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.

**Besonderheiten**

\* Abklärung des Sachverhaltes durch den Rechtsdienst des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung.

\*\* Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.

\*\*\* Die Beschwerde ist zur Triage beim Rechtsdienst des Amtes Freiheitsentzug und Betreuung einzureichen, der in einem ersten Schritt im Rahmen des kostenlosen Einigungsverfahrens versucht, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Wenn dies nicht gelingt, werden die Akten an den Rechtsdienst der Direktion weitergeleitet.

**Besonderheiten**

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus wichtigen Gründen möglich.

\*\* Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.

**Besonderheiten**

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung.

**Besonderheiten**

\* Strafanstalt Zug: Entzug der aufschiebenden Wirkung.

Interkantonale Strafanstalt Bostadel: Aufschiebende Wirkung nur auf ausdrückliche Anordnung des Vizepräsidenten der Paritätischen Aufsichtskommission.

\*\* Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.

\*\*\* Der Regierungsrat ist nur 1. kantonale Rechtsmittelinstanz, sofern sich die Verfügung auf kantonales Recht stützt oder dies ausdrücklich in einer Gesetzesbestimmung vorgesehen ist. Ansonsten ist das Verwaltungsgericht einzige kantonale Rechtsmittelinstanz.

**Besonderheiten**

\* Entzug der aufschiebenden Wirkung aus besonderen Gründen möglich.

\*\* Die direkt betroffene Person der Anstaltsdirektion tritt in den Ausstand.

\*\*\* Bei Vorbefassung des Vorstehers der DJI ist der Rechtsdienst des Regierungsrates als 1. kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig.